Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 23. | Dienstag, den 19. März 1895. | Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **13. März 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Josef Matzenauer.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe v. Götz, Gangusch, Dolainski, Wünsch, Dr. v. Billing und Dr. Zimmermann entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath Wimberger hat in der letzten Sitzung interpelliert betreffs der Durchführung der Kenyongasse im VII. Bezirke.

Ich habe die Ehre, in Beantwortung dieser Interpellation folgendes zu bemerken:

Die Kenyongasse, auf deren Durchführung die vorliegende Interpellation abzuzielen scheint, soll die Felberstraße mit der Seidengasse und in ihrer Fortsetzung als Wimbergerstraße die Seidengasse mit dem Urban Loritzplatze geradlinig verbinden.

Wegen einer Weiterführung der Kenyongasse in gebrochener Richtung zur Kaiserstraße über einen der Gemeinde gehörigen, seit langem verpachteten Grund wurde über einen Antrag des Herrn Gem.-Rathes Rosenstingl ad M.-Z. 68884/IV ex 1892 an den Stadtrath berichtet.

Aber auch ohne diese Weiterführung wird die Kenyongasse, soweit sie diesen Namen führt, keine Sackgasse bilden, wenn die Felberstraße zwischen Kaiserstraße und Neubaugürtel und die Kenyongasse zwischen Felberstraße und Seidengasse durchgeführt sein wird, was erst nach der im August d. J. erfolgenden Demolierung des von der Gemeinde eingelösten Hauses VII. Bezirk, Kaiserstraße Nr. 19, geschehen kann.

Allerdings wäre es für den öffentlichen Verkehr wünschenswert, die dermalen nur als Sackgasse eröffnete, den Namen Wimbergerstraße führende Fortsetzung der Kenyongasse bis zum Urban Loritzplatze beziehungsweise bis zur Westbahnlinie durchzuführen; doch haben die diesbezüglich mit dem Herrn Interpellanten gepflogenen Verhandlungen bisher noch kein positives Resultat ergeben.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

3. Antrag des **Gem.-Rathes Bachofen v. Echt** und Genossen:

Es ist im höchsten Grade wünschenswert, dass der Zugang zu der Schule in Nussdorf verbreitert werde, da auf diesem kaum 3 m breiten Gange auch zuweilen Fuhrwerk verkehrt und durch jenes die Schulkinder gefährdet werden. Zu diesem Zwecke wäre die Einlösung des Hauses Nr. 10 nebst Garten in der Kirchengasse (jetzt Greinergasse) in Nussdorf erforderlich; es würde dann eine Straßenverbindung der Heiligenstädterstraße mit der Greinergasse hergestellt, die Kinder könnten ungefährdet die Schule besuchen und es wäre möglich, die Kirche, welche jetzt nur einen einzigen Ausgang bietet, mit einem zweiten, einem Seitenausgange zu versehen.

Aus den vorangeführten Gründen erlauben sich die Gefertigten daher hiemit den Antrag auf Einlösung des Hauses Nr. 10 Greinergasse in Nussdorf zu stellen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

4. Antrag des **Gem.-Rathes Altenberg** und Genossen:

Nach der jüngsten Entscheidung des hohen Verwaltungsgerichtshofes erscheint das der Gemeinde Wien gesetzlich zustehende Präsentationsrecht bezüglich der Besetzung der Lehrer- und Leiterstellen an den Wiener städtischen Volks- und Bürgerschulen beschränkt, und zwar für so lange, bis nicht durch eine Abänderung des Reichs-Volksschulgesetzes, beziehungsweise des betreffenden Landesgesetzes eine Änderung eintritt.

Um wenigstens bezüglich der Leitung für die städtischen Volksschulen die freie Ausübung des Präsentationsrechtes zu sichern, beantragen die Unterzeichneten:

Der löbliche Stadtrath wolle in Erwägung ziehen, ob es nicht angezeigt wäre, für so lange als im Gesetzwege eine Änderung eintritt, keine selbständigen Volksschulen für Mädchen im

Schulbezirke Wien zu errichten, sondern dieselben stets in Verbindung mit einer Knaben-Volksschule zu bringen und der Leitung derselben zu unterstellen, so zwar, dass die Mädchen-Volksschulen mit fünf Classen mit fünfclassigen Knaben-Volksschulen vereinigt werden.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

5. Wir kommen zur Tagesordnung, das ist die Fortsetzung der Debatte über den Hauptvoranschlag der Stadt Wien pro 1895.

Ich bitte die Herren Referenten, ihre Plätze einzunehmen.

(Stadtraths-Referent Gem.-Rath Boschan und Commissions-Referent Gem.-Rath Dr. Stern nehmen die Plätze auf der Berichterstatter-Tribüne ein.)

Gem.-Rath Dr. Mittler: Meine sehr geehrten Herren! Wenn ich den bisherigen Verlauf der Budgetdebatte verfolge, so fesselt mich zunächst ein vielleicht nur äußerliches Moment, dem aber doch eine symptomatische Bedeutung innezuwohnen vermag. Es hat bisher entgegen einer, wie ich glaube, jahrelangen Gepflogenheit der Herr Führer der Opposition, der den Reigen der Debatte sonst zu eröffnen pflegte, das Wort nicht ergriffen (Rufe links: Kommt schon!), und wenn ich auch nicht behaupten will, dass in diesem Vorgange eine Art Defensive statt der bisherigen Offensive gelegen ist, so glaube ich denn doch es erwähnen zu sollen, weil vielleicht daraus mancher auch durch andere Thatsachen bekräftigter, im übrigen für die Verhältnisse im Gemeinderathe nicht unangenehmer Schluss gezogen werden kann.

Wir haben bisher nur die Episodisten der Gegenseite vernommen und es ist daher schwer möglich, die Anschauungen der Opposition als solche zu bekämpfen, weil sie uns bisher in einer Weise, die bekämpfbar wäre, noch nicht bekanntgegeben worden sind. Allein, es muss zugegeben werden, dass bis auf den ersten Redner der Debatte, der sich einen humoristischen Anstrich zu geben gewohnt ist, die anderen Redner der Opposition mit einer gewissen Mäßigkeit und Sachlichkeit das Budget erörterten und ich stehe nicht an, dies bis zu einem gewissen Grade anzuerkennen. Anders ist es leider bestellt mit einigen Rednern, welche von unserer (rechten) Seite das Wort ergriffen haben, und ich fühle die Verpflichtung, mich mit denselben einigermaßen zu beschäftigen.

Zwei Reden, welche in einem gewissen geistigen Zusammenhange miteinander sich befinden, haben wir vernommen, die Rede des Herrn Gemeinderathes aus dem VIII. Bezirke, Kaspar, und die Rede des Herrn Collegen aus dem I. Bezirke, Silberer. Was die Rede des ersten Herrn Sprechers, den ich genannt habe, betrifft, so kann ich wohl sagen, dass dieselbe geeignet war, einiges Bedauern zu erwecken. (Hört! links.) Wenn Herr Gem.-Rath Kaspar den Wunsch gehabt hat, sein Scheiden aus dieser Partei in effectvoller Weise vorzunehmen, so ist ihm das gelungen, wenn er aber glaubt, seinen bisherigen Parteigenossen nach dieser Rede den Abschied schwer gemacht zu haben, so befindet er sich wohl im Irrthume. Diese Rede ist nicht anders zu bezeichnen als ein Partherpfeil, welcher gegen die Partei, in deren Mitte sich der Redner jahrelang befindet, abgeschnellt wurde, und von welchem ich nur sagen kann, dass er nicht sitzt, dass er uns nicht getroffen hat. Die Momente, welche er am Schlusse seiner Rede vorzubringen sich veranlasst gesehen hat, können spielend leicht von dieser (rechten) Seite widerlegt werden. Es ist nicht richtig, dass unsere Partei gegen die Minorität gesündigt hat, dass sie sie ausgeschlossen hat von allen Functionen in diesem communalen Gemeinwesen. (Widerspruch links.) Es ist das nicht richtig. Es widerstreitet den Thatsachen, und ohne dass ich in dieser Richtung vieles vorbringe, will ich nur eines sagen, es hat auf Seite der Majorität nie an gutem Willen gefehlt. (Gelächter links.) Es hat niemals an gutem Willen gefehlt bis zu demjenigen Grade, welcher aus sachlichen Gründen gerechtfertigt werden konnte, der Opposition eine Mitwirkung in den maßgebenden Sphären der communalen Verwaltung zu gewähren. Es war die Opposition, welche, nicht zufrieden mit dem Gebotenen, dasselbe refusiert hat und uns in die unangenehme Lage versetzt hat, unseren guten Willen nicht bethätigen zu können.

Es wurde von dem geehrten Herrn Gem.-Rathe Kaspar in Ansehung des Herrn Führers der Opposition die Ansicht ausgesprochen, dass der Mann — wie er sich ausdrückte — an die Spitze gehöre. Wenn damit eine Kritik über den Fleiß und das Talent des Herrn Führers der Opposition gefällt werden sollte, so kann sich wohl jeder damit einverstanden erklären, aber Sie werden mir zugeben, dass zur Berufung an eine Stelle, welche der Herr Gem.-Rath Kaspar im Auge gehabt hat, noch andere Qualitäten erforderlich sind, welche wir leider heute an dem Herrn Führer der Opposition vorzufinden nicht imstande sind. (Gelächter und Unterbrechungen links.)

Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte um Ruhe, Sie werden ja dann in der Lage sein, zu widerlegen; wir wollen die Debatte in einer ruhigen, angemessenen Weise weiter führen. Sie können dann die Argumente widerlegen, aber ich bitte, nicht zu unterbrechen. (Zwischenrufe seitens des Gem.-Rathes Gregorig.)

Herr Gem.-Rath Gregorig, ich rufe Sie zur Ordnung. (Gem.-Rath Gregorig: Ich hab' ja nichts angestellt! — Heiterkeit links.)

Gem.-Rath Dr. Mittler (fortfahrend): Herr Gem.-Rath Kaspar hat sich in seiner Rede glücklich geschätzt, dass er an der Wahl des Herrn St.-R. Dr. Lueger mitgewirkt hat. Wir haben eine verschiedene Auffassung über das, was uns ein Glück ist. Der eine schätzt sich glücklich, wenn er treu und unentwegt bei seiner Gesinnung sowohl als bei seinen Gesinnungsgenossen ausharrt; ein anderer schätzt sich glücklich, wenn es ihm gegönnt ist, eine gewisse Abwechslung zu treiben und einen steten Tausch zwischen rechts und links vorzunehmen, ein dritter schätzt sich sogar glücklich, wenn er sich öffentlich einer Felonie berühmen kann.

Denn, meine Herren, gegen den Beschluss der Partei, nach Ablehnung eines lange verhandelten und vielfach erwogenen Compromisses, in einem solchen Falle zu stimmen — das verdient wohl nicht anders bezeichnet zu werden. Wir gönnen dem Herrn Führer der Opposition seinen neuesten Adepten, er möge ihm so leicht werden, wie es uns leicht wird, uns von ihm zu trennen.

In einem gewissen geistigen Zusammenhange mit dieser Rede stand die Rede, die wir vom Herrn Gem.-Rathe aus dem I. Wahlkörper vernommen haben. Es scheint das nationalökonomisch praktische Princip der Arbeitstheilung platzgegriffen zu haben, und während es Herr Gem.-Rath Kaspar überlassen blieb, die Partei im Gemeinderathe als solche bloßzustellen und anzugreifen, so hat sich der Gemeinderath aus dem I. Bezirke den weiteren Kreis allgemein politischer Betrachtungen gewählt. Es ist schwer, diese Rede vom Standpunkte eines liberalen Vertreters zu besprechen, wenn man die ehrliche Absicht hat, die Kluft, welche künstlich aufgerissen wurde, nicht zu erweitern, wenn man von dem Bestreben durchdrungen ist, eine Waffenbrüderschaft, welche doch nicht nur

für den einen Theil von Vortheil gewesen ist, womöglich aufrecht zu erhalten und die Gegensätze im Keime zu ersticken. Allein diese lang vorbereitete und lang vorher angekündigte Rede hat eine so tendenziöse Spitze besonders in ihrem Schlussworte gehabt, dass, wie ich glaube, eine gewisse Lockerung der Beziehungen, wenn sie nicht von unserer Seite in wohlwollender freundschaftlicher Art verkittet wird, zurückbleiben müsste.

Der Herr Gem.-Rath Silberer hat im Namen einer Partei gesprochen, die gewiss nach ihren Grundsätzen die Bezeichnung einer politischen Partei verdient und auch immer und überall auch bei uns als solche angesehen wurde. Aber wenn wir die factischen Verhältnisse in Betracht ziehen, so kann doch nicht bestritten werden, dass es dieser Partei heute an Einheitlichkeit des Programmes und des Auftretens in einer Weise mangelt, welche es unmöglich macht, sie praktisch als solche zu nehmen.

Sehen Sie, ich will von den verschiedenen Schattierungen, die bestehen, nicht sprechen; ich kann nur sagen, dass wir es hier mit einer nach einheitlichem Plane und Führung vorgehenden Vereinigung von politischen Gesinnungsgenossen nicht zu thun haben, dass wir in den verschiedenen Bezirken auf verschiedene Verhältnisse und Constellationen stoßen und dass dies alles daher zusammenwirkt, die Angriffe von dieser Seite doppelt empfindlich zu machen und uns zu nöthigen, sie doppelt gründlich zurückzuweisen.

Ist doch in dieser Rede, welche im Namen der demokratischen Partei gehalten worden ist, eine derartige Verletzung vieler demokratischer Grundsätze enthalten, welche das widerspruchsvolle der ganzen Haltung mit grellem Lichte beleuchtet.

Sehen Sie, meine Herren, ein Demokrat, der gegen die eigene Regie der Gemeindeverwaltung auftritt, das ist doch, glaube ich, nach dem Programme, nicht allein dem politischen, sondern auch dem wirtschaftlichen, ein unlösbarer Widerspruch; ein Demokrat, der für die Aufnahme separater Anlehen auftritt, ist auch, glaube ich, im Widerspruche mit den Grundsätzen seiner Partei, der nicht gerechtfertigt werden kann.

Es ist daher unbegreiflich, wie Herr Gem.-Rath Silberer sagen konnte, dass es ihm immer schwieriger werde, mit den Liberalen zu gehen; was sollen denn wir dann sagen, wie soll es uns leicht werden, mit den Herren zu gehen, wenn sie jede Gelegenheit benützen, die Partei, die heute noch die einzige ist, der sie sich vernünftigerweise anschließen können, anzugreifen!

Nun will ich mich mit den meritorischen Ausführungen beschäftigen, welche vorgebracht worden sind.

Der Herr Gem.-Rath Silberer ist es, welcher zuerst die hoffentlich immer mehr vernarbende, aber doch immer wieder mit dem Finger aufgezeigte Wunde der Vereinigung der Vororte mit Wien berührt hat.

Es gab eine Zeit, wo er über diese Frage anders gesprochen hat, und ich glaube, das war seine bessere Zeit. (Widerspruch links.) Heute vereinigt er seine Stimme in schroffer Weise mit denjenigen, welche noch immer diese historische Thatsache als eine verhängnisvolle für einen Theil derjenigen bezeichnen, die durch dieselbe getroffen worden sind. Sehen Sie, meine Herren, es wird die Vereinigung der Vororte immer nur von dem Zeitpunkte, in welchem dieselbe geschehen ist, betrachtet. Es wird alles ex nunc beurtheilt, man geht aber auf die Gründe, auf die Umstände nicht ein, die dieser Thatsache vorangegangen sind und welche in Kürze zu beleuchten ich mir erlauben werde.

Gewiss ist, dass die Bildung der großen Vororte an den Grenzen von Wien, ohne räumliche Trennung von dieser großen Stadt, geeignet war, die Interessen unserer alten Stadt schwer zu verletzen.

Im Jahre 1846 hatten die Wiener Vororte eine Seelenzahl von 78.973; im Jahre 1885 war die Zahl der Bewohner schon auf 364.000 und mit Ende der Achtzigerjahre auf circa 480.000 Seelen angewachsen. In einem Zeitraume von 40 bis 45 Jahren hat sich die Zahl der Einwohner verfünffacht und mehr als verfünffacht. Wenn Sie bedenken, dass die Mehrzahl der Einwohner dieser Vororte sich in gewerblichen und industriellen Betrieben bethätigt haben; wenn Sie bedenken, dass bei der Billigkeit der Mietzinse, bei der Gunst der für das flache Land geltenden Bauordnung bei der geringen Besteuerung, insbesondere bei der Pauschalierung der Verzehrungssteuer, bei der Massenübersiedlung, welche infolgedessen nach den Vororten stattgefunden hat, sich die Vorortekörper immer mehr gekräftigt und in ihren Bestandtheilen gefestigt haben, so werden Sie es begreifen, dass diese Körper um den großen Körper der Stadt Wien herum diesem einen Theile seine Kräfte zu entziehen geeignet waren. Während heute nur die Schädigung der Consumtionsgewerbe constatiert werden kann, während man heute nur sagen kann, dass diejenigen, welche mit Genussmitteln handeln, einen Schaden aus der Vereinigung derzeit aufweisen, so steht die Thatsache fest, dass vor der Vereinigung der Vororte alle Gewerbe, alle Industrien der alten Stadt einschließlich der Consumtionsgewerbe der alten Stadt eine beträchtliche und empfindliche Schädigung erlitten haben. Der Act der Vereinigung der Vororte mit Wien ist nichts anderes als ein Act der ökonomischen Ausgleichung gewesen. Eine solche Ausgleichung vollzieht sich natürlich nicht fieberfrei und heute befinden sich die Vororte in diesem Stadium des Fiebers, welches aber bei der gesunden Natur unserer Gesammtstadt nicht Verheerungen anrichten, sondern zu einer endgiltig festen Construction des gesammten Organismus führen muss.

Eine gesunde Weiterentwicklung Wiens wäre unter den damaligen Verhältnissen nicht möglich gewesen, und ich behaupte auch, dass die Verhältnisse der Vororte an einem Punkte angelangt waren, der auch ihnen eine gesunde Weiterentwicklung nicht ermöglicht haben würde. Ich will nicht von den finanziellen Verhältnissen sprechen, die uns ja actenmäßig vorliegen. Ich will ihnen nur das eine sagen, dass es in der Natur der Dinge gelegen war, dass, nachdem die Vororte soviel Arbeitskraft, soviel schaffende Menschen in sich aufgenommen hatten, mehr Kräfte, als zur Bewältigung der Bedürfnisse der alten und neuen Stadt eigentlich nothwendig gewesen wären, endlich ein Überschuss an unvortheilhaften, unproductiven Kräften in den Vororten entstanden wäre, was die Verhältnisse der letzteren sicher endschließlich schädlich beeinflusst haben würde.

Die Vororte haben uns thatsächlich ein Vermögen mitgebracht; aber es wird niemand behaupten wollen, dass diese Mitgift eine exorbitant hohe gewesen ist. Im ganzen haben uns die Vororte 1,794.000 fl. gebracht; die anderen Beträge, welche natürlich nicht in das Vermögen der Großcommune eingegangen sind, anzuführen, wäre unrichtig und ist daher überflüssig. Ich will Ihnen aber zeigen, was in der Zwischenzeit die Commune Wien für die Vororte verausgabt hat. Ich stütze mich dabei auf eine von befreundeter Seite angestellte Berechnung, welche ich nur etwas übersichtlicher und drastischer gestalte.

Sehen Sie, meine Herren, für Canalbauten wurden in dem letzten Triennium 1892—1894 ausgegeben 1,269.000 fl.; davon entfielen auf die Vororte 902.993 fl. (Ruf links: Was wir an der Verzehrungssteuer eingenommen haben!) Ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Für Canalumbauten haben wir ausgegeben 250.457 fl., davon für die Vororte 105.305 fl. Wir haben für Neupflasterungen 1,407.000 fl. ausgegeben, davon für die Vororte 559.922 fl., und wenn Sie bedenken, dass in den alten Bezirken die Innere Stadt inbegriffen ist, die man eigentlich als ein gemeinsames Territorium aller Bezirke betrachten muss und die den größten Theil dieser für die alten Bezirke verwendeten Summe verzehrt hat, so werden Sie den Contrast der Ziffern klar ermessen. Für Umpflasterungen wurden ausgegeben 1,206.000 fl., für die Vororte 177.000 fl.; für Straßenherstellungen inclusive der Linienwalldurchbrüche von einem Betrage von 301.915 fl. für die Vororte weitaus mehr als die Hälfte, nämlich 165.000 fl.; bei den Hochbauten, die 3,545.580 fl. erfordert haben, 2,065.656 fl., bei den Gartenanlagen, die 275.142 fl. erfordert haben, für die Vororte 266.119 fl.; für Kirchenbauten den gesammten Betrag von 59.000 fl., der verausgabt wurde, und was die Kosten der Hochquellenleitung betrifft, so sind von 7,382.000 fl. 7,328.000 fl. für die Vororte verausgabt worden. Dabei habe ich die Schulbauten nicht eingeschlossen. Es ergibt sich, dass bei einem Gesammtaufwande für alle Bezirke aus den erwähnten Titeln exclusive Schulbauten, die für die Vororte approximativ $2^1/_4$ Millionen betragen haben dürften, von 14,492.000 fl. für die Vororte allein 11,630.000 fl. ausgegeben wurden. (Hört! Hört! rechts.)

Nun, meine Herren, ich glaube, dass diese Ziffern, wenn man sie auf der einen Seite ohne Hohn und auf der anderen Seite ohne Groll betrachtet, einen deutlichen Fingerzeig dafür abgeben, dass die alte Stadt sich bemüht, den neu hinzugekommenen Mitbürgern möglichst viel zu bieten. Alles auf einmal zu bieten, ist ein Ding der Unmöglichkeit; man kann nur seine Pflicht thun und bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens gehen, und ich glaube, das liegt nachweisbar vor.

Ich will nun mit wenigen Worten mich der Besprechung der Finanzlage der Stadt zuwenden und dabei vorausschicken, dass nach meiner innersten Überzeugung diese Lage, wenn auch keine rosige, so doch immer eine hoffnungsvolle ist, weil man sich sagen muss, dass ein Gemeinwesen, welches ohne besondere Kämpfe, ohne besondere Zuckungen es vermocht hat, im Laufe der Jahre derartiges zu leisten, wie es die Stadt Wien geleistet, in sich die Beruhigung bietet, auch allen weiteren Anforderungen gerecht werden zu können, unter der Voraussetzung natürlich, dass alle berufenen Factoren es erleichtern, dass die Gemeinde Wien ihre Mission lösen und erfüllen kann.

Die Lage der Stadt Wien, wie sie sich heute darstellt, ist ja nicht das Product einer kurzen Spanne Zeit, der Ereignisse eines kleinen Zeitraumes, den man irgendwie auch nur ins genaue überblicken kann. Wenn wir zurücksehen in dieser Richtung, so finden wir, dass die Ursachen der heutigen Situation mehr als drei Decennien hinter uns liegen und dass diese Verhältnisse, die damals unglücklich geschaffen wurden, leider in der Folgezeit, wenn auch nicht Schädigungen, so doch unrichtige Behandlungen erzeugten, welche eben das Gesammtresultat herbeigeführt haben. Ich werde keinen allzu langen historischen Excurs machen, aber ich will darauf hinweisen, dass schon die Stadterweiterung im Jahre 1857 in einer Weise in Angriff genommen und durchgeführt worden ist, welche die vitalsten Interessen der Stadt zu verletzen geeignet war. Dieser Stadterweiterungsfond, der — das ist, glaube ich, die rechtliche Überzeugung von uns allen — kein Staatsfond ist, ist nicht so verwendet worden, wie es das Gesammtinteresse dieser Stadt oder besser das Interesse der Gesammtstadt erfordert haben würde. Wir wissen, dass er ins Leben gerufen wurde mit der ausdrücklichen Rechtsverwahrung, dass der Staat in keiner Weise bei diesen Transactionen in Anspruch genommen werden dürfe. Wir wissen, dass das Eigenthums- und Verfügungsrecht über die Stadterweiterungsgründe der Stadt durch einen Machtspruch entzogen worden ist und dass es nicht einmal möglich war, gegen das freiwillige Angebot der Zahlung von 12 Millionen Gulden die Stadterweiterungsgründe, welche der Stadt gehört haben, zurückzubekommen. Wie dann mit dem Stadterweiterungsfonde umgegangen wurde, wissen wir auch. Wir wissen, dass statt dessen, dass der Fond zur Regulierung der Stadt verwendet worden wäre, er verwendet worden ist zur Herstellung von Prachtbauten, welche gewiss der Stadt zur Zierde gereichen — zweifellos — welche aber den Nützlichkeitszwecken der Stadt nicht in dem Maße entsprechen, als jene Arbeiten entsprochen hätten, welche vielleicht aus dem Stadterweiterungsfonde hätten hergestellt werden sollen.

Ich werde in die Kleinigkeiten dieser Frage nicht eingehen. Ich will nur weiter sagen, dass die Stadt auch bald darauf wieder in die Lage gekommen ist, und vielleicht ohne dass ein besonderer Zwang der Verhältnisse in dieser Richtung sachlich wenigstens vorhanden gewesen wäre, sich weiter an einem großen Unternehmen mit ungeheuren Geldopfern zu betheiligen, das ist die Donauregulierung.

Wir wissen, dass die Stadt Wien zwei Drittel dieser Kosten bezahlt, ein Drittel bezahlt sie als Stadt Wien und fast ein Drittel bezahlt sie als größter Steuerträger des Landes, und was zu diesem dritten Drittel fehlt, wird durch den Beitrag der Stadt Wien zu den Staatssteuern ersetzt. Das ist eine Angelegenheit, deren Folge wir heute noch in unserem Budget zu spüren bekommen und heute noch haben wir laufende Auslagen aus diesem Unternehmen zu bestreiten.

Erst dieser Tage — erst gestern ist es zu unserer Kenntnis gekommen — wurde eine Sünde gutgemacht, welche an der Stadt Wien in früherer Zeit begangen worden ist. Der Erlass des Handelsministers, der uns gestern verlesen worden ist, ist eigentlich nichts anderes als die Gutmachung eines empfindlichen Unrechtes, welches seinerzeit der Stadt Wien zugefügt worden ist. Sie wissen, dass das Versprechen aus höchstem Munde vorlag, der Stadt Wien das Gebäude am Weltausstellungsplatze und den Grund und Boden für das Lagerhaus unentgeltlich zu überlassen. In der Folge aber ist es dazu gekommen, dass die Stadt Wien einen Pachtzins zahlen musste, welcher sich jetzt auf circa 10.000 fl. jährlich stellt.

Wir wissen, dass es uns nicht möglich gewesen ist, beispielsweise für das 40-Millionen-Anlehen die Gebüren- und Stempelfreiheit zu erhalten. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Die Einkommensteuerfreiheit!) Ich bitte, die Gebüren- und Stempelfreiheit.

Seit dem Jahre 1830 zahlt die Gemeinde Wien zu einem Fonde, der ein Reichsfond ist und sie gar nichts angeht, zum Invalidenfond.

Bei der Frage des Versatzamtes, wo man mit Recht darüber Klage führt, dass dort so viel Vermögen brachliegt und dass man den Bedürfnissen der armen Bevölkerung damit eigentlich gar nicht

entgegenkommt, wurde im Jahre 1852 der Gemeinde der halbe Gewinn zu Gunsten des Versorgungsfondes zugesagt. Es wurde dieser halbe Gewinn nicht ausgefolgt. Man hat im Jahre 1859 dagegen Beschwerde geführt. Die Regierung hat zugesagt, dass sie wieder diesen halben Gewinn an den Versorgungsfond auszahlen werde, und erst im Budget des Jahres 1888 erscheint wieder — natürlich seither regelmäßig — dieser Gewinnantheil an dem Reingewinne des Versatzamtes ausgewiesen. Welchen Schaden hat die Stadt Wien durch das Gesetz vom 8. Mai 1869, welches die Steuervorschreibung bei Eisenbahnunternehmungen regelt, gehabt? Das ist ein Entgang, welcher sich nach meinen Daten in der Zeit vom Jahre 1870 bis zum Jahre 1883 auf 4,808.000 fl. beziffert (Hört!) und welcher bis heute das doppelte, den Betrag von 10 Millionen erreicht haben dürfte. Ich will von der Schädigung, welche der Ausgleich mit Ungarn für die Stadtinteressen herbeigeführt hat, nicht näher sprechen; ich will nur an die Folgegesetze dieses Ausgleiches, an das Gesetz vom 28. Juli 1871 und vom 11. April 1873 erinnern, welche das Übereinkommen enthalten über die Theilung der Steuern von Unternehmungen, welche ihren Geschäftsbetrieb in beiden Staatshälften ausüben. Wir wissen, was die Veränderung der Verhältnisse der k. k. Staatseisenbahn-Gesellschaft und der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft für empfindliche Schädigung involvieren, wir wissen, was die Creditinstitute und Assecuranzen, die in beiden Reichshälften ihr Geschäft ausüben, früher an uns gezahlt haben und was wir infolgedessen jetzt verlieren.

Eine weitere Schädigung unserer Stadt war auch die ja sonst aus wirtschaftlichen Gründen und unter gewissen Voraussetzungen nicht zu bekämpfende Verstaatlichung der Privatbahnen. Durch die Verstaatlichung der Elisabeth-Westbahn ist beispielsweise der Stadt Wien ein jährlicher Entgang von 70.000 fl. zugestanden und die Verstaatlichung der Franz Josefs-Bahn dürfte — die Daten darüber habe ich nicht — ungefähr einen gleichen Schaden herbeigeführt haben. Hiezu kommt das Gesetz vom 29. Jänner 1871 in Betreff der Besteuerung der an bestimmte Standorte gebundenen Unternehmungen, welches das frühere Princip, dass alle diese Unternehmungen in fremden Standorten, welche sich in Wien niedergelassen hatten, ihre Steuer in Wien zu entrichten hatten, zum Nachtheile der Stadt auf den Kopf gestellt hat. Hiezu kommt weiter, dass die Commune bei ihren Unternehmungen, welche ja allesammt einen gemeinnützigen Anstrich haben, immer wie ein einfacher Privatunternehmer behandelt worden ist, dass man niemals ein Verständnis dafür hatte, dass die Commune, um öffentlichen Interessen zu dienen, gewisse Unternehmungen ins Leben gerufen hat, und wir haben gestern in dem Erlasse des Handelsministers vernommen, dass in Ansehung des Lagerhauses der Standpunkt der Commune, die befreit sein wollte von den öffentlichen Abgaben, nicht acceptiert worden ist. Sehen Sie, das macht in unserem Budget ganz bedeutende Posten. Wir zahlen von unseren Markthallen einen Steuerbetrag von 5470 fl., für die Märkte 8880 fl., für unsere Schlachthäuser 11.560 fl., für das Lagerhaus 8070 fl. Bei solchen Verhältnissen konnte natürlich die Finanzlage der Stadt Wien sich nicht günstig gestalten. Wenn man dazu nimmt, dass der Staat und das Land an unsere Steuerträger derartig bedeutende Anforderungen stellten, so dass die Commune von einem Besteuerungsrechte, selbst wenn sie eines hätte, aus Rücksicht der Schonung der Mitbürger keinen Gebrauch machen kann, werden Sie mir zugeben, dass die Schwierigkeiten der Stadt in dieser Richtung gesteigert sind. Hiezu kommt das Heimatsgesetz, welches beschlossen werden wird und welches uns neue Lasten auferlegen wird, es kommt hiezu die Steuerreform, welche auch nicht geeignet ist, für die Interessen der Stadt etwas zu schaffen, sondern welche vielmehr in ihrer Wirkung wahrscheinlich eine Benachtheiligung der Interessen der Stadt involviert. (Rufe rechts: Leider!)

Ich will trotzdem in das abfällige Urtheil, welches College Grünbeck über die Steuerreform gefällt hat, nicht einstimmen, denn es kann nicht verdunkelt werden, dass diese Steuerreform auf einem gesunden Gedanken beruht, dass sie die Intention hat, die Schwächeren zu entlasten, und zwar ganz direct auf Kosten der wirtschaftlich Stärkeren, und dass, wenn es Kreise gibt, die durch diese Steuerreform geschont werden, Vertreter dieser Kreise in diesem Saale gewiss nicht zu finden sind. (Rufe links: Nicht verstanden!) Ich glaube, dass ich nicht deutlicher zu werden brauche.

Ich will gegenüber dieser Wien treffenden Darstellung nur ein ganz kurzes und summarisches Bild über das ganze geben, was beispielsweise in derselben Zeitperiode, von der ich gesprochen habe, die ungarische Regierung für Budapest gethan hat. Der zehnte Gesetzartikel vom 10. April 1870 spricht einen Gedanken aus, der bezüglich Wiens von niemandem noch ausgesprochen worden ist, und nicht einmal in dem seinerzeit mit solchem Jubel begrüßten Märzpatent vom Jahre 1849, glaube ich, wurde eine derartige Position und Mission für die Stadt Wien beurkundet. Die Stadt Budapest soll als Mittelpunkt des Handels und der Industrie in jene Lage gebracht werden, welche ihr alle Vortheile des freien Verkehres sichert und es sollen alle Investitionen gemacht werden, welche unentbehrliche Bedingungen für die Entwicklung der Industrie und des Handels sind, damit Budapest als Hauptstadt den Ansprüchen des Landes entspreche. (Rufe links: Was geht uns „Judapest“ an? — Gem.-Rath Frauenberger: Das ist wichtig, passen Sie auf!)

Nun, meine Herren, bei diesem platonischen Ausspruche des von mir citierten Gesetzes ist es nicht geblieben, denn gleichzeitig ist der Stadt ein Anlehen von 24 Millionen bewilligt worden, und zwar unter Umständen . . . (Gem.-Rath Hawranek: Dass Sie nicht nach Budapest gehen?!)

Bürgermeister: Ich rufe Sie zur Ordnung, das thut man nicht, Sie können sich ja dann zum Worte melden. (Gem.-Rath Baugoin: Sie sollen hinausgehen, wenn sie nicht hören wollen!)

Gem.-Rath Dr. Mittler (fortfahrend): Und zwar unter Umständen, welche dieses zwar formell die Gemeinde belastende Anlehen als eine förmliche Last des Staates erscheinen lassen.

Es wurde die Garantie dieses Anlehens durch den Staat derart votiert, dass der Staat die Verpflichtung übernommen hat, alles jenes Manco, welches die Stadt Budapest bei Bezahlung der Annuitäten und Zinsen haben sollte, aus eigenem zu tragen, und in der Folge hat die Stadt Budapest von dieser Latitude Gebrauch und zwar ganz respectablen Gebrauch gemacht, so dass im Jahre 1875 schon, unter Ausdehnung der Befreiung von den Steuern für Neubauten um und in der Ring- und Radialstraße, eine Nachsicht der nicht bezahlten Zinsen dieses Anlehens, welche der Staat vorausgelegt hatte, bewilligt worden ist. Im Jahre 1880 hat der Staat der Gemeinde Budapest unentgeltlich Grund und Boden und einen Beitrag von 780.000 fl. zur Errichtung eines Lagerhauses zur Verfügung gestellt und hat diesen Entrepots

30jährige Steuerfreiheit, Stempelfreiheit der Entrepotscheine — das ist ein bedeutender Betrag — Steuerfreiheit sämmtlicher Gebäude, Steuer-, Stempel- und Gebürenfreiheit aller Anlehen, welche zum Zwecke dieser Lagerhäuser aufgenommen werden sollten, zugesichert. Im Jahre 1881 hat die ungarische Regierung ganz direct für den Bau einer bestimmten Straße, der Radialstraße in Budapest, zinsfreie Vorschüsse gewährt und die Zinsenrückstände aus den früheren Anlehen, welche ich erwähnt habe, einfach von gesetzeswegen für getilgt erklärt. Im Jahre 1881 wurde weiters der Stadt zur Fortsetzung der Donauregulierungsarbeiten ein weiterer Betrag von 5,320.000 fl. aus Staatsmitteln gegeben. Einem im Jahre 1883 contrahierten Anlehen der Stadt Budapest wurde die vollständige Stempel- und Gebürenfreiheit bewilligt, und im Mai 1883 hat die Regierung für Budapest hauptsächlich, wenn auch in Wirklichkeit für Ungarn überhaupt, eine Verfügung getroffen, unter welcher wir am meisten zu leiden und welche vielleicht am meisten in der Lage gewesen ist, auf unsere Steuerkraft zurückzuwirken, das ist das bekannte Gesetz über die staatliche Begünstigung für die ungarische, vaterländische Industrie. Wenn man diese beiden Entwicklungsgänge einander gegenüberstellt, dann wird man jedenfalls in der Richtung zu Gunsten Wiens ein Wort sagen können, dass man nämlich diese Stadt, welche sich niemals in dem nöthigen Maße des Wohlwollens erfreut hat, das ihrem Aufschwunge nothwendig war, welches nicht genügend von allen Regierungen, welcher Partei sie auch angehört haben, in ihrer Bedeutung und in ihrer culturellen und in ihrer Handelsmission abgeschätzt worden ist, dass diese Stadt, welche unter diesen Umständen ein solches Budget, wie es uns vorliegt, noch das ihre nennen kann, getrost von sich behaupten mag, dass sie treu und ehrlich gewirtschaftet und das Gemeindegut in erfolgreicher Weise verwaltet hat.

Wenn man aber vom Budget spricht, so muss man auch, wenn man nicht ganz steril sein will, wenigstens die Ideen anderer, wenn schon nicht die eigenen darüber zum Ausdrucke bringen, wodurch die Lage bei uns überhaupt gebessert werden könnte, und alle Berechnungen und alle Künste der Finanzgenies werden nicht imstande sein, irgendetwas wirklich ausschlaggebendes zum Wohle dieser Stadt in Rath bringen zu können, wenn man nicht als höchstes Ziel das eine vor Augen hat, dass alles geschehen müsse, um die allgemeine Steuerkraft zu heben. Es ist wohl erklärlich, dass die Gemeinde in dieser Richtung nicht allein und überhaupt nicht vorangehen kann, aber in ihrer Sphäre und im Kreise ihres Wirkens bietet sich vielfach Gelegenheit, das zu thun. Die Gemeinde muss, das ist meine Überzeugung, jedes Unternehmen wohlwollend prüfen und, wenn es im Interesse der Stadt liegt, auch unterstützen.

Sehen Sie, meine Herren, ich spreche es unumwunden aus, dass in dieser Richtung manches gesündigt wird. Ohne mich mit irgendeinem bestimmten Vorschlage, irgendeiner bestimmten Idee identificieren zu wollen, wozu für mich gar kein Anlass vorliegt, will ich nur auf eines verweisen, was in jüngster Zeit aufgetaucht ist, auf eine Idee, von der einsichtige, verständige, die Stadt liebende Männer sagen, dass sie geeignet wäre, zur Verschönerung Wiens und zur Hebung des Wiener Unternehmungsgeistes beizutragen. Ich meine die vom Praterstern in die Innere Stadt gedachte Straßenanlage. (Gem.-Rath Hawranek: Die wird uns retten!) Nun, meine Herren, wenn eines gefordert werden kann für eine solche Sache, so ist es, dass sie wohlwollend geprüft werde, und wir alle haben die Verpflichtung dieser reiflichen wohlwollenden Beurtheilung. Denn, wenn man derartige Ideen, denen man eine gewisse Genialität in der Conception nicht absprechen kann, einfach ungeprüft verwirft, wenn man trotz der Versicherung, dass die Stadt Wien nur mitzuthun braucht, ohne irgendwie sich mit einem Capitale zu engagieren, wenn man trotz dieser Versicherung die Idee einfach abweist und für indiscutabel erklärt, dann glaube ich, sündigt man nicht so sehr gegen das einzelne Project, die einzelne Idee, als überhaupt gegen den allgemeinen Geist, denn ein solches Verfahren muss jedermann davon abschrecken, sich anzustrengen, sich zusammenzunehmen, seine Kräfte zusammenzuraffen, um etwas zu erfinden, zu ersinnen, was in unsere Verhältnisse einen Aufschwung, eine Besserung bringen könnte.

Die Gemeinde kann, glaube ich, in einem solchen Falle ganz ruhig sagen: ja, wenn mich die Sache gar nichts kostet, dann habe ich dagegen nichts einzuwenden. Aber einfach für alle Fälle es ablehnen, sich mit einer solchen Idee zu befassen, halte ich für verfehlt und — offen gesprochen — nicht für großstädtisch.

Es wurde auch wiederholt von Mitteln zur Hebung der Einnahmen dieser Stadt gesprochen. Man hat da bei dem jüngst abgehaltenen Städtetage davon gesprochen, der Stadt Wien möge eine Participation an der Verzehrungssteuer zugesprochen werden. Das ist eine discutable Idee, und es wäre vielleicht an der Zeit gewesen, dieser Forderung der Stadt Wien in einem anderen Zeitpunkte Nachdruck zu geben. Es war das nicht zu erreichen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Möglich war es schon, aber gethan haben Sie's nicht!) Vielleicht bringt die künftige Zeit einmal ein besseres Resultat.

Es wurde der Vorschlag gemacht, dass der Ertrag der städtischen Stempelgebüren von den bei der Gemeinde eingebrachten Eingaben der Stadt zugesprochen werden soll. Das ist ein ganz vernünftiger, ganz praktischer und ganz gerechter Vorschlag. Denn was ist der Stempel? Doch gar nichts anderes als die Bezahlung des Staatsbürgers für die Arbeit, die ihm der Beamte, beziehungsweise der Staat leistet in Ansehung eines bestimmten Begehrens. So muss man das auffassen. Wenn ich einen 36 kr.-Stempel auf einem Gesuche habe, so kostet mich das eigentlich die Erledigung dieses Gesuches. Wenn das Gesuch mehrere Bogen hat, so kostet es mich mehreremale 36 kr. Warum also der Staat für die Eingaben, mit welchen unsere Ämter die Arbeit haben, diese Stempelgebür einheben soll, ist nicht einzusehen. Und das ist ein ganz beträchtlicher Betrag. Ich habe erhoben, dass bei der Gemeinde Wien mindestens — ich habe alle zweifelhaften Fälle ausgeschieden — 952.000, also etwa eine Million Stücke eingereicht und auch erledigt werden. Wenn ich dafür nur den einfachen Stempel von 36 kr. rechne — es gibt ja aber Eingaben, die mehrere Bogen enthalten und einer höheren Stempelgebür unterliegen (Rufe: 50 kr. ist ja der mindeste Stempel!) — so gibt das eine Summe von 360.000 fl.; wenn Sie 50 kr. rechnen, so kommen Sie auf 500.000 fl. — ich bin auf 360.000 fl. gekommen, weil ich mir gesagt habe, es wird unter diesen Stücken viele stempelfreie geben, was ja bei der Gemeinde möglich ist, und ich habe deshalb nur schätzungsweise 36 kr. vom Bogen gerechnet.

Es wäre bei der Steuerreformdebatte jetzt Gelegenheit, vielleicht einiges zu Gunsten der autonomen Gemeinden und auch für die Gemeinde Wien zu erreichen. Meine Herren! Ich will das System, welches jetzt in Preußen eingeführt wird, welches aber noch nicht vollständig zur Durchführung gelangt ist, nicht erörtern. Es ist aber zweifellos, dass gewisse Steuern vermöge ihrer Natur

eigentlich der Gemeinde gehören und es wurde in der letzten Debatte im Reichsrathe die ganz vernünftige Anregung gegeben, dass man wenigstens trachten soll, die Besoldungssteuer für die Gemeinde Wien zu retten. Ob dies gelingen wird, weiß ich nicht, aber eine Thatsache muss ich constatieren, dass, wenn auch ein Abgeordneter der Stadt Wien, der auch dem Gemeinderathe angehört hat, in der Steuerreformdebatte das Wort ergriff, für die speciellen Interessen der Stadt Wien als solche ist er leider, ich habe genau seine Rede im stenographischen Protokolle gelesen, nicht eingetreten. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Wird schon kommen!) Möglich! Es wäre wünschenswert gewesen, dass es schon geschehen wäre. Es ist zum Beispiel eine ganz gerechte Forderung, und musste es einem Abgeordneten aus Mähren und einem Abgeordneten aus Galizien überlassen bleiben, in dieser Richtung mit einem ersten Vorschlag hervorzutreten, dass die Hauszinssteuernachlässe, wie sie in der Steuerreformgesetzgebung gedacht sind, zum Theile der Stadt Wien, beziehungsweise den anderen Gemeinden zugute kommen sollen. Also es ist in dieser Richtung vielleicht manches zu hoffen. Rechnen können wir auf gar nichts; rechnen können wir nur auf unsere eigene Kraft, auf unsere gute Wirtschaft (Lachen links) und schließlich können wir darauf hoffen, dass eine bessere Zeit kommen wird, in welcher man Unternehmungen, die nicht nur Arbeit geben, sondern auch Barmittel der Stadt und der Verwaltnng zuführen, günstiger behandeln wird.

Ich nähere mich dem Schlusse meiner Ausführungen. Aus den Reden, welche wir vernommen haben und aus den Reden, welche bei anderen Anlässen gehalten worden sind, ist von Seite der Opposition immer unbedingtes, nicht nur sachliches Misstrauen gegen die heutige Führung der Gemeindeverwaltung zum Ausdruck gekommen. (Rufe links: Mit Recht!) Wir lassen Ihnen Ihr Misstrauen, wir nehmen es aber für uns in Anspruch, den Bürgermeister und das Präsidium des vollsten Vertrauens der Partei zu versichern — des vollsten Vertrauens, welches seinen Ausdruck darin finden möge, dass sich der Bürgermeister und seine Genossen jederzeit auf diese Partei stützen und auf der anderen Seite, dass die Partei diese Stütze mit Kraft und Erfolg jederzeit abgeben möge. Nur müssen wir wünschen — und wir haben bisher keinen Grund, in dieser Richtung ein Bedenken zu hegen — dass die Fühlung und der Contact mit dieser Partei in allen großen Fragen immer und jederzeit aufrecht erhalten werden möge und dieses Vertrauen ein gegenseitiges, reciprokes sein möge. Denn, meine geehrten Herren, von der Schonung der Opposition kann man nicht leben, man kann nicht regieren, wenn man sich lediglich darauf verläßt, man kann noch weniger mit der Furcht vor der Opposition regieren. (Hört! links.) Regieren kann man nur, wenn man sich ganz und eins fühlt mit der Partei und so wechselweise jenes Verhältnis herbeigeführt wird, welches das einzig gesunde, parlamentarische ist. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Sie ertheilen uns väterliche Lehren!) Sehen Sie, meine Herren, die Ziele, welche unsere Verwaltung, unsere Partei gemeinsam mit den zur Führung berufenen Personen anstrebt, sind ja klar: Wir wollen ein großes, schönes, wir wollen ein gesundes, ein prächtiges Wien, wir wollen ein starkes Wien, welches seine Stellung inmitten dieses Reiches nach allen Seiten hin behauptet, welches von dem ganzen Staate als Herz derselben betrachtet, geachtet und geehrt wird! Wir sind uns auch über die Mittel einig, wie dieses Ziel erreicht werden kann, und dieses Ziel kann nur erreicht werden durch fortgesetztes, unermüdliches Zusammenarbeiten der Partei in diesem Saale, welcher ich angehöre mit den führenden Personen, welche an der Spitze des Gemeinwesens stehen. Wir müssen in dieser Richtung zusammenarbeiten, wir müssen uns nur auf uns allein gegenseitig verlassen. Dieses gegenseitige Vertrauen ist die Wurzel für alles, was gegenwärtig geschaffen werden kann.

Und wenn der erste Herr Redner in dieser Debatte sich veranlasst gesehen hat, eine Schluss-Antithese aufzustellen, welche, wie ich glaube, nicht in diesen Saal gehört hat, so gestatten Sie mir eine Parole zu formulieren, unter der, wie ich glaube, sich alle versammeln können, die zum besten der Stadt arbeiten wollen und diese Parole lautet: Zielbewusstsein und Arbeit. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gem.-Rath Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe das viertemal die Ehre, in der Generaldebatte über das Budget das Wort zu ergreifen und ich thue es jedesmal mit Vergnügen, weil es ja nach der von Ihnen geschaffenen reactionären Geschäftsordnung nur einmal im Jahre einem Mitgliede der Opposition gegönnt ist, sich im allgemeinen über die socialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und über die gegenwärtige Wirtschaft auszusprechen. Ich setze voraus, dass der geehrte Herr Bürgermeister mir ebenso die Redefreiheit gewähren wird, wie er sie bis jetzt jedem der geehrten Herren Redner gewährt hat.

Als die Generaldebatte über das Budgetprovisorium vor nahezu drei Monaten stattgefunden hat, hat Herr College Wünsch bemerkt, man möge sich mehr in die Ziffern des Budgets vertiefen, als im allgemeinen sprechen.

Ich werde auch heute mich mehr mit den socialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, den Gegensätzen der Parteien beschäftigen, weil ich der Meinung bin, dass die Besprechung der Ziffern eigentlich in die Specialdebatte gehört.

Gestatten Sie mir nur einiges auf die Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners sofort zu bemerken.

Der geehrte Herr Vorredner bemerkte, dass es in früherer Zeit Usus war, dass immer der Führer der Opposition in der Generaldebatte zuerst das Wort ergriff und förmlich sein Programm hier klarlegte. Dem gegenüber bemerke ich, dass seit der Einverleibung der Vororte mit Wien und so lange ich die Ehre habe, hier zu sein, Herr Dr. Lueger, der Führer der Opposition nie als erster in der Generaldebatte das Wort ergriffen hat.

Der geehrte Herr College meinte, es wäre nicht richtig, dass wir von der Majorität in brutaler Gewalt majorisiert worden sind. Darauf erlaube ich mir zu bemerken, dass wir bei der Zusammensetzung des Stadtrathes vollständig ignoriert worden sind und dass man uns in späterer Zeit nicht mit Rücksicht auf unsere Stärke, nicht mit Rücksicht darauf, dass wir doch die Majorität der Bevölkerung hier im Gemeinderathe vertreten, Mandate in den Stadtrath, Landesschulrath und Bezirksschulrath angeboten hat.

Der geehrte Herr College hat erklärt, dies sei ja richtig, dass der Führer der Opposition einen seltenen Fleiß entwickle und besondere Fähigkeiten habe. Dies, bemerkte er, ließe sich nicht in Abrede stellen; aber es fehle ihm sonst etwas. Ich erkläre dem Herrn Dr. Mittler: Es ist in Österreich keine politische Partei, welche einen so fähigen, fleißigen und musterhaften Führer hat, wie Dr. Lueger, der Führer der Opposition im Wiener Gemeinderathe es ist. (Beifall links.)

Der geehrte Herr College hat weiter darauf hingewiesen, dass die Einverleibung der Vororte mit Wien nur ein ökonomischer Ausgleich gewesen wäre. Nun erlaube ich mir, den geehrten Herrn

Vorredner zu fragen, was denn die alten Bezirke durch die Einverleibung gewonnen haben? Nichts! Unsere Verhältnisse sind in wirtschaftlicher Beziehung bedeutend schlechter geworden, Steuererhöhungen haben stattgefunden, auf die ich später zu sprechen kommen werde.

Die alten Bezirke haben nichts gewonnen, und wenn der geehrte Herr College angeführt hat, was für die Vororte alles geschehen ist, dann gestatte ich mir die Bemerkung: wenn wir so viel an Steuern und Abgaben gezahlt hätten, als wie wir jetzt zahlen, insbesondere durch die Verzehrungssteuer; wenn wir so gepresst worden wären wie jetzt, rücksichtslos gepfändet und executiert worden wären, dann hätten auch die Vororte mehr geschaffen und wären in der Lage gewesen, mehr zu machen. Er hat hingewiesen auf die Canalisierungen und Ziffern citiert. Ich erlaube mir, Herrn Dr. Mittler zu fragen, ob er — ich will nur einen Fall anführen — auch die 60.000 fl. weggerechnet hat, die der Landesausschuss zum Beispiel beigetragen hat zur Krottenbach-Einwölbung. Es ist das Verdienst der Gemeinde Ober-Döbling; diese 60.000 fl. wären der Gemeinde Ober-Döbling bewilligt worden, und die Gemeinde Ober-Döbling hätte auch den Krottenbach eingewölbt, welcher wahrscheinlich mit dieser Summe in namhafter Größe verzeichnet erscheint.

Der geehrte Herr College schwärmt gar so sehr für Budapest und dessen Einrichtungen. Nun finde ich es begreiflich, warum unsere geschätzten Mitbürger anderer Confession so gerne nach Ungarn gehen, denn dort geht es Ihnen gut; aber mir scheint, es wird nicht lange mehr so sein, weil die Zeit gekommen ist, in der die Volkspartei in Ungarn den Scheinliberalen die Maske etwas lüftet, und auch dort die Bewegung platzgreift, die — Gott sei Dank! — in Österreich und insbesondere in Wien im Interesse des deutschen Wien schon jahrelang platzgegriffen hat. Er hat erwähnt, dass die finanziellen Verhältnisse nicht gar so traurige sind. Der geehrte Herr College hat aber vergessen, dass unmittelbar nach der Wahl im ersten Wahlkörper sofort hier das 35-Millionen-Kronen-Anlehen aufgenommen worden ist, dass man, um das Deficit zu decken, $3\frac{1}{2}$ Millionen Gulden an die Cassen refundiert hat, und so die Vorortebewohner auch diejenigen Schulden bezahlen, welche die Großcommune Wien von 1887 bis 1890 gemacht hat. Es sagt ja der Herr Referent selbst in seinem Berichte, dass die günstigen Cassenstände nur auf die Refundierung dieser $3\frac{1}{2}$ Millionen Gulden zurückzuführen sind, und es wurde uns schon vom Herrn Referenten durch die Blume angedeutet — und auch von einem geschätzten Herrn Collegen aus dem I. Bezirke — dass man wahrscheinlich daran gehen muss — und dabei schiebt man wieder die Vororte vor — um die Pflasterung und Canalisierung in den Vororten vornehmen zu können, ein Anlehen aufzunehmen.

Nun, meine Herren, wäre es besser, wenn Sie dies vielleicht heute vor den Wahlen des zweiten Wahlkörpers sagen würden, damit Sie nicht dieselbe Komödie aufführen, die Sie nach den Wahlen im ersten Wahlkörper aufgeführt haben; College Winkler kann versichert sein, die Studien über das Schuldenmachen dürften kommen. Denn im Jahre 1898 kommen die Antheile der Gemeinde an den Häusern und Annuitäten der Verkehrsanlagen zu zahlen, und ich frage Sie heute schon, meine Herren: Glauben Sie, dass diese Zahlungen, die nach Millionen zählen werden, aus den laufenden Einnahmen gezahlt werden können? Nein, meine Herren, Sie werden da zweifellos ein Anlehen aufnehmen müssen, es wird die Erhöhung der Zinskreuzer platzgreifen müssen, und es wird die Erhöhung der Gemeindeumlagen platzgreifen müssen. (Commissions-Referent: Nein!) Aber das bitte ich gefälligst heute zu sagen und auch in Ihren Wählerversammlungen. Wenn Sie dieselben auch heute bei geschlossenen Thüren abhalten müssen, so sagen Sie es wenigstens bei geschlossenen Thüren, dass Sie an eine Erhöhung der Zinskreuzer nach den Wahlen zweifellos schreiten werden.

Meine Herren, es wird immer gesagt: Nein! Mit dem energischen „Nein", das der Herr College Dr. Stern mir zuruft, ist nichts gethan. So hat auch der Herr Referent gesagt, und das machen Sie uns immer zum Vorwurfe: Mit der Bescheidenheit kommt man nicht weit. Sehen Sie, ich bin auch einer von denen, welche immer rücksichtslos dasjenige heraussagen, was sie sich denken. Aber ich bin der Meinung, nachdem man uns in Ihren Blättern Scandalmacher nennt u. s. w., und wenn die Wahrheit ein Scandal ist, nun dann soll Scandal sein, und den Scandal begeht derjenige, der die That begeht. Dies ist meine Ansicht und ich und ebenso die geehrten Collegen der Opposition schrecken nie vor dem zurück, was über uns in den liberalen Journalen geschrieben wird. Schauen Sie die Bänke an, es ist heute die Budgetberathung und wie traurig sieht es aus.

Bürgermeister: Es liegt ja nichts daran.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Nur nicht nervös!

Gem.-Rath Steiner: Herr Bürgermeister! Heute dürfte es noch ärger kommen zum Schlusse. (Heiterkeit links)

Bürgermeister: Aber ich bitte, nur keine Drohungen! (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Steiner: Wir haben die Generaldebatte über das Budget, und man sollte glauben, nachdem es doch einem Gemeinderathe, der nicht dem hochwürdigen Stadtrathe angehört, nur einmal möglich ist, zu sprechen, dass die Betheiligung eine ziemlich starke sein wird; denn wenn das Budget einmal beschlossen ist, haben wir kraft unserer Geschäftsordnung nicht mehr das Recht, zu reden, wir sind einfach auf die Gnade des Herrn Bürgermeisters, auf die Gnade des Magistrates und des Bauamtes angewiesen, ob das, was selbst vom Plenum des Gemeinderathes budgetmäßig bewilligt ist, auch durchgeführt wird. Mich schreckt das Deficit, welches vorhanden ist, gar nicht, weil ich vollkommen überzeugt bin, dass auch der Rechnungsabschluss für 1895 ein günstiger sein wird, analog wie in früheren Jahren, weil man einfach nicht alles ausführt; so geschieht es insbesondere mit den Anträgen, welche von einem Mitgliede der Opposition gestellt worden sind. Ich gestehe auch offen, es lohnt sich nicht der Mühe, gelegentlich der Budgetberathung Anträge zu stellen, und wenn sie auch auf Grund sachlicher Argumente von Seite der geehrten Majorität dem Stadtrathe zugewiesen werden, hört man über das Schicksal eines derartigen Antrages gar nichts, und man sollte doch glauben, dass durch die Zuweisung des Antrages an den Stadtrath gleichsam das Plenum des Gemeinderathes der Überzeugung Ausdruck gibt, dass dieser Antrag auch der Erledigung zugeführt werden soll. In der Specialdebatte werden mehrere Anträge urgiert werden, welche heute irgendwo, ich weiß nicht wo, schlummern.

Meine Herren! Es wird uns das Budget vorgelegt und es ist eigenthümlich, dass vor kürzerer Zeit eine Bauinteressenten-Versammlung getagt hat, welche erklärt hat, dass die betreffenden Contrahenten circa $2\frac{1}{2}$ Millionen Gulden von Seite der Gemeinde zu fordern hätten. Nun, das sind ja auch Schulden, diese

$2^1/_2$ Millionen Gulden; aber gestatten Sie mir, daraufhin einen Fall anzuführen, wie im Stadtrathe hinter geschlossenen Thüren mit den Offerenten umgesprungen wird und wie eigentlich dort die Interessen der Gemeinde und deren Steuerträger gewahrt werden.

Es war eine Offerteröffnung am 11. October 1894 über Lieferung der Maschinen zum Schöpfwerke in Breitensee für die Pumpstation und es hätte nach den allgemeinen Lieferungsbedingnissen die Entscheidung in der Hälfte November 1894 fallen sollen. Es haben zehn Firmen offeriert; von diesen musste jede 10.500 fl. als Vadium erlegen. Drei Offerte der Firmen mit Namen: Schimmelbusch in Wien mit dem Betrage von 180.000 fl., eine Firma Märky, Bromofsky & Schulz in Prag mit dem Betrage von 190.017 fl. und eine Firma Schulze & Göbel in Wien mit dem Betrage von 198.950 fl.

Diese drei Offerte sind im Stadtrathe in der Sitzung vom 16. Jänner vorgelegt worden, der Stadtrath hat dieses Referat vertagt, den anderen Offerenten — und dies ist gewiss von besonderer Wichtigkeit für die Großindustriellen und für jeden Geschäftsmann — hat man bis heute das Vadium von 10.500 fl. noch nicht zurückgegeben. Die harren der Erledigung, und glauben Sie mir, meine Herren, dass bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen es für den Fabrikanten von besonderer Bedeutung ist, wenn er sein Geld zur Verfügung hat. Aber wissen Sie, meine Herren, ich spreche es auch deshalb in öffentlicher Sitzung aus, damit es nicht vielleicht so geht, wie mit der Cementlieferung für den Sammelcanal aus Budapest. Und der Magistrat schlägt für diese Maschinenarbeit, weil eine Differenz von 8000 fl. zwischen einer Wiener und Prager Firma ist, die Prager Firma vor. (Hört! Hört! links.) Das Vergebungsrecht hat der Stadtrath, und es muss hier öffentlich ausgesprochen werden, dass wir uns entschieden dagegen verwahren, dass solche Arbeiten, von denen ausdrücklich erklärt worden ist, dass sie mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit und die Arbeitsnoth geschaffen werden, jetzt anderweitig vergeben werden. Wenn von Seite des Stadtbauamtes behauptet wird, das Project der Wiener Firma sei schlechter als das der Prager, so soll es endlich geprüft werden. Ich anerkenne ja die besondere Fähigkeit unserer Ingenieure, meine Herren, aber ob sie gerade auf diesem Gebiete als Experten gelten können — da müsste man doch erst die Fachmänner der Technik fragen. Ich weiß, wie das gehen wird — ich stelle mir das vor und höre hinter den Coulissen, dass die böhmische Firma bereits daran arbeiten soll — und wissen Sie, wie es das Bauamt vielleicht machen wird? Ich bespreche das von vorneherein, um Ihnen den Faden abzuschneiden: Das Bauamt wird dann einen so kurzen Lieferungstermin stellen, dass der Stadtrath sagen wird: „Die Wiener Firma kann in so kurzer Zeit nicht mehr liefern, sondern es muss die Arbeit der böhmischen Firma zugeschlagen werden."

Meine Herren! Sehen Sie, das ist die Geheimthuerei im Stadtrathe, und eine jede Körperschaft, welche von einer Partei geschaffen worden ist, welche für die freie Meinungsäußerung einstens gekämpft hat und jetzt solche Sachen hinter den geschlossenen Thüren beschließt, kann nie und nimmer das Vertrauen der Bevölkerung genießen. (Beifall links.)

Meine Herren! Es wird vielleicht der Einwurf gemacht werden, dass wir solange auf das Hochquellenwasser warten müssen, dass der Wiener Maschinenfabrikant nicht genug vertrauenerweckend, vielleicht nicht vertrauenswürdig genug ist u. s. w., und Sie sehen, wie man im Stadtrathe verfährt. Erledigt ist die Angelegenheit bis heute nicht, ich weiß nicht, wo sie schlummert, vielleicht geschieht jetzt etwas.

Es wird uns, meine Herren, von Seite des Herrn Referenten erklärt, dass alles aus den laufenden Einnahmen gedeckt wird, was Sie schaffen, für Schulbauten, Straßenregulierungen, Canalisierungen 2c., alles aus dem Laufenden, und nachdem der geehrte Herr Vorredner auch einige Ziffern citiert hat, so möge auch mir gestattet sein, Ziffern zu citieren darüber, wie viel seit der Einverleibung der Vororte mit Wien liegendes Gut veräußert wurde, wovon das Geld auf Nimmerwiedersehen verschwunden ist.

Sehen Sie, der geehrte Herr College Dr. Mittler hat Ihnen eine Summe von 1,700.000 fl. genannt, welche der Herr Dr. Borschke auf seiner berühmten Rundreise bei Entleerung der Cassen in den Vororten hereingetragen hat. Von den liegenden Gütern, Vermögensobjecten, Gründen 2c. hat Herr Dr. Mittler nicht gesprochen. Gestatten Sie mir, Herr Dr. Mittler, einige Ziffern.

Im Jahre 1891 haben wir um 1,065.958 fl. 25 kr. liegendes Gut versilbert. Das Geld ist weg und kommt nie mehr wieder, im Jahre 1892 haben wir 621.377 fl. $13^1/_2$ kr. versilbert. Das Geld kommt nimmer, meine Herren. Das ist weg. (Heiterkeit.) Im Jahre 1893 waren es 310.186 fl. 86 kr. — kommt nie wieder. Im Jahre 1894 waren wir wieder etwas braver; da haben wir um 802.171 fl. 24 kr. verkauft und im Jahre 1895 beginnen wir recht munter, weil wir gestern um 271.000 fl. einfach ein Object verkaufen wollten. (Rufe links: Sollten!) Nun, das wird doch verkauft! Sehen Sie, wir beschließen immer die Verkäufe, aber einmal wird auch das ein Ende nehmen, und ich bin vollkommen überzeugt, dass Sie vor der Wahl im II. Wahlkörper noch nicht recht den Muth haben an den Liegenschaften der Vororte zu rütteln, aber ich bin überzeugt, auch das wird kommen: es werden Angebote kommen, und das wird successive so fort gehen. Also ich bitte, das etwas tiefer zu hängen, wenn Sie sagen, dass alles aus den laufenden Gebüren gedeckt wird. Sie sehen, dass auch dies namhafte Summen sind, welche zur Erbauung von Schulen, Canalisierung 2c. verwendet werden.

Nun erlauben Sie mir, geehrter Herr Bürgermeister, bezüglich der Führung der Geschäfte, weil wir in der Generaldebatte sind, einiges zu bemerken.

Es ist dies bis jetzt alljährlich bei der Budgetdebatte rückhaltlos besprochen worden, dass die gestellten Anträge mit der lakonischen Bezeichnung „geht an den Stadtrath" wohin kommen — man weiß es nicht, dass die Interpellationen so beantwortet werden, um dem Präsidium keine Verlegenheiten zu bereiten; das ist eine Thatsache, darüber könnten auch geschätzte Collegen von der Majorität genügende Auskunft ertheilen. Aber, dass der Herr Bürgermeister immer gleich von oben herab mit dem Staatsanwalt droht, einsperren lassen; Sie gehören doch der liberalen Partei an, die für die freie Meinungsäußerung seinerzeit gekämpft hat! Die Herren sind ja für die freie Meinungsäußerung (Rufe rechts: Aber nicht Beschimpfungen!), hier haben Sie eine Geschäftsordnung geschaffen, die uns einen Knebel anlegt, im Landtage, wo sie von den früheren Liberalen, den Altliberalen geschaffen war, die ich einmal hier richtig charakterisiert habe, ändern Sie die Geschäftsordnung und im Reichsrathe gehen Sie daran — die Freiheits-, Fortschrittsmänner — die Geschäftsordnung zu ändern, und nur darum, weil ein Dr. Lueger und einige beherzte Männer gekommen sind, welche Ihnen die Larve etwas gelüftet haben, welche Ihnen rück-

haltlos erklärten, dass Sie keine Partei sind, welche die Interessen des allgemeinen, sondern eine Partei, welche die Interessen des einzelnen vertritt! Aber der geehrte Herr Bürgermeister mit seiner Drohung vom Staatsanwalt schüchtert uns nicht ein, das erkläre ich Ihnen gleich. (Gem.-Rath Dr. Mittler: Das ist sehr wenig loyal!) Ich sage es offen, Herr Doctor, gewiss loyal. Aber auf mich macht es einen anderen Eindruck und erinnert mich an meine Zeit aus der Volksschule. Wenn wir so gerauft haben — ich war auch einer von den Braven — so habe ich auch immer gesagt, wenn ich mir nicht anders helfen konnte, ich sag's meinem großen Bruder, wenn ich nach Hause komme. (Heiterkeit links.) Solche Drohungen, Herr Bürgermeister, nützen also nichts. Und wie der Herr Bürgermeister kürzlich gedroht hat, er wird mich klagen, mir wäre es auch recht gewesen, es wäre unnütz gewesen, weil er und die ganze Majorität gewusst haben, dass ich die Beamten nicht beleidigen werde. Aber es wäre vielleicht möglich gewesen, dass bei dem Processe vor dem unparteiischen Richter die ganzen corrupten Zustände am Markte blosgelegt worden wären durch die Erbringung des Wahrheitsbeweises. Und dies wäre natürlich unangenehm gewesen, weil es Leute getroffen hätte, die mit Ihnen in innigem Contact stehen.

Der geehrte Herr Stadtraths-Referent hat bemerkt, dass man Commissionen schaffen muss, welche alles gründlich berathen und dann ihre Resultate gnädigst dem Stadtrathe überreichen dürfen. Das wäre so ein schöner freiheitlicher Fortschritt: die Commissionen werden arbeiten und der Stadtrath wird das Geld einstecken (Heiterkeit links) — nach Ansicht des Herrn Referenten des Stadtrathes. Das wäre freilich angenehm.

Aber jetzt gestatten Sie mir eines. Was ist's denn mit den Commissionen, wo die Opposition nicht vertreten ist? Was ist's denn mit der Diäten- und Gebüren-Commission, wo die Opposition nicht vertreten ist? Die hat noch gar nichts gemacht, und ich weiß gar nicht, ob sie eine Sitzung abgehalten hat. Was ist's denn mit der geschätzten Commission für die Berathung der provisorischen Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse? Die rührt sich gar nicht. Weil die Scandalmacher nicht darin sind, wird auch nichts gearbeitet! Wo die Opposition nicht vertreten ist, wird einfach nichts gemacht. Das wird man wohl nicht in Abrede stellen, sonst müsste man von den Commissionen schon viel mehr gehört haben. Aber der geschätzte Herr Stadtraths-Referent hat ja selbst nach einer Zeitungsnachricht — allerdings vor zwei Jahren — einen Antrag in der Tasche gehabt, wonach eine Theilung des Stadtrathes nach Sectionen erfolgen sollte. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, eine juridische, eine gewerbliche, ich weiß nicht, welche noch; ich finde das auch ganz richtig, denn wir haben es hier im Saale schon erlebt, dass sechs Juristen über einen und denselben Paragraph gestritten haben und jeder hat ihn anders interpretiert. Das wird wohl auch im Stadtrathe so sein und ich glaube, dass die Juristen nicht dazugehören, wenn der Stadtrath beschließt, auf den Rauchfang des Hauses Nr. 83 in der Gumpendorferstraße einen Champignon aufzusetzen; andererseits nützt es den anderen nichts, wenn die Juristen, vielleicht alle 14, oder wie viel im Stadtrathe sind, über einen Paragraph streiten und wahrscheinlich jeder anderer Meinung sein wird. Also, das wäre ganz gut gewesen, aber der geschätzte College aus dem Stadtrathe hat den Antrag nicht eingebracht und offenbar deshalb nicht, damit das stümperhafte Statut, welches geschaffen worden ist, nicht so rasch ad absurdum geführt werden müsse. Sie werden mir wohl zugeben, dass das Statut weder den localen noch den wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Es ist gewiss, es sind Bestimmungen darin, welche zweifellos reactionär sind und ich werde auf das Reactionäre heute noch zu sprechen kommen.

Es wäre also sehr erwünscht, wenn die Anträge, welche bezüglich der Änderung des Statutes für Wien gestellt worden sind, endlich einmal dem Gemeinderathe vorgelegt werden. Es ist im vergangenen Jahre besprochen worden, vor dem Zusammentritte des n.-ö. Landtages. Heuer ist es bei dem Budget-Provisorium während der Tagung des n.-ö. Landtages verlangt worden. Es kommt jetzt wieder eine Session des n.-ö. Landtages, aber die Änderung des Statutes kommt nicht. Wissen Sie warum, Herr Bürgermeister? Weil es nicht mehr möglich wäre, die Geheimhaltung des Stadtrathes durchzubringen. Ich bin vollkommen überzeugt, dass ein großer Theil der Majorität, welcher noch wirklich liberal ist (Rufe links: Oho! Wer ist das?) — das sind sehr wenige — für die Geheimhaltung des Stadtrathes nicht mehr wären.

Man nennt uns immer Rückschrittler, man sagt in den Versammlungen, wir wollen nicht, dass es vorwärtsgehen soll.

Ja, meine Herren, sind wir nicht für die Organisierung des gesammten Marktwesens? Sind wir nicht für die Creierung eines Marktamtes? Sehen Sie — Herr College Seiler möge entschuldigen, er wird vielleicht mit mir einer Ansicht sein — da sind wir ja nach der Geschäftsordnung der Gnade des Herrn Bürgermeisters ausgeliefert. Wie die Entscheidung im Saale ausfallen wird, weiß der Herr Bürgermeister nicht, aber er erklärt, er sei principiell gegen die Schaffung eines Amtes. Und wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, muss es dazu kommen, ein eigenes Marktamt zu schaffen. Es muss kommen, und insbesonders appelliere ich an die Herren . . . Der Herr Bürgermeister sagt: Nein. (Bürgermeister: Es besteht doch ein Marktamt!) Aber ein selbständiges nicht, es untersteht dem Magistrate, und der Marktdirector kann die Verfügungen, welche im Interesse der Märkte gelegen sind, nicht durchbringen, weil er dem Magistrate untersteht.

Wenn die geehrten Herren Gemeinderäthe des I. Bezirkes in ihren Wählerversammlungen sich weniger mit dem Antisemitismus befassen würden und mehr mit wirtschaftlichen Fragen, so wie wir, so wäre es besser. Die geehrten Herren Collegen des I. Bezirkes sollten doch wissen, dass für den ganzen I. Bezirk nur vier Marktcommissäre sind, dass diese Marktcommissäre oft in den Markthallen und auf den Märkten zu thun haben. Dass die Marktcommissäre, wie sie im I. Bezirke überangestrengt sind, nicht in der Lage sind, ihren Agenden nachzukommen, dass dadurch der ganze Geschäftsgang leidet. Aber die Herren Vertreter des I. Bezirkes haben in ihren Wählerversammlungen nichts zu thun, als immer Antisemitismus hin und Antisemitismus her. Wenn ich in einer Wählerversammlung bei uns nichts anderes thäte, als über die Liberalen und die Juden zu reden, so würden meine Wähler sagen: Mein lieber Steiner, wir haben dich vielleicht recht gern, aber wir wollen etwas anderes von dir hören, als über die Liberalen und die Juden schimpfen. Sehen Sie, meine Herren, das thun wir, aber Ihre Koryphäen, Dr. Kopp, allerdings ein alter Mann, Sie entschuldigen, Dr. Exner, der berühmte, u. s. w., nichts wie Antisemiten tödten, und dabei vergessen Sie ganz auf die wirtschaftlichen Verhältnisse. Ich werde auf die Straßenreinigung im I. Bezirke noch zu sprechen kommen. Nun, meine

Herren . . . (Unruhe. — Bürgermeister: Bitte, den Herrn Redner nicht zu stören! — Heiterkeit rechts.) Mich geniert's nicht.

Meine Herren, es hat der geehrte Herr Collega Silberer erklärt, dass er, trotzdem er ein Anhänger der eigenen Regie war, heute dagegen ist und er hat auch dasjenige citiert, was ich hier in einer öffentlichen Sitzung über die Thätigkeit des Herrn Bezirksvorstehers geäußert haben soll. Ich erkläre gleich, dass ich heute ein ebenso begeisterter Anhänger der Eigenregie bin, wie früher, nur ist meine Überzeugung heute nach den praktischen Erfahrungen, die ich gemacht habe, die, dass die gegenwärtigen Ämter die Fähigkeit nicht besitzen, das Interesse der Stadt Wien zur Geltung zu bringen. (Gem.-Rath Frauenberger: Das stimmt vollkommen! — Widerspruch rechts.) Ich war, als ich hier diese Äußerung über den Bezirksvorsteher gethan habe, der Meinung, dass der Herr Bezirksvorsteher, wie es ja von der Commission und von dem Gemeinderathe beschlossen worden ist, ein Verfügungsrecht, einen bestimmten Einfluss auf die Straßenreinigung habe. Bei der im Anfange Februar stattgehabten Enquête habe ich mit dem Herrn Bezirksvorsteher darüber gesprochen und er erklärte mir, er sei ja eigentlich ganz unschuldig, er dürfe, wenn ein Besenstiel um 50 kr. abbricht, nicht einen neuen machen lassen; wenn eine Kehrmaschine bricht, muss er erst eine Eingabe an den Magistrat machen, damit die Reparatur bewilligt werde. Wenn so der bureaukratische Weg eingehalten wird, dann erkläre ich offen, dass der Bezirksvorsteher unschuldig ist. Ich wusste nicht, dass ein Bezirksvorsteher der Stadt Wien, selbst wenn er im ersten Bezirke dieses Amt hat, gar keine Competenz besitzt. (Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ein Hausmeister hat mehr Competenz! — Lebhafter Beifall links!)

Bürgermeister: Aber, ich bitte!

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Meine Herren! Es ist uns in dieser Commission ein Bericht vorgelegt worden. Zur Charakteristik der Straßenreinigung gestatten Sie mir nur einiges, die eingehende Besprechung gehört in die Specialdebatte, zu citieren. Nach dem Antrage hätte sich die Commission, wenn sie einig gewesen wäre, dafür aussprechen sollen, dass für den Schaffer ein Wagen und ein Pferd angeschafft werde, etwas, was vor das Plenum des Gemeinderathes gehört. Diese Frage hat man uns im Februar vorgelegt und in der Sitzung vom 16. Jänner, zur Zahl 291, wurde über Antrag des Herrn St.-R. Schneiderhan dieser Wagen und das Pferd schon angekauft und der Schaffer war schon lange in der glücklichen Lage, zu fahren mit einem ausgemusterten Pferde der Feuerwehr — damit die Herren sehen, ich bin informiert — mit einem Wagen um 480 fl. Der fährt und der Gemeinderath weiß nichts. Sehen Sie, Herr St.-R. Boschan, zu welchem Zwecke Commissionen, wenn der Stadtrath ohnehin beschließt?

Weiters — Herr Collega Silberer, da bitte ich die Herren aus dem I. Bezirke — am 1. November ist die eigene Regie gekommen und am 4. November wusste der Schaffer schon, dass man acht Paar Pferde braucht. (Hört! links.) Da ist die Geschichte noch gar nicht gegangen, aber acht Paar Pferde! Und sehen Sie, wenn die Opposition nicht gewesen wäre, so wären zweifellos die acht Paar Pferde gekauft worden, und nachdem jetzt der Kehricht nur bis zur Augartenbrücke geführt wird haben wir noch zu viel Pferde und das Geld wäre hinausgeworfen.

Meine Herren! Zum Schneiden des Häckerlings — das sage ich öffentlich, damit sämmtliche Fuhrleute in Wien lesen, wie gewirtschaftet wird — für 64 Pferde werden fünf Mann beschäftigt. (Rufe links: Hört! Hört!) Da wird das Geld zu wenig bei der eigenen Regie, das glaube ich.

Aber weiter! Ich habe mir vorige Woche die Mühe genommen und bin in der Frühe, als es noch finster war, und auch nachmittags in den I. Bezirk gegangen. Da finde ich beim Kriegsministerium bei der Kirche ungefähr 12 bis 15 Besen, Schaufeln, Krampen, und in dem Wächterhause des Schnarrpostens ist ein altes Weib gestanden, damit nichts gestohlen wird. (Hört! Hört! links.) Die anderen waren beim Brantwein. So ist es! Da nützt es nichts, ein Vertrauensvotum für den Bezirksvorsteher aussprechen und sich darum nicht kümmern; da klappt es überall nicht. Das ist ein weiterer Fall, wie die eigene Regie discreditiert wird, und der Herr Bürgermeister war immer dagegen, wenn ich gesagt habe, die maßgebenden Factoren discreditieren sie.

Nun gestatten Sie mir folgendes. Der Stadtrath hat im Principe beschlossen, die Planierung an einen Unternehmer zu vergeben; und nun appelliere ich an diejenigen Herren, welche vergangenen Sommer dieser Commission angehört haben, ob uns nicht allen gesagt worden ist, dass die Planierer da inbegriffen sind. Wissen Sie, wem man die Planierung gegeben hat? Einem gewissen Herrn Keßler um den Preis von 6 kr. per Meter und ein Pauschale von 1000 fl.; und wissen Sie, was die Schneeplanierung an der Wien und an der Donau bis jetzt ohne den letzten Schnee ausmacht? Ein Betrag von 11.368 fl. 48 kr. ist ins Verdienen gebracht worden. Den Schnee mit der Schaufel planieren kostet außer dem Preise für den Meter noch 1000 fl. Pauschale! Nun kommt noch der letzte Schnee dazu, das wird dann mindestens 16- bis 18.000 fl. ausmachen. Das Gute, wo bedeutende Ersparnisse erzielt werden können, hat man dem Unternehmer gegeben, das andere haben wir behalten.

Gibt's denn nur zwei Fuhrleute in Wien, den Herrn Kadisch und den Herrn Keßler, dass der Herr Bürgermeister mündlich dem Herrn Magistratsrathe Linsbauer den Auftrag gibt, dem Keßler die nothwendig gewordene Beistellung von Pferden um den Betrag von 9 fl. pro Tag zu übergeben? Gibt es keine Fuhrleute, die es billiger machen als um 6 fl. 50 kr. von 11 Uhr nachts bis 5 Uhr, und 2 fl. 50 kr. für eine Fuhre Hauskehricht, das ist um 9 fl.?

Den Fuhrleuten hat man gelegentlich der Einverleibung der Vororte versprochen, dass durch die Erbauung der Verkehrsanlagen die Geschäfte gehen werden. Schauen Sie hinaus, was die Fuhrwerker für Geschäfte machen! Kaum ist so viel ausgehoben, dass es möglich ist, eine Rollbahn zu legen, legt die Unternehmung ihre Rollbahn. Bei uns draußen geht kein Fuhrwerk; die Fuhrwerke sind fertig, und hier wird hinter den Coulissen dem Herrn Keßler 9 fl. pro Tag gegeben.

Ja, noch etwas, meine Herren! Ist es vom Stadtrathe zu verantworten, dass er in seiner Sitzung vom 30. April 1893 der Transport-Gesellschaft die Trinkwasserzufuhr in sämmtlichen Vororten übergeben hat, und zwar um den Betrag von 8 fl. 40 kr.? Wissen Sie, was unsere Fuhrleute draußen bekommen? 5 fl. 20 kr. und 5 fl. 40 kr.! Das sind pro Tag 3 fl. Reingewinn, und wenn man weiß, dass die Trinkwasserzufuhr im vergangenen Jahre nahezu 100.000 fl. ausgemacht hat, so hat die Transport-Gesellschaft dabei mindestens 30.000 fl. rein verdient (Hört! links), weil der Stadtrath die Interessen einer Gesellschaft und nicht die Interessen der gesammten Fuhrleute vertritt. (Sehr richtig! links und Ruf: Da hört man schöne Sachen!)

Da nützt nichts, meine Herren! Ich bleibe bei dem Antrage des Collegen Frauenberger stehen: es muss ein Amt geschaffen werden; aber in dieses Amt gehören Männer, welche die nöthige Energie und Fähigkeit besitzen, die eigene Regie im Interesse der Gemeinde durchzuführen. Jetzt fällt man von einem Extrem ins andere und kommt zu keinem richtigen Schlusse. Ich werde nur einige Namen andeuten. Wissen Sie, wer früher das Geschäft bei der Transport-Gesellschaft brillant geführt hat? Nicht Herr Ziegelmeier, Steinhauser heißt er, und der andere heißt Seitz, der gegenwärtig Stellfuhrwerks-Besitzer in Klosterneuburg ist. Die haben es verstanden, die haben richtig geleitet, und mir wurde erzählt, wie es mitunter zugegangen sein soll — noch grauslichere Sachen, als heute vorkommen, und ich will nur abwarten, bis wir im nächsten Jahre den Rechnungsabschluss bekommen, dann — das erkläre ich heute schon — werden wir darüber sprechen.

Es hat auch College Eigner über die Schneeabfuhr in den anderen Bezirken gesprochen, und er hat ziemlich lange gesprochen; es ist heuer sehr viel Schnee draußen, es hat auch eine gewisse Berechtigung; er hat auch von Subunternehmern gesprochen, aber er hat keinen Fall angeführt und da gestatte ich mir, einen bestimmten Fall anzuführen. Im XIII. Wiener Gemeindebezirke ist der Hauptcontrahent, der Sagers in Hietzing, der hat auch seine Subunternehmer und ein Subunternehmer ist der Bezirksausschuss Weinroth in Speising. (Hört! Hört! links.) Bezirksausschuss Weinroth als Subunternehmer des Sagers hat, wie mir von vertrauenswürdigster Seite mitgetheilt worden ist, zwei Paar Pferde. Bezirksausschuss Weinroth bestimmt dem Subcontrahenten Weinroth, wo er hinführt; Bezirksausschuss Weinroth stellt die Leute zu den Fuhrwerken des Herrn Weinroth, der sie aufladen soll; das ist sehr interessant. Die Herren aus dem XIII. Bezirke scheinen das nicht zu sehen. Die Herren aus dem XIII. Bezirke scheinen noch gar nicht daraufgekommen zu sein, dass in der Schneeabfuhr gerade dieselbe Schlamperei ist, wie im XIX. Bezirke. Draußen wird der Schnee vom Gebirge, in der Nähe des Krapfenwaldes, so zugeführt, wie im vorigen Jahre. Im vorigen Jahre ist davon gesprochen worden, aber geändert ist das nicht worden.

Vom Gemeinderathe ist der Magistrat beauftragt worden, einen Schneeabfuhrplan zu schaffen, aber es ist nichts geschaffen worden. Im XIX. Bezirke kennen die Leute den Bezirksvorsteher nicht, er kommt nirgends hin, die Contrahenten führen den Schnee weg wohin sie wollen, der Bezirksvorsteher kommt auf eine halbe Stunde ins Bureau und unterschreibt, und das andere geht seinen Weg. Wenn man eine Anzeige beim Bürgermeister machen würde, würde das nichts nützen.

Ich habe bezüglich der Straßenreinigung unzählige Anzeigen gemacht, der Bürgermeister hat intervenirt, aber geschehen ist nichts. Ich habe dem Bürgermeister bezüglich eines Straßenaufsehers vor acht Wochen eine Anzeige gemacht, man möge den Mann entlassen, es kommen Malversationen vor, geschehen ist nichts. Samstag muſste der Mann stante pede davongejagt werden, weil er beim Brunnen auf der Türkenschanze den Sand, der dort ausgegraben wird, an die Gemeinde Wien verkauft hat. (Hört! Hört!) Jetzt hat ihn der Bezirksvorsteher davongejagt; hätte sich der Herr Bezirksvorsteher früher darum gekümmert, so hätte er wissen müssen, dass diese Zustände unleidlich sind. Hoffen wir, dass wir im nächsten Jahre einen Schneeabfuhrplan bekommen, aber dann muss auch der I. Bezirk eingeschlossen sein, denn da wird Schnee geradeso an unnöthigen Punkten weggeführt, wie im XIX. Bezirke, denn die Herren aus dem I. Bezirke werden mir schon zugeben, dass es Punkte genug gibt, wo der Schnee liegen bleiben könnte, ohne die Frequenz zu beeinträchtigen. Das wäre eines.

Der Herr College Silberer hat erklärt, er sei heute nicht mehr für die eigene Regie des Gases, und er hat in seiner bekannten ehrlichen Offenheit bemerkt, dass die Hälfte der Majorität heute schon nicht mehr daran denkt, eigene Gaswerke zu erbauen. Meine Herren, gestatten Sie mir, ein weiteres Gerücht beizufügen, was ich nicht glaube, das ich gar nicht glauben will (Rufe rechts: Es ist auch nicht wahr!), dass selbst schon ein großer Theil der Stadträthe dafür gewonnen ist. (Hört! Hört! links.) Das will ich nicht glauben.

Bürgermeister: Herr Gemeinderath, wenn Sie es selbst nicht glauben und selbst nicht glauben wollen, wozu sagen Sie es denn dann? Und wenn Sie es schon sagen, so müssen Sie doch sagen, von wem die Stadträthe gewonnen sein sollen. Das ist aufliegend nur zum Zwecke der Verhetzung oder Verdächtigung. Entweder wissen Sie, wer in dieser Richtung thätig ist, dann sagen Sie es offen und ehrlich heraus — oder Sie wissen es nicht, dann glaube ich, ist es besser, diese Verdächtigung nicht auszusprechen. (Rufe rechts: Namen nennen! — Unruhe.) Bitte, wenn Sie etwas wissen, heraus damit. (Rufe rechts: Nur heraus! — Unruhe.) Also ich bitte, Herr Gem.-Rath Steiner, fortzufahren. (Gem.-Rath Dr. Lueger ruft dazwischen.) Ich habe das nicht gehört, aber jetzt hat Herr Gem.-Rath Steiner das Wort. (Unruhe.) Wenn Sie also etwas wissen sollten, so sagen Sie es nur.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Herr College Silberer hat auch erklärt, die Hälfte der Majorität sei gegen die Einführung der eigenen Regie. (Zustimmung links.)

Bürgermeister: Ich bitte, das ist ja etwas ganz anderes.

Gem.-Rath Steiner: Da ist doch kein Unterschied, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Ich kann aus eigener Überzeugung einer bestimmten Ansicht sein. Sie haben aber gesagt: Man sagt — Sie wollen es aber nicht glauben — es sei die Hälfte der Stadträthe bereits gewonnen. (Rufe rechts: Das ist etwas ganz anderes!) Darüber — bitte — sprechen Sie sich aus. (Unruhe.)

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Ich erlaube mir aber die Vortheile der eigenen Regie öffentlich zu besprechen und den Herrn Collegen Silberer darauf aufmerksam zu machen, sich die Daten der Städte Berlin, Triest, Prag, Krakau, Köln, Dresden, Leipzig, Karlsruhe, Lübeck, Bremen, Stettin, Mainz, Düsseldorf, Osnabrück, Bonn, Offenbach am Rhein, Forst in der Lausitz zu verschaffen. In allen diesen Städten, meine Herren, ist die eigene Regie, in allen diesen Städten erzielt die Gemeinde einen bedeutenden Reingewinn (Gem.-Rath Herold: Sehr richtig!) und in allen diesen Städten ist eine schönere Beleuchtung und eine größere Kerzenstärke als in Wien. (Gem.-Rath Herold: So ist es!)

In der Stadt Berlin wird aus dem Erträgnisse der eigenen Regie die gesammte öffentliche Beleuchtung bestritten und trotzdem ist ein Reingewinn von jährlich zwischen 5 und 6 Millionen Mark zu verzeichnen.

In Prag, meine Herren, wird die sämmtliche öffentliche Beleuchtung aus dem Reingewinne der eigenen Regie gedeckt und

Sie haben in Prag ein schöneres Licht als in Wien (Ruf links: Billiger!) und da, meine Herren, ist es nothwendig, sich auch gleichzeitig gegen die Übernahme dieses Gaswerkes auszusprechen.

Meine Herren! Die Erfahrungen, die die Stadt Köln gemacht hat in Bezug auf die Übernahme der Gaswerke der englischen Gesellschaft, werden auch uns zur Warnung sein und erlaube ich mir zu bemerken, dass die Schätzung dieser Gaswerke im Jahre 1894 stattgefunden hat und wir die Gaswerke erst im Jahre 1899 übernehmen, es wird uns vielleicht so gehen, wie der Stadt Köln, dass wir die Gaswerke in deroutem Zustande übernehmen müssen. Denn, wenn die englische Gesellschaft weiß, dass wir die Gaswerke übernehmen, so wird sie zweifellos sehr weise und sparsam mit ihren Barmitteln vorgehen. Die Stadt Köln musste 7 Millionen Mark zahlen und sieben Jahre Process führen und dann circa $1^1/_2$ Millionen sofort in die Hand nehmen, um die Gasrohre auszuwechseln, welche schadhaft waren (Richtig!), und am Schlusse, als der siebenjährige Process zu Ende war, hat der Director der Gasgesellschaft der Stadt Köln den Actionären folgende Worte mitgetheilt ... (Gem.-Rath Dr. Klotzberg ruft dazwischen. — Rufe links: Der Klotzberg gibt keine Ruhe!) Ja, es ist ihm unangenehm, aber da kann ich ihm nicht helfen. (Liest:) „Für unsere Gaswerke in Köln haben wir einen größeren Betrag erhalten, als sie uns gekostet haben, so dass wir nicht sagen können, wir hätten ein schlechtes Geschäft gemacht.“ (Hört!) Und lesen Sie den Bericht von Krakau, so werden Sie dasselbe finden.

Aber gestatten Sie mir, den Ausspruch eines verewigten Gemeinderathes mit Namen Hirsch zu citieren, welcher auch Fachmann auf diesem Gebiete war. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Lassen wir den Seligen ruhen!) Er sagte (liest): „Diese Bedingung ist kein Zugeständnis, welches der Commune gemacht wird, sondern ein reiner Vortheil für die Gesellschaft. So oft auch immer eine Gasanstalt aus den Händen einer Actiengesellschaft in die Hand einer Commune um den Schätzungswert übergeht, so oft ereignet es sich auch, dass die Commune die Gasfabrik theuerer bezahlt, als ein Neubau gekostet hätte.“

Meine Herren! Und wenn Sie berechnen, dass die Schätzung der Gaswerke den Schätzwert von 17 Millionen ergeben hat, und wenn Sie wissen, dass die englische Gesellschaft in Wien einen Reingewinn — ich greife niedrig — von 6 Millionen hat, welche nach England wandern, so ist das eine Verzinsung, welche wohl auf gar keinem anderen Gebiete erzielt werden kann. Und da, meine Herren — ich nehme nur 6 Millionen an, weil das schon 33 Percent Verzinsung sind — und da muss man absolut für die Erbauung neuer Gaswerke sein, denn die Bevölkerung Wiens hat es satt, Opfer zur Erzielung fetter Dividenden für englische Actionäre zu bringen (Zustimmung links), und ich gestehe offen ein, dass ich glaube, dass jeder Gemeinderath der Stadt Wien, welcher für die Verlängerung des Gasvertrages stimmen würde, ein schweres Vergehen an den Interessen der Stadt Wien begeht. (Rufe: Ganz richtig!) Das ist meine Ansicht in der Gasfrage. (Rufe links: Jetzt gibt der Dr. Klotzberg Ruhe!) Der Herr St.-R. Witzelsberger möge verzeihen, es hat Herr Dr. Lueger erklärt, und nach dem Ausspruche des Herrn Gem.-Rathes Silberer glaube ich auch, er würde die Wette gewinnen, welcher wetten wollte, dass die eigenen Gaswerke nicht kommen, da es sich, wie früher, schon jetzt zeigt, wie langsam und schlangenartig diese Frage sich bewegt, wie ein rasches Tempo nicht eingeschlagen wird, so dass wir wieder wie im Jahre 1885 vor der Alternative stehen werden, dass das Bauamt sagen wird, es ist zu spät. Ich will also hoffen, dass ein rascheres Tempo eingeschlagen wird, dass wenigstens im Laufe des Sommers die Entscheidung fallen kann: Eigene Gaswerke, Befreiung von den Engländern! (Beifall links.)

Der geehrte Herr College Frauenberger möge mir verzeihen, ich bin aufmerksam seinen Ausführungen über das Budget gefolgt und habe mich der Mühe unterzogen, seine vorjährige Budgetrede zu lesen; es ist dasselbe ABC wie im Vorjahre. (Heiterkeit.) Der Herr College hat angeführt, welche Vortheile wir, die Vorortler, erreicht haben, und er hat uns erzählt, was wir alles erreicht haben. Herr College, kommen Sie hinaus, da werden Sie den einstimmigen Ruf der Bevölkerung hören: „Nur hinaus aus dieser Umklammerung, lassen Sie uns wieder frei!“ Das wird die Majorität der Bevölkerung sagen. (Gem.-Rath Frauenberger: Das ist übertrieben!) Der geehrte Herr College hat auch und mit Recht die Führung der Geschäfte des Stadtrathes kritisiert. Ich komme sehr oft her, um $^1/_2$11, $^3/_4$11 Uhr ist der Stadtrath nicht beschlussfähig, Punkt 2 Uhr schließt er. Ich habe das schon einmal besprochen, dass es Stadträthe gibt, welche bis 12 Uhr da sind und nach 12 Uhr weggehen, und solche, welche um 12 Uhr kommen und bis 2 Uhr dableiben.

Ein Herr ist auch im Stadtrathe, welcher constant täglich um 1 Uhr fortgeht; wahrscheinlich kann er keine kalte Suppe essen. (Heiterkeit links.) Ich habe mir den Stadtrath so vorgestellt analog dem Landesausschusse, dass derselbe Amtsstunden hat, damit die Bevölkerung der Bezirke oder deren Vertreter, welche nicht dem Stadtrathe angehören, jederzeit hingehen können, um die Bedürfnisse des Bezirkes oder Nothwendigkeiten, welche unbedingt durchgeführt werden müssen, vorbringen zu können. So wissen wir ja nichts von dem, was der Stadtrath thut. Es ist im Sommer sehr schwer, dass die Beschlussfähigkeit zusammenkommt. Als Dr. Lueger nicht im Stadtrathe war, hat das Telephon es immer sehr pressant gehabt, die Stadträthe zur Beschlussfähigkeit zusammenzuberufen. Beschlüsse, zu denen die qualificierte Mehrheit nothwendig ist, können im Sommer überhaupt nicht gefasst werden, weil die Herren mit ihren Diäten in die Bäder gehen. Sie sind einfach nicht hier. Das ist ein angenehmes Leben, wenn man hochwürdiger Stadtrath ist (Heiterkeit) und nicht controliert werden kann, was man thut. Und schließlich, wenn man das Amtsblatt liest, weiß man nichts. Dort steht: „angenommen“ oder „abgelehnt“. Eine weitere Motivierung ist nicht dabei. In der Zuschrift, die wir bekommen, steht, dass über den Antrag verhandelt worden ist. Das Amtsblatt bringt die Stadtrathsberichte aber erst in circa drei Wochen. Ich will nicht jemanden einen Vorwurf machen, dass die Berichte des Amtsblattes schneller erscheinen können, das ist nicht möglich. (Lebhafte Rufe links: O ja!) Es ist nicht möglich! Ich habe mich genau informiert.

Es müsste sofort eine bedeutende Vermehrung des Personales im Präsidium stattfinden, weil der betreffende Herr Conceptsbeamte, welcher Schriftführer in einer Stadtraths-Sitzung war — die Herren arbeiten ja riesig schnell, 80, 90 Referate kommen vor — darüber einen genauen Bericht machen, alles genau schreiben muss. Das geht nicht so schnell. Wenn er einen Tag im Stadtrathe ist, den nächsten Tag auch, jetzt hat er noch anderen Dienst, es muss alles zurecht gemacht werden. Wenn die Berichte rascher kommen sollen, muss naturgemäß eine Vermehrung

des Conceptspersonales stattfinden. Ich habe mich genau davon überzeugt.

Es wird aber auch — und das ist eine Hauptsache, die ich besprechen will — immer von gegnerischer Seite behauptet, nicht nur hier im Saale, sondern auch in ihren Versammlungen, wir seien reactionär und wir seien Pfaffenknechte. Meine Herren! Sehen Sie, ich spreche ja offen. Man sagt: wir wollen die Bildung zurückdrängen, wir wollen die Schulbildung einschränken. Alles mögliche. Meine Herren! Wir wollen eine christliche, freiheitliche Erziehung der Kinder, weil ich glaube, dass dies die Grundprincipien eines jeden freiheitlichen Staates sind. Wir wollen aber auch, wie das Reichs-Volksschulgesetz vorschreibt, dass in derjenigen Gemeinde, wo 40 Kinder sind, die einer Confession angehören, eine eigene Schule errichtet werde. Wir sind weiters gegen die Verweiblichung der Schulen, insbesondere gegen die Anstellung weiblicher Schulleiter, und insbesondere gegen die Bestellung weiblicher Lehrkräfte an Knabenschulen. In erster Linie glaube ich, dass das Weib nicht die nöthige Energie besitzt in den höheren Classen, wo die Kinder erwachsen sind, und in zweiter Linie glaube ich, dass das Weib in die Familie gehört. (Ganz richtig! So ist es! rechts und links.) Meine Herren, wir sind nicht reactionär, wir sind auch keine Pfaffenknechte, denn die maßgebenden Führer in der Partei von Ihnen haben ja veranlasst, dass man zum heiligen Vater nach Rom geht, er soll helfen. Aber der heilige Vater hilft nicht! (Heiterkeit.) Er hilft nicht. Dieselbe Partei, die die päpstliche Autorität systematisch durch Jahrzehnte untergraben hat, die geht zum Papste bitten, er soll helfen und er hilft nicht. (Erneuerte Heiterkeit.) Dieselbe liberale Partei, die die christliche Kirche und die Autorität derselben untergraben hat, die will vom ersten Vertreter heute Schutz und er kann nicht helfen, und dieselbe liberale Partei, im Verein mit ihrer Presse, welche die christlichen Priester durch Jahrzehnte mit Hohn und Spott belegt hat (So ist es! Sehr richtig! links) geht jetzt zum heiligen Vater bitten, er soll helfen und er hilft nicht!

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gemeinderath, glauben Sie, dass das zum Budget gehört? (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Steiner: Jawohl, ich muss Parteigegensätze besprechen können.

Bürgermeister: Ich bin nicht der Ansicht, dass derlei Angelegenheiten zum Budget gehören, und muss Sie bitten, sich kürzer zu fassen.

Gem.-Rath Steiner: Gestatten Sie mir, Herr Bürgermeister; Herr Dr. Mittler hat Vergleiche mit Budapest gezogen und ich ziehe Vergleiche mit der liberalen Partei und Rom. Budapest hat auch nicht hieher gehört.

Bürgermeister: Die Vergleiche, die Herr Dr. Mittler angestellt hat, haben sich bezogen auf die finanziellen Verhältnisse Wiens und auf die finanziellen Verhältnisse von Pest. Das war vollkommen zur Sache. Ich habe Sie auch bis jetzt über alle möglichen Dinge reden lassen, auch über solche, die nicht zur allgemeinen Debatte, sondern viel besser zu den einzelnen Titeln gehörten. Es wäre entsprechender gewesen, wenn die Erörterung eine sachliche, so dass eine Erwiderung darauf möglich gewesen wäre.

Aber das gehört zweifellos nicht zum Budget.

Gem.-Rath Steiner: Herr Bürgermeister, verzeihen Sie, die Generaldebatte ist der einzige Moment im Jahre, wo Parteigegensätze besprochen werden können. Ich bin gleich am Schlusse. Herr Bürgermeister werden mir zugeben, dass man uns das ganze Jahr immer sagt: Pfaffenknechte — dass wir die Juden ihrer Religion wegen bekämpfen . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, dieser Ausdruck ist hier in diesem Saale nie gebraucht worden; das muss ich entschieden zurückweisen.

Gem.-Rath Steiner: Dann gestatten mir Herr Bürgermeister, aufzuklären, warum wir uns dagegen verwahren, dass man uns immer sagt, wir bekämpfen die Juden wegen ihrer Religion. Das ist nicht wahr.

Bürgermeister: Das gehört auch nicht zum Budget. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Steiner: Das gehört zum Budget, Herr Bürgermeister! (Gem.-Rath Rauscher macht einen Zwischenruf.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Rauscher, mäßigen Sie sich. (Neuerliche Zwischenrufe und Unruhe links.)

Gem.-Rath Steiner: Ich erkläre, dass wir die Juden nicht ihrer Religion wegen bekämpfen, sondern wegen ihres Übernehmens auf volkswirtschaftlichem Gebiete, wegen ihrer laxen Moral im geschäftlichen Leben und ihrer rüden Speculation halber, gar nicht vom religiösen Standpunkte aus; und solange mir das nicht bewiesen wird, dass ich kein ehrlicher, christlicher Demokrat bin, verwahre ich mich dagegen, reactionär zu sein. Ich bitte, auch nachzuweisen, auf welchem Gebiete wir reactionär sind. Wir sind für die freie Meinungsäußerung, für Pressfreiheit, für Vereinsfreiheit und so weiter, und so weiter, wir sind für die Erweiterung des Wahlrechtes; und als Herr Dr. Lueger gelegentlich der Einverleibung der Vororte mit Wien im n.-ö. Landtage den Antrag gestellt hat auf Aufhebung des Drei-Wahlkörpersystems, Herr Dr. Grübl, da war es Ihr erster Vice-Bürgermeister . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, mich nicht mit Dr. Grübl anzusprechen; hier bin ich Bürgermeister und Vorsitzender.

Gem.-Rath Steiner: Also, Herr Bürgermeister Dr. Grübl, als der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter über das vom Herrn Bürgermeister Dr. Grübl im Wiener Gemeinderathe vorgetragene Gemeindestatut referierte, da war er es, welcher dem Dr. Lueger zugerufen hat: Gibt es hinter dem dritten Wahlkörper niemand mehr, der das Wahlrecht wünscht? Am nächsten Tage hat die gesammte liberale Presse ins Horn geblasen, da waren Sie für die Erweiterung des Wahlrechtes.

Nun, Herr Bürgermeister Dr. Grübl und Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter, als Führer der Partei, wo ist der Antrag des Gem.-Rathes Dr. Uhl? Wenn Sie für sich die Freiheit in Anspruch nehmen, wo liegt er denn? Alle Anträge in freiheitlicher Beziehung — ich will der Majorität keinen Vorwurf machen — bleiben einfach unerledigt, und mit Phrasen, man sei freiheitlich, mit Phrasen, man sei fortschrittlich, mit Worten und nicht mit Thaten werden sie nichts beweisen! Solange man mich reactionär nennt, sage ich folgendes: Ich bezeichne jeden als einen verleumderischen Phrasendrescher, der mir das Gegentheil von dem nicht beweist.

Nun bin ich am Schlusse. In Bezug auf die Apostrophe, welche der Herr Gem.-Rath Silberer an die liberale Partei gerichtet hat, kann ich mich dem geehrten Collegen nur anschließen. Ich glaube aber, dass sein Urtheil ein viel zu mildes war; denn nicht nur die freiheitlichen Grundsätze hat diese Partei, welche auf Grund der Ideale des Jahres 1848 gebildet ist, verlassen, sondern

auch die moralischen Grundprincipien, welche jede Partei, die eine politische Stellung behaupten will, haben muss.

Ich erinnere Sie daran, wie erst kürzlich im Weichbilde der Stadt ein schweres Verbrechen begangen worden ist, ich erinnere, wie die gesammte liberale Presse, weil der Thäter ein Convertit ist und eine Jüdin geheiratet hat, durch ihre Berichte bemüht war, den klaren Blick der Behörde zu trüben und die Untersuchung auf falsche Fährte zu führen.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath, das gehört nicht zum Budget. Ich ersuche, sich an die Sache zu halten und nicht Dinge zu besprechen, welche absolut nicht im geringsten Zusammenhange mit dem Budget stehen. (Widerspruch links.) Auf diese Weise können Sie einfach über alles sprechen. Das steht außerhalb allen Zusammenhanges. (Rufe links: Massensen!) Ich bitte, das gehört nicht hieher.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Nun, meine Herren, ich bin am Schlusse, damit der Herr Bürgermeister endlich einmal beruhigt wird. Jede Partei verdient ihre Presse, und die Presse, wie sie gegenwärtig von jedem anständigen Menschen verdammt wird, aber von Ihnen geduldet wird, ist der Schandfleck des Jahrhunderts, nicht der Antisemitismus! (Beifall links. — Widerspruch rechts.)

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gemeinderath, ich rufe Sie zur Ordnung; das gehört auch nicht zum Budget und es ist nicht Ihre Sache . . . (Erneuerter lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Meine Herren! Durch diesen Applaus wird die Sache nicht anders, werfen Sie sich nicht zum Sittenrichter auf . . . (Rufe links: Nieder mit der Judenpresse! Abzug Judenpresse!)

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Meine Herren! Es kommen jetzt die Wahlen des zweiten Wahlkörpers, und die Budgetdebatte geht unter dem Eindrucke der Wahlbewegung vor sich. Die Wahl im zweiten Wahlkörper wird ja entscheiden, ob die Majorität zur Minorität und die Minorität zur Majorität wird. (Gem.-Rath Frauenberger: Das stimmt nicht!) Einmal wird es kommen und ich wünsche dies, dass diese manchesterliberale Wirtschaft im Interesse der Steuerträger und der alten deutschen Stadt Wien einmal schwindet. Gott gebe es! Mit dem schließe ich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Herrdegen: Meine Herren! Es ist nahezu von allen Rednern eine sehr scharfe Kritik über die communale Wirtschaft geübt worden. Gewiss wurde auch im Laufe der Debatte eine ganze Reihe von wichtigen und sehr bemerkenswerten einzelnen Fällen vorgebracht. Nach meiner Meinung aber reichen diese einzelnen Fälle gewiss nicht hin, um sich ein vollständiges Urtheil, ein Gesammtbild über die Ursachen zu verschaffen, welche eigentlich an jenen Verhältnissen die Schuld tragen, die wir einer Kritik unterziehen. Ich glaube, dass, wenn man an der communalen Wirtschaft Kritik übt, man von allgemeinen Gesichtspunkten ausgehen, vor allem anderen aber politische Momente ganz aus dem Spiele lassen sollte. Die Politik hat im Gemeinderathe nichts zu thun, und so oft man hier politisiert, geht man über die berechtigten Grenzen unserer Redefreiheit hinaus. Ich werde mich für meinen Theil trotz der verlockenden Gelegenheit, welche der unmittelbare Herr Vorredner gegeben hat, nicht verleiten lassen, auch über politische Momente zu sprechen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Das ist nicht wahr!) Es geschieht von der anderen Seite immer. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn hingeschossen wird!) Es wird nicht hingeschossen. Ich glaube, dass die unbestreitbaren Mängel, welche wir in unserer Verwaltung wahrnehmen können, darauf zurückzuführen sind, dass dem großen Körper immer mehr neue Theile angeschweißt werden, dass also der Umfang fortwährend zunimmt, dass aber noch niemand daran gedacht hat, mit ernsten Reformen einzuschreiten, welche der Ausdehnung der communalen Verwaltung entsprechen würden.

Ich glaube, meine Herren, dass vor allem die Hauptfactoren, welche für die communale Verwaltung in Betracht kommen, der Gemeinderath, der Stadtrath, der Magistrat und das Stadtbauamt nicht gehörig zusammengestimmt sind. Der Gemeinderath als die oberste Instanz zeigt — das dürfen wir offen aussprechen — die größten Mängel. Er hält sich am wenigsten an die Sache, er übt eine Kritik, welche weit über die Grenze hinausgeht, welche wirklich geeignet ist, das gesunde Moment der Opposition aufzuheben, zu paralysieren und dafür eine Discreditierung nach außen hin zu erzeugen.

Es ist ja auch nicht anders möglich. Der neue Gemeinderath hat mit einer großen Majorität angefangen, mit einer Majorität, welche erfüllt war von ihrem Machtbewusstsein, welche in ihrer numerischen Stärke den Muth gefunden hat, alles nach ihrem Willen, nach ihrer Überzeugung, unbekümmert um den Willen der Minderheit, durchzuführen. Es hat oft zu einer ganz schroffen Bethätigung dieses Machtbewusstseins geführt, und ich muss gestehen, dass ich mich wiederholt und bei vielen Gelegenheiten hier und anderwärts ausgesprochen habe, dass nicht immer in einer gerechten und billigen Weise vorgegangen wurde. Nun, meine Herren, die Opposition ist in einen anderen schweren Fehler verfallen: sie verzichtet auf die Sachlichkeit. Für sie handelt es sich darum, principielle Opposition zu machen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Das ist nicht wahr!) Aber, Herr College Lueger, es ist ja wahr, principielle Opposition, und eine große Anzahl Ihrer Redner ist immer und immer wiederum von der Sachlichkeit vollständig abgewichen. (Unruhe und Widerspruch links.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer (welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte, die Zurufe zu unterlassen!

Gem.-Rath Herrdegen: Meine Herren! Wir haben Sie angehört und haben auch Collegen Steiner trotz seiner scharfen Ausführungen nicht unterbrochen, Sie haben ihn unterbrochen, wir nicht; ich nehme für mich das Recht in Anspruch, dass Sie mich hören; ich muss von Ihnen auch gar manches hören, mit dem ich nicht einverstanden bin. Übrigens spreche ich vollständig zur Sache, was von dem Herrn Vorredner nicht gesagt werden kann (Oho! links) — bei verschiedenen Ausführungen nicht, das wird er mir selbst zugeben.

Ich komme nun zum Stadtrathe, der zweiten Instanz in der communalen Verwaltung. Meine Herren! Es kann kein gesundes Verhältnis sein, wenn von 138 Vertretern, welche hier in den Gemeinderathssaal geschickt werden, nur 15 Percent zu einer positiven Thätigkeit berufen werden. (Bravo! Bravo! rechts.) Das ist einmal entschieden ein großer Mangel. Diese Organisation kann mit Erfolg nicht aufrecht bestehen, hier muss thatsächlich zu Reformen geschritten werden. Es ist eine andere Frage, wie die Reform auszuführen ist; Kritik ist eben leichter geübt, als mit positiven Vorschlägen zu kommen, aber ich schließe mich auch der Erkenntnis an, dass diese Organisation des Stadtrathes, wie sie heute besteht, für die Folge nicht aufrecht erhalten werden kann,

wenn wir eine Verbesserung in der communalen Wirtschaft einführen wollen. (Bravo!)

Ich komme zum dritten Factor, zum Magistrate. Durch die Einführung des Stadtrathes sind die Competenzen des Magistrates sehr wesentlich eingeschränkt worden. Diejenigen, welche das Statut verfasst haben, oder welche dem Statute ihren Geist verliehen haben, haben sich offenbar den Gemeinderath als eine große Abstimmungsmaschine und den Stadtrath als eine Referierungsmaschine vorgestellt. Es kann das gewiss auf den Magistrat keine günstige Rückwirkung haben, denn heute muss der Magistrat sowie früher die eigentliche positive Arbeit machen, seine Competenzen aber sind eingeschränkt, er ist Zwischeninstanz in allen jenen Fällen, wo die Entscheidung des Gemeinderathes nothwendig ist. Wir dürfen uns daher nicht wundern, dass eine gewisse Schwerfälligkeit eintritt und wenn diese Schwerfälligkeit immer mehr bemerkbar wird.

Was das Stadtbauamt anbelangt, so muss ich sagen, es ist wohl einleuchtend, dass, wenn Agenden einer Körperschaft, einer Verwaltungsstelle eine solche außerordentliche Ausdehnung, eine so kolossale Vermehrung erfahren, wie es beim Stadtbauamte vorgekommen ist, Mängel begreiflich sind und bis zu einem gewissen Grade entschuldigt werden können. Dessenungeachtet lässt es sich nicht leugnen, dass sich die Klagen gegen die Thätigkeit des Stadtbauamtes in allen Kreisen der Bevölkerung wirklich mehren, hier also entschieden eine Abhilfe, eine Reorganisation nothwendig erscheint. Es ist unbestritten, dass an der Spitze des Stadtbauamtes eine technische Autorität steht, ob diese technische Autorität aber auch organisatorisches Geschick besitzt, das scheint mir etwas in Frage zu stehen. Wir haben insbesondere bei Gelegenheit der Berathung des Pflaster-Präliminares eine Anzahl ernster und wohl auch berechtigter Klagen gehört, die auf organisatorische Mängel schließen lassen.

Es ist da eine ganz eigenthümliche Erscheinung zutage getreten. Die beiden Referenten, der Referent des Magistrates und der Referent des Stadtbauamtes haben trotz der schweren Anwürfe, welche von Collegen vorgebracht wurden, kein Wort der Vertheidigung gefunden; ihre Vertheidigung hat der Herr Bürgermeister übernommen.

Nun verkenne ich nicht die gute Absicht und ich würdige auch vollständig die objective Art und Weise, in welcher der Herr Bürgermeister in dieser Angelegenheit eingeschritten ist, aber der Herr Bürgermeister möge mir verzeihen, wenn ich der Ansicht Ausdruck gebe, dass es nicht glücklich ist, in solchen Dingen gewissermaßen die Verantwortung der Ämter persönlich auf sich zu nehmen. Ich glaube, es wäre zweckmäßiger, der Sache entsprechender gewesen, wenn die Herren sich selbst vertheidigt hätten, denn nur allzu leicht kann durch das Einschreiten, durch die Art und Weise, wie der Herr Bürgermeister der Ämter sich annimmt, die Meinung erweckt werden, dass hier thatsächlich Verhältnisse vorliegen, die den Tadel verdient haben — vielleicht einen schärferen Tadel, als ausgesprochen wurde.

Ich habe schon erwähnt, dass es ganz besonders hinsichtlich des Stadtbauamtes nothwendig sein dürfte, ernste Reformen durchzuführen; es hat sich dies auch bei verschiedenen anderen Fragen gezeigt, zum Beispiel bei der Angelegenheit der Straßensäuberung im I. Bezirke. Es liegen uns auch bereits dahin abzielende Anträge vor, die zumeist älteren Datums sind, so zum Beispiel über die Errichtung einer Wasserdirection, die Errichtung eines besonderen Studienbureaus, eines Straßeninspectorates, dann die Decentralisation des Stadtbauamtes nach gewissen Fächern u. s. w.

Alle diese Anträge haben aber bisher keine Würdigung gefunden, ich weiß nicht, ob aus Abneigung gegen derartige Reformen oder mit Rücksicht auf den Umstand, dass eben der Stadtrath thatsächlich nur für die Bedürfnisse des Tages zu sorgen gewohnt ist und sich an das Studium ernsterer Fragen, welche umfassendere Vorstudien bedürfen, überhaupt nicht machen will.

Nun komme ich zur Frage der eigenen Regie und da muss ich wohl bemerken, dass es mich sehr gewundert hat, dass College Silberer, der sich ja als Demokrat einführte, sich gegen die eigene Regie aussprechen konnte und namentlich in der wichtigsten Frage, die uns am nächsten liegt, nämlich der Erwerbung oder Erbauung der Gaswerke. (Gem.-Rath Frauenberger: Ja, da hat er recht gehabt!) Da hat er recht gehabt?

Meine Herren! Der Umstand, dass die eigene Regie gewisse Schwierigkeiten hat, dass, was wir bisher in eigener Regie gemacht haben, nicht entsprechende Resultate erzielte, dass sich eine gewisse Schwerfälligkeit zeigt, darf nicht dazu führen, dass wir zu dem Schlusse kommen, wir in Wien können die eigene Regie nicht durchführen, wir können nicht dasselbe machen, was eine ganze Reihe anderer Städte mit großem finanziellen Erfolge thut. Unsere Aufgabe muss vielmehr sein, Reformen einzuführen, die Verwaltung zu reorganisieren und es zu ermöglichen, die eigene Regie auf diesem und jenem Gebiete mit Erfolg durchzuführen. Auf die Bemerkungen, welche Herr Gem.-Rath Steiner über die Gasfrage gemacht hat, möchte ich nur erwidern, dass ich nicht weiß, ob man sich für die Erwerbung der alten Gaswerke entschließen wird oder für die Erbauung neuer Gaswerke; ich glaube auch, es wäre verfrüht, darüber heute schon zu urtheilen. Wenn man in dem Bewusstsein spricht, dass man für das, was der Gemeinderath beschließen wird, auch die Verantwortung trägt, so wird man in einer so großen, wichtigen Frage sich die Sache gehörig überlegen.

Es ist sehr gut möglich, dass der Herr Vorredner recht hat, dass es zweckmäßiger ist, neue Gaswerke zu erbauen, aber es ist ebensogut möglich, dass, wenn wir vollständig vorbereitet sind, neue Gaswerke zu bauen, und ich glaube sagen zu können, das sind wir — dass in den Verhandlungen mit der englischen Gasgesellschaft eine Wendung eintreten wird, wo die Erwerbung der alten Gaswerke günstiger ist, als die Erbauung neuer Werke.

Eines steht fest, und daran glaube ich wenigstens, dass der Gemeinderath entschieden für die Übernahme der Gaswerke, beziehungsweise des Gasbetriebes stimmen wird und darin liegt wohl die Hauptsache. Nun, meine Herren, will ich auf einiges andere kommen. Was das Steuerwesen anbelangt, da wurden in scharfer Weise die verschiedensten Bemerkungen gemacht; eines aber scheint mir nicht genug hervorgehoben worden zu sein, mit Ausnahme in der Rede des Herrn Dr. Mittler, dass die Commune nicht verantwortlich gemacht werden kann für das ungünstige Steuersystem, denn dieses ist Sache des Staates, und dass wir allerdings alle Ursache haben, eine gesetzliche Änderung anzustreben, beziehungsweise die Steuereinnahmen der Commune auf eigene Füße zu stellen. Das System der Umlagen ist gewiss ungünstig, keine sichere, sondern eine schwankende Grundlage und das ist der Cardinalpunkt, gegen den wir uns wenden müssen: Eigene Steuern. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Bitte zu sagen, welche Steuern: Börsen-, Luxussteuern?) Die Luxussteuern sind bekanntlich solche, die nichts tragen. (Gem.-

Rath Dr. Lueger: Also welche?) Ich bitte sehr, andere Gemeinden, zum Beispiel Berlin, haben, wie ich glaube, die ganze Gebäude- und Hauszinssteuer für sich, andere Gemeinden, wie Paris, die Verzehrungssteuer; es liegen also Beispiele eines zweckmäßigen Steuersystemes für große Städte vor, und dahin sollen auch wir streben. (Gem.-Rath Eigner: Börsensteuer!) Gegen die Börsensteuer habe ich nichts, ich bin damit vollkommen einverstanden, aber die Gemeinde Wien würde mit der Börsensteuer offenbar kein besonders brillantes Geschäft machen.

Nun komme ich mit einigen Worten auf das Markt- und Approvisionierungswesen zu sprechen. Herr College Winker hat ganz richtig ausgesprochen, dass er im Budget eine Orientierung, die Spuren eines Programmes für das Approvisionierungswesen vermisst. Das war ein ganz berechtigter Ausspruch. In dieser großen, für die gesammte Bevölkerung wichtigen Frage stehen wir thatsächlich programmlos hier. (Sehr richtig!) Das, was geschieht, was in dem einen oder anderen Falle versucht wird, kann man nur als Fortwursteln bezeichnen, irgendwelche leitende Grundsätze sind nicht vorhanden, ein bestimmtes Programm habe ich noch nie gesehen, habe ich noch nie von einem solchen reden gehört. Nun, meine Herren, woran liegt es denn aber, dass wir hier nicht weiterkommen? Woran liegt es denn, dass wir hier zu keinem festen Programme kommen? Das liegt in gar keiner anderen Ursache, als in der Interessenvertretung, welche wir hier repräsentieren. Ich bin ganz dafür, meine Herren, dass auch das communale Wahlsystem einer Änderung, einer ernsten Reform unterzogen werde. Erst dann wird ein gesunder Geist hier einziehen. Heute wird alles nur vom Standpunkte gewisser Interessenkreise betrachtet. Und, meine Herren von der Opposition, nehmen Sie mir es nicht übel: wenn Sie in vielen Fragen — ich gebe das zu — wirklich Vertreter des kleinen Mannes sind, in Fragen der Approvisionierung haben Sie die Vertretung des kleinen Mannes aufgegeben und machen sich auch zu Vertretern großer, einflussreicher Wählergruppen. Daher werden Sie auch bei der Approvisionierung nicht mit Erfolg mitwirken, und vielleicht ist das sogar die Ursache, weshalb Sie aus unserer Commission infolge eines Clubbeschlusses ausgetreten sind. (Widerspruch links und Ruf links: Ein solches Compromiss existiert nicht!)

Von einem Compromiss habe ich nicht gesprochen. Aber Sie werden doch nicht behaupten, dass Sie über dem Einflusse der verschiedenen Wählerclassen stehen, das ist gewiss — ich kann es an der Hand verschiedener Reden beweisen — nicht der Fall. (Gem.-Rath Strobach: Aber Sie!) Ich habe noch nicht ein einzigesmal den Herrn Gem.-Rath Strobach mit einem Zurufe bedacht; es wäre denn doch, glaube ich, honett, wenn er sich derselben Art und Weise befleißigen würde. Es wurden in der Markt- und Approvisionierungs-Angelegenheit, seitdem der neue Gemeinderath zusammengetreten ist, eine Unzahl Anträge gestellt. Gewiss sind unter diesen Anträgen auch wichtige und ernste Anträge von Mitgliedern beider Parteien des Hauses gestellt worden, aber geschehen ist so gut wie nichts, und hier schließe ich mich ganz der Ansicht des Herrn Collegen Steiner an: für das Marktwesen gehört eine eigene Marktdirection. Die Abhängigkeit vom Magistrate kann hier nicht zweckmäßig sein, wie auch auf anderen Gebieten, zum Beispiel beim Sanitätswesen. Es kann nicht gut sein, dass die wirklichen Fachleute, die Marktkundigen oder vielmehr das Marktpersonale, die Beamten, und auch der Leiter von einer Stelle, welche eigentlich nicht fachmännisch vorgehen kann, abhängig sind. Und ganz dasselbe ist auch beim Sanitätswesen der Fall.

Nun, meine Herren, es ist ja ganz merkwürdig, wenn man zum Beispiel verfolgt, wie sich die verschiedenen Objecte, die dem Markt- und Approvisionierungswesen dienen, also Markthallen, Schlachthäuser, verzinsen, welch geringer Zins bei ihnen erzielt wird. Die Commune stellt wertvolle Objecte zur Verfügung, hebt wirklich einen geringen Zins ein, sie begnügt sich mit einer Verzinsung, welche weit unter dem gewöhnlichen Zinsfuße steht, und trotzdem kann ein Aufschwung, eine Förderung der allgemeinen Interessen auf diesem Gebiete nicht erzielt werden. Wenn wir uns den Kärnthnerthormarkt ansehen, so finden wir dort die unglaublichsten Missstände; ich will sie hier nicht lang und breit berühren. Die Verkehrsverhältnisse auf dem Kärnthnerthormarkte sind geradezu gefährlich, und es ist unbegreiflich, wie eine Großstadt derartige Einrichtungen haben kann. Alles ist auf den Umstand zurückzuführen, dass man sich nicht traut; die communale Verwaltung ist im Markt- und Approvisionierungswesen jeden Muthes bar.

Dann ist noch eine andere Erscheinung bemerkenswert. Ich begreife für meinen Theil nicht, wie man die Marktcommissäre zu allen möglichen Aufgaben bestellen kann. Sie werden vielleicht dieser Tage in den Zeitungen die Nachricht gelesen haben, dass ein Marktcommissär draußen in irgendeinem neuen Bezirke eine Erhebung zu pflegen hatte über eine Unfallversicherungsrente, welche ein Schlosser Tomschak, oder wie er heißt, unberechtigt bezogen hat. Wie das eine Aufgabe des Marktcommissärs bilden kann, ist mir vollständig unbegreiflich. Es ist dann kein Wunder, wenn die eigenen Agenden, wenn das, was die Sache der Marktorgane wirklich ist, wenn die eigenen Aufgaben vernachlässigt werden.

Zum Sanitätswesen möchte ich kurz bemerken, dass uns wohl ein ausgearbeiteter Entwurf für eine Neuorganisation vorliegt; sie mag wohl manches gute bringen, aber einem großen Übelstande scheint sie nicht abzuhelfen: das ist nämlich die ganz kolossale Überbürdung der städtischen Ärzte mit Schreibgeschäften. Die städtischen Ärzte haben eigentlich aufgehört, Ärzte zu sein, sie müssen schreiben bis in die Nacht hinein und bei Tag auch, sie sind vielmehr Beamte oder wirklich Schreiber; denn es sind kleinliche Correspondenzen, die sie zu pflegen haben, weit seltener ärztliche Gutachten und Berichte, als Ausfertigungen, die von ganz untergeordneten Kräften gemacht werden können. Hier wird auch eine Abhilfe entschieden nothwendig werden.

Dann, meine Herren, die Sanitätsaufseher. Die Sanitätsaufseher haben eine ganze Reihe von wichtigen Agenden, insbesondere Agenden, welche sich dann von großer Wichtigkeit erweisen, sobald eine Epidemie ausbricht. Die Sanitätsaufseher müssen auch eine gewisse Intelligenz besitzen, sie haben selbständig Erhebungen zu pflegen, Berichte zu machen u. s. w. Und diese Sanitätsaufseher sind entlohnt mit 2 fl. täglich, das ist ein Lohn, den jeder ordentliche Tischlergeselle heute bekommt. Ich glaube, dass es unbedingt nothwendig sein wird, auch auf diesem Gebiete eine bessere Würdigung der Dienste walten zu lassen, und man möge darangehen, die Sanitätsaufseher zu definitiven Bediensteten der Gemeinde zu ernennen.

Nun komme ich auf das Capitel „Armenwesen". Meine Herren, schon im Jahre 1891 unmittelbar nach dem Zusammentritte des neuen Gemeinderathes wurde die Reform der Armenpflege auf die Tagesordnung gestellt. Sie ist dann längere Zeit von der Tagesordnung verschwunden, endlich ist sie wiederum auf-

getaucht und jetzt sind die Dinge allerdings weiter gediehen. Es liegt uns ein größeres Elaborat vor, wann es vom Stadtrathe erledigt werden wird, das wissen wir noch nicht.

Es wurden die Armenräthe um eine sehr bedeutende Zahl vermehrt, und die nächste Folge wird sein, dass auch die Ausgaben der Gemeinde für das Capitel „Armenwesen" ganz kolossal erhöht werden wird. Nun, meine Herren, ich habe gar nichts dagegen, wenn die Gemeinde Wien für das Armenwesen mehr ausgibt; thatsächlich gibt sie heute nicht so viel aus, wie andere große Städte. Also die Leistungen der Gemeinde können, namentlich im Hinblicke darauf, dass ihr große Fonde zur Verfügung stehen, gewiss erhöht werden. Wenn wir uns aber vorhalten, worin eigentlich die großen Leistungen bestehen, auf welche Weise das Geld an die Armen vertheilt wird oder vielmehr Ausgaben gemacht werden, dann müssen wir ernste Bedenken haben, umsomehr, als auch im neuen Entwurfe eine Abhilfe nicht in Aussicht genommen ist.

Es ist einer der großen Übelstände auf dem Gebiete der Armenpflege, dass zumeist sich nur diejenigen eine entsprechende Unterstützung zu sichern wissen, welche eben alle Wege, alle Hinterthürln, alle Schliche kennen. Folglich werden in der Regel die Armen, welche es am wenigsten verdienen, betheilt werden. Das ist der hervorstechende Mangel der Armenpflege bei uns. Nun, wie wird es da in Zukunft aussehen?

Wir haben jetzt in Bezirken, wo früher 40 Armenräthe waren, 80 oder gar über 100. Das System ist bis zur Stunde dasselbe geblieben. Die Armenräthe sind mit keinen neuen Instructionen versehen worden. Sie geben aber bereits sehr fleißig Aushilfen, und ich kann Ihnen sagen, dass zum Beispiel im Bezirke Mariahilf während vier Wochen, wo die neuen Armenräthe functionieren, sich die Ausgaben, und zwar lediglich solche unter dem Titel der ominösen Aushilfen, gegen früher vervierfacht haben. (Sehr gut!) Glauben Sie, dass damit wirklich ein humanitärer Effect erzielt wurde? Ich glaube nicht, sondern ich glaube, dass hier zunächst die Professionsfechter den Hauptvortheil ziehen werden, und andere, wirklich arme werden nicht genügend Unterstützung finden, aus dem einfachen Grunde, weil sie weniger geschickt vorzugehen wissen. In den neuen Reformvorschlägen kommt die Bildung von Armensectionen vor, und die Obmänner der Armensection sollen ihrerseits wieder autorisiert werden, Aushilfen zu geben, ohne Vermittlung des Obmannes des Armenrathes. Wenn das auch geschieht, so werden wir erleben, dass diese Ausgaben in einer geradezu gefährlichen Weise erhöht werden, ohne humanitären Erfolg. Ich spreche also meine Überzeugung dahin aus, dass auf diesem Gebiete mit den Vorschlägen, wie sie uns vorliegen, ein wirklicher Effect also nicht erzielt werden wird, sondern dass diese Vorschläge sehr mangelhaft erscheinen. Es ist die Einführung des Elberfelder Systemes recht schön . . . . . . (Gem.-Rath Dr. Lueger: Schließen Sie die Sitzung, wir sind höchstens 36.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Die Beschlussfähigkeit ist nur zur Beschlussfassung nothwendig. Ich bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Herrdegen (fortfahrend): Nun, meine Herren, möchte ich nur mit ein paar Worten erwähnen, dass ich mit den Ausführungen, welche Herr College Silberer hinsichtlich der Wohlthätigkeitsanstalten gegeben hat, vollkommen einverstanden bin. Ich glaube, dass das einer der wichtigsten Punkte ist, welche hier zur Sprache gekommen sind. Auf diesem Gebiete herrscht geradezu ein unverzeihlicher Schlendrian, und in diesen Schlendrian wird auch die Commune Wien hineingezogen durch die fortwährende Ertheilung von Subventionen, ohne eigentlich die Überzeugung erlangen zu können, dass mit diesen Subventionen wirklich etwas ersprießliches geschieht. Es erscheint unbedingt nothwendig, dass man die Privatwohlthätigkeit zusammenfasst, durch die communale Verwaltung unterstützt und auf diesem Wege zu einer ernsten Besserung gelangt.

Etwas ähnliches stellt sich aber auch auf einem anderen, benachbarten Gebiete heraus, ich meine, hinsichtlich der Fürsorge für verwahrloste Kinder. Es ist vor einiger Zeit ein Antrag in dieser Beziehung eingebracht worden, aber es kann sich nicht allein darum handeln, dass eine entsprechende Fürsorge getroffen wird für die bereits als verwahrlost anerkannten Kinder, welche in den Schulen als Schädlinge gelten, sondern es ist ebenso, wenn nicht mehr wichtig, dass eine Organisation geschaffen wird, um der Verwahrlosung entgegenzuarbeiten. Die Thatsache, dass die Verwahrlosung immer mehr über Hand nimmt, wird oft von verschiedenen Seiten der Neuschule in die Schuhe geschoben. Die Neuschule hat gewiss nicht schuld daran. Da thut man der Neuschule vollständig unrecht. Es sind vielmehr die wirtschaftlichen Verhältnisse schuld. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zeitigen diese Verrohung, zeitigen die Sittenlosigkeit. Insbesondere sind es die traurigen Wohnungsverhältnisse, welche einen kolossalen Einfluss nehmen. Ich bitte, betrachten Sie sich einmal die Art und Weise, wie ein Lehrling gehalten wird, gegen früher. Früher ist der Lehrling im Hause, in der Familie unter der Aufsicht des Meisters, unter der moralischen und sittlichen Einflussnahme der Meisterin gestanden und wenn sie auch das sprichwörtliche Kinderlocken und -Hutschen machen mussten, so hat es gewiss weniger geschadet, als wenn sie nach den Arbeitsstunden hinausgehen und kein Mensch sich um sie kümmert. Sie kriegen 2 fl. Kostentschädigung pro Woche, damit können sie hingehen, wohin sie wollen, sie können die freie Zeit an Orten zubringen, welche nur geeignet sein können, sie zu verderben. (Gem.-Rath Jedlička: Lehrbubenversammlungen!) Hier, glaube ich, sollte sich die Commune nicht gleichgiltig gegenüberstellen. Wie ich zuvor hinsichtlich der Wohlthätigkeitsanstalten erwähnt habe und wie es theilweise auch in den Anträgen des Armenreferenten auf dem Gebiete der Armenpflege angestrebt wird, so ist es auch hinsichtlich der Fürsorge für die Jugend nothwendig, dass eine Organisation platzgreife, welche geeignet ist, die Thätigkeit der Vereine durch öffentliche Einrichtungen zu einem gedeihlichen Zusammenwirken zusammenzufassen. Es gibt eine ganze Menge Vereine, welche sich die Jugendpflege zur Aufgabe gestellt haben, aber jeder derselben wirkt allein und mit ungenügenden Mitteln, ein Zusammenwirken, ein logisches Zusammengehen ist nicht wahrzunehmen. Das sollte durch eine communale Organisation ersetzt werden und diese Organisation würde gewiss keine großen finanziellen Anforderungen stellen.

Ich möchte noch eines bemerken, eine Sache, welche vielleicht den Herren kleinlich erscheint. Mir erscheint sie aber nicht kleinlich. Wenn wir unseren Ausgabenvoranschlag durchblicken und die einzelnen Capitel durchlesen, so wird uns auffallen, dass eine Unzahl von fremdsprachlichen Ausdrücken in dem Kostenvoranschlage enthalten sind.

Im Titelblatt heißt es „Kostenvoranschlag", auf der zweiten Seite steht schon „Budget" und fast jede einzelne Post enthält Ausdrücke, welche gewiss — ich will niemandem nahetreten — manchem ganz unverständlich sein werden. Die Sache mag an

und für sich kleinlich erscheinen, aber ich stehe unter dem Eindrucke, dass wir hier im Gemeinderathe einer großen deutschen Stadt sind und dass es nicht gleichgiltig ist, in welcher Weise die Ennunciationen, die Kundmachungen, um mich nicht gleich selbst eines Fremdwortes zu bedienen (Heiterkeit), die verschiedenen Verlautbarungen in die Welt hinausgehen. Diese Kostenvoranschläge mit den einzelnen Nachweisungen gehen in alle möglichen Städte Deutschlands hinaus. Ich glaube, dass wir denn doch den Ehrgeiz haben sollten, unsere Drucksachen in guter deutscher Sprache verfasst zu sehen. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die solche Fremdwörter um jeden Preis ausgemerzt haben wollen oder durch deutsche Ausdrücke von zweifelhafter Klarheit ersetzen wollen, aber das, was geschehen kann, sollte geschehen. Das deutsche Bewusstsein sollte wenigstens von der Vertretung dieser Stadt nicht beiseite gestellt werden. Ich erlaube mir in dieser Beziehung den Antrag zu stellen (liest): „Der Gemeinderath möge beschließen: Die Buchhaltung sei zu beauftragen, bei Aufstellung des Ausgabenvoranschlages für 1896, sowie der einzelnen Nachweisungen zu demselben alle überflüssigen Fremdwörter wegzulassen und durch entsprechende Ausdrücke in deutscher Sprache zu ersetzen. Ferner hat die Buchhaltung vom gleichen Zeitpunkte an, das ist vom 1. Jänner 1896, auch bei Einrichtung der Bücher, bei Eintragungen in dieselben und bei der Neuauflage von Drucksorten auf die Vermeidung fremdsprachlicher Ausdrücke bedacht zu sein.“ (Gem.-Rath Frauenberger: Tangente!) Allerdings gibt es Ausdrücke, die man nicht ersetzen kann, was ich bereits bemerkte.

Nun komme ich zum Schlusse noch zum Capitel „Anträge des Gemeinderathes“; es wurde das zwar von verschiedenen Herren Collegen, insbesondere vom Herrn Collegen Steiner berührt.

Meine Herren, es ist ein trauriges Capitel. Wenn wir heute eine positive Arbeit im Gemeinderathe nicht leisten können, wenn das Statut uns daran verhindert, wenn uns das Statut lediglich darauf verweist, hier im Saale unsere Meinung auszusprechen, wenn uns das Statut aber das dürftige Recht gibt, hier im Saale auch Anträge zu stellen, so sollten diese Anträge ohne Rücksicht auf ihre Qualität, ohne Rücksicht auf ihre Durchführbarkeit doch einer ernsten Prüfung gewürdigt werden — einer ernsten Prüfung deshalb, weil ich glaube, dass sich die Autorität des Gemeinderathes auf die Autorität der einzelnen, auf die Bethätigung der einzelnen Mitglieder, und zwar selbstverständlich ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung, aufbauen muss; wenn das, was ein einzelner aus eigener Anregung niederlegt, wenn die Mühe, die sich ein einzelner gibt, um auf einem bestimmten Gebiete Anträge zu stellen, gering geschätzt wird, wenn das gewissermaßen nur als Material für den Papierkorb betrachtet wird (Rufe: So ist es!), dann muss es auch mit der Autorität des ganzen Gemeinderathes schlecht stehen; sofern der einzelne herabgewürdigt wird, wird auch die Gesammtheit herabgewürdigt, und ich muss mich daher gegen diese Praxis entschieden aussprechen.

Nun, meine Herren, ich spreche aber hier nicht Vorwürfe aus, ohne sie auch zu begründen; in dieser Beziehung liegt nach meiner Meinung manches grobe Verschulden vor. Ich erinnere zum Beispiel an die wichtige Frage einer neuen Dienstbotenordnung. Wir haben eine Dienstbotenordnung aus dem Jahre 1810, welche Bestimmungen enthält, die ins Mittelalter gehören (Rufe rechts: Sehr wahr!), wenn sie auch, wie ich zugebe, von einem gewissen patriarchalischen, der damaligen Zeit entsprechenden Geiste getragen werden, aber sie sind für unsere Zeit vielfach so widersinnig, dass man sich schämen muss, wenn sie heute noch gelesen werden — am Ende gar noch von Dienstboten.

Dort steht zum Beispiel, dass alle Personen, welche für irgendeine Entlohnung die Dienstvermittlung vornehmen, gestraft werden — sogar körperliche Züchtigung erhalten, und doch findet unter den Augen und mit besonderer Bewilligung der Behörden das erwerbsmäßige Dienstvermitteln statt und hat eine Unzahl schwerer Übelstände hervorgerufen.

Nun weiß ich wohl, dass die körperliche Strafe durch andere gesetzliche Bestimmungen abgeschafft ist und nicht mehr existiert, aber es ist doch eine traurige Erscheinung, dass derartige Gesetzesinstrumente noch bestehen und noch herausgegeben werden, vielleicht sogar in die Hände von Dienstboten gelangen. Eine Menge anderer derartiger Bestimmungen sind daran geknüpft. Nun, was ist in der Sache geschehen?

Im Jahre 1884 — glaube ich — hat die Statthalterei den Magistrat und auch die Polizeidirection aufgefordert, in dieser Angelegenheit zu referieren; der Magistrat hat referiert. Dann ist die Angelegenheit vom Statthalter an den Landesausschuss gewiesen worden; der Landesausschuss hat nun die Stempel- und Gebürenfreiheit herausgegriffen und ist zu dem classischen Satze gekommen: Wenn man uns nicht die Stempel- und Gebürenfreiheit gewährt, dann ist uns die Dienstbotenordnung von 1810 lieber als eine neue. Mittlerweile ist der Act auch noch an das Handelsministerium gegangen; seit dieser Zeit laufen die Acten (Gem.-Rath Silberer: Laufen?!), das heißt, sie liegen. Das Handelsministerium hat erklärt, es halte die Frage der Stempel- und Gebürenfreiheit für eine Sache, welche nicht der Landesgesetzgebung, sondern der Reichsgesetzgebung zufällt, und es müsste hier eine besondere Vorlage gemacht werden. Nun ging es wieder an das Polizeipräsidium, an den Magistrat und endlich ist die Sache auch im Jahre 1891 in einem Referate, welches Herr Dr. Vogler verfasst hat, an den Stadtrath gelangt. Referiert wurde meines Wissens noch nicht, aber anfangs August ist ein Comité eingesetzt worden, welches sich mit der Dienstbotenordnung zu befassen hatte. Dieses Comité ist — wie ich glaube und wie ich unterrichtet wurde — noch nicht zusammengetreten. (Heiterkeit.) Also, meine Herren, es ist das eine Sache, welche 12 Jahre, sage zwölf Jahre im Rückstande ist, obwohl diese Angelegenheit jedem Verständigen von größter Wichtigkeit erscheinen muss.

Ich nehme keinen Anstand, es auszusprechen, dass alle Behörden, welche diese Frage berührt, sich eines groben Versäumnisses schuldig gemacht haben, in einer Sache, welche außerordentlich wichtig ist und die zu vernachlässigen nur als sträflich bezeichnet werden kann. Damit im Zusammenhange steht nun die Frage der Dienstvermittlung.

In Anbetracht der vorgerückten Stunde will ich sehr kurz sein. Ich habe im Jahre 1891 den Antrag auf Verstadtlichung der Dienstvermittlung eingebracht. Dieser Antrag hat drei Referenten im Stadtrathe erlebt, aber noch kein Referent hat über denselben referiert. Ich selbst habe das ganze Material gesammelt und es war also keine Kunst, über die Angelegenheit schlüssig zu werden.

Ich weiß, dass der Magistrat auf einem ganz ablehnenden Standpunkte steht. Dem Magistrate imponieren eben die Steuerbogen der Dienstvermittler, wenn es auch nur 250 sind, viel mehr, als das gute Recht und die ganze Lebenslage, möchte ich sagen, der 90.000 Dienstboten, welche wir in Wien haben.

Die Regelung der Dienstvermittlung ist aber nicht eine Frage, welche vielleicht nur die Dienstboten berührt, sondern eine Frage, ebenso wichtig und vielleicht noch wichtiger für die Dienstgeber. Denn auf Grund der Studien und Erfahrungen, welche in anderen Städten gewonnen wurden — es ist merkwürdig, ob sie von Schweizerstädten, Brüssel oder Stuttgart lesen — überall finden Sie denselben Text, wo die ganze Verwerflichkeit der Institution der privaten, gewerbsmäßigen Dienstvermittlung klar gemacht wird, und trotzdem besteht sie in Wien aufrecht und der Magistrat hat sich für den Fortbestand derselben ausgesprochen! Die Qualität, die Moral der Dienstboten aber muss ja zurückgehen durch die mangelhafte Dienstvermittlung. Die Vermittler haben ja ein Interesse, den Wechsel zu fördern, und pflegen dieses Interesse mit allen Mitteln, daher immer häufiger Unterbrechungen in der Bedienstung, also Arbeitslosigkeit eintritt, während welcher die Moral der Dienstboten, man könnte sagen systematisch untergraben wird.

Trotzdem hat man es nicht der Mühe wert gefunden, sich ernstlich mit dieser Frage zu beschäftigen. Nun sehen Sie aber, was geschieht jetzt? Jetzt beschäftigt sich die Socialdemokratie mit der Angelegenheit und es ist dies nicht gerade ein tröstendes Bewusstsein, weil selbstverständlich die socialdemokratische Partei als politische Partei von ganz anderen Gesichtspunkten ausgeht; ihr ist es nicht um die Regelung zu thun, sondern um politische Momente, an denen wir, wenigstens soweit es sich um die Dienstbotenfrage handelt, kein Interesse nehmen können. Aber die Bürgerschaft oder vielmehr die bürgerlichen Vertretungen hätten es wahrhaftig verdient, dass diese Frage, welche die Behörden, der Magistrat, der Stadtrath nicht ins Rollen bringen können, die Socialdemokraten in die Hand nehmen. Verdient hätten sie es, wenn es auch als Strafe erscheint.

Auch bezüglich einer Reihe anderer Anträge ist ein Moment schon einmal hervorgehoben worden, welches gewissermaßen selbst den friedfertigsten Menschen ärgern muss. Es ist die Thatsache, dass Anträge liegen bleiben, bis sie überhaupt nicht mehr erledigt werden können, bis sie sich durch das Liegenlassen von selbst erledigen. Ich habe zur Reform der Armenpflege einen Antrag gestellt, im April 1894, und zwar dahin, dass eine ernste Reform der Armenpflege ins Auge gefasst werde und der Anlass des Kaiser-Jubiläums hiezu benützt werden möge, weil selbstverständlich, wenn eine Reichs-Armenversicherung zustande kommen soll, große Vorbereitungen hiezu nothwendig sind. Mein Antrag gieng nun dahin, man möge Preise ausschreiben, um entsprechend ausgearbeitete Vorschläge für diese Reform zu erhalten. Ich sehe ja ein, dass weder die Ämter, noch der Stadtrath Zeit und Gelegenheit haben, einer solchen großen Frage ernstlich an den Leib zu rücken.

Dadurch, dass man diesen Antrag ein Jahr lang liegen gelassen hat, ist derselbe bereits hinfällig geworden, nachdem für den gedachten Zeitpunkt die Ausschreibung und Einsammlung von Preisarbeiten kaum mehr möglich erscheint. Ein zweiter Fall ist die Angelegenheit hinsichtlich der Einberufung des Städtetages und der Verweisung gewisser Approvisionierungsfragen an den Städtetag. Ich habe bei diesem Anlasse hier gesprochen, ich habe den Bürgermeister gebeten, er möge vor dem Städtetage referieren lassen. Der Herr Bürgermeister kann vollständig recht gehabt haben, dass sich die Frage aus gewissen Gründen nicht eignet, auf dem Städtetage behandelt zu werden. Ich stelle da keine Gegenbehauptung auf, ich will mich von ihm sehr gerne belehren lassen, aber er hätte rechtzeitig referieren lassen sollen, damit dem Gemeinderathe sein Recht gewahrt geblieben wäre, zu entscheiden, ob diese Angelegenheit dem Städtetage zuzuweisen sei oder nicht. Wenn unsere Anträge nicht geachtet, nicht respectiert werden, so kann der ganze Gemeinderath von der Bevölkerung nicht geachtet und nicht respectiert werden, und darunter leiden alle communalen Einrichtungen.

Da ist ein anderer Antrag, der mir außerordentlich wichtig erscheint, ich glaube, er ist zwei Jahre alt: der Antrag des Collegen Silberer, es möge eine Preisausschreibung für eine Reform der städtischen Verwaltung vorgenommen werden.

Meine Herren! Das ist gewiss ein Antrag von größter Wichtigkeit. Wir alle, ob rechts, ob links, haben die Überzeugung gewonnen, dass die städtische Verwaltung reformbedürftig ist. Meine Herren! Die städtische Verwaltung kann nicht von einem überbürdeten Bürgermeister reformiert werden. Das ist unmöglich. Sie kann auch nicht von einem überbürdeten Stadtrathe reformiert werden, und sie kann auch von einem schlecht unterrichteten Gemeinderathe — ich meine hier die Gesammtheit — nicht reformiert werden. Wohl aber kann sie reformiert werden durch die Heranziehung jener Personen, welche die städtische Verwaltung kennen, in den verschiedenen Ämtern, durch die Beamtenschaft selbst, dadurch, dass man jüngeren Beamten das Wort gibt, dass man ihnen Gelegenheit verschafft, ohne irgendeinen Verstoß in dienstlicher Beziehung zu begehen, ihre Meinung auszusprechen, und auf Grund solcher Arbeiten zu festen Reformvorschlägen zu kommen. Und zu diesem Resultate ist kein Antrag so geeignet, wie der des Collegen Silberer.

Ich will auf eine ganze Menge anderer Dinge, worüber ich noch gerne sprechen möchte, verzichten. Nur einige Bemerkungen muss ich mir noch erlauben, und zwar hinsichtlich der Ausführungen des Herrn Collegen Steiner in Bezug auf die Commissionen. Da müssen Sie mir gestatten, vor allem eines zu constatieren. Ich weiß, dass Sie in verschiedene Commissionen nicht gewählt worden sind. Ich habe das nie gebilligt. Ich bin bei den Stadtrathswahlen und Commissionswahlen immer für volle Berücksichtigung der Opposition eingetreten.

Aber es frägt sich denn doch (zur Linken gewendet), ob Sie das Recht hatten, vom Standpunkte Ihrer Pflicht als Gemeinderäthe, aus den Commissionen, in welche Sie gewählt wurden, infolge Beschlusses Ihres Clubs auszutreten. Es ist ganz richtig, in jeder Commission, überhaupt in jeder Körperschaft, wo parlamentarisch verhandelt wird, ist Opposition nothwendig. Sie werden es mir also verzeihen, wenn ich sage, ich wünsche zwar eine Opposition, aber eine andere, als die jetzt im Saale hier ist. Auch in den Commissionen ist sie vielleicht nothwendig. Aber wo leiten Sie das Recht ab, dass Sie aus den Commissionen aus Parteiempfindeleien austreten können? Ich glaube einfach, wenn man verpflichtet ist, etwas zu thun, und man thut es nicht, dann begeht man eine Pflichtverletzung. Ich kann es mir nicht anders erklären. (Gem.-Rath Jedlička: Das Präsidium soll seine Pflicht erfüllen!) Dort, wo das Präsidium im Unrechte ist, dort trifft der Vorwurf das Präsidium, aber wenn Sie oder wir im Unrechte sind, so trifft der Vorwurf Sie oder uns. Das läßt sich nicht leugnen.

Herr College Steiner fragt: Was macht die Commission bezüglich der Diäten und Commissionsgebüren? Ich weiß, dass die Commission ganz jungen Datums ist, und dass sie in die Zeit der Arbeiten der Budget-Commission hineingefallen ist, dass wir

jetzt hier vier Sitzungen in der Woche haben. (Gem.-Rath Steiner: Sie ist ja schon zwei Jahre alt!) Aber Herr College Steiner, das ist ein anderes Capitel! Das ist richtig, dass damals der Antrag gestellt wurde. Ich muss aber bemerken, die Commission ist früher nicht gewählt worden; die Commission ist erst vor circa sechs Wochen gewählt worden. Also nur davon können wir sprechen. Solange die Commission nicht gewählt ist, haben wir keine Schuld. Man wird gewiss nicht verfehlen, auch in der Commission seine Pflicht zu thun.

Ganz richtig ist es — und ich wollte das auch vorbringen — dass wir heute noch keine Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse haben, aber nicht die Commission, Herr College Steiner, ist schuld. Die Commission hat das längst erledigt, vor drei Jahren schon. Herr Dr. Stern war, glaube ich, Obmann der Commission und hat Bericht erstattet. (Ruf: Winker!) Das Referat wurde längst erstattet, es ist aber vom Stadtrathe nicht herausgekommen. Die Bezirksausschüsse haben thatsächlich noch keine Geschäftsordnung, und ich erinnere mich sehr genau daran, dass diese Geschäftsordnung damals nur für eine gewisse Zeit bewilligt wurde. Es hat das Verlangen, welches Herr Bürgermeister Dr. Prix gestellt hat, durchaus nicht ungetheilten Beifall gefunden, auch ich habe dagegen gestimmt.

Nun glaube ich, ist doch der Zeitpunkt längst vorüber; ich habe auch in dieser Angelegenheit einmal eine Interpellation eingereicht, es ist aber auch darauf nichts geschehen. Ich verkenne ja nicht, dass die Überbürdung des Herrn Bürgermeisters, seiner Stellvertreter und des Stadtrathes nicht bestritten werden kann, aber es gibt halt dann kein anderes Mittel, als wie, sich der anderen, der unbeschäftigten Mitglieder des Gemeinderathes zu bedienen und nicht eine so große Abneigung gegen die Commissionen zu haben. Ich gebe ja zu, es werden keine ganz besonders günstigen Erfahrungen mit den Commissionen gemacht, aber man soll zuerst Erfahrungen machen lassen. Der Herr Bürgermeister wird vielleicht in seiner Erwiderung sagen: Ja, was hat denn die Approvisionierungs-Commission gemacht? Nun, meine Herren, ich glaube doch, der Herr Bürgermeister wird sich diesen Vorwurf überlegen, denn es kann von einer Commission, welche zusammengesetzt wird, wie wir zusammengesetzt sind, von einer Commission, welche in einer so wichtigen Frage zu berathen hat, doch nicht verlangt werden, dass vielleicht die großen, wichtigen Fragen, die den Magistrat, das Präsidium, den Gemeinderath Jahrzehnte beschäftigt haben, in Wochen erledigt werden sollen, ganz abgesehen davon, dass wir im Sinne des § 47 des Statutes gar nicht einmal das Recht und die Aufgabe haben, Anträge zu stellen, sondern nur das Recht zu überwachen, zu controlieren.

Eine kleine Richtigstellung möchte ich noch vornehmen. Wir haben nicht an den Stadtrath zu berichten, wie Herr Gem.-Rath Steiner bemerkt hat, sondern wir haben an den Gemeinderath, an das Plenum zu berichten, wenn es nämlich eine Commission ist, die auf Grund des § 47 gewählt wurde.

Eine Bemerkung muss ich mir noch betreffs der Angaben des Herrn Collegen Steiner hinsichtlich der sogenannten Planierer gestatten. Ich stelle hier keine bestimmte Behauptung auf, aber ich glaube, folgendes wird richtig sein: Es ist ganz zutreffend, dass damals in der Commission, wo es sich um die Systemisierung des Straßensäuberungspersonales gehandelt hat, auch die Planierer mit inbegriffen waren und ich habe damals noch den Antrag gestellt, man möge dieses unglückselige Wort „Planierer“ ausmerzen und dafür ein anderes Wort setzen. Diese Planierer — so habe ich mich damals belehren lassen — sind dazu da, auf den ungepflasterten Straßen den Schotter auszugleichen u. s. w. Das ist ihre Aufgabe. Es kann nun von diesen Planierern — ich weiß nicht deren Zahl, jedenfalls ist es aber nur eine kleine beschränkte Zahl — nicht auch verlangt werden, dass sie auch zur Zeit der Schneesäuberung allen Aufgaben entsprechen. (Gem.-Rath Eigner: Da werden andere Leute aufgenommen!) Es ist mir ganz gleichgiltig, ob bei der Vergebung solcher Sachen ein Keßler oder irgendein anderer sie bekommt; ich kenne da die Verhältnisse nicht; ich bin grundsätzlich jedoch nicht für diese Vergebungen. Ich bin grundsätzlich vielmehr dafür, dass die Commune selbst ihre Arbeiter beschäftigen soll. Ich glaube, dass gerade auf dem Gebiete der communalen Verwaltung das Unternehmerwesen ausgemerzt werden soll überall dort, wo es vernünftig und im Interesse der Commune wirklich geschehen kann. Ich für meinen Theil werde immer dafür stimmen.

Nun, meine Herren, bin ich fertig. Ich muss sagen, ich habe nur den einen Wunsch, dass, wenn wir noch einmal zu einer Budgetdebatte kommen — ob ich noch im Gemeinderathe sein werde, ist fraglich, und auch gleichgiltig — wir es einmal zuwege brächten, unsere Berathungen hier nicht vom politischen Parteistandpunkte, nicht von politischen Gesichtspunkten aus zu führen, nicht nach politischen Ansichten Kritik zu üben und die Vertheidigung zu führen, sondern von jenen Gesichtspunkten, welche nach meiner Meinung hier allein Parteiungen rechtfertigen können. Ich glaube, die Parteiungen im Gemeinderathe sollten sich nur nach Verwaltungsgrundsätzen, nach wirtschaftlichen Anschauungen ergeben. Es ist ganz gleichgiltig, nach meiner festen Überzeugung, ob die Communalwirtschaft geführt wird unter dem Zeichen der liberalen oder unter dem Zeichen einer anderen Partei (Rufe rechts und links: O nein!), wenn nur der Gemeinderath an seiner Stelle ist und wenn die oberste Persönlichkeit, welche an der Spitze steht, erfüllt ist von dem Bewusstsein ihrer Pflicht und Verantwortlichkeit gegenüber der Bevölkerung, und da muss ich sagen, in dieser Beziehung habe ich nicht das leiseste Misstrauen. Ich vertraue voll und ganz unserem gegenwärtigen Bürgermeister und habe auch voll und ganz in dieser Beziehung dem früheren Bürgermeister vertraut. Ich war kein Anhänger des früheren Bürgermeisters, ich habe das autokratische Moment, welches so oft zur Geltung kam, soweit ich überhaupt berufen sein konnte, bekämpft. Ich habe mir damals erlaubt und werde mir auch in Zukunft erlauben, meine Meinung gegenüber dem Herrn Bürgermeister auszusprechen.

Aber ich bin der festen Überzeugung, dass der Herr Bürgermeister von dem besten Willen erfüllt ist, und wir haben wirklich die Pflicht, ohne Rücksicht auf unsere politische Überzeugung ihn ehrlich zu unterstützen. Von diesem Gesichtspunkte aus muss ich mich gegen die letzte Bemerkung in den Ausführungen des Herrn Dr. Mittler wenden — ich muss sagen, seine Rede hat mich sonst außerordentlich interessiert, sie war sehr sachlich und von richtigem und interessantem Ziffernmateriale getragen — aber die Ansicht kann ich nicht theilen, dass wir uns nur um die Partei zu kümmern haben, dass wir alles nur auf die heute herrschende Partei stützen sollen. Ich glaube, die communale Wirtschaft soll wie jede andere Administration auf Recht und Billigkeit, auf Ehrlichkeit und auf Wahrheit im Verkehre mit jenen Personen, welche zur Theilnahme an der communalen Verwaltung berufen sind, beruhen, und wenn diese Grundlage geschaffen wird, dann

müssen auch die politischen Parteigegensätze hier zurückgedrängt werden, und dann erst werden wir uns zusammenfinden können zu einer ehrlichen und erspriesslichen Arbeit. (Bravo! Bravo!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte nur noch einige Momente. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Maresch. (Widerspruch links. — Gem.-Rath Maresch: Ich bin gleich fertig! — Gem.-Rath Frauenberger: Wir wollen ihn hören!)

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Ich constatiere, dass in der Generaldebatte über das Budget für das Jahr 1895 30 Gemeinderäthe im Saale anwesend sind. (Gem.-Rath Dr. Mittler: Davon nur zehn von Ihrer Partei!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass für die morgige und übermorgige Sitzung Nachtsitzungen in Aussicht genommen sind. Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr 40 Minuten abends.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **14. März 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Josef Matzenauer.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Lechner, Stiaßny, Bärtl, Dr. Lerch entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Plenarsitzung.

Gem.-Rath Erndt entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen und morgigen Plenarsitzung.

2. Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter wurde wegen einer dringenden Geschäftsreise ein Urlaub in der Dauer von drei Tagen bewilligt.

Bitte um Mittheilung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

3. Anfrage des **Gem.-Rathes Gregorig:**

Nach den gegenwärtig zu Recht bestehenden Vorschriften haben jene Lehrpersonen, welche sich um eine ausgeschriebene Lehrstelle bewerben, ein mit einem 50 kr.-Stempel versehenes Gesuch und ihre mit je einem 15 kr.-Beilage-Stempel ausgestatteten Zeugnisse beim Ortsschulrathe jenes Bezirkes, in welchem die Stelle ausgeschrieben ist, einzureichen.

Um nun sicher eine Stelle zu bekommen, sind die Bewerber — und dies trifft am öftesten die ärmsten, die provisorischen Unterlehrer — gezwungen, bei zehn und mehr Ortsschulräthen einzureichen, und daher bemüssigt, sich ebensoviele vidimierte Abschriften ihrer Zeugnisse ausstellen zu lassen, wodurch für viele Bewerber schwere, für arme oft unerschwingliche Kosten verursacht werden, Kosten, welche leider nur zu häufig den Grund zu einer späteren, unrettbaren Verschuldung von Lehrpersonen bilden.

Aus dem Vorgesagten erhellt, wie nothwendig hier eine Abhilfe geschaffen werden muss. Nachdem der Ortsschulrath ohnehin bei dieser Gelegenheit nichts weiter zu thun hat, als die Bewerbung zur Kenntnis zu nehmen und dann die Gesuche an den Bezirksschulrath, respective den Bezirksschulinspector weitergibt, so wären durch ein directes Einreichen beim Bezirksschulinspector — es handelt sich ja nur um Gesuche in einer und derselben Gemeinde — die vielen Abschriften entbehrlich und manchem Petenten ein Betrag von 20 fl. bis 30 fl. erspart.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, in seiner Eigenschaft und in seinem Wirkungskreise als Obmann des Bezirksschulrathes dahin zu wirken, dass meine oben angeführten Vorschläge berücksichtigt und hiedurch Bewerber um Lehrstellen von den jetzigen horrenden Ausgaben befreit werden?

Bürgermeister: Die Angelegenheit entzieht sich zwar der Competenz des Bezirksschulrathes vollständig, mit Rücksicht auf das allgemeine Interesse jedoch, welches diese Angelegenheit hat, bin ich in der Lage, diese Interpellation in folgender Weise zu beantworten.

Zur Berathung der in der vorliegenden Anfrage besprochenen Angelegenheit (Vereinfachung des Vorganges bei der Besetzung von Lehrstellen) hat der Bezirksschulrath bereits vor zwei Jahren ein Comité eingesetzt, welches wiederholt Sitzungen hielt und dem Bezirksschulrathe referierte. Am 2. Jänner 1895 fasste derselbe den aus dem beiliegenden Protokolle ersichtlichen Beschluss. Dieser Beschluss lautet:

„Über Antrag des Comités zur Vereinfachung des Vorganges bei Besetzung von Lehrerstellen wird beschlossen, an den k. k. n.-ö. Landesschulrath die Bitte zu richten, die Abänderung des bestehenden Lehrstellen-Besetzungsmodus in der Richtung zu genehmigen, dass künftighin ausschließlich nach § 4, Alinea 2, und §§ 9 und 10 des n.-ö. Landesgesetzes vom 5. April 1870, L.-G.-Bl. Nr. 35, vorzugehen sei, eventuell möge der k. k. n.-ö. Landesschulrath eine Zusatzbestimmung zu § 9 dieses Gesetzes erwirken, welche zu lauten hätte: „In diesem Falle findet die Bestimmung des § 5 keine Anwendung", und inzwischen wolle derselbe die provisorische Anwendung des vormaligen Einreichungs- und Besetzungsverfahrens, wobei den Wiener Ortsschulräthen ein Vorschlagsrecht bezüglich der Lehrer- und Unterlehrerstellen nicht eingeräumt war, genehmigen. Hievon wird auch dem löblichen Wiener Stadtrathe Mittheilung gemacht."

Der k. k. n.-ö. Landesschulrath erklärte jedoch mit Erlass vom 15. Jänner 1895, Z. 224, dass er nicht in der Lage sei, eine Abänderung des gesetzlichen Vorganges bei Besetzung erledigter Lehrstellen zu genehmigen, durch welche von der den Ortsschulräthen gesetzlich zukommenden Mitwirkung Umgang genommen werden soll.

Da nun eine Vereinfachung des Besetzungsmodus für Lehrstellen nur im Wege einer Gesetzesänderung erreichbar erscheint, hat das vorerwähnte Comité am 15. Februar 1895 beschlossen, seine Acten jenem Comité abzutreten, welches zur Abänderung mehrerer Schulgesetze mit Rücksicht auf die Wiener Verhältnisse demnächst über den Antrag eines Mitgliedes des Bezirksschulrathes eingesetzt werden soll. Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing, der Mitglied des Landesschulrathes ist, theilte mir mit, dass auch beim Landesschulrathe dieser Gegenstand in Verhandlung steht, und dass zu erwarten ist, dass demnächst eine entsprechende Änderung der erwähnten gesetzlichen Bestimmungen eintreten wird.

Ich habe nur noch beizufügen, dass wir früher diese Modalitäten bei der Ausschreibung der Stellen nicht beobachtet haben, dass aber dann über Ansuchen verschiedener Interessenten eine Änderung herbeigeführt worden ist, und zwar in dem Sinne, dass die stricte Durchführung dieses Gesetzes auch für Wien zu beobachten sei. Es hat sich schon damals gezeigt, dass dieses Gesetz, welches Durchschnittsgemeinden im Auge hat, für die große Haupt- und Residenzstadt Wien nicht in gleicher Weise verwendbar ist, wie für ganz kleine Gemeinden. Wie bereits erwähnt, sind jedoch die auf eine Änderung dieses Gesetzes abzielenden Verhandlungen bereits im Zuge.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

4. Anfrage des **Gem.-Rathes Gregorig**:

Ich habe vor vier Jahren, getragen von der Ansicht, dass die Institution des Stadtrathes für die Verwaltung der Stadt keine Fortschritte im guten Sinne, vielmehr ein Hemmnis bedeute, den Antrag gestellt, es möge eine Änderung des Gesetzes vom 19. December 1890 dahin angestrebt werden, dass die Sitzungen des Stadtrathes für die Mitglieder des Gemeinderathes als öffentlich erklärt und die Antragsteller aus dem Gemeinderathe den Sitzungen des Stadtrathes mit berathender Stimme beigezogen werden.

Die Richtigkeit dieser meiner Ansicht, welche auch von der gesammten Opposition des Gemeinderathes getheilt wurde, hat sich durch die gemachten Erfahrungen — ich verweise nur auf die Debatte über den Hausverkauf in der Wipplingerstraße — zur Evidenz erwiesen.

Trotz eines Intervalles von vier Jahren schlummert mein Antrag mir zum Ärger und den Motten zur Freude, wenn es die letzteren gütigst erlaubt haben, irgendwo im Staube des Stadtrathes.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wann gedenkt hochderselbe die idyllische Ruhe, in der sich mein Antrag befindet, zu stören und denselben im Gemeinderathe zur Verhandlung zu bringen?

Bürgermeister: Ich werde die Angelegenheit urgieren.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

5. Anfrage des **Gem.-Rathes Gregorig**:

Vor über zwei Jahren habe ich im Gemeinderathe den Antrag eingebracht, der Gemeinderath möge bei der Regierung bittlich einschreiten, damit dieselbe die Concessionierung der großen Warenhäuser à la bon marché 2c. verweigere.

Dieser Antrag wurde im Stadtrathe verhandelt und auf Grund von Prämissen, die thatsächlich nicht vorhanden waren, abgelehnt. Obwohl § 52 r des Gemeindestatutes dies ausdrücklich vorschreibt, wurde dieser mein Antrag im Plenum des Gemeinderathes nicht zur Berichterstattung gebracht. Auf meine wiederholte Anfrage hat der Herr Bürgermeister erklärt, er müsse sich erst informieren.

Nachdem ich des Wartens müde geworden bin und mein Recht als Mitglied des Gemeinderathes weiter zu suchen gedenke, so stelle ich an den Herrn Bürgermeister die entschiedene Frage:

Wird der Herr Bürgermeister über meinen Antrag, dem Gesetze gemäß, Bericht erstatten lassen oder verweigert er die Vorlage des Berichtes über meinen Antrag?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der morgigen Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

6. Anfrage des **Gem.-Rathes Gregorig**:

Ich habe wiederholt im Gemeinderathe darauf hingewiesen, dass die Brause vom Hochstrahlbrunnen, ein circa 9 Centner schweres Object aus Kupfer, gestohlen wurde.

Von Seite des Gemeinderaths-Präsidiums wurde ebensooft eine Untersuchung in Aussicht gestellt und dem Gemeinderathe darüber Mittheilung zu machen versprochen.

Da mein Gemeinderaths-Mandat in zwei Jahren zu Ende geht, so fürchte ich, dass das verehrte Präsidium bis dahin nicht in die Lage kommen dürfte, wenn hochdasselbe sein bis jetzt beobachtetes Tempo beibehalten wird, diese Antwort zu geben.

Der geehrte Herr Bürgermeister möge daher verzeihen, wenn ich ihn hiemit bitte:

er möge dem Gemeinderathe in Gnaden bekanntgeben, wann hochderselbe die eingangs erwähnte Mittheilung zu machen gedenkt?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten. (Gem.-Rath Hawranek: In vier Jahren!) Ich bitte, diese Zwischenrufe zu unterlassen. (Gem.-Rath Hawranek: Ja, wenn das gienge!) Ja, es muss sehr schwer sein.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

7. Antrag des **Gem.-Rathes Sauerborn**:

Die öffentliche städtische Wage im XI. Bezirke Simmering ist derzeit an den Steinmetzmeister Herrn Karl Kellner um den Betrag von jährlich 600 fl. verpachtet.

Da dieser Pachtvertrag am 30. April zu Ende geht, so hat sich Herr Karl Kellner bereit erklärt, für einen neuen Pachtvertrag jährlich 800 fl. zu zahlen.

Wie mir nun von gut unterrichteter und glaubwürdiger Seite versichert wurde, beträgt die Einnahme bei dieser Brückenwage jährlich circa 2000 fl.

Da dieses für die Commune ein Erträgnis von circa 1400 fl. wäre, so stelle ich den Antrag:

Es sei die städtische Brückenwage in Simmering von der Commune in eigene Regie zu nehmen und zu derselben ein städtischer Wagmeister anzustellen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

8. Antrag des **Gem.-Rathes Schneiderhan** und Genossen:

Die dem Obersthofmeisteramte gehörigen Gründe im XII. Wiener Gemeindebezirke unter dem Namen Gatterholz oder Remise bekannt, sind in den Besitz von Privaten übergegangen und werden selbstverständlich im Interesse derselben der Verwertung durch Parcellierung zugeführt werden.

Anstoßend daran befindet sich das Meidlinger Schlachthaus, begrenzt gegen Norden von der Spittelbreiten-, gegen Osten von der Rucker-, gegen Westen von der Aichholzgasse. An der südlichen Grenze des Schlachthauses befindet sich noch ein Grundtheil zwischen den vorgenannten und der Hohenberggasse, welcher allein zur eventuellen Erweiterung desselben, wenn dieselbe etwa durch Auflassung des Gumpendorfer Schlachthauses oder durch die Anordnung der Schlachtung von Stechvieh in communalen Schlachthäusern geeignet ist.

Die Gefertigten stellen den Antrag:

Der Magistrat werde beauftragt mit den jetzigen Besitzern dieses Complexes Verhandlungen wegen Erwerbung desselben für die Gemeinde Wien einzuleiten und über das Resultat dieser Verhandlungen schleunigst Bericht erstatten.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

9. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Klotzberg** und Genossen:

Am 3. März 1893 haben die Gefertigen einen Antrag überreicht, in welchem beantragt wurde: Der Gemeinderath beschließe, eine Petition an die hohe Regierung und die beiden Häuser des hohen Reichsrathes zu richten und in derselben auszuführen, dass bestimmte Paragraphe des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen, abzuändern sind.

Über diesen Antrag wurde in der Sitzung des Stadtrathes vom 19. September 1893 referiert und beantragt: „da eine Verfügung zum Gegenstande entfällt, die Kenntnisnahme“.

Der Gemeinderath kam daher nicht in die Lage, von einem wichtigen Rechte, dem Petitionsrechte, zum Vortheile der Gemeinde und ihrer Bewohner Gebrauch zu machen.

Nach genauen Informationen soll nun dieses Gesetz neuerdings in Verhandlung genommen werden und deshalb beantragen die Gefertigten mit Bezug auf den in der Sitzung vom 3. März 1893 gestellten Antrag (abgedruckt im Amtsblatte der Stadt Wien Nr. 20, Absatz 9, vom 10. März 1893),

eine Petition an die hohe Regierung und die beiden Häuser des hohen Reichsrathes schleunigst zu richten, in welcher um die Abänderung bestimmter Paragraphe (angeführt im Antrage Klotzberg und Genossen, 3. März 1893) zu ersuchen sei.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

10. Wir beginnen mit der Fortsetzung der Debatte über den Hauptvoranschlag der Stadt Wien pro 1895.

Zum Worte ist gemeldet Herr Gem.-Rath Jedlička, welcher mit Herrn Gem.-Rath Maresch getauscht hat.

Ich ertheile also Herrn Gem.-Rath Jedlička das Wort.

Gem.-Rath Jedlička: Meine sehr geehrten Herren! Vor zwei Jahren war die Opposition bei der Budgetdebatte nicht hier. Voriges Jahr bin ich nicht zum Worte gelangt, weil einer der freisinnigen Herren den Antrag auf Schluss der Debatte und auf Wahl von Generalrednern gestellt hat. Infolgedessen muss ich bitten, dass Sie ein wenig Geduld mit mir haben, wenn ich vielleicht älteres bringe.

Der Gemeinderath soll die Verwaltung der communalen Angelegenheiten überwachen; aber, meine Herren, wie ist das dem Gemeinderathe möglich zu thun?

Er weiß in den seltensten Fällen, um was es sich handelt, und speciell, wenn es sich um etwas wichtiges handelt, weiß er gewöhnlich davon erst in der alleräußersten Zeit. Da heißt es gewöhnlich, dieser Gegenstand pressiert und muss erledigt werden, und es wird auch dem Gemeinderathe nicht Zeit gelassen, dass er über den Gegenstand vielleicht sich orientieren und erkundigen kann, damit auch er sein gewichtiges Votum darüber abgeben kann.

Die ganzen Angelegenheiten der Gemeinde, kann man sagen, leitet allein der Stadtrath. Der Stadtrath ist geheim, er behandelt alles, was vorkommt. Aber die Verhandlung über alle Gegenstände ist leider Gottes geheim. Und nicht einmal den gewählten Mitgliedern des Gemeinderathes, welche zu dem Zwecke gewählt wurden, um die communale Wirtschaft zu überwachen, ist es gestattet, an denselben mindestens als Zuhörer theilzunehmen. Die Herren Stadträthe sind im Verhältnisse zu den Agenden, welche der Gemeinderath zu erledigen hat, eine nicht genügende Anzahl, und die Herren werden mit den Arbeiten überbürdet. Man sieht es oft an der Verlegenheit des Referenten, der, weil ihm eben zu viel zugewiesen wurde, nicht einmal Zeit hatte, die Gegenstände zu studieren, und er verläſst sich in den meisten Fällen auf den Bericht des Bezirksamtes, überhaupt auf den Bericht des Magistrates Wenn man oft an einen der Herren Referenten hier eine Frage stellt, so kommt er in Verlegenheit, fängt erst an umzublättern, schaut nach links, schaut nach rechts, sucht eine magistratische Hilfe, die ihm ins Ohr wispelt; und gewöhnlich kommt er nicht weiter. Das sind Zustände, welche auf die Dauer nicht haltbar sind und sein können. Es muss einmal dieses ganze Schwergewicht, welches heute im Stadtrathe zusammengezogen ist, wieder erweitert werden. Es muss dem Gemeinderathe wieder Gelegenheit geboten werden, an der communalen Verwaltung thatsächlich mitzuwirken. Wenn Sie es auch heute noch nicht zugestehen wollen, so wird meiner Ansicht nach der Herr Bürgermeister sich manchesmal denken: wenn ich so imstande wäre, die Arbeiten zu theilen, könnten wir diese Unmasse Sachen alle an einem Abend erledigen, aber die paar Referenten im Stadtrathe können es nicht bewältigen. Darum wird so vieles nicht gründlich durchberathen und überhudelt.

Was hat schon alles der löbliche Stadtrath gemacht, meine Herren! Wir sehen nicht ein, was dort verhandelt wird.

Der Stadtrath ist die engere Corporation, die eigentliche Stadtvertretung, und diese Corporation sieht nicht einmal, was das Präsidium macht, denn wenn die Herren Stadträthe in die Lage gekommen wären, zu sehen, was das Präsidium macht, so hätte gewiss einer derselben vielleicht doch im Falle Rothberger den Muth gehabt, zu sagen, Herr Bürgermeister, so geht es nicht, wir blamieren uns damit. Das ist aber nicht geschehen, weil es vom Stadtrathe keiner gewusst hat, was vorgeht. Der Herr Bürgermeister sagt uns, wenn wir Anträge stellen: Es muss im Stadtrathe vorberathen werden, und das wird ganz lakonisch, kurz gesagt: Geht an den Stadtrath — unsere Anträge, um dort begraben zu werden, und Ihre, um einem Collegen eine Freude zu machen und dieselben anzunehmen. Aus dem damaligen Präsidium hat einer der drei Herren Bürgermeister die Angelegenheit im Falle Rothberger an den Stadt-Rechtsconsulenten gewiesen und merkwürdigerweise ist diese Zuweisung einer so wichtigen Angelegenheit, bei der die Commune um viele tausende von Gulden geschädigt wurde, ohne Unterschrift an jenen erfolgt. Natürlich, wenn der betreffende Herr oder das Mitglied des Präsidiums den Auftrag unterschrieben hätte, dann hätte man ihn ein bisserl beim Schopf nehmen können, aber es ist mündlich gegangen und infolge dessen kann man es nicht mehr eruieren . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Es ist nicht nothwendig, solche Ausdrücke zu gebrauchen; ich muss sehr bitten, man kann ja auch in anderer Weise sprechen.

Gem.-Rath Jedlička (fortfahrend): Ich werde mich, Herr Bürgermeister, befleißigen, Ihrem Wunsche nachzukommen; aber bei dieser Wirtschaft kann man manchesmal ein derbes Wort nicht vermeiden. Wie es hier zur Debatte gekommen ist, hat es von den Herren keiner gewusst. Ich hab's nicht gethan, ich hab's nicht gethan! Die Gelegenheit war dazumal für die übrigbleibenden zwei Herren Bürgermeister ja eine gute, weil der Herr Bürgermeister verstorben war. Einem Todten Böses nachzureden, würde auch jeder von uns perhorrescieren, aber er war nicht da, und die haben es nicht gethan. Ich hätte die Herren so betrachten mögen, wenn alle drei Bürgermeister am Leben geblieben wären — von diesen hätte müssen einer es zugewiesen haben — wer gesagt hätte: ich war es! Eine solche Sache so leichtfertig zu behandeln, oder war es vielleicht mit Vorsatz geschehen, das weiß ich nicht, war unverantwortlich, und durch eine solche Handlungsweise sind die Interessen der Commune Wien gewiss alles andere, nur nicht gewahrt. Das, was der Mann bekommen hat, der Rothberger, kommt ihm, weil ihm eben das, was er abgetreten hat, so theuer bezahlt wurde, circa per Quadratmeter auf 4 fl. einige 60 kr. — Der Mann hat am Stephansplatz, auf dem theuersten Platze in ganz Österreich-Ungarn, einen Quadratmeter Grund um circa $4\frac{1}{2}$ fl. bekommen. Wenn jemand in der Stadt, ein Kaufmann, ein Portal, einen Vorbau von Holz aufstellt, muss er mehr Miete zahlen jährlich, als der ein- für allemal zu zahlen hatte, um den Grund in sein Eigenthum für ewige Zeiten zu bekommen. Das ist, meine Herren, gewiss keine Wirtschaft, das muss man mit dem Namen „Misswirtschaft" bezeichnen.

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gemeinderath, ich muss darauf verweisen, dass die Sache gar nicht . . .

Gem.-Rath Jedlička: Bitte, Herr Bürgermeister, bei der Budgetdebatte kann ich mir erlauben, auch das zu kritisieren.

Bürgermeister: Das dürfen Sie, dagegen habe ich gar nichts, obwohl dies eine längst erledigte Sache ist. Ich habe nichts dagegen, aber ich bin nach dem Gesetze verpflichtet, Unrichtigkeiten, welche vorkommen, richtigzustellen. Ich bitte, es ist ein solcher Antrag nicht gestellt worden, denn schon der Antrag des Stadtrathes war ein anderer. Das, wovon Sie sprechen, ist ein Schätzungs-Operat von Bausachverständigen. (Gem.-Rath Jedlička: Ja!) Der Stadtrath hat schon in einem anderen Sinne referiert und der Beschluss war wieder ein anderer. Die Sache ist auch heute noch nicht ausgetragen, sondern es ist diesfalls ein Rechtsstreit im Zuge. Also bitte, es hat ein Kauf zu diesem Kaufschilling nicht stattgefunden.

Gem.-Rath Jedlička: Ich bedauere, dass ich dem Herrn Bürgermeister doch darauf erwidern muss, dass eben der Umstand, dass es heute so verwickelt aussieht, dass man Process führen muss um sein Eigenthum, seine Ursache im Präsidium hat und dessen Fehler ist. Und das kann ich nicht anders sagen, es ist doch so, ob nun der Stadtrath so oder so berathen und beschlossen hat, die Schuld lag am Präsidium und liegt heute noch an demselben.

Nun gehe ich weiter. Das ist eine Verwaltung, welche die Stadt schädigt. Nachdem die Herren in der liberalen Partei aus verschiedenen Elementen bestehen, ist hier auch noch etwas zu erwähnen, was ich nicht übergehen kann, nämlich der Antrag des Herrn Lang und Consorten. Es war im vorigen Jahre, oder vor zwei Jahren vor Weihnachten, da hat jemand den Antrag zu stellen gewagt, man solle dem Vereine „Christliche Familie" die Volkshalle nicht überlassen.

Meine Herren! Gott sei Dank, laut Statistik sind noch in Wien 90 Percent Christen und nur 10 Percent Juden; und diese erdreisten sich, die Halle, die aus den Steuergeldern des Volkes, mit den Händen des Volkes erbaut wurde, demselben zu verweigern. Was, glauben Sie, würden die Juden thun, wenn 10 Percent Christen sich erlauben würden, in einer zu 90 Percent von Juden bewohnten Stadt einen solchen Antrag zu stellen; was glauben Sie, Herr Bürgermeister? Die würden gesteinigt werden, sie würden moralisch und physisch vernichtet und wirtschaftlich ruiniert worden sein.

Bürgermeister: Glauben Sie, dass das zum Budget gehört?

Gem.-Rath Jedlička: Das gehört zum Budget, weil es zur Verwaltung der Stadt gehört, und weil ich sonst nicht darüber sprechen kann. Das gehört zum Budget.

Bürgermeister: Wenn Sie mir nur eine Budgetpost bezeichnen könnten, welche mit dieser Angelegenheit auch nur im allerentferntesten Zusammenhange steht.

Gem.-Rath Jedlička: Diese Angelegenheit ist sehr leicht mit der Verwaltung in Verbindung zu bringen, denn wenn die Versammlung am Abend stattgefunden hätte, hätten die betreffenden Veranstalter derselben an die Commune für Beheizung und Beleuchtung zahlen müssen. (Heiterkeit.)

Bürgermeister: Jetzt ist der Zusammenhang hergestellt, gut.

Gem.-Rath Jedlička (fortfahrend): Also, wir gehen weiter; wenn mich der Herr Bürgermeister immer unterbricht, wird es lange dauern. Aus was besteht, meine Herren, der Stadtrath? Der Stadtrath besteht aus einer großen Zahl Juristen. Dazumal, bei der Wahl des Stadtrathes hat man gesagt, es müssen rechtskundige Leute sein, welche im Stadtrathe sitzen, weil es sehr viele heikle Fragen gibt, die dort erledigt werden sollen, und es wäre zu umständlich, wenn vielleicht ein Stadtrath zu einem Rechtsfreunde laufen sollte, sich orientieren, wie der Gegenstand behandelt werden soll. Also recht viel Juristen! Nur diese Juristen sind gesetzeskundig (Gem.-Rath Hawranek: Schlechte Christen!), und es hat der Herr St.-R. Lederer erklärt, wie dazumalen der Herr Bürgermeister in seinem Wahne von Allmacht die Gründe, ohne die Gemeinderäthe zu fragen, verkauft hat; die Juristen waren sich klar darüber, dass der Bürgermeister und der Stadtrath das Recht nicht haben, die Gründe zu verkaufen. Nun, meine Herren, wenn sich die Juristen darüber klar waren, dass dem Stadtrathe das Recht, die Gründe ohne den Beschluss des Gemeinderathes zu verkaufen, nicht zusteht, wo haben denn die Herren Juristen damals ihr steifes Rückgrat gelassen, wo haben sie ihr Recht vertheidigt, wo haben sie das Recht vertreten, die Rechtsfreunde, die Rechtskundigen? Meine Herren! Gegen besseres Wissen zu stimmen, ist eine That, die nur bei Mameluken gerechtfertigt erscheint, aber nicht für einen Stadtrath, einen Juristen, einen hochgebildeten Menschen.

Was hat der Stadtrath sonst noch beschlossen? Das ist wieder eine Frage, die analog ist mit der, über welche vor einigen Tagen hier verhandelt wurde, wo man das Vermögen des Bürgerspitalfondes um billiges Geld verkaufen wollte. Damals hat der Stadtrath sich mit dem Antrage hervorgewagt, man solle der Kraus'schen Tramway bei der Hundsthurmerlinie circa 2700 □° Grund, der an dem künftigen Gürtel schön steht, wo die Bauplätze heute vielleicht 120 bis 130 fl. wert sind, um 15 fl. per Klafter verkaufen.

Trotzdem man seit dem Jahre 1870 alles mit Meter und Kilo misst und wiegt, hat der Stadtrath, nachdem er so fortschrittlich ist, zu dem alten Auskunftsmittel gegriffen und die Klafter benützt. So schaut ein so ein Klafterzeichen, wenn es auf der autographischen Maschine zermalmt wird, das Nullerl verschwindet in einen Punkt und das m könnte man vergessen haben, als wie wenn man uns in den Wahn hineinlullen wollte, dass es sich um Meter handelt. Wir haben aber hier gefragt, die Herren mussten antworten, und wir haben es zurückgewiesen.

Nun hat der Gegenstand ein eigenes, weittragendes Unterfutter. Es sind das die Gelder, welche für die Armen bestimmt sind. Von diesen Geldern, von dem Vermögen des Bürgerspitalfondes, werden die armen Leute erhalten, die wir hier haben; wie wären die geschädigt worden, wenn wir es nicht verhindert hätten, wenn in gewohnter Weise manchmal der Herr Referent kommt, ein bisserl in den Bart hineinwispelt, und der Bürgermeister sagt: „Keine Einwendung? Angenommen", wie wäre der Armenfond geschädigt worden! Ich nehme nur an, der Grund wäre 50 fl. per Quadratklafter wert gewesen — er ist aber noch einmal so viel wert gewesen, ich garantiere Ihnen, wenn er heute oder morgen verbaut wird, werden Sie ihn um 100 fl. nicht bekommen. — Wenn er nur 50 fl. wert gewesen wäre, wären, weil man ihn um 15 fl. verkaufen wollte, bei jeder Quadratklafter 35 fl. Verlust gewesen, und bei 2700 □° wäre es ein Capital von 94.000 fl. Meine Herren! Wenn man den Armenfond um 94.000 fl. schädigt, so macht man es unmöglich, dass die Bürger, die einmal auf die Versorgung Anspruch machen, besser honoriert werden, dass man ihnen in den alten Tagen das Leben etwas besser gestalte, ein bisserl versüßt. Wenn man das Capital, um welches die damals verkürzt werden sollten, zu 3 Percent verzinsen würde, wäre die Commune in der Lage, weil die Zinsen jährlich 2835 fl. ausmachen, für ewige Zeiten 21 Bürger, jeden pro Tag mit 36 kr. zu betheilen. Das ist ein Beispiel nur, wie man mit dem Vermögen, welches den Armen gewidmet wurde, wirtschaftet, das ist auch der Grund, dass die Armen so miserabel behandelt werden und ihnen so wenig gegeben wird; sie hatten früher mehr bekommen. Das ist sistiert und verringert worden infolge dieser Wirtschaft und das muss besprochen werden. Es ist dies eben die Folge der Eintheilung. Diejenigen, die es verwalten, haben gar kein Interesse daran, dass da ein großer Nutzen herauskomme. Diejenigen, denen es gebürt, die haben kein Recht d'reinzureden, und diejenigen, die es gewidmet haben, sind schon längst gestorben. Folglich kann sich niemand annehmen, und diese Leute werden in den Wohlthaten, die ihnen von den Erblassern oder Wohlthätern gegeben wurden, verkürzt.

Wir kommen zu einem anderen Falle. Es war einmal hier — ich glaube, es war vor vier Jahren — ein Referat erstattet worden. Da hat man billige Absperrhähne zu den Auslaufrohren gebraucht. Damals hat St.-R. Schlechter referiert. Weil uns die Absperrhähne ein bisserl zu kostspielig vorgekommen sind, ist das Referat zurückgewiesen worden.

Aber jetzt lauert dieser Antrag auch schon wieder circa sechs Monate; er kommt immer unter den gedruckten Anträgen vor und in derselben Form, dass 109 Stück solcher Absperrhähne angeschafft werden um den Gesammtpreis von 5524 fl. Da käme gerade ein Stück auf 50 fl. 67·9 kr. Wenn wir diese Vorrichtung anschauen, wenn man das Materiale berechnet, welchen Wert es heute haben kann bei den Vorrichtungen, die man in der Eisendreherei und -Gießerei hat, und die Arbeit und den Lohn betrachtet, dann das Anmontieren dazunimmt, so muss man staunen, dass es jemand wagt, mit einer solchen Vorlage vor das Plenum zu treten. Wenn die Herren im Stadtrathe uns zumuthen, dass wir solche Anträge annehmen, so müssen sie rein glauben, wir sind erst von der Insel Borneo eingeführt (Heiterkeit links) und haben noch nie einen Hahn gesehen. Damals, als der Herr Referent mit seinem Antrage zurückgewiesen wurde, kam ein Herr vom Bauamte und sagte uns, wir können einen solchen Verschluss zu 7 fl. 30 kr. liefern. (Ruf rechts: Aber wie!) Natürlich ist nicht 43 fl. Patentgebür daran.

Das sind 43 fl. Patentgebür, sonst gar nichts; um das wird das Stück theuerer und nicht besser. Also hier plant man sonst nichts — meiner Ansicht nach, weil es so lange auf der Tagesordnung ist — als eine schöne Gelegenheit zu finden, wo die Herren der Minorität ermüdet sein werden; dann wird sich St.-R. Schlechter entschuldigen, ein anderer Referent übernimmt das, damit man nicht aufmerksam wird, es werden ein paar Worte gelispelt — der Bürgermeister wird sagen: „Keine Einwendung? — Angenommen.“

So wirtschaftet man mit dem communalen Vermögen. Ich glaube, der Stadtrath hätte sich das wenigstens leichter machen können; er hätte die Bestellung auf zweimal machen können, weil ihm das Recht zusteht, unter 5000 fl. Ausgaben zu machen, und der Scandal wäre vermieden gewesen, aber bei solchen Anlässen müssen wir reden, wir müssen Krawall machen, damit man dem Herrn Referenten, der mit so einem Antrage es wagt, vor uns zu treten, von vornherein die Courage benimmt, mit einem solchen Spaß vor uns zu treten.

Es ist überhaupt alles, was die Commune macht, recht kostspielig. Ein Beispiel werde ich Ihnen erzählen, welches recht eclatant beweist, wie billig die Commune baut. Die damals selbständige Gemeinde Weinhaus hat eine Schule gebaut, ein Eckhaus, einen Stock hoch, und das Haus hat fix und fertig als ein neues 23.500 fl. gekostet — das ganze Haus einen Stock hoch! Gegen die Herrengasse ist noch ein Local, wo die Feuerwehr ihre Requisiten hatte. Es schaut beinahe wie zwei Stock hoch aus. Nun wurde im Jahre 1893 ein Stockwerk aufgesetzt, und was glauben Sie, dass das gekostet hat? Dieses Stockwerk hat 25.000 fl. gekostet (Hört! links), da war der Dachstuhl schon hier; die Gründe natürlich.

Also nur die paar Mauern und Plafonds haben im Jahre 1893 25.000 fl. gekostet, und es ist noch ein Nachtrag im Jahre 1894 von 2700 fl. gekommen. Also der Neubau hat 23.500 fl. gekostet, und ein Stockaufbau ist auf 27.700 fl. gekommen. So wirtschaftet man mit dem communalen Vermögen! Um dieses Geld baut sich ja jemand schon ein drei Stock hohes Haus, nicht ein Stockwerk auf eine Schule, eine Laterne; denn in einer solchen Schule ist nichts drin als ein paar Wände, keine Thüren, keine Scheidemauern, es sind lauter große Localitäten. Was kostet also da 27.700 fl.? Das frage ich.

Wenn man, meine Herren, hier über eine solche Wirtschaft spricht und dann die Opposition darüber Kritik übt, so wird uns gewöhnlich vorgeworfen, wir machen nur Krawall, aber wir leisten nichts positives.

Nun, meine Herren, wir können nichts positives leisten, weil wir ja in der Minorität sind. Wir können nichts thun, Sie majorisieren uns, Sie unterdrücken uns in jeder Art. Mögen wir das vernünftigste bringen, wenn es von uns kommt, muss es niedergedrückt werden.

Aber ich glaube, dass, wenn wir durch unser Auftreten solche Beschlüsse verhindern, dass das auch eine Art Leistung ist, wenn man verhindert, dass solche Attentate auf den communalen Säckel ausgeübt werden. Das ist unsere Thätigkeit, und Herr Bürgermeister, wir werden emsig daran arbeiten und fleißig sein in der Verhinderung solcher Spassettln.

Wir werden auf den communalen Säckel schauen, und alles, was uns zu theuer vorkommt, bekritteln und bekämpfen, soweit es geht.

Wenn die Herren von der Majorität allein da wären — das haben wir schon gesehen, was für Anträge Sie beispielsweise gebracht haben — dann möchte ich die Wirtschaft sehen.

Wenn Sie so recht gemüthlich untereinander sitzen möchten und die Referenten niemanden von der Opposition fürchten müssten, dann würde man nicht allein den Grund am Stephansplatz einem Juden verkauft haben, sondern die Stephanskirche selbst oder das Rathhaus, ohne uns zu fragen.

Ein großes Kunststück hat unser Herr Vice-Bürgermeister Matzenauer ausgeführt (Heiterkeit), indem er uns in Währing, im XVIII. Bezirke, mit den neuen Namen der Gassen beglückt hat. Wenn da in 20 Jahren jemand auf einer Straße geht, der ein wenig in der Geschichte bewandert ist, wird er sich denken: Merkwürdig, ich habe die Geschichte von dem und dem gelesen, ich habe die historischen Begebenheiten von Wien alle durchgelesen, aber diese Namen kommen in der Geschichte nicht vor!

Trotzdem dieser unser Bezirk ein historischer Boden ist, auf welchem sich große Ereignisse bei der Befreiung Wiens abgespielt haben, hat man nicht eine einzige Gasse mit einem historischen Namen getauft — lauter judenliberale haben sie bekommen: Johann Nepomuk Voglplatz, Plenergasse, Herbeckstraße rc.

Ja, meine Herren, ich kenne die Herren alle nicht; aber einen Namen haben wir auch erhalten — Exnergasse.

Jetzt möchte ich nur wissen, an was der Herr Vice-Bürgermeister Matzenauer überhaupt den Maßstab angelegt hat, wie er die Würdigkeit dieser Herren, mit denen er die Gassen benannt hat, herausgefunden hat. Ich weiß nicht, wie es mit den anderen Gassennamen ausschaut, aber von diesem können wir Ihnen eine Geschichte erzählen.

Dieser Hofrath Exner . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath, unterlassen Sie diese Ausführungen. (Gem.-Rath Jedlička: Warum?) Das gehört nicht zum Budget. Das sind Angelegenheiten, die nicht hieher gehören.

Gem.-Rath Gregorig: Aber dann gehört der Exner auch nicht in eine Gasse, so wenig wie der Eskeles.

Bürgermeister: Ich bitte, das steht jetzt nicht in Verhandlung. Das Erzählen von Geschichten über außerhalb der Versammlung stehende Personen ist nicht gestattet. (Lebhafter Widerspruch links.)

Gem.-Rath Jedlička: Also, ich werde keinen Namen nennen, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath, halten Sie sich an die Budgetdebatte. Das Zeugnis werden Sie mir geben, ich habe bis jetzt volle Redefreiheit gestattet, aber es muss das, was vorkommt, doch im Zusammenhange mit dem Budget sein.

Gem.-Rath Jedlička: Aber, Herr Bürgermeister, gestatten Sie mir; der Herr Vice-Bürgermeister Matzenauer muss auch über die Qualität der Namen gesprochen haben, welches Verdienst die und die haben, nach denen man die Gassen nennt und die Gassennamen gehören zum Budget.

Bürgermeister: Aber diese Benennung hat viel früher stattgefunden vor der Schaffung von Groß-Wien und gehört gar nicht in die Verwaltung der Gemeinde hinein. (Gem.-Rath Gregorig: Die Wünschgasse kommt auch noch daran!) Beruhigen Sie sich, Sie haben nicht das Wort, Herr Gem.-Rath Gregorig.

Gem.-Rath Jedlička: Wir haben auf der Wieden eine Kolschitzkigasse und ein jeder wird Auskunft geben können, wer der Mann war. Er hat sich für Wien geopfert, er ist als Spion in das Türkenlager gegangen, hat sein Leben riskiert, sich Verdienste erworben und aus dem Grunde ist die Gasse Kolschitzkigasse genannt. Es muss also gestattet sein, auch über die Verdienste eines anderen zu sprechen, dessen Namen eine Gasse bekommt.

Bürgermeister: Ich bitte, halten Sie sich an das Budget, es sind noch über 35 Redner vorgemerkt, und wenn wir heute über die einzelnen Straßennamen sprechen und so fortfahren, so werden wir im Juni noch immer nicht mit der Budgetdebatte zu Ende sein.

Gem.-Rath Jedlička: Sehen Sie, Herr Bürgermeister, jetzt wäre es schon vorüber. (Heiterkeit.)

Bürgermeister: Ich bitte, es gehört sich nicht bei der Budgetdebatte, über derlei Episoden und Anekdoten zu sprechen.

Gem.-Rath Jedlička: Der Herr, dessen Namen eine Gasse bekommen hat — und das wird wahrscheinlich sein Verdienst gewesen sein — hat eine Broschüre geschrieben ...

Bürgermeister: Herr Gemeinderath, wir sind beim Budget, davon ist nicht die Rede.

Gem.-Rath Jedlička: Aber, ich spreche darüber, Herr Bürgermeister, und sämmtliche Herren, welche den Namen Exner tragen und Professoren waren, haben sich öffentlich dagegen verwahrt, dass sie das geschrieben haben.

Bürgermeister: Das gehört alles nicht hieher; wir können uns in einen Streit darüber nicht einlassen, das geht uns gar nichts an.

Gem.-Rath Jedlička (fortfahrend): Also gut, ein großer Mann ist er unbedingt, weil er eine Gasse bekommt. Seine höchsten Verdienste sind es, dass er uns ...

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gem.-Rath Jedlička, ich habe Sie jetzt erinnert, und wenn Sie in dieser Weise fortfahren, entziehe ich Ihnen das Wort.

Gem.-Rath Jedlička: Dann werde ich auf etwas anderes kommen. Das Sicherheitswesen in Wien gehört aber doch zum Budget, nicht wahr, Herr Bürgermeister, und darüber werde ich ein wenig sprechen. Wir haben in Wien verschiedene Einrichtungen, und dank der vorsorglichen Vertretungen der Vorortegemeinden haben wir in den Vororten auch freiwillige Feuerwehren, und ich muss Ihnen sagen, dass diese Feuerwehren sehr große Dienste schon geleistet haben. Ich will damit die städtische Feuerwehr nicht herabsetzen, aber ich sage, die Entfernungen der Brandobjecte von der Stadt hätten es der städtischen Feuerwehr außerordentlich schwer gemacht, rechtzeitig am Brandplatze zu erscheinen, und es wäre ein großer Schade entstanden, wenn wir die freiwilligen Feuerwehren nicht hätten. Die Leute opfern sich unentgeltlich, sind oft in Lebensgefahr für ihre Nachbarn und Mitbürger — ohne Entgelt, meine Herren! — und wie werden Sie behandelt? Wenn die Herren von der Berufsfeuerwehr kommen, so werden sie nur nebensächlich behandelt, sie werden angeschaut, es wird ihnen befohlen, natürlich müssen sie folgen, aber meine Herren, befehlen und anordnen kann man auf zweierlei Art — das wird mir auch der Herr Bürgermeister zugestehen — in der Weise, dass man es in einem collegialen Tone und auch in einem brüsken Tone anordnen kann. Commandomäßig, militärmäßig kann man wohl den bezahlten, den Berufsfeuermann behandeln, aber denjenigen, der seine Zeit, sein Geschäft vernachlässigt und alles dem allgemeinen Wohle opfert, sollte man meiner Ansicht nach ein wenig collegialer, humaner entgegenkommen. Und was ist bei uns geschehen? Es war einmal ein Feuer und da kam ein Commandant der Berufsfeuerwehr — natürlich schon wie das Feuer gelöscht war — und befahl einem der Feuerwehrmänner von der Vorortefeuerwehr, sofort die Arbeit einzustellen. Er blieb stehen und dachte sich: „Mein Vorgesetzter bist du nicht, und wie es beim Militär der Fall ist, hast du, wenn du ein noch so großer Herr bist, die Pflicht, es meinem Commandanten zu melden, und der wird mir dictieren, was ich zu machen habe." So hätte es sein müssen, aber nicht einem Feuerwehrmanne, der dem Herrn nicht untersteht, direct dort befehlen, commandieren und dann anklagen und vors Strafgericht bringen und verurtheilen lassen. Meine Herren! Derselbe Herr hat sich durch sein Benehmen in Ottakring bemerkbar gemacht; bei einem Feuer hat nicht viel gefehlt, hätte er was draufgekriegt, bei einem Krawalle. Er war frech, keck ... (Unterbrechung seitens des Bürgermeisters.) Die Leute haben sich das nicht gefallen lassen. Er hat den Mann ins Unglück gebracht, einen langjährigen Diener ....

Bürgermeister: Ich bitte, jetzt habe ich das Wort. Der Herr, von dem Sie sprechen, ist ein Communalbeamter. In solchen Ausdrücken spricht man nicht. Ich muss Ihnen auch bemerken, dass das, wie ich hoffe, längst vergessene Sachen sind. Seither ist der Friede zwischen der Berufsfeuerwehr und den freiwilligen Feuerwehren vollkommen hergestellt, und ich freue mich constatieren zu können, dass seit langer Zeit kein Conflict mehr vorgekommen ist, weil die Berufsfeuerwehr den strengsten Auftrag hat, in entsprechender Weise vorzugehen, und die freiwilligen Feuerwehren sich den betreffenden Anordnungen der Feuerlöschordnung vollkommen unterordnen, und ich glaube, es ist nicht zweckmäßig, auf einen Conflict, der längst vorüber ist, zurückzukommen.

Gem.-Rath Jedlička (fortfahrend): Nun, Herr Bürgermeister, jetzt werden Sie mir wohl erlauben, wieder weiterzureden. Ich wollte nur das eine hervorgehoben haben, dass der Herr Bürgermeister veranlasst, dass die freiwillige Feuerwehr, welche voll und ganz eine ebenbürtige Behandlung verdient, wie die Berufsfeuerwehr behandelt werde. (Bürgermeister: Ist schon geschehen!) Wenn das heute geschieht, wünsche ich es von Herzen, dass es auch so bleibt, denn wenn wir durch solches Vorgehen die freiwilligen Feuerwehren zwingen, dass sie auseinandergehen, dann wird man uns verflucht tief in die Säcke steigen und uns zu

Zahlungen heranziehen, um damit die Berufsfeuerwehr erhalten zu können.

Nun haben wir auch noch eine andere Sicherheit und das ist die Polizei, und ich muss Ihnen sagen, dass, wie es heute aussieht, es nicht lange dauern wird und wir dieselbe werden vermehren müssen. Ich bringe Ihnen das vor, was ich durch Jahre in unserem Bezirke erfahren habe. Unser Bezirk ist gewiss groß, denn er dehnt sich von der Gürtelstraße bis zum Berge hinter Salmannsdorf aus und ist auch sehr breit durch die auseinanderliegenden Häuser und Ortschaften, daher ist eine Vermehrung der Sicherheit geboten. Im ganzen Bezirke sind 78 Sicherheitswachmänner; von diesen werden einige in der Kanzlei verwendet, einige werden irgendwohin commandiert, zum Beispiel in Theater, dann finden Consignierungen statt, Erkrankungen, und von diesen 78 werden 13 Rayonsposten zusammengestellt; eine solche Zahl verschwindet ganz in einem so kolossalen Bezirke. Neu-Gersthof und Alt-Gersthof haben einen einzigen Rayonsposten. Das ist ein Bezirk, der ist so groß wie Neubau. Vielleicht so groß ist das Terrain. Das soll ein Mann überwachen! Pötzleinsdorf hat auch nur einen, Salmannsdorf und Neustift auch nur einen. Meine Herren, das sind 13, es kommen aber im Winter durch den anstrengenden Dienst Erkrankungen vor, die Leute werden krank oder durch diverse andere Ereignisse vom Dienste abgehalten und da geschieht, und zwar nicht sehr selten, dass wir nur 9 Rayonsposten haben. Denken Sie sich in der Nacht einen so kolossalen Bezirk von 9 Mann bewacht! Das ist keine Sicherheit, das entspricht nicht den Verhältnissen. Unser Bezirk zählt 70.000 Einwohner, ich glaube heute noch mehr, und das Eigenthum dieser 70.000 Einwohner überwachen die meiste Zeit 9 Mann! Meine Herren, hier wäre gewiss auch nothwendig, dass etwas geschieht.

Dann komme ich auch zu etwas, was ich auch bei dieser Gelegenheit betonen muss. So ein Wachmann, wenn er den Dienst activ antritt, bekommt 1 fl. 25 kr. täglich. Mit dem Geld muss er den ganzen Tag draußen bei jedem Wetter stehen. Er bekommt nur ein kleines Monturpauschale von 40 fl. pro Jahr. Sehen Sie, jeder Finanzwächter bekommt 60 fl. jährlich, der Polizist nur 40 fl. Wie kann der Mann es aushalten? Dann kommen Ausrückungen, er muss von seiner Familie, wo er wohnt, weg, in die Stadt. Wie kann er dort mit 1 fl. 25 kr. sich ernähren und zu Haus die Familie, das erklären Sie mir! Dann bekommt der Mann 100 fl. jährlich Quartiergeld. Bitte, Herr Bürgermeister, mir nur eine Wohnung, wenigstens Zimmer und Küche zu zeigen, die er um 100 fl. bekommt. Das bekommt er in ganz Wien nicht, nicht in den äußersten Vororten, außer vielleicht in niederen Kellern, feuchten Wohnungen, sonst kriegt er nichts. Er kann aber nicht Wohnung nehmen, wo sie billig ist, er muss sie nehmen, wo er nahe ist dem Dienste, damit er ihn versehen kann, damit er von seinem Weib das Essen bekommt, denn wenn sie ihm nicht das Essen auf die Wachstube trägt, kann er nichts warmes essen, da müßte er rein von Brot leben und die zu Hause auch. Er muss von dem Gelde, das er aufs Gewand bekommt, draufzahlen und mit 1 fl. 25 kr. täglich sich ernähren, die Rechnung möchte ich den Herrn Bürgermeister bitten, selbst zu machen, wenn er auskommt.

Jetzt komme ich zu einem wichtigen Gegenstande und ich bitte den Herrn Bürgermeister, Geduld zu haben, weil er scheinbar nicht zum Budget gehört, aber er gehört doch dazu, und zwar aus dem Grunde, weil dieser Gegenstand ungeheuer die communalen Kanzleien belastet. Dieser Gegenstand betrifft die Arbeiter-Unfallversicherung. Diese gibt den magistratischen Bezirksämtern so viel zu thun, und ich muss sagen, so viele unnöthige Arbeiten, dass sie sich in den Kanzleien nicht zu helfen wissen. Alles, wenn es auch das geringste ist, wird als Unfall behandelt, die Leute werden zum Amte vorgeladen, es müssen Erhebungen gepflogen, Zeugen einvernommen, Commissionen an Ort und Stelle abgehalten und dann muss entschieden werden. Das sind lauter Schreibereien, die den Magistrat angehen und welche die Commune Wien bezahlen muss, die aber nicht nothwendig sind. In den allerseltensten Fällen sind sie nothwendig. Die Sache ist die: Wir bekommen von der hiesigen Direction keine Ausweise und ich werde ihnen das gleich beweisen. Aber in dem Bezirke St. Pölten sind etwa 16.000 Unfallsanzeigen gemacht worden. Von diesen circa 16.000 Unfallsanzeigen haben sich als leichte Unfälle vielleicht 500 herausgestellt, die aber alle unter 28 Tagen im Krankenhause curiert wurden, und vielleicht 25 als factische Unfälle. Daraus, meine Herren, können Sie sich einen Begriff machen, dass man hier vielleicht 15.000 Stück Acten umsonst in den communalen Ämtern behandeln musste, weil man analog annehmen muss, dass man es in Wien auch so macht. Dafür bekommt die Commune nichts, sie wird nur belastet, und es geschieht damit nichts weiter, als dass die Herren, welche bei der Unfallversicherung dienen, welche dort verwalten, mit ihren Auslagen, Commissionen, Fuhren 2c. es auf 75 Percent Verwaltungskosten bringen, und diejenigen, welche verunglücken, nichts bekommen.

Wir wurden, wie vielleicht den Herren hier allen bekannt sein wird, in eine höhere Gefahrenclasse hinaufgesteigert, Tischler und alle Bauhandwerker, wo Gefahr ist, ohne Ausnahme. Nachdem man uns steigerte, wollten wir wissen, aus welchem Grunde man uns steigerte, ob die Verwaltung mit den Beiträgen, die wir leisten, nicht auskommt, und wie sie dieselben verwaltet. Ich bin von meinen Collegen angegangen worden und der Ausschuss hat den Beschluss gefasst, ich solle mich im Auftrage des Ausschusses an die Direction der Unfallversicherung wenden, sie möge uns einen Ausweis über die Gebarung schicken. Einen Ausweis zu verlangen sind wir berechtigt. Sie hat uns Mitgliederkarten geschickt, wie wir zu derselben einbezogen wurden, und wenn man uns so vereinsmäßig behandelt, dass man diejenigen, welche Beiträge leisten, als Mitglieder betrachtet, so ist es ihre Pflicht, jene Ausweise zu schicken, damit man weiß, für was die Beiträge verwendet wurden und wie gewirtschaftet wurde.

Auf die Eingabe bekamen wir folgendes Schriftstück, es ist nur eine Abschrift, ein Abdruck. Darin heißt es: Von Holz-, Kurz- und Galanteriewaren war der Beitrag der Meister 1982 fl. 49 kr. und die Entschädigung an die Verunglückten 7984 fl. 26 kr.; Holzschnittwarenerzeuger im allgemeinen haben geleistet 27.869 fl., dagegen haben sie bekommen 24.500 fl., Kistentischler haben bezahlt 1494 fl. und bekommen 3690 fl.; Tischler mit Motorbetrieb 36.556 fl. und haben bekommen 64.915 fl.; die Bautischler zahlten 6478 fl. und bekamen 11.966 fl.

Meine Herren! Auf diesen fünf Zeilen haben uns die Herren ihren Jahresausweis geschickt; aus dem soll jemand klug werden, ich nicht. Ich glaube, alle Stadträthe zusammen und lauter Juristen, sie werden auch nicht gescheit werden daraus, was drinnen steht. Niemand wird das begreifen, dass man mehr Geld geben kann, als man bekommt. Das hat mich veranlasst, mich an die Collegen im Gewerbe zu wenden und nachzufragen, was sie leisten. Ich habe ein Circular herumgehen lassen und gebeten,

mir genau aus ihren Büchern, was sie bis dato geleistet, zu schicken. Einstweilen habe ich Auszüge von 19 Firmen, die mir alle Briefe — die Briefe habe ich als Belege zu Hause — eingeschickt haben, aus welchen hervorgeht, dass sie 8224 fl. 24 kr. leisteten. In all diesen Betrieben ist kein Unfall vorgekommen, die Gegenleistung war gleich Null.

Nun, meine Herren, ich werde von den anderen bis Ende März auch die Gegenstände bekommen, dann werde ich vielleicht einmal an Se. Excellenz den Handelsminister herantreten, um ihm das Material, welches ich gesammelt habe, vorzulegen und vielleicht wird er veranlassen, dass die Verwaltung, welche sehr kostspielig ist, sie kostet 70%, es der Mühe wert findet, uns demnächst mit Ausweisen zu beschenken, damit wir wissen, wie das Geld verwaltet wird.

Meine Herren! Das curioseste beim ganzen ist, dass wir Handwerker gestraft werden, für das, was wir gar nicht fähig, nicht competent sind, zu beurtheilen. Ein Tischlergehilfe hat den Fußboden abgeputzt und da entsteht von den Eichenbretteln Staub. Bei den Bauten sind gewöhnlich die Öffnungen noch nicht zu, Thüren, Fenster sind offen, der Wind trägt den Staub im Kreise herum und schmeißt dem eine solche Portion Staub ins Gesicht und er bekommt so ein Körndl ins Auge. Er achtet nicht darauf, putzt weiter; am zweiten oder dritten Tage geht er bei dem Krankencassenarzt vorüber und denkt sich, kosten thut es nichts, denn ein Büchel habe ich, ich gehe hinauf, damit ich sehe, was ich damit machen soll. Das Ding geniert ein bisserl. Der Krankencassenarzt macht die Anzeige und der Meister wird wegen Nichtanzeige des Unfalles zu 2 fl. Geldstrafe verurtheilt. (Gelächter links.) Wenn ein Unfall geschieht nur in der geringsten Art, ein Schiefereinreißen hinterm Nagel oder was immer, so wird der Meister gestraft, weil er eben den Unfall nicht gemeldet hat. Ja, meine Herren, in allem und jedem würde man einen Gewerbetreibenden, der sich anmaßen würde, über einen krankhaften Zustand ein Gutachten abzugeben, für einen Narren erklären. Man würde sagen: du bist nicht competent, das verstehst du nicht, du bist kein Arzt. Aber in dem Falle, beim strafen, da soll er alles wissen. Er ist competent. Wir veranstalteten eine Versammlung und haben eine Resolution gefasst und haben sie an die Direction geschickt, dass die Pflicht der Anzeige den Ärzten zustehe, weil der Meister nicht in der Lage ist, zu beurtheilen, ob ein Unfall gefährlich, ob er klein oder ob es gar kein Unfall ist.

Es wird wahrscheinlich nicht darauf Rücksicht genommen werden. Aber die eine Bitte habe ich an den Herrn Bürgermeister vorzubringen, vielleicht könnte er denn doch beim Magistrate und bei den Ämtern dahin wirken, dass die Geschäftsleute wegen solcher Lappalien nicht gestraft werden, wenn auch das Gesetz es positiv sagt, jede Nichtanzeige eines Unfalles ist strafbar, dann muss doch ein jeder einfache Mensch beurtheilen können, ob so etwas ein Unfall ist. Überhaupt zahlen die Gesellschaften, wenn es nicht über 28 Tage dauert, gar nichts, das muss die Krankencassa leisten, sie zahlen nichts, und doch machen sie ein solches Wesen; doch bedrücken sie uns, doch strafen sie uns und schrauben uns in die Höhe, ohne dass sie uns Rechenschaft geben, was mit dem Gelde geschieht. Es ist das eine große Last, die uns heute in verschiedener Form aufgebürdet wurde. Speciell in unserem Handwerke erlaube ich mir anzuführen: Die Strafen sind nicht gezählt, weil man nicht weiß, wie groß die sind, aber die Beiträge der Meister zur Gehilfen-Krankencassa machen jährlich 33.523 fl. aus. Die Lehrlings-Krankencassa müssen wir allein erhalten. Die kostet uns 8612 fl. und auf ein Jahr repartiert zahlen wir nach den Beträgen, wie es hier steht, in die Unfallversicherung 18.590 fl., in Summe 60.730 fl. Dabei ist noch keine Erwerbsteuer oder Einkommensteuer, kurz und gut keine Steuer. Das sind nur Lasten, die uns aufgebürdet worden sind. Ich sage Ihnen, jeder von uns leistet das gerne, weil wir wissen, dass damit wohlthätige Institute erhalten werden, die den Unglücklichen, der erkrankt ist, erhalten und pflegen.

Aber wir verlangen auch und haben das Recht es zu thun, dass mit den Beiträgen, welche wir leisten, welche uns so sehr bedrücken, auch gewirtschaftet wird, das nicht unnöthig bis 75 Percent Verwaltungsspesen gemacht werden. Ich lege es dem Herrn Bürgermeister ans Herz, vielleicht gelegentlich an maßgebender Stelle ein Wort zu verlieren zu unseren Gunsten.

Nun komme ich zum Schulwesen. Da muss ich mir erlauben, auch etwas länger auszuholen. Wir leiden in unseren gewerblichen Schulen sehr an dem Mangel von Fachschulen.

Bürgermeister (unterbrechend): Das gehört wieder nicht hieher!

Gem.-Rath Jedlička: Ja, das gehört hieher.

Bürgermeister: Ich habe Sie jetzt, obwohl die Sache nur bis zu einem gewissen Grade, wenn auch nicht mit der Gemeindevertretung, so doch mit der politischen Behörde im Zusammenhange steht, den ganzen Gegenstand mit der größten Ausführlichkeit behandeln lassen. Das gewerbliche Schulwesen untersteht aber der Gemeinde nicht; wir haben nur die Localitäten beizustellen. Wir können in der Sache gar nichts thun. Ich bitte, lassen Sie im Interesse der Zeitökonomie diesen Gegenstand fallen, Sie werden hoffentlich auch andere Sachen zu besprechen haben, aber dieser Gegenstand entzieht sich vollständig der Competenz der Gemeindevertretung.

Gem.-Rath Jedlička: Ich wollte aufmerksam machen, dass man in diesen Schulen das Geld, welches man für Lehrer ausgibt, besser verwenden könnte.

Bürgermeister: Das ist nicht unsere Sache.

Gem.-Rath Jedlička: Ich lasse es gehen; aber ich komme zu einem anderen Gegenstande, der gewiss zur Verwaltung gehört. Ich kann nicht umhin, meine Herren, ein Vorkommnis zu erwähnen, welches vor zwei Jahren geschehen ist, wo man im Bezirksschulrathe den Beschluss gefasst hat, dass die Kinder beim Kreuzmachen dieses usuelle: „Im Namen des Vaters, des Sohnes . . .“ nicht sagen dürfen.

Bürgermeister: Schauen Sie, Herr Gemeinderath, das ist ja eine Angelegenheit, die der Bezirksschulrath erledigt hat. Was können wir da machen? (Rufe links: O, das gehört schon her!)

Gem.-Rath Jedlička: Ja, Herr Bürgermeister, ich komme schon auf die Ursache des ganzen. Ich werde schon sagen, wo sie sitzt.

Bürgermeister: Ich bitte, Angelegenheiten, Beschlüsse, Entscheidungen des Bezirksschulrathes gehören nicht hieher. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Jedlička: Aus dem Gemeinderathe werden die Mitglieder in den Bezirksschulrath gewählt . . .

Bürgermeister: Bitte, das ist ganz gleichgiltig.

Gem.-Rath Jedlička: . . . Und die Herren nehmen Antheil an den Verhandlungen und Beschlüssen, und was sie beschließen, ist maßgebend, und wenn sie von hier entsendet werden, so habe

ich das Recht, auch darüber zu reden; dann geht es uns etwas an, weil sie ja von hier zu diesem Zwecke gewählt werden.

Bürgermeister: Ich muss um Entschuldigung bitten, die Herren sind hier Gemeinderäthe und nicht Bezirksschulräthe. Das ist eine Angelegenheit des Bezirksschulrathes. (Widerspruch links.) Das ist eine Sache für sich . . .

Gem.-Rath Jedlička: Ich werde dem Herrn Bürgermeister die Freude machen und werde aufhören (Heiterkeit), aber ich kann es nicht über mich bringen, dass ich ihm nicht den Sitz, die Wurzel . . .

Bürgermeister: Aber, Herr Gemeinderath, es gibt noch genug . . .

Gem.-Rath Jedlička: Ich weiß, wo sie sitzt, ich werde die Sache nur kurz streifen. Ich wollte über das stumme Kreuzzeichen sprechen, von dem Terrorismus, den die Lehrer auf die Kinder ausüben, wenn sie den usuellen, schönen, katholischen Festen, dem Umgange, beiwohnen, wie sie das discreditieren, wie sie das bekritteln. (Unruhe.) Nun, meine Herren, wenn die Herren im Bezirksschulrathe solche Beschlüsse fassen, so ist ja von den Lehrern nichts anderes zu verlangen. Sie müssen sich doch den Herren dort würdig zeigen und auf diese Art gegen die christlichen Kinder vorgehen. Denn, Sie sehen ja, dass das, was sie thun, auch recht hoch oben anerkannt wird. Ich bilde mir ein, das muss eine Art Sport sein für solche Erzieher, wenn sie diese Vorbilder haben und die Kinder deswegen strafen; er denkt sich ja: Na, was, wenn der Herr Vice-Bürgermeister seinen Glauben so oft wechseln kann, wie eine Modedame ein Kleid (Lebhafter Widerspruch rechts), dann gehe ich so richtig vor. So, jetzt bin ich fertig, Herr Bürgermeister! (Beifall und Händeklatschen links. — Lebhafte Unruhe rechts.)

Bürgermeister: Ich bitte, solche Ausführungen zu unterlassen! Privatangelegenheiten hier zu besprechen — das ist unerhört! (Gem.-Rath Jedlička: Jetzt bin ich fertig!)

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur Geschäftsordnung): Nachdem bereits 11 Redner in der Generaldebatte gesprochen haben und nachdem noch 32 vorgemerkt sind (Gem.-Rath Josef Grünbeck: Sagen Sie es gleich, wir wissen schon, was Sie wollen! — Verschiedene Zurufe links. — Der Bürgermeister gibt das Glockenzeichen), so glaube ich, dass die Versammlung einverstanden ist, wenn wir die Debatte schließen; ich beantrage Schluss der Debatte. (Zwischenrufe links.)

Bürgermeister: Es ist Schluss der Generaldebatte beantragt; ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Majorität; angenommen. (Zwischenrufe links. — Gem.-Rath Stehlik: Das haben wir gewusst!) Herr Gem.-Rath Stehlik beruhigen Sie sich. (Gem.-Rath Josef Grünbeck: Er hat schon recht!) Herr Gem.-Rath Grünbeck, ich rufe Sie zur Ordnung!

11. Wir werden jetzt die Abstimmung über den auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand vornehmen, betreffend den Verkauf von zwei Häusern an den Meistbietenden.

Bürgermeister: Ich ersuche, sich auf die Plätze zu begeben; ich bitte, die Auszählung vorzunehmen. (Gem.-Rath Gregorig: Ein Referent wird gesucht, wo ist der Referent?) Ich bitte um Ruhe; ein Referent ist nicht nothwendig, weil bloß abgestimmt wird, es wird ausgezählt. (Gem.-Rath Gregorig: Ja, ich kann warten!) Ich bitte die Herren, sich auf die Plätze zu begeben. (Nach erfolgter Auszählung:) Es wird die Anwesenheit von 96 Gemeinderäthen constatiert. Wir sind daher in der Lage, abzustimmen.

Vor der Abstimmung habe ich die Ehre, folgende Zuschrift der Handels- und Gewerbekammer mitzutheilen (liest):

„Mit Rücksicht auf den bisherigen Gang der im löblichen Gemeinderathe gepflogenen Verhandlungen über die von der unterzeichneten Kammer wegen Ankauf der Häuser I., Wipplingerstraße 33 und 35, in Wien überreichten Offerte, beziehungsweise Nachtragsofferte vom 4. December v. J., dann 15. Jänner und 7. März d. J. beehrt sich die Unterzeichnete, das Ersuchen zu stellen, sie aus dem durch die erwähnte Offerte begründeten Obligo zu entlassen und diese Offerte daher zurückgezogen zu betrachten."

(Zwischenrufe links: Weil sie schon gewusst haben, dass es nicht bewilligt wird! Die Schlauheit!) Aber, meine Herren, unterlassen sie diese Zwischenrufe. Es liegen nun folgende Anträge vor.

Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger: Das vorliegende Referat ist zurückzuweisen, das Offert des Beamtenvereines ist anzunehmen.

Dann liegt vor der Referenten-Antrag. Die Herren kennen ihn aus der gedruckten Vorlage Nr. 47 ex 1895. Dann hat Herr Gem.-Rath Bärtl beantragt: Für den Fall, als der Referenten-Antrag und der Antrag Frauenberger abgelehnt werden sollten, ist eine neuerliche Offertverhandlung auszuschreiben. Herr Gem.-Rath Bärtl hat weiter beantragt, es sei über den Referenten-Antrag namentlich abzustimmen. (Gem.-Rath Hawranek: Wo ist mein Antrag?) Ihr Antrag ist vollkommen identisch mit dem Antrage Frauenberger (Gem.-Rath Hawranek: Ich will nicht Verweisung an den Stadtrath!) und ist später gestellt als der Antrag Frauenberger, also gegenstandslos.

Zuerst kommt zur Abstimmung der Gegen-Antrag Frauenberger.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Wenn der Herr Bürgermeister glaubt, dass der Antrag des Stadtrathes trotz der jetzt verlesenen Zuschrift der Handels- und Gewerbekammer aufrecht steht, so muss ich sehr bitten, dass vielleicht über den Antrag des Stadtrathes zuerst abgestimmt werde, und erst, wenn der fällt, über den Antrag Frauenberger. Ich bin nämlich der Meinung, dass die Sache heute erledigt werden soll, und wenn in umgekehrter Weise abgestimmt wird, fürchte ich sehr, dass weder der eine noch der andere Antrag die Majorität bekommt.

Bürgermeister: Nach der Geschäftsordnung hat zuerst der Gegen-Antrag zur Abstimmung zu kommen. Herr Dr. Lueger stellt aber einen anderen Antrag — mir ist es ganz gleich, ich werde die Versammlung fragen. Ich für meine Person hätte nach den Vorschriften der Geschäftsordnung zuerst über den Gegen-Antrag abstimmen lassen, denn ich habe keinen Grund, anders abzustimmen. Wenn die Versammlung etwas anderes beschließt, so werde ich mich darnach richten. Diejenigen Herren, die damit einverstanden sind, dass zuerst über den Referenten-Antrag abgestimmt werde, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist die zweifellose Minorität.

Ich werde daher über den Gegen-Antrag Frauenberger zuerst zur Abstimmung schreiten, dann über den Referenten-Antrag; sollten beide Anträge abgelehnt werden, so kommt der Antrag Bärtl zur Abstimmung.

Zuerst also der Antrag Frauenberger:

„Beide in Rede stehenden Häuser seien nach dem Offerte des Beamtenvereines an den Beamtenverein zu verkaufen."

Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die entschiedene Majorität. Bitte um die Gegenprobe. (Nach der Auszählung:) Es wurde constatiert die Anwesenheit von 96 Herren Gemeinderäthen. Es haben von diesen 96 Gemeinderäthen 16 gegen den Antrag gestimmt, sonach haben 80 für denselben gestimmt. Das ist die nach dem Gesetze genügende Majorität, folglich ist der Antrag angenommen.

(Gem.-Rath Gregorig: Ganz richtig ist die Geschichte nicht, Herr Bürgermeister!)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Der Vorgang, der jetzt beobachtet wurde, ist nicht ganz richtig. Es hätte die Zahl derjenigen, die dafür stimmen, gezählt werden sollen, weil 70 dafür stimmen müssen. Es geht nicht an, dass man diese Ziffer durch Addition, beziehungsweise Subtraction gewinnt; aber es ist mir zweifellos, dass 70 dafür gestimmt haben (Zustimmung) und ich erhebe nur deswegen Einwendung, damit nicht in späteren Fällen in gleicher Weise vorgegangen werde.

Bürgermeister: Aber ich bitte, derlei Einwendungen während der Abstimmung zu erheben. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Da darf man ja nicht reden! — Heiterkeit.) Ich bin in der Weise vorgegangen, dass ich zuerst habe dafür abstimmen lassen. Es schien mir die weitaus größte Majorität. Um die Ziffer constatieren zu können, die nach dem Gesetze nothwendig ist, habe ich die Gegenprobe vorgenommen. Nachdem 16 dagegen waren, müssen 80 dafür gestimmt haben. (Widerspruch.)

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Ich constatiere, dass ich gegen den Antrag gestimmt habe, weil ich der Meinung bin, dass dadurch eine Menge Geschäftsleute ruiniert werden.

Bürgermeister: Ich habe Ihnen auch Gelegenheit geboten, gegen den Antrag zu stimmen. Sie sind wahrscheinlich auch gezählt worden, wahrscheinlich sind Sie unter den sechzehn. (Gem.-Rath Gregorig: Ich habe mich der Abstimmung enthalten!) Dann kommen Sie noch zu den sechzehn dazu, es sind also 17 dagegen. (Heiterkeit. — Gem.-Rath Gregorig: Es sind mehrere dagewesen. Das geht nicht: zu den sechzehn! Ich bitte ums Wort!)

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Ich kann unmöglich zu den sechzehn gezählt werden, weil ich mich der Abstimmung enthalten habe. Ich kann nicht pro und nicht contra gezählt werden. (Widerspruch rechts.) Es handelt sich ums Recht. Wenn Sie es nicht verstehen, ist's traurig genug.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig, da bleibt nichts anderes übrig, als dass Sie die Güte haben, zu erklären, dass Sie sich der Abstimmung enthalten.

Gem.-Rath Rosenstingl: Es thut mir sehr leid, dass ich einen solchen Antrag stellen muss, ich glaube aber, es wird hier ein Präjudiz geschaffen. Es heißt im Gesetze, dass 70 dafür gestimmt haben müssen. Ich nehme auch an, dass 70 dafür gestimmt haben, ich weiß es aber nicht. Ich glaube, es ist nothwendig, dass wir es wissen, und ich beantrage daher, dass die Stimmen derjenigen gezählt werden, die dafür stimmen, um es ganz klar festzustellen.

Bürgermeister: Meine Herren! Wir haben dringenderes zu thun. Bestehen Sie darauf?

Gem.-Rath Rosenstingl: Nicht namentliche Abstimmung, aber Zählen der Stimmen.

Gem.-Rath Hawranek (zur Geschäftsordnung): Ich muss den Herrn Bürgermeister aufmerksam machen, dass College Bärtl den Antrag gestellt hat, es solle namentlich abgestimmt werden. (Widerspruch und Rufe: Über den Referenten-Antrag!) Das hat der Herr Bürgermeister unterlassen.

Bürgermeister: Ich habe ausdrücklich erklärt, wie der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Bärtl lautet. (Zu Gem.-Rath Rosenstingl:) Wird der Wunsch aufrecht erhalten? (Gem.-Rath Rosenstingl: Ja!) Ich ersuche also die Herren, welche für den Antrag Frauenberger stimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte zu zählen. (Nach einer Pause:) Es haben sich jetzt 72 Herren für den Antrag ausgesprochen, demnach ist derselbe angenommen.

Beschluss: Die dem Wiener allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen Häuser I. Bezirk, Wipplingerstraße Nr. 33, Grundb.-Einl. 1433, und Wipplingerstraße Nr. 35, Grundb.-Einl. 1434, werden nach dem Offerte des Beamtenvereines an den Beamtenverein verkauft.

Bürgermeister: Ich bitte Herrn Gem.-Rath Matthies zum Referate.

12. (1425.) **Referent Gem.-Rath Matthies:** Ich habe die Ehre, zur Zahl 1425 zu referieren. Die Besitzer des Hauses in der Sechskrügelgasse Nr. 1 und Pfarrhofgasse Nr. 2 im III. Bezirke beabsichtigen, das Haus umzubauen. Es sind dort zwei Risalitanlagen, eine in der Pfarrhofgasse, eine in der Sechskrügelgasse. Der erforderliche Grund ist in der Pfarrhofgasse 0·8025 m^2, in der Sechskrügelgasse 0·825 m^2. Die Risalite springen 15 cm über die Baulinie vor. Es wird beantragt, den Grund in der Sechskrügelgasse um den Preis von 70 fl. per Quadratmeter — das macht einen Betrag von 57 fl. 75 kr., den Grund in der Pfarrhofgasse im Compensationswege gegen den abzutretenden Straßengrund zu überlassen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, wir schreiten zur Abstimmung; bitte auszuzählen. (Nach der Auszählung:) Es sind 93 Herren Gemeinderäthe anwesend. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Beschluss: Der zu Risalitanlagen beim Hause III. Bezirk, Sechskrügelgasse 1, erforderliche Grund in der Pfarrhofgasse per 0·8025 m^2 wird im Compensationswege, und der zu gleichem Zwecke in der Sechskrügelgasse erforderliche Grund per 0·825 m^2 um den Preis von 70 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 57 fl. 75 kr. an Ferdinand Erm überlassen.

Bürgermeister: Ich bitte Herrn Gem.-Rath Wurm zum Referate an Stelle des Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Richter.

13. (1794.) **Gem.-Rath Wurm:** Es betrifft dies eine Risalitanlage bei dem Panady'schen Stiftungshause an der Ecke des Laurenzerberges und der Adlergasse. Es ist eine Fläche von 4·536 m^2 für die Risalite zu verwenden und dafür ist der Preis von 300 fl. angenommen. Der Antrag geht dahin: Überlassung des zur Anlage von Risaliten erforderlichen Grundes von circa 4·536 m^2 um den Einheitspreis von 300 fl. per Quadratmeter.

Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Gregorig: Es handelt sich da um das Haus an der Ecke, wo das ehemalige Rothenthurmthor war. Ich habe

geglaubt, Sie wollen dort eine große Avenue hinbauen. Vielleicht wird die gebaut, wenn das neue Haus fertig ist; dann müssen Sie es wieder zusammenreißen. Man weiß ja, wie das gemacht wird. Mir ist bekannt, dass da ein großer Plan ist, der von liberaler Seite unendlich poussiert wird. Ich glaube, es sind da große Straßen projectiert; heute soll aber ein Haus hineingebaut werden. Ich bitte um Auskunft, wie sich die Sache verhält.

Referent: Ich will nur die Aufklärung geben, dass vor ganz kurzer Zeit die Baulinie eigens für dieses Haus bestimmt wurde und auf Grund der bestimmten Baulinie wird das Haus gebaut. Das Haus wird von der Statthalterei verwaltet und infolgedessen wird auch der Consens von der Statthalterei gegeben und wir haben nur die Risalite zu überlassen. Eine Einwendung gegen diesen Bau können wir nicht erheben, weil wir die rechtskräftige Baulinie hinausgegeben haben. Wenn die sogenannte Riehl-Avenue Tegetthoff—St. Stephan durchgeführt werden soll, ist es Sache der Unternehmung, sich dann auseinander zu setzen. Wir haben gar keinen Einfluss darauf.

Gem.-Rath Dr. Stern: Meine Herren! Wie bekannt, liegt ein Project vor, die Avenue Praterstern—Stephansplatz. Dieses Project beschäftigt dermalen alle sachverständigen Kreise, und wie ich weiß, nimmt auch die Bevölkerung an diesem Projecte sehr lebhaften Antheil. Ich bin allerdings nicht sachverständig, um beurtheilen zu können, ob dieses Project durchführbar ist, es liegen auch bis heute, so viel ich weiß, vielleicht nicht genügende Materialien vor. Aber das scheint mir richtig zu sein, dass, wenn heute der Bau dieses Stiftungshauses, welches an der Ecke vom Laurenzerbergl ist, ermöglicht wird, ja, wenn er sogar durch Gewährung einer Risalitanlage, wie sie beabsichtigt wird, gefördert wird, die Durchführung eines solchen Projectes, dem sich die Sympathie der Bevölkerung in sehr großem Maße zugewendet hat (Widerspruch links), unmöglich gemacht wird. Das scheint mir der Fall zu sein.

Ich wäre daher der Anschauung, dass dieser Antrag, welcher uns eben jetzt gestellt wird, an den Stadtrath zurückgewiesen werde zur nochmaligen Berathung. Es möge uns der Stadtrath, nachdem das Avenue-Project vorliegt, vorerst darüber das Referat erstatten. Es wird dann Sache des Gemeinderathes sein, sich darüber auszusprechen, ob er dieses Project für durchführbar hält oder nicht. Präjudicieren aber darf man einem so bedeutenden Projecte durch Gewährung von seien es Baulinien, seien es Risalitanlagen nicht. Deshalb bin ich der Meinung und stelle den Antrag, es möge der Antrag des Herrn Referenten an den Stadtrath zurückgewiesen und es möge uns dann neuerlich darüber referiert werden, wenn wir in der Lage sind, über das die Bevölkerung mächtig bewegende Avenue-Project (Widerspruch links) einen Beschluss zu fassen. Diesen Antrag stelle ich.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Der Antrag des Stadtrathes soll zum Beschlusse erhoben werden aus folgendem Grunde: Die Baulinien für das betreffende Haus sind von Seite des Gemeinderathes vor längerer Zeit bestimmt worden. Die Baulinien sind hinausgegeben worden, und wir haben es eigentlich nicht mehr in unserer Macht, die Baulinien zurückzunehmen. Wenn diese Avenue durchgeführt werden soll, so muss der betreffende Unternehmer sich mit der Statthalterei ins Einvernehmen setzen, damit der betreffende Platz zur Durchführung dieser Straße überlassen wird.

Das eine aber muss ich gestehen, die Art und Weise, wie man solche Projecte in Wien behandelt, ist gewiss geeignet, jeden Menschen davon abzuschrecken, einen Gedanken, den er hat, in die Öffentlichkeit zu bringen.

Das sage ich Ihnen ebenso ehrlich. Ob man nun für diese Straße ist oder ob man dagegen ist, so glaube ich, der Gedanke ist immerhin wert, dass man ihn früher in reifliche Erwägung gezogen hätte, und wenn es nach meinem Gefühle gegangen wäre, so hätte man hier über den Gedanken referiert und hätte gesagt, man ist nicht dafür, wenigstens weiß der Betreffende, die Sache ist aus. Jemanden aber durch Monate lang, ich möchte sagen, zum besten zu halten, das ist eine Methode, die ich unter gar keiner Bedingung für gut erachten kann und für gut erachten werde. Ich gehe auf die Frage, ob dieser Straßenzug zweckmäßig ist oder nicht, ob er schön ist oder nicht, gar nicht ein, aber ich habe mich für verpflichtet erachtet, diese Worte hier zu sprechen.

Ich bemerke, dass der Stadtrath beschlossen hat, dass der Magistrat, beziehungsweise das Stadtbauamt aufgefordert werden möge — ich glaube, der Herr Referent wird es bestätigen — (Referent: Ja!) über zwei Projecte schleunigst Bericht zu erstatten. Das eine Project ist der Straßenzug oder die sogenannte Avenue Tegetthoff—St. Stephan, und der zweite Straßenzug, über den Bericht erstattet werden soll, die Verlängerung der Akademiestraße, respective die Durchführung derselben durch die Innere Stadt. Auch diese Durchführung steht an allen möglichen Ecken und Enden im Wege und muss endlich einmal erledigt werden.

Ich spreche nur den Wunsch aus, dass dieses Referat von Seite des Magistrates baldigst vorgelegt werde, und der Gemeinderath baldigst in die Lage komme, darüber Beschluss zu fassen. Denn das geht nicht, dass man förmlich in jedem Bezirke — wie es geschieht — Versammlungen abhält, dass sich ich weiß nicht wie viele dafür aussprechen, und dass Professor Sueß begeisterte Reden dafür hält, und der Wiener Gemeinderath stellt sich so, als wenn er von der ganzen Sache nichts wissen würde. Das muss öffentlich gesagt werden, damit die Bevölkerung weiß, dass im Gemeinderathe Sinn dafür vorhanden ist und dass derlei Gegenstände nicht behandelt werden, wie es dem Stadtbauamte beliebt. Das Stadtbauamt ist ein Gegner dieses Straßenzuges, das General-Regulierungsbureau ist auch ein Gegner des Straßenzuges, daher sucht man ihn auf alle mögliche Weise zu verrammeln. Es muss offen erklärt werden, dass das Plenum des Gemeinderathes mit einer solchen Methode nicht einverstanden ist. (Beifall links.)

Bürgermeister: Ich muss dagegen nur bemerken, dass die Stiftungsbehörde in der Lage wäre, auch ohne unseren Risalit ohneweiters den Bau auszuführen, und dass es sich für uns lediglich um die Frage handelt, ob dieses Haus mit einem Risalit oder ohne Risalit gebaut werden soll. Übrigens ist den Herren bekannt, dass die Statthalterei für diese Avenue eingenommen ist — der Ausdruck „eingenommen“ ist vielleicht zu weit gegangen — aber dass sie sich für diese Avenue interessiert hat und, soweit es in ihrer Competenz liegt, die Sache gefördert hat. Die Statthalterei wird gewiss keinen Schritt unternehmen, welcher dieses Project stört, und es bleibt nur die Frage zu beantworten, ob das Unternehmen überhaupt zustande kommt oder nicht.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich habe mir das Wort genommen, weil es mir schien, als würde dieses Referat ganz spurlos abgethan werden. Im ersten Momente hat sich niemand gemeldet. Eines, was ich sagen wollte, ist schon ausgesprochen. Ich bedauere aufs lebhafteste, dass wir heute in einer solchen Situation sind. Ich

bedauere es, weil wir einen Haufen Geld ausgegeben haben für den General-Regulierungsplan, weil Monate lang daran in jeder Richtung gearbeitet wurde, sowohl von denen, die den Plan verfassten, als von denen, die darüber geurtheilt haben.

Nun kommt ein Mann, der eine Idee hat und der von der Zunft dazu nicht für berechtigt gehalten wird, weil er der Zunft nicht angehört.

Wenn hier gesagt wurde, dass diesem Projecte viel Sympathie entgegengebracht wird, so ist das richtig. Ich möchte dem Herrn Gem.-Rathe Gregorig sagen, dass diese Ansicht nicht nur von der liberalen Partei, sondern von verschiedensten Leuten getheilt wird, ob sie nun dieser oder jener politischen Richtung angehören. Es gibt auch wieder Leute, die dasselbe entschieden perhorrescieren. Ich will gar nicht näher eingehen auf die Versuche, die gemacht worden sind, um eine Art Hinrichtung dieses Projectanten zu veranstalten. Ich bedauere das auf das tiefste. Ich muss es hier im Wiener Gemeinderathe aussprechen, weil es richtig ist, dass, wenn sich einmal jemand findet, der eine Idee hat, der vielleicht jahrelang daran arbeitet und das vorbringt — ich weiß nicht, ob der Herr dabei etwas verdienen wird oder nicht, das habe ich nicht zu untersuchen — ein solcher Mann unterstützt werden soll, weil ja sonst jeder Mensch abgeschreckt wird, der etwas erfindet. Der Mann wird ja abgetödtet, wenn er mit einer Idee herantritt, die man ihm nicht verzeihen kann, weil man sie nicht selbst gehabt hat. (Beifall rechts.) So ist die Geschichte. Dies ist die Hauptursache, wenn man gegen das Project Opposition macht, und alle möglichen Gründe, die angeführt worden, sind nicht stichhältig. Ich weiß ja, dass ich heute vergebens rede, aber ich meine doch, dass es nothwendig ist, dass die Bevölkerung erfährt, dass der Gemeinderath nicht so ganz ruhig über die Sache hinweggegangen ist. Wir müssen die Dinge nehmen, wie sie sind. Wir haben die Baulinie bewilligt, aber, meine Herren, es ist geradezu lächerlich, dass man dies angesichts eines solchen Projectes thut, das ganz gewiss sehr viel für sich hat. Ich gebe ja zu, dass es sehr viel gegen sich hat, besonders das finanzielle Moment spricht dagegen u. s. w. Das will ich nicht aufrollen, aber es ist ja noch nicht das letzte Wort gesprochen. Jetzt soll hier ein Haus gebaut werden und dann, wenn die Frage kommt, wird man sagen, ja wenn das Haus erst gebaut wurde, werden wir es ja nicht im nächsten Jahre wieder niederreißen. Wir haben ja schon solche Fälle gehabt.

Ich habe einmal gesagt, man soll eine Sache anders machen, und da hat man mir erwidert: Jetzt ist ein Haus hier, das 30 Jahre alt ist, das kann man nicht niederreißen — und so wird in der alten Geschichte weitergearbeitet, weil ein Haus dort steht, das 30 Jahre alt ist. Was wird man erst sagen, wenn man ein Haus niederreißen soll, das nicht sechs Wochen dort steht? Wir begraben einfach die ganze Geschichte. Ich bedauere das und möchte den Wunsch aussprechen, dass vielleicht doch officiell von der Gemeinde in dieser Richtung an die Statthalterei herangetreten werde. Ich bin überzeugt, dass der Statthalter gewiss alles thun wird, was sich thun lässt, aber ich glaube, wir haben hiezu auch eine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit. Das löbliche Präsidium möge dem Statthalter gegenüber den Wunsch officiell aussprechen, dass auf das Project Rücksicht genommen und gewartet werde, bis das letzte Wort darüber gesprochen ist, und dass dann erst mit dem Bau des Hauses begonnen werde Ich bitte das löbliche Präsidium, das zur Kenntnis zu nehmen und darnach zu handeln.

Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Was die vorliegende Angelegenheit betrifft, so wird Herr College Rosenstingl bald Gelegenheit finden, sich darüber auszusprechen; wir werden ihn ja zu den seinerzeitigen Verhandlungen einladen und werden uns dann mit den Detailfragen beschäftigen; ich bin neugierig, ob der Herr College mit seinen Ausführungen Recht behalten wird. Heute aber, meine Herren, geht es nicht an, für oder gegen das Project Partei zu nehmen. Heute ist der Act zu erledigen, der uns vorliegt. Wir haben die Baulinie für das Panady'sche Stiftungshaus hinausgegeben; ich glaube, Herr College Rosenstingl war damals anwesend, wie die Baulinie projectiert worden ist. Sie besteht nun in Kraft, und wir haben nicht das Recht, diese Baulinie zunichte zu machen. Ich glaube also, dass der Act, wie er uns vorliegt, erledigt werden muss. Ich bin aber derselben Meinung, wie Herr College Dr. Lueger, dass es vom Stadtbauamte nicht zweckmäßig war, zurückzuhalten, sondern es wäre im Gegentheile zweckmäßiger gewesen, in der Frage voranzugehen und die Gemeinde und die öffentliche Meinung über die Bedenken aufzuklären, die da bestehen. So, wie es jetzt geschehen ist, kann man ja das Project nicht beurtheilen, indem man über alles schweigt, sondern man muss sagen, was für und was gegen dasselbe spricht. Das wäre zweckmäßig gewesen. Die bezügliche Eingabe des Herrn Riese ist höchst mangelhaft, durch gar nichts belegt, finanziell nicht fundiert; es sollte sich die Sache nunmehr rasch erledigen. Ich wünsche auch, dass dies geschieht.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Das, was Herr College Rosenstingl beantragt, ist unmöglich durchzuführen, denn wenn wir diese Zuschrift an die Statthalterei richten, so würden wir uns durch ein solches Schreiben präjudicieren, für oder gegen die Idee uns erklären.

Meine Herren! Ich stelle einfach den Antrag: Der Stadtrath wird aufgefordert, über die Frage der Straße Tegetthoff—Stephansplatz binnen 14 Tagen Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: Ich bitte, ist das ein Gegen-Antrag?

Gem.-Rath Dr. Lueger: Nein, ein Zusatz-Antrag, kein Gegen-Antrag.

Referent: Ich will nur constatieren, dass der unmittelbare Herr Vorredner auch heute schon erklärt hat, dass der Stadtrath Stellung genommen habe. Der Stadtrath thut, was an ihm ist, alle diese Fragen so rasch als möglich zur Lösung zu bringen. Der Stadtrath hat im Anfange, als die Idee der Riehlstraße aufgetreten ist, sofort Stellung genommen und das Bauamt und den Magistrat beauftragt, Bericht zu erstatten. Der Stadtrath macht in allen Baulinienfragen, wo es sich um die Innere Stadt handelt, das General-Regulierungsbureau aufmerksam, damit die Baulinie entsprechend bestimmt werde. Es wurde zum Beispiel eine Baulinie in der Rothenthurmstraße bestimmt, und der Stadtrath hat sofort bestimmt, für die Wollzeile einen Durchbruch gegen die Landskrongasse zu studieren. Alle Fragen, welche mit dem General-Regulierungsplane im Zusammenhange stehen, werden vom Stadtrathe im Auge behalten, und die Avenue von der Akademiestraße gegen die Ferdinandsbrücke wird auch studiert. Der Stadtrath kann also nichts thun als verlangen, dass Vorlagen gemacht werden, und es wäre vielleicht Sache des Präsidiums, dass dieselben entsprechend beschleunigt werden.

Gem.-Rath K. J. Müller: Meine Herren! Was die Avenue Tegetthoff betrifft, so ist es eine allgemein bekannte Thatsache, dass dieselbe ungeheuren Anklang gefunden hat. Die Be-

wohner des Bezirkes und der Stadt wünschen sie alle. Wenn heute aber das Referat genehmigt wird, so erklären Sie sich schon indirect gegen diese Straße. Mit der Genehmigung dieses Risalites erklären Sie, dass Sie von dieser Avenue nichts wissen wollen. Wie ist es denn bei anderen Risaliten? Warum soll man denn diese Risalite jetzt genehmigen, wo das Haus noch nicht steht? Wir bewilligen Risalite erst, wenn das Haus fertig ist. Warum also so riesig eilen? Das sehe ich nicht ein, das ist nicht nothwendig, und darum glaube ich, das Referat soll vertagt werden und beantrage auch die Vertagung.

Bürgermeister: Ich will nur bemerken, dass Herr Gemeinderath sich in vollständigem Irrthume befinden. Durch die Abstimmung über diesen Antrag wird die Frage gar nicht präjudiciert. (Richtig! rechts.) Die Baulinie ist hinausgegeben, den Bauconsens ertheilt der Magistrat; die Sache ist soweit erledigt, dass die Stiftung, wenn sie bauen will, jeden Moment bauen kann. Sie ist auf die Risalite nicht angewiesen; die Bewilligung der Risalite geschieht nur für den Fall, dass der Bau überhaupt stattfindet — nur für diesen Fall. Ein Präjudiz, eine Stellungnahme für oder gegen diese Avenue ist nicht vorhanden.

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Die Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Dr. Stern, Gregorig, Ritt. v. Goldschmidt und Müller.

Gem.-Rath Dr. Stern: Meine sehr geehrten Herren! Ich bin doch der Meinung, dass die Abstimmung über den Antrag des Herrn Referenten, und zwar wenn sie zustimmend ist, doch dem Avenue-Projecte präjudiert. Ich werde mir auch erlauben, dies auszuführen. Allerdings ist richtig, wie der Herr Bürgermeister uns mitgetheilt hat, dass die Baulinie bereits bestimmt ist. Die Stiftung ist allerdings in der Lage, heute innerhalb dieser Baulinie zu bauen. Aber sie will ja nicht so bauen, sie will ja dazu ein Risalit haben, und es ist sehr leicht möglich, dass, wenn von der Gemeinde der Verkauf des Risalites nicht bewilligt wird, infolgedessen dieser Bau wenigstens durch einige Zeit verschoben wird, insolange wenigstens, bis wir in der Lage sind, über dieses Avenue-Project hier im Gemeinderathe schlüssig zu werden.

Ich bitte Sie, noch folgendes zu beachten. Es ist ein Stiftungshaus, um welches es sich handelt. Die Stiftungsbehörde ist die Statthalterei, welche über den Bau des Hauses zu entscheiden hat, welche aber gleichzeitig ein sehr gewichtiges Wort dareinzusprechen hat, ob das Avenue-Project irgendwie verwirklicht werden kann oder nicht. Wenn wir heute ohneweiters für das Stiftungshaus, für welches die Statthalterei Curatelbehörde ist, den Risalitgrund verkaufen, in welch schwieriger Lage befindet sich dann die Statthalterei, wenn sie gegen die Stiftung, deren Curator sie ist, möglicherweise zu entscheiden berufen wäre? Ich schließe mich daher dem Antrage, welchen Herr Dr. Lueger gestellt hat, an, dahin gehend, dass wir binnen 14 Tagen in die Lage versetzt werden mögen, über dieses Avenue-Project hier Beschluss zu fassen, und ich stelle den Zusatz-Antrag: Es sei bis dahin das Referat zu vertagen.

Gem.-Rath Gregorig: Ich habe in der Angelegenheit nicht viel zu sagen. Der Plan des Hauses liegt vor. Er ist sehr schön, vielleicht schöner, als die ganze Avenue. (Gem.-Rath Schuh: O nein!) Ich habe meine Ansicht ausgesprochen. Ich verstehe das nicht so gut, wie College Schuh. Ich bin Pfaidler, er ist Decorateur; ich habe nicht den Schönheitssinn, wie er. Mir gefällt aber das dort gerade. Dem Herrn Bürgermeister, der gesagt hat, das Haus werde unter allen Umständen gebaut, möchte ich erwidern: Wenn wir das Risalit nicht bewilligen, wird das Haus nicht gebaut, und wenn wir die Risalitbewilligung hinausgeben, wird es vielleicht Zeit sein, über das Avenue-Project zu sprechen. Ich bin nicht für das Project und nicht dagegen. Ich habe nur darauf aufmerksam machen wollen, dass man nicht das Haus baut und es in drei bis vier Wochen wieder wegreißt.

Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt: Es ist ganz begreiflich, dass hier dem Gedanken Ausdruck gegeben wird, dass die Concedierung dieses Baues mit der zukünftigen Eröffnung der Avenue im Zusammenhange steht. Ich bin auch der Meinung, dass durch die Concedierung dieses Baues der erste Nagel zum Sarge der Avenue gegeben ist. Ich glaube übrigens, dass diese äußere Form für das Begräbnis dieser Avenue nicht von besonderer Wichtigkeit ist; denn wir haben ja seit Monaten alle constatieren können, dass alle Ämter in unserem Hause sich für diese Avenue nicht ausgesprochen haben. Wir wissen auch, dass eine Körperschaft außerhalb dieses Hauses, auf welche der Gemeinderath wiederholt und mit Recht gehört hat, der Österreichische Ingenieur- und Architektenverein, sich, wenn auch nicht gegen diese Avenue, zum mindesten nicht für sie ausgesprochen hat, und zwar wurde überhaupt nicht abgestimmt. Die Stimmung einer großen Majorität war damals eine solche, dass man sich entschieden nicht für die Avenue geäußert hat. Eine Minorität war allerdings für die Avenue.

Es wurde gesagt — um auf das Praktische überzugehen — wir sollen das Risalit nicht bewilligen. Meine Herren, das ist, glaube ich, ganz nebensächlich. Wenn wir es in der Macht hätten, den Bau nicht zu concedieren, dann könnte man noch eine Retardierung hervorbringen. Das ist aber ein Gebäude, über welches die Statthalterei die Oberbehörde ist, und sie gibt sich selbst den Consens.

Nun wissen wir, es ist kein Geheimnis, der hochgeehrte Herr Bürgermeister hat es gesagt, dass die Statthalterei und ganz speciell Se. Excellenz der Herr Statthalter in voller Würdigung der Bedeutung dieses Projectes demselben ein gewisses Interesse entgegengebracht hat, und ich hoffe, keine Indiscretion zu begehen, wenn ich sage: schon im November sollte der Bau begonnen werden und der Herr Statthalter hat drei Monate damit gewartet. Ich selbst war zur Bau-Commission vor wenigen Tagen berufen und es herrschte dort der Gedanke, dass die Avenue todt ist. Aus diesem Grunde wird nun an den Bau dieses Hauses geschritten. Es gibt also gar keine andere Methode, als in 14 oder in 8 Tagen zu referieren. Ich habe aber die feste Überzeugung, dass hier, wenn man von den großen, gewaltigen Summen hören wird, welche dieses Project verschlingen wird, ganz gewiss eine Sympathie für dasselbe sich nicht äußern wird. In diesem Momente, ob Sie die Risalite bewilligen oder nicht bewilligen, fördert das das Avenue-Project nicht im mindesten. Aus diesem Grunde kann man ganz, ohne sich weiter zu präjudicieren, als schon bisher geschehen ist, diesem Antrage vollkommen zustimmen.

Gem.-Rath K. J. Müller: Ich muss meinen Antrag aufrecht erhalten, ob wir die Avenue haben oder nicht. Wenn wir den Grund heute verkaufen, so erkläre ich, dass wir ihn wieder zurückkaufen müssen. Wenn das Haus später gebaut wird, so

müssen wir eben den Grund wieder zurücknehmen. Es ist das absichtlich gewesen, um das Project zu begraben. Wenn das Project kommen wird, wird man sagen, wir haben erst den Grund für ein Risalit bewilligt.

Ich halte meinen Antrag aufrecht, dass das Referat vertagt werde, bis wir über die Avenue schlüssig geworden sind.

Referent (zum Schlussworte): Jede Vertagung dieses Referates ist gänzlich erfolglos. Die Baulinie wurde bestimmt und bekanntgegeben, auf Grund der Baulinie sind die Pläne gemacht worden und der Bauconsens ist auch ertheilt. Denselben hat die Statthalterei als Stiftungsbehörde bereits ertheilt, die Schadloshaltung der abzutretenden Flächen ist auch ermittelt und auf Grund des Preises für den Quadratmeter der Schadloshaltung ist auch der Preis für die Risalite eingestellt. Die ganze Summe für diese Risalite ist eine ganz unbedeutende, es handelt sich um 4 m² à 300 fl. Also, wenn heute der Gemeinderath diesem Preise nicht zustimmen würde, so würde einfach das Haus gebaut werden, vielleicht sogar vorläufig ohne Risalite — aber deswegen den Bau aufhalten und das Haus nicht bauen, davon ist keine Rede. Die Statthalterei wird sofort den Bau in Angriff nehmen, ob der Risalit, der 15 cm vorspringt, bewilligt ist oder nicht. Das ist ganz gewiss, dass wir den Bau nicht aufhalten können. Die Riehlstraße kostet so viel, dass es auf dieses eine Haus mehr oder weniger nicht ankommt. Ich bitte, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung; ich bitte die Herren Schriftführer, die Versammlung auszuzählen. (Nach einer Pause:) Es sind 94 Herren Gemeinderäthe anwesend.

Zuerst kommt der vertagende Antrag zur Abstimmung. Die Herren Gem.-Räthe K. J. Müller, Dr. Stern und Rosenstingl haben sich in diesem Sinne ausgesprochen.

Die Formulierung, glaube ich, geht dahin, es sei das vorliegende Referat zu vertagen und es sei über dasselbe erst dann wieder zu referieren, wenn über das Avenue-Project Tegetthoff-Monument—St. Stephan referiert sein wird. (Zwischenrufe.) Ich bitte, nicht immer dreinzureden.

Die Herren, welche mit diesem vertagenden Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Minorität. Jetzt kommt der Referenten-Antrag, dazu gehört die qualificierte Majorität. Die Herren, welche mit dem Antrage des Referenten, mit der Überlassung des zur Anlage von Risaliten erforderlichen Grundes von circa 4·536 m² um den Einheitspreis von 300 fl. per Quadratmeter einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Ich zähle für den Antrag 83 Stimmen. Wird eine Einwendung gegen diese Zählung erhoben? (Niemand meldet sich.) Dann erkläre ich den Referenten-Antrag mit 83 Stimmen für angenommen. Jetzt kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger, der als Zusatz-Antrag gestellt worden ist, der Stadtrath wolle binnen 14 Tagen über das Project der Avenue referieren. Die Herren, welche mit diesem Zusatz-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht; nach einer Pause:) Majorität. Angenommen.

Beschluss: Der zu Risalitanlagen beim C. Panady'schen Stiftungshause I. Bezirk, Laurenzerberg 5, erforderliche Grund von circa 4·536 m² wird um den Einheitspreis von 300 fl. per Quadratmeter überlassen.

* * *

Der Stadtrath wird aufgefordert, über die Frage der Strecke Tegetthoff—Stephansplatz binnen vierzehn Tagen Bericht zu erstatten.

14. (565.) **Referent Gem.-Rath v. Götz:** Ich habe die Ehre, zur Zahl 565 zu referieren. Es handelt sich um die Abtretung eines kleinen Grundstreifens von 63 m² in Speising in der Parkgasse. Der Vorbesitzer der Grundstücke Einl.-Z. 346 und 84 Speising, Parkgasse, hat vor circa fünf Jahren die Parcellierung dieser Grundstücke durchgeführt und unentgeltlich an die Gemeinde Speising einen Grund von über 200 m² abgetreten. Nun wurde im Jahre 1892 die neue Baulinie bestimmt, es wurde mit der Baulinie vorgerückt und für diese Straße 4 m Vorgarten vorgeschrieben, so dass der jetzige Besitzer dieser Parcelle gezwungen ist, den Grund, der jetzt als Straßengrund in Einlage 15/7 und 20/5 im Grundbuch eingetragen ist, zu erwerben, das sind 63 m². Es wurde von Seite der Bauamtsabtheilung des magistratischen Bezirksamtes der Wert dieses Grundes bemessen, und es wurde ein Verhandlungscomité des Stadtrathes eingesetzt, welches es dahin gebracht hat, dass der jetzige Grundbesitzer Friedrich Baumann für diesen Grundstreifen von 63 m² 200 fl. bezahlen will und sich den Bedingungen, die daran geknüpft wurden, fügt, welche darin bestehen, dass er die Vertragskosten und die Übertragungsgebüren aus eigenem trägt und der Einverleibung einer Servitut zugunsten der Gemeinde auf seine Kosten zustimmt, wonach dieser Grund nur als Vorgarten benützt werden darf. Es wird von Seite des Stadtrathes beantragt, diesen Antrag zu genehmigen.

Bürgermeister: Wird keine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Die Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Beschluss: Dem Friedrich Baumann wird ein Theil der öffentlichen Gutsparcellen 15/7 und 20/5 in Speising im Ausmaße von circa 63 m² um den Pauschalbetrag von 200 fl. und unter den im Protokolle vom 5. März d. J. gestellten Bedingungen überlassen.

15. **Bürgermeister:** Wir kommen zur Fortsetzung der Budgetdebatte. Herr Gem.-Rath Dürbek hat das Wort. (Rufe: Gem.-Rath Dürbek ist nicht da!) Herr Gem.-Rath Dürbek ist nicht anwesend, er verliert das Wort. Herr Gem.-Rath Herold hat das Wort.

Gem.-Rath Herold: 41,504.000 fl., das ist die Ziffer des Budgets der Reichshauptstadt Wien. Gleich anreihend haben wir eine Einnahme von über 12 Millionen. Das Nettoerfordernis ist über 29 Millionen.

Das sind so kolossale imponierende Ziffern, dass man unwillkürlich sagen muss, dass das Ziffern sind, eines Königthums würdig mit einem stehenden Heere, und greifen Sie hinein in die Gruppen des Budgets, und fassen Sie gleich die Gruppe I „Verwaltung im allgemeinen", so starren uns gleich große Ziffern in den verschiedensten Formen entgegen. Da haben Sie zum Beispiel die Ziffern für kalligraphische Arbeiten 55.000 fl., für Schreib- und Druckpapier 43.000 fl. Sie haben für Buchbinderarbeiten 30.000 fl., für Herstellung kleinerer Reparaturen im Rathhause 53.000 fl., für Commissionen und Wagen 50.000 fl. (Rufe: Mehr!), dann kommt die Heizung der Amtslocalitäten mit 57.000 fl., die Beleuchtung der Amtslocalitäten mit 58.000 fl.,

die Reinigung der Amtslocalitäten 53.000 fl. und so fort. Nehmen Sie die Schulbauten mit 1,800.000 fl., und da haben wir es noch nicht einmal zu einer höheren Töchterschule gebracht. Die Leopoldstadt ist der einzige Bezirk, der uns da mit gutem Beispiel vorangeht. (Gem.-Rath Seiler: Aber für unser Geld. — Gem.-Rath Dr. Lueger: Eine Hochschule ist viel gescheiter als eine höhere Töchterschule!) Aber blättern wir weiter im Voranschlage, dann kommen wir zur Herstellung von Gebäuden, die, was der Herr Referent schon gerügt hat, enorme Summen verschlingt. Wenn man als ein wirklich thätiges Mitglied der Budget-Commission, was ich von mir ohne Überhebung sagen kann, an den Magistratsrath, der beigestellt wird, die Frage stellt, ja, gibt es denn kein Halt in diesem Chaos von Ziffern, dann verweist er Sie auf die Ausweise, auf Rubrik und Post so und so viel; hier steht es schwarz auf weiß, da lässt sich halt nichts machen und wenn Sie eine geringere Summe einstellen, dann muss man eben auf einen Nachtragscredit gefasst sein. Das sind die Resultate und ich muss gestehen, so gerne ich den Arbeiten der Budget-Commission mit Fleiß beigewohnt habe, so hat sich meiner ein gewisses Gefühl der Entmuthigung bemächtigt, wenn man vor einem solchen Chaos von Ziffern steht und es wirklich nicht möglich ist, da eine Abhilfe zu schaffen, und dies umsomehr, als man selbst bei der strengsten Überwachung der Arbeiten — da wird mir die Opposition beistimmen — keine Ersparnisse erzielen kann, und Sie werden zugestehen, dass eine Belastung der Steuerträger ganz ausgeschlossen ist. Wir können nicht daran denken, da der Staat das bereits am besten besorgt und in Aussicht nimmt, die Steuerträger und die Gemeinden wieder zu belasten. Ich führe da das Heimatsrecht und die Personalsteuer an.

Wir wollen unseren Steuerträgern ein großstädtisches Leben angedeihen lassen, und um dieses zu erhöhen, bedarf es natürlich neuer Einnahmsquellen.

Ich würde eine neue Einnahmsquelle der Commune zuführen, die vielleicht ein befriedigendes Lächeln auf dem strengen Gesichte unseres Budgetreferenten hervorrufen wird. Ich werde mir erlauben, diesbezüglich um Ihre Aufmerksamkeit zu bitten, die im Übermaße schon von einer großen Reihe von Rednern in Anspruch genommen wurde.

Bevor ich an diese Einnahmsquelle gehe, sage ich, auch der Staat ist heranzuziehen, denn dem Staate muss daran liegen, dass die Existenz der Gemeinden floriere, denn ich sage, arme Gemeinden, armer Staat; reiche Gemeinden, reicher Staat. Aber die weitaus größte Rücksicht gebürt der Gemeinde, welche der größte Steuerträger des Reiches ist. Sich ganz auf die Hilfe des Staates verlassen, gehört nicht zu meinem Principe, denn aus eigener Kraft etwas zu schaffen ist das beste. Ich will also von der Hilfe des Staates ganz Umgang nehmen und hoffe, dass wir die eigene Kraft und die Mittel finden werden, Abhilfe zu schaffen. Ehe ich auf diese Einnahmsquelle übergehe, auf die der Herr Referent mit Spannung wartet (Heiterkeit), gestatte ich mir nur eine kleine Bemerkung, bei der ich auch einige Ausführungen der Herren Redner beleuchten werde, die vor mir gesprochen haben.

Wie Sie wissen, ist Wien nicht sehr groß in großstädtischen Einrichtungen. Wien ist eine große Stadt, eine schöne Stadt — aber es ist keine Großstadt. Unsere städtischen Institutionen — ausgenommen die Wasserleitung; die rechne ich natürlich ab — haben immer noch das Gepräge von kleinstädtischen Verhältnissen. Wir haben nicht diese Vergnügungs-Etablissements in dem großen Stile, wie zum Beispiel Paris, London, New-York, in welchen Städten ich jahrelang gelebt habe. Wir haben nicht genügend Theater, wir haben veraltete und verrottete Einrichtungen, die Sperrstunde, die lähmend auf das großstädtische Nachtleben wirkt, denn es liegt den Wienern in den Nerven, und Sie werden mir zugeben, dass man eine Großstadt, wie Wien, nicht mit dem Gradmesser eines Provinzstädtchens messen kann, wo man um 9 Uhr schlafen geht. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Aber es ist gesund!) Aber zum Großstadtleben gehört es nicht. Sie werden mir auch beistimmen, dass wir eine erbärmliche Beleuchtung haben, wir haben wirklich in der deutschen Sprache gar keinen Ausdruck, um diese schlechte, niederträchtige Beleuchtung zu charakterisieren. (So ist es!) Sie werden mir zugeben, dass unsere Verkehrsmittel sehr viel zu wünschen übrig lassen; Sie werden mir zugeben, dass unser Approvisionierungswesen noch um 50 Jahre zurück ist und noch immer nicht systematisch betrieben wird. Ich stimme auch mit dem Herrn Collegen Silberer überein, der den Fiakertarif gerügt hat, und zwar mit vollem Herzen — und ich wünsche nur, dass diejenigen in das Foyer eines großen Hotels in der Inneren Stadt kommen werden, die diesen Fiakertarif gemacht haben, damit sie die Klagen in allen Sprachen hören, welches Ärgernis und welchen Wirrwarr dieser Fiakertarif hervorruft. Keiner ist zufrieden, weder der Fahrgast noch der Fiaker, aber Ärger bereitet er, und der Fremde, der doch immer in einer Stadt sein Urtheil von dem ersten Eindruck ableitet, den er in derselben empfängt, ist der erste, der unzufrieden ist — und mit Recht. Ich frage Sie, gibt es einen unpraktischeren und einfältigeren Tarif als den Fiakertarif? (Rufe: Nein!) Und ich stimme da ganz dem Herrn Collegen Silberer bei, der ihn in seiner Rede gerügt hat.

Auch der Herr College Herrdegen hat gestern sehr gut gesprochen, und ich muss es hier bedauern, dass seine ausgezeichnete Rede so wenig Zuhörer gefunden hat. Es waren wohlgezählte 35 Herren da, und es wäre sehr gut gewesen, wenn die übrigen Herren des Gemeinderathes die ausgezeichnete Rede des Herrn Collegen Herrdegen gehört hätten. Eine Ausführung, die Herr Gem.-Rath Herrdegen gebracht hat, hat mich sehr interessiert — und wie er weiß, gehe ich mit ihm Hand in Hand, dass diese Sache einmal ins Geleise kommt: die Dienstbotenordnung — obgleich ich nicht alles unterschreibe, was Herr College Herrdegen darüber sagt; ich bin in sehr vielem anderer Ansicht, aber darin stimme ich überein, dass sie mit Laxheit behandelt wird, dass man den Behörden nicht genug Vorwürfe machen kann, wie langsam eine so wichtige Verordnung, die tief in das Familienleben eingreift, behandelt wird. Nehmen Sie einen Kaufmann, einen Journalisten, einen Gewerbsmann — jeden Stand, welchen Sie nur wollen — er kommt müde und abgespannt von seinem Berufe, aus seinem Gewölbe, seinem Bureau 2c. nach Hause — was findet er, wo er doch glaubt Ruhe zu haben? Verdruss und Ärger, hervorgerufen durch Dienstboten. (Gem.-Rath Frauenberger: Durch Masseusen! — Heiterkeit.) Sie wissen, wie jämmerlich das Zeugniswesen bei den Dienstboten bestellt ist. Es ist geradezu eine Persiflage. Sie werden rein zum Nothlügner gestempelt. Sie müssen einem Dienstboten, ob er Sie nun bestohlen oder betrogen hat, ob er faul oder fleißig war, niederschreiben: „Treu und ehrlich.“ Das erinnert mich immer an eine englische Anekdote, wo einer seinem Diener niedergeschrieben hat: „John war ein fauler Tagedieb, John war ein Säufer, aber dabei der gemüthlichste Kerl von der Welt.“ Ich

könnte Ihnen noch eine Menge Gebrechen der Großstadt nennen, aber es handelt sich mir nicht darum, die Gebrechen aufzuzählen, um Sie zu ermüden, sondern der Grund, warum ich das Wort in der Budgetdebatte ergriffen und Ihre Aufmerksamkeit für eine ganz geringe Zeit in Anspruch genommen habe, ist der dass ich, wie ich schon vorher erwähnt, eine Einnahmsquelle der Commune zuführen möchte, welche der Commune Geld einbringt und Einnahmen schafft, die diese Budgetziffern wesentlich alterieren werden und das ist die Elektricität! —

Wir haben die Verkehrsmittel aus der Hand gegeben und wir haben dadurch wohl eine gewisse Unzufriedenheit hervorgerufen, vielleicht nicht durch unsere Schuld. Wir müssen eben ausessen, was unsere Vorfahren eingebrockt haben. Mit der Einführung der Elektricität in das öffentliche Leben können wir den begangenen Fehler wieder gutmachen, wenn wir selbst das Heft in der Hand behalten und nach einem genauen Maßstabe die Elektricität ausnützen. Dann werden wir die wohlthätigen Folgen sehr bald erkennen. Wir dürfen uns nicht dadurch abschrecken lassen, dass man vielleicht sagt, die Elektricität liegt noch in den Windeln, es wird noch viel dabei erfunden werden. Denn ich glaube, dass man auch dies alles nutzbar machen wird. Wir müssen aber die Initiative ergreifen und uns dieser großen Erfindung bemächtigen. Wir müssen die Herren der Situation sein! Ich theile die Elektricität in drei Theile ein. 1. Bewegungs-, 2. Beleuchtungsmittel, 3. als Kraftspender. Es ist nicht bloße Liebhaberei von mir, dass ich auf die elektrischen Bahnen hinweise, denn Sie wissen wohl, dass ich eigentlich derjenige bin, der die elektrischen Bahnen aus dem Staube hervorgezogen hat durch zwei Interpellationen. Dadurch kamen diese Bahnen überhaupt erst zur Sprache und hat sich das Comité, deren Referent Herr Dr. Hackenberg ist, dieser Frage bemächtigt.

Meine Herren! Ich erkenne in den elektrischen Bahnen nicht nur das modere Verkehrsmittel, von dem jeder mit Zuversicht erwartet, dass es schnell und billig befördern wird, sondern ich erkenne es auch als eine Umgestaltung unserer Wohnungsverhältnisse in der Inneren Stadt und an der Peripherie, indem nur billige und gesunde Wohnungen geschaffen werden, aber vorzüglich auch als Druck auf die Tramway, die ihren Contract in rücksichtsloser Weise gegen uns ausnützt.

Ich sage nun, jetzt ist der Moment gekommen, wo man der Gesellschaft sagen kann, bis hieher und nicht weiter, und wo wir in der Lage sind, ihr keine Concessionen mehr zu gewähren und die volle Ausnützung aller Verkehrsmittel zu gewinnen. So fasse ich den Bau der elektrischen Bahnen auf, und deshalb bitte ich, verlieren Sie keine Zeit; ich bitte Sie, Herr Dr. Hackenberg, als Obmann des Comités (Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Ich bitte, wozu diese persönliche Apostrophe?), sich nicht um Paragraphe zu streiten, sondern zur That überzugehen und nicht diese langweiligen Wege zu wandeln, die man gewöhnlich in großen Fragen wandelt. Es liegen uns billige Offerte vor, mir und auch anderen Herren ist dies bekannt, und diese Offerte sind so günstig, dass der Gemeinde die größten Vortheile daraus erwachsen. (Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Die Offerte taugen nichts!) Das wird sich finden. Ich habe das Gegentheil gehört, und ich bitte Sie, gehen Sie einmal schneidiger in solchen Fragen vor, nicht so langweilig, wenn Sie schon den Kampf gegen die Tramway aufnehmen, ziehen Sie das Schwert und machen Sie in dieser wichtigen Sache tabula rasa.

Herr Gem.-Rath Steiner hat auch die Gasfrage berührt, die man auch mit dieser elektrischen Anlage in Verbindung bringen muss. Sie wissen, welche Stellung ich in der Gasfrage einnehme: ich nehme die Stellung der Opposition ein. (Bravo!) Ich sage: Erbauung eigener Gaswerke, Übernahme in eigene Regie — und es müsste sehr merkwürdig zugehen, wenn ich diesem Grundsatze untreu würde. Ich halte es eben für angezeigt, über diese Gasfrage nicht voreilig hier zu sprechen. Es wird die Zeit kommen, vielleicht in vertraulicher Sitzung, wo wir unseren Standpunkt rechtfertigen werden.

Beiläufig, da ich gerade beim Herrn Gem.-Rathe Steiner bin, muss ich ihm auch noch mittheilen, dass ich auch noch in einer zweiten Sache seine Meinung theile bezüglich der weiblichen Lehrkräfte. Da stehe ich ganz auf seiner Seite. Ich sage: die Frau gehört nicht in die Schule. Die Frau gehört in den Haushalt, in die Familie. In jedem Haushalte gibt es Strümpfe zu stopfen und vorzüglich gehört die Frau nicht in die Knabenschule. Das will ich nur so beiläufig bemerken, damit Herr Gem.-Rath Steiner sieht, dass es auch unter der so viel geschmähten liberalen Partei Männer gibt, die mit ihm eine Meinung theilen, wenn sie gerechtfertigt ist.

Und nun wieder zur Elektricität. Die Elektricität aber kommt wesentlich als Beleuchtungsmittel in Betracht, und wenn wir nicht bloß den Bau eigener Gaswerke ins Auge fassen, sondern auch noch Anlagen für die elektrische Bahn und Beleuchtung ins Auge ziehen, so bekommt die Gasfrage eine ganz andere Gestalt. Mit der elektrischen Beleuchtung und dem Bau einer eigenen Gasanstalt andererseits beherrschen wir das Terrain vollständig, indem wir erstens unabhängig sind, zweitens unseren Mitbürgern Gas oder elektrisches Licht nach Bedarf geben können, sei es für wirtschaftliche oder Beleuchtungszwecke und uns drittens eine nie versiegende, stets zunehmende Einnahmsquelle schaffen.

Denn durch die Verbindung der Beleuchtung und des Betriebes erhöhen wir die Ausnützung der elektrischen Anlagen und verschaffen uns, soweit wir daran participieren, oder auch dieselben selbst betreiben, erhöhte Einnahmen. Nun kommt das dritte, was ich gesagt habe, dass nämlich die Elektricität, das werden Sie mir zugeben, als Kraft auch dem Kleingewerbetreibenden zugute kommt. Wir haben zwar Wasser und Luft zum Betriebe von Motoren, aber das Wasser reicht nicht aus und zur Luft habe ich nicht das richtige Vertrauen gehabt. Also gegen die Elektricität können wir doch kein Misstrauen haben, da doch Beweise vorliegen, dass viele Städte Erfolge mit der Elektricität aufweisen und vorzügliches geleistet wird, wenn wir von dem Grundgedanken ausgehen, dass wir nämlich selbst die Eigenthümer bleiben wollen. Während in anderen Städten diese Kraftvermittlung ganz ausgenützt wird, ist man leider bei uns auf keinen grünen Zweig gekommen, ich weiß nicht, woran es liegt, ich will es nicht weiter untersuchen; Sie werden mir aber zugestehen, dass der elektrische Strom als Kraft für die Kleingewerbetreibenden von eminenter Bedeutung sein kann und dass den Kleingewerbetreibenden kolossal genützt wird, und das wäre eine würdige Aufgabe gerade für die liberale fortschrittliche Partei.

Soviel, meine Herren, einstweilen über die Elektricität. Ich bin sehr gespannt auf die Ausführungen des Budget-Referenten, wie er diese von mir angeregte Einnahmsquelle aufnehmen wird; vielleicht günstig, vielleicht abschlägig.

Das werden wir am Schlusse der Debatte in seiner Rede hören. Ich habe selbstverständlich noch einige Worte über die Approvisionierung zu sprechen, obgleich sehr ungern, denn wir sind mit Approvisionierung schon so überfüttert, dass es peinlich ist, über diesen Gegenstand überhaupt zu sprechen. Aber ich als Gemeinderath habe mich noch immer nur mit Sachen beschäftigt, in welchen ich mich auskenne und wo ich es wagen darf, zu reden. Das ist Beleuchtung, Verkehrs-, Sanitäts- und Marktwesen.

Sie werden sich erinnern, dass die Approvisionierungs- und die Fleischfrage vor einigen Monaten sehr bewegt war. 23 Petitionen der Fleischhauer kamen an das Parlament, überall wurden Versammlungen abgehalten; beim Schwender war eine Fleischhauerversammlung, im Donauclub wurde diese Frage eingehend besprochen; ich war in allen diesen Versammlungen, um mir immer neuen Stoff zu verschaffen. Endlich, nachdem die Frage genügend in allen Wählerversammlungen, in allen Corporationen, in allen Commissionen besprochen worden war, kam sie vor das Parlament. Mit Spannung sah ich nun dem Resultate der Berathungen des Ausschusses entgegen, der für diese Frage eingesetzt war, an dessen Spitze der ritterliche Graf v. Zedtwitz stand. Der bekannte Redner Ritt. v. Proskowetz und der gute, liebe, alte Herr v. Erb, ich glaube, er heißt so. Diese drei Herren hatten also das Heil und die Rettung für die Approvisionierung Wiens uns zu überbringen. Ich glaubte schon: Nun wird wenig Federlesens gemacht werden, jetzt werden uns die großen Ideen entgegengebracht, jetzt wird man kommen und sagen, also jetzt vor allem die eigentlichen Approvisionierungszüge her mit allen technischen Einrichtungen der Neuzeit, vor allen Dingen werden wir Associationen von Landwirten bilden, das billige und gute Fleisch herbringen, wir werden die Großschlächtereien unterstützen, wir werden auf die zur Mästung erforderlichen Artikel keine Steuern mehr legen! Und solche schöne Sachen erwartete ich, die kommen sollten, aber nicht kamen.

Was kam? Ein sehr klägliches Resultat. Was kam? Die Heranziehung von bosnischem Fleische und Hebung der eigenen Viehzucht. Hebung der eigenen Viehzucht, das war das ganze Resultat, das nach so vielen Petitionen, Commissionen, parlamentarischen Debatten für die Gemeinde und für die Bevölkerung erzielt wurde. Das ist ein sehr klägliches Resultat und, wie ich das erfuhr, habe ich höhnisch dabei gelacht. Die Hebung der eigenen Viehzucht! Daran hätten die Herren viel früher denken sollen, daran hätten sie vor zehn Jahren denken sollen, als sie diese unheilvollen Handelsverträge abgeschlossen haben, sie hätten sich erst Sicherheit darüber verschaffen sollen, ob der Viehstand im Lande geeignet ist, uns versorgen zu können. Was wollen Sie mit der Zuziehung von bosnischem Fleische? Wer die klimatischen und Culturverhältnisse dieses Landes, wer diese Race von Ochsen kennt — das sind ja Katzen — (Rufe: Öchseln!), der muss sagen, das isst der Wiener nicht, und der Wiener hat das gute Recht auf ein gutes Stück Fleisch, er lebt ja in einem Agriculturstaate und es muss ihn mit Schmerz erfüllen, wenn er sieht, dass das gute Primafleisch aus dem Lande geht, und er theueres, schlechtes Fleisch essen muss.

Natürlich haben die Herren versäumt, die Ausfuhr zu regeln, was das wichtigste wäre. Darüber ist alle Hoffnung aufgegeben. Ja, wenn sie sich wenigstens mit dem Herold'schen Antrag, den ich gestellt habe, befreundet hätten, zeitweise die Grenzen zu öffnen, etwa im August und September, so wäre das ein großer Vortheil gewesen; aber man hat es gar nicht der Mühe wert gefunden, überhaupt diesen Antrag zu ventilieren, und doch, meine Herren, sollte man gerade in dieser Magenfrage sehr vorsichtig sein. C'est l'estomac qui fait la revolution, sagt man in Frankreich, und der Magen ist ein sehr schlechter Rathgeber, und in der heutigen Zeit sollten die Herren, die am grünen Tische sitzen und immer nur neue Steuern aussinnen und immer nur Steuern legen, gerade auf die nothwendigsten Nahrungsmittel der Bevölkerung sich an den Kopf greifen und sagen: Sollten wir nicht Einhalt thun? (Gem.-Rath Steiner: Herr College haben ja für den Bierkreuzer gestimmt!) Nein, ich habe dagegen gesprochen und gestimmt, ebenso wie Herr Seiler!

Wie Sie wissen, hat Wien nie das bekommen, was es als Reichshauptstadt zu beanspruchen hat, früher nicht und jetzt auch nicht, nicht einmal das, was eine Provinzialstadt bekommt. Es ist merkwürdig, dass man Wien nicht zur Geltung kommen lassen will, wie in anderen Ländern die Hauptstadt, wie in Frankreich, welches an seinem Paris hängt, wie der New-Yorker an seinem New-York hängt und der Deutsche an seinem Berlin. Hier hämmert man immer auf Wien, man betrachtet es als Melkkuh. Aber der edelste Theil der Monarchie und der Glanz der Stadt Wien ist gleichbedeutend mit dem Glanze der ganzen Monarchie. (Großer Beifall.) Das ist, was in die Competenz der Regierung fällt. Ich muss in der Approvisionierung auf die Competenz kommen, welche der Gemeinde zukommt, und es thut mir sehr leid, dass ich den Herrn Bürgermeister nicht sehe. Denn was ich jetzt sagen werde, wird sein Gesicht in düstere Falten werfen. Aber es läßt sich nicht leugnen, was ich jetzt sagen werde, muss gesagt werden. Ich meine es gut mit meiner Stadt Wien, wie irgendein Gemeinderath im ganzen Hause. (Beifall.)

Die Approvisionierung ist der wundeste Punkt, und wir haben eben den Fehler, dass wir, was uns angeht, in unsere Competenz als Gemeinde fällt, alles so gehen lassen, wie es eben geht. Wir nehmen keinen Einfluss auf die Beschickung, keinen Einfluss auf den Zwischenhandel, keinen Einfluss auf die Verwohlfeilung der Lebensmittel, ja wir gehen in unserer Unthätigkeit so weit, dass vorhandene billigere Lebensmittel nicht einmal dem allgemeinen Consume zugänglich gemacht werden. Ich führe Ihnen nur das Mehl an, das Mehl ist jetzt so billig geworden, wie seit Jahren nicht. Sind vielleicht die Brotpreise billiger geworden, sind vielleicht die Semmeln größer geworden? Nein! Man hat aber gar nichts gethan, um die Bevölkerung davon Vortheile genießen zu lassen. Weiter! Es ist immer um diese Zeit, vorzüglich Februar, März, dass die Fleischpreise sinken. Ich füge hinzu, dass dies nur momentan und temporär ist, wir werden dieselben Frettereien im August, im Herbste haben. Aber vorige Woche waren die Fleischpreise — der Herr Gem.-Rath Seiler wird mir beistimmen, der ja sehr fleißig der Approvisionierungssache nachgeht — in der großen Markthalle stark gesunken. Es war das Fleisch bester Qualität auf 30 bis 40 kr. das Vordere, auf 40 bis 50 kr. das Hintere und das Kalbfleisch auf 30 bis 40 kr. gesunken. Ich frage Sie, hat man das benützt, um den Consumenten diese billigen Fleischpreise zukommen zu lassen? Nichts ist geschehen, gar nichts! Es wird nicht so bleiben, denn Ende Sommer oder im Herbste haben wir dieselbe Fretterei mit dem Fleisch, wie früher. Aber man soll doch wenigstens temporär der Bevölkerung das zukommen lassen; aber in den Fleischständen ist das Fleisch um keinen Kreuzer billiger geworden.

Ebenso ist es auf dem Gemüsemarkt. Der Gärtner erhält für sein mühselig erzeugtes Product den geringsten Preis. Schuld daran ist der Mangel in unserer Organisierung; denn der Producent und der Consument kommen nicht in Berührung, das Gespenst des Zwischenhandels drängt sich überall ein, die Zufuhr ist nicht geregelt, der Willkür des Zwischenhändlers bleibt alles überlassen, und der billige Urpreis kommt dem Publicum nie zunutze.

Ich habe die offenen Märkte in der früheren Budgetdebatte gerügt, auch diesmal kann ich es nicht unterlassen; die offenen Märkte sind eine Schmach für Wien und in sanitärer Beziehung eine große Gefahr. Ich verweise Sie auf den offenen Markt auf der Freyung. Gott verhüte das Unglück, dass je eine große Feuersbrunst ausbrechen möge in der Mitternachtsstunde, wo alle Straßen verbarricadiert sind durch die Zufahrt der Wägen. Die Feuerwehr auf der Freyung ist nicht imstande, auszufahren und Sie können einer zweiten Ringtheaterkatastrophe entgegengehen. Man wird die Brunnen zumachen, wenn das Kalb hineingefallen ist, wie der Bauer zu sagen pflegt.

Aber ich fühle es als meine Pflicht, hier im Plenum dies anzuführen. Mögen meine Worte auf einen richtigen Boden fallen!

Sie haben noch andere große Fragen der Approvisionierung! Ein großes Verdienst gebürt dem Herrn Gem.-Rathe Seiler. Er war es, der die Frage des Schiedsgerichtes und des Marktcuratoriums angeregt hat. Es ist nichts geschehen. Wir haben in der Approvisionierungs-Commission das Schiedsgericht durchgepeitscht. Es ist fix und fertig. Wir haben es gründlich durchgepeitscht. (Heiterkeit rechts.) Es würde hier im Plenum sehr wenig Zeit in Anspruch nehmen und die Schiedsgerichte könnten ganz gut in Action treten, wenn der Herr Bürgermeister die Liebenswürdigkeit hätte, die Schiedsgerichte einmal ins Plenum zu bringen. Sie figuriert schon lange auf der Tagesordnung und es ist einer der wichtigsten Gegenstände, die wir den Collegen Seiler und Dr. Klotzberg zu verdanken haben. Schwamm d'rüber. Nichts hört man mehr. Und so ist es in der Approvisionierungsfrage, soweit sie in unsere Competenz fällt. Ich bitte, Herr Bürgermeister, ich sondere streng, was in die Competenz der Gemeinde fällt. Beide sind schuldig, Regierung und Gemeinde, und ich mache beide verantwortlich für die schlechte Approvisionierung. (Beifall und Rufe rechts: Die Gemeinde noch mehr!) Wollen Sie Abhilfe, dann thue Geld in deinen Beutel, Commune. Es muss geschehen. Das Geld wird sich ja verinteressieren. Das ist eine Einnahmsquelle, die zweite Einnahmsquelle, die ich dem Herrn Budget-Referenten hiemit präsentiere. Elektricität und Markt, das sind die zwei einzigen Einnahmsquellen, auf die überhaupt die Commune rechnen kann.

Ich könnte noch sehr lange sprechen, aber ich will Sie nicht ermüden. Ich wiederhole, ich bin sehr gespannt, wie der Herr Budget-Referent über meine Vorschläge bezüglich der Elektricität sich aussprechen wird.

Und nun ein Wort zur Opposition! Ich sehe in meiner unmittelbaren Nähe den furchtbaren Dr. Karl Lueger. (Heiterkeit.) Ich will gerne mein Schwert mit dem seinen wetzen (Lebhafte Heiterkeit), aber wie könnte ich als ein sehr schlechter parlamentarischer Fechter es wagen, mich mit einem so geübten parlamentarischen Kämpfer zu messen! Ich glaube jedoch, auch er wird es nicht verachten, wenn einer, beseelt, seinen Mitbürgern zu helfen, offen seine Meinung heraussagt. Ich liebe eine Opposition, Herr Doctor, ich achte eine Opposition, denn eine Opposition klärt. Aber die Opposition, Herr Doctor, wo Sie Führer sind, klärt nicht. Unwürdige Scenen führt sie auf, kleinliche Schnüffeleien, wo der Schnüffler dort drüben (links) sitzt in der Person des Gem.-Rathes Steiner! Diese geistlosen Zwischenrufe à la Strobach u. s. w. . . . .

Vice-Bürgermeister Matzenauer (welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Ich möchte, Herr College, doch bitten, den Ernst der Berathung aufrechtzuerhalten.

Gem.-Rath Herold: Ich meine das sehr ernst, und die Einmischung ist mir ganz unverständlich. Jedes Wort, das ich sage, kommt aus dem tiefsten Grunde meiner Seele. Ich sage, diese Schnüffeleien, diese unwürdigen Scenen, die Sie aufgeführt haben, haben mich tief geschmerzt, und ich würde Ihnen rathen, das Wort des großen deutschen Dichters, das er den sterbenden Attinghausen sagen läßt, zu beherzigen: „Einig! Einig! Einig!" Was könnten wir leisten, wenn wir vereint an die großen Tagesfragen gehen würden, wenn Sie nicht durch solche unwürdige Scenen, die Sie manchmal aufgeführt haben, das Prestige des Gemeinderathes tief schädigen würden. (Beifall. — Gem.-Rath Schuh: Auch drüben [rechts] ist das geschehen!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte, nicht zu unterbrechen.

Gem.-Rath Herold: Ich bitte, ich bin vollständig bei der Sache; ich verstehe nicht, wie man mich unterbrechen kann. Ich glaube doch, beide Parteien, die freisinnige und die christlichsociale, sind in der Sache einig, dass wir der Stadt nützen und den Mitbürgern das Dasein versüßen wollen, einerlei, ob es Juden oder Christen sind. Ich bitte Sie, der christliche Geschäftsmann hat sein Päckchen zu tragen, wie man in Sachsen sagt, und der jüdische Geschäftsmann hat sein Päckchen zu tragen. Beide haben ihre Lasten, ihre Sorgen, beide haben ihren Kummer. Lassen Sie das sein, diese ewige Theilung zwischen Jude und Christ; es sind unsere Mitbürger und anders kenne ich die Bewohner nicht. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn die Juden uns nur unser Päckchen lassen möchten, aber sie nehmen es uns immer weg!) Ich bitte Sie und ich bitte Herrn Dr. Lueger, seinen Einfluss, der doch sehr groß ist, aufzubieten; arbeiten wir vereint an diesen großen wichtigen Fragen, zum Beispiel an diesen Einnahmsquellen, die die Elektricität und die Reorganisation des Marktwesens der Gemeinde zuführen sollen, zum Heile unserer Mitbürger jeder Confession und auch zum Heile unserer Stadt, dass sie die schönste, herrlichste und begehrenswerteste Stadt auf dem Continente werde. Mit diesem Wunsche schließe ich. (Langanhaltender Beifall und Bravo-Rufe.)

Gem.-Rath Stehlik (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, der Herr Bürgermeister wird sich jetzt wahrscheinlich ein Bild machen nach dem, was hier stattgefunden hat und wie klein die Versammlung ist, dass es unwürdig eines Redners ist, hier in diesem Saale zu sein. Was wird die Gallerie mit den Zuhörern von uns denken? Ich glaube, der Herr Bürgermeister soll das Buffet gänzlich abschaffen, mit den Nachtsitzungen gänzlich aufhören, weil das sonst ein Nacht-Tschecherl wird. (Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Diese Äußerung muss ich rügen und den Herrn Redner zur Ordnung rufen.

Gem.-Rath Tomola: Sehr geehrte Herren! Gestatten Sie, dass ich an das Schlussbild der gestrigen Versammlung anknüpfe, wo wir das Schauspiel erlebt haben, dass der letzte Redner zu einer viel früheren Zeit als der jetzigen vor einer Versammlung

von kaum 30 Personen gesprochen hat. Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat beantragt, die Sitzung zu schließen, darauf hat Herr Nechansky ihm entgegengerufen, er sei nicht für die Wählerversammlungen, sondern für den Gemeinderath gewählt.

Ich habe aber heute in den Zeitungen sehr viele Namen von Herren gelesen, welche gestern nicht mehr hier waren und die auch in den Wählerversammlungen, und zwar in Fünfhaus, anwesend gewesen sind. Es war ja kein Geheimnis, meine Herren, dass wir heuer zu den Gemeinderathswahlen kommen werden, und dass, wenn wir die Vorbereitungen zu den Wahlen zu treffen haben, sich ein Conflict zwischen der Budgetdebatte und der Wahlzeit ergeben werde. Es wäre Pflicht gewesen, die Budgetdebatte früher anzuberaumen, Pflicht gewesen, schon auf Grund des § 50 des Gemeindestatutes, welches bestimmt, dass der Voranschlag zwei Monate vor Beginn des Verwaltungsjahres im Gemeinderathe vorzulegen sei. Ich muss hier bemerken, dass vor drei Jahren der Gemeinderath der größten deutschen Stadt von Böhmen, von Reichenberg, aufgelöst worden ist, und dass unter den Gründen, welche für diese Maßregel angeführt worden sind, als wichtigste die waren, dass der Bürgermeister der Stadt es verabsäumt habe, den Voranschlag und den Rechnungsabschluss rechtzeitig, das heißt, so wie das Statut es verlangt, vorzulegen. Nun, das Statut der Stadt Reichenberg ist ebenfalls kein altes, es stammt aus dem Jahre 1887, unseres aus dem Jahre 1890. Es gibt nun viele Leute, welche der Ansicht sind, dass, was für Reichenberg billig war, auch für Wien recht wäre. Freilich, die Vertretung der Stadt Reichenberg war nicht liberal. Ich will nicht untersuchen, ob hierin vielleicht der Grund gelegen ist, dass man gegen diese Stadtvertretung anders vorgegangen ist, als gegen uns. Ich möchte Sie weiter um Entschuldigung bitten, wenn ich in vielen Fragen nicht so gründlich informiert bin, wie ich es wünschen möchte und wie man es von einem Mitgliede erwarten müsste, welches zwei Jahre lang diesem Hause angehört hat. Die Schuld, warum dies nicht der Fall ist, ist ja allbekannt, und alle Herren von beiden Seiten des Hauses, welche unter diesem fortschrittlichsten Statute zuerst in die Rathsstube gekommen sind, befinden sich in der gleichen Lage, wie wir.

Ich bemerke hier, dass vor einer Zeit ein französischer Länderräuber den Nationalständen, welche ihm auch nicht gefügig sein wollten, zugerufen hat, der Staat bin ich. Ich möchte auch dem Stadtrathe anrathen, diese Devise anzunehmen. Wien bin ich. In der That ist es eines ernsten Mannes unwürdig, wenn er nach dreistündiger, oft mehrstündiger Sitzung noch aus diesem Saale fortgeht mit dem Bewusstsein, nichts gethan zu haben, zu nichts anderem hier zu sein, als die Hand zu erheben und dem Referenten zuzuhören und im großen und ganzen die meisten Sachen doch nicht zu kennen. Ich möchte mich nun fragen, wer ist denn im Stadtrathe? Der Hauptsache nach besteht der Stadtrath aus Advocaten, welche zum größten Theile vom I. Wahlkörper gewählt worden sind. Nun, der Advocatenstand ist gewiss ein sehr honoriger Beruf, es steht mir sehr fern, irgendeinen Vorwurf gegen denselben zu erheben. Aber kein geringerer als der Reichskanzler Bismarck war es, welcher in Hinblick auf die freisinnige Partei Deutschlands im Reichstage ausrief: „Hol' der Teufel die verfluchten Advocaten!" (Hört! links.) Nun, ich würde nichts dagegen haben, der Bevölkerung würde es gewiss nicht sehr zum Nachtheile gereichen, wenn Herr Satanos in Wien eine Probe ablegen würde, denn es gibt nach meiner Meinung in Wien noch solche Leute, welche in ihren Tischladen keine Advocaten-Diplome haben, sei dasselbe nun auf gewöhnlichem Papiere oder auf Eselshaut geschrieben, und doch die Fähigkeit besitzen, verschiedene Gegenstände zu beurtheilen. Nun gestatten Sie mir, meine Herren, vor allem anderen darauf einzugehen, wie sich die Lage der Vororte seit der Einverleibung gestaltet hat. Es ist hier soviel gesprochen worden und ich muss bemerken, oft nicht mit Anführung der richtigen Ziffern, dass ich mich der Mühe unterzogen habe, ganz genau nachzuforschen und ein genaues Bild zu geben, in welcher Weise sich die Lage der Vororte verschlechterte.

Am Dienstag ist in den Wiener Blättern ein Bericht erschienen, welcher angeblich vom Sanitäs-Departement dieser Stadt ausgieng. In diesem Berichte wurde erzählt, dass die Mortalitätsziffer in den Vororten seit der Einverleibung um 4 pro Mille gesunken sei, und man hat ganz genau bis auf 3400 und noch zwei Ziffern ausgerechnet, wie viel Menschen dem Tode entrissen wurden. Das Verdienst wurde natürlich der Gemeinde Wien zugeschrieben, welche während dieser Zeit eine Menge Canäle gebaut und in mehr als 3000 Gebäuden das Wasser eingeleitet hat. (Gem.-Rath Frauenberger: Ganz richtig!) Herr Gem.-Rath Frauenberger ruft: ganz richtig! Nun, ich bestreite die Richtigkeit der angegebenen Ziffern nicht, muss aber bemerken, dass das letzte Jahr vor der Einverleibung ein für die Gesundheit ungemein ungünstiges war, weil damals die Influenza grassierte; und ich muss weiter bemerken, dass, wenn das Sanitäts-Departement mit der Abnahme von 4 pro Mille beweisen wollte, dass die Mortalitätsziffer noch weiter sinken würde, so dass wir, wenn das Hochquellenwasser einmal in sämmtlichen 13.000 Häusern der Vororte eingeleitet ist, auf eine Mortalitätsziffer kommen, welche nahe gleich Null ist, dass wir dann wohl das Paradies hier hätten, welches seit Adams Zeiten auf der Welt nicht zu finden war. Ich halte mich deshalb lieber an einen Bericht, welcher im Sommer vorigen Jahres vom Polizeichef erschien, und welcher nicht so rosig gefärbt war wie dieser, welcher aber meiner Ansicht nach deswegen der Wahrheit viel näher gekommen ist. Dr. Witlačil weist darauf hin, dass es selbst im Innern der Stadt Straßen, Quartiere gibt, in welchen die Gesundheitsverhältnisse manches zu wünschen übrig lassen, und er weist vor allem andern auf die Bazare mit alten Kleidern hin, da alte Kleider ein Object sind, durch welches Bacterien und andere infectiöse Stoffe mit größter Leichtigkeit übertragen werden. Er weist darauf hin, dass die Gesundheitsverhältnisse in einer großen Anzahl von Bezirken äußerst ungünstige seien und er erwähnt hier insbesondere den V., X., XII., XIV., XV. und XVI. Bezirk.

Schon aus dieser Aufzählung der Bezirke sehen wir, dass es jene sind, in welchen die ärmste Bevölkerung zu Hause ist, und er betont, dass in diesen Bezirken Krankheiten zu Hause sind, welche bei einer gesunden Ernährungsweise der Bevölkerung wohl nicht anzutreffen sein sollten, so vor allem die Tuberculose in jugendlichem Alter, hervorgerufen durch mangelhafte Ernährung, Rhachitis, hervorgerufen durch den Mangel an gutem Trinkwasser, und andere Krankheiten, welche ihre Ursache den in den Vororten in großer Menge befindlichen Gerbereien, Rohleder- und Maschinenfabriken verdanken. Und als praktischer Arzt gibt er auch Winke zur Abhilfe, indem er räth, es mögen Suppen- und Theeanstalten, es mögen Trinkerasyle errichtet und vor allem anderen möge an eine gründliche Reform der Armenpflege gegangen werden.

Sehen Sie, meine Herren, dieser Bericht erschien mir viel unparteiischer und zugleich viel gründlicher gearbeitet, als das kurze Entrefilet, welches Dienstag in den Wiener Blättern erschienen ist. „Mangelhafte Ernährung," sagt hier Dr. Witlačil und da frage ich mich denn: Ist durch die Einverleibung der Vororte nach Wien die Ernährung der dort ansässigen Bevölkerung besser geworden? Gewiss nicht, denn der Bevölkerung sind neue Lasten auferlegt worden!

Es ist (zur rechten Seite gewendet) von Ihrer Seite immer betont worden, dass wir die Ausdehnung der Verzehrungssteuer und die Einverleibung nach Wien als zwei Processe betrachten müssen, welche von einander vollständig unabhängig sind. Ich gebe dies bis zu einem gewissen Grade selbst sehr gerne zu, muss aber doch bemerken, dass ein Zusammenhang in der That besteht und dass durch den Act der Einverleibung an sich eine Erhöhung der Ausgaben in den Vororten platzgegriffen hat. Herr College Silberer hat darauf hingewiesen, dass seit der Einverleibung der Vororte die Lebensmittelpreise daselbst um nahezu ein drittel gestiegen sind. Die Commune ist insofern mitschuldig, als sie den Bierkreuzer einhebt, als sie die 30percentige Umlage für die verzehrungssteuerpflichtigen Gegenstände einhebt und als sie auch an dem Ertrage von den gebrannten, geistigen Flüssigkeiten participiert. Ich habe mir nun die Mühe genommen, möglichst genaue Ziffern zu bekommen.

Der Bierkreuzer betrug in den letzten fünf, der Einverleibung vorangegangenen Jahren in den alten neun Bezirken — der zehnte hatte ja keine Verzehrungssteuer — folgende Summen:

im Jahre 1886	1,376.851 fl.,
„ „ 1887	1,413.154 fl.,
„ „ 1888	1,361.018 fl.,
„ „ 1889	1,387.171 fl.,
„ „ 1890	1,420.290 fl.,

im Durchschnitte also 1,391.697 fl. Im Jahre 1891 stellten sich die Einnahmen auf 1,438.911 fl. Doch wird es gut sein, dieses letzte Jahr in die Berechnung nicht mit einzubeziehen, weil an den letzten 11 Tagen dieses Jahres die Verzehrungssteuer schon für das erweiterte Gebiet eingehoben wurde und diese 11 Tage einen Betrag von 104.911 fl. ergeben haben.

Für das Jahr 1892 liegen zwei Ziffern vor. Nach dem Hauptrechnungsabschlusse würde sich die Einnahme an Bierkreuzern auf 2,110.000 fl. belaufen, nach dem statistischen Jahrbuche aber auf 2,527.748 fl. Außerdem wurden in diesem Jahre für Nachversteuerung 273.836 fl. eingenommen. Ich begnüge mich mit der niederen Ziffer und es ergibt sich aus derselben, dass im Jahre 1892 710.000 fl. laufende Bierkreuzer in den Vororten eingehoben worden sind; außerdem an Nachsteuer 273.834 fl. Im Jahre 1893 stieg diese Ziffer, nämlich für die neuen Bezirke auf 873.426 fl. 26 kr., daher betrug sie in den Jahren 1892 und 1893 zusammen 1,857.262 fl. 96 kr., welche die neu einbezogenen Gemeinden der Commune thatsächlich an Bierkreuzern entrichtet haben. Von diesen Ziffern läfst sich nicht das mindeste abmarkten. Im diesjährigen Budget erscheinen die Einnahmen an Verzehrungssteuern folgendermaßen eingesetzt: Der 30percentige Zuschlag 1,820.000 fl., der 100percentige Bierzuschlag 2,280.000 fl., für gebrannte geistige Flüssigkeiten 560.000 fl., in Summe 4,660.000 fl. Da nun in den neu einbezogenen Bezirken — der zehn Bezirke mitinbegriffen — eine Bevölkerung von 600.000 Einwohnern lebt, so ergibt sich, dass eine Summe von rund zwei Millionen Gulden auf die neu einbezogenen Bezirke kommt. Das ist eine Summe, welche sie jetzt zahlen müssen und die sie früher nicht gezahlt haben. Früher wurde die Verzehrungssteuer in den Vororten pauschalierter eingehoben, und zwar in einer lächerlich geringen Höhe, zum Beispiel erhielt die Gemeinde Währing im letzten Jahre vor der Einverleibung 2100 fl. — 2100 fl.!

Wenn man das percentuelle Verhältnis von 70.000 Einwohnern nimmt, so ergibt sich daraus, dass Wien von den Bewohnern Währings durch die angeführten Steuern den Betrag von nahezu 20.000 fl. jährlich einhebt. Da also, wie gesagt, auf 600.000 Einwohnern eine factische Einnahme von zwei Millionen Gulden kommt, so ergibt sich, dass auf den Kopf der Bevölkerung 3 fl. effective Steuern kommen. 3 fl., meine Herren, sind ein Betrag, sind insbesondere für unsere Bevölkerung in den Vororten ein namhafter Betrag.

Die Vororte waren seinerzeit eine Art Freistätte, wohin sich die Arbeiterbevölkerung, der kleine Gewerbestand, die kleinen Beamten und der Lehrerstand hingezogen haben, weil sie gewusst haben, dort billiger zu leben. Heute sind nicht mehr die kleinen Beamten in der Lage, in Wien anständig leben zu können. Diesfalls möchte ich an eine Gerichtsverhandlung erinnern, welche am 8. Februar d. J. sich abgespielt hat.

Ein Postpraktikant war beschuldigt, mehrere Briefe eröffnet und aus einem dieser Briefe einen Gulden entwendet zu haben. Wegen dieser zweifellos unschönen That stand er vor Gericht. Er war vollständig geständig, führte aber zur Entschuldigung an, dass er sich in einer drückenden Nothlage befunden habe. Zum Erweise dessen wurde sein vorgesetzter Ober-Postcommissär einberufen, dessen Aussage war wörtlich folgende: „Von Nothlage kann hier keine Rede sein, denn der Angeklagte bezog monatlich ein Adjutum von 25 fl. (Hört! links), außerdem hatte er eine monatliche Zulage von 3 fl. für Nachtdienst, und was besonders in Betracht zu ziehen ist, er hatte eine Geliebte, eine Köchin, welche ihn mit Speisen versorgte." (Heiterkeit.) Von einer Nothlage, sagte er also, kann keine Rede sein, sondern die That hat er aus Charakterlosigkeit und Leichtsinn begangen.

Meine Herren! Wenn man angesichts solcher Verhältnisse von Charakterlosigkeit und Leichtsinn sprechen kann, muss man ein Herz haben, welches denn doch ziemlich hart ist. Ich glaube, wir haben unter unseren Beamten selbst welche, die in der Lage dieses Postpraktikanten sind. Vielleicht kommt noch die Gemeinde Wien dazu, dass sie in die Vorschriften, in die Dienstpragmatik der Beamten, einen Punkt aufnimmt: Jeder Praktikant, welcher aufgenommen wird, hat nachzuweisen, dass er eine Köchin zur Geliebten hat, welche ihn mit von Herrschaften abgelegten Speisen versorgt. (Heiterkeit.)

Wie dieser arme Beamte, so sind heute unzählige Menschen in die traurigste Lage gebracht worden. Der Postpraktikant, welcher wegen eines Guldens zum Verbrecher geworden ist, wurde freigesprochen, weil der Richter die Zwangslage als vorhanden erkannt hat.

So gibt es in den Vororten tausende und abertausende von Menschen, denen die 3 fl., welche sie an Verzehrungssteuer entrichten müssen, bitter wehe thun, welche durch die Einbeziehung in die Großcommune Wien auch thatsächlich geschädigt und belästigt worden sind.

Ich komme nun noch auf die Verhältnisse, wie sie sich im Schulwesen entwickelt haben, zu sprechen. Die Herren werden

wissen, dass in den Versammlungen ein ziemlicher Sturm von Interpellationen losgeht, weil überall darauf hingewiesen wird, dass es in Wien eine Anzahl von Stellen gibt, welche wohl systemisiert, aber nicht besetzt sind. (Gem.-Rath Dr. Vogler: Das ist nicht richtig! — Gem.-Rath Eigner: Der Herr Stadtrath sagt, es ist nicht richtig!) Erlauben Sie, meine Herren! Diesen Bericht und den Regen von Interpellationen, mit dem Sie belästigt werden, bitte ich, auf mein Conto zu schreiben. Ich war es, der am 16. Februar 1895 in einem Wiener Blatte den diesbezüglichen Bericht erscheinen ließ. Hier ist der dem Landesausschusse vorgelegte Bericht. Auf Seite 99 desselben, wo die Tabelle beginnt, steht wörtlich geschrieben: „Die Tabellen 1 bis einschließlich 19 sind aus den von den Bezirksschulräthen ausgefüllten Fragebögen, welche die Zeit vom 1. bis 31. December 1893 umfassen, zusammengestellt."

Es sind also amtliche Daten, welche amtlich dem Landesausschusse mitgetheilt worden sind. Die Tabelle 8, welche auf Seite 112 und 113 dieses Berichtes enthalten ist, sagt: An Directorstellen waren systemisiert 72, thatsächlich besetzt 68, ein Minus von 4; an Oberlehrerstellen waren systemisiert 224, thatsächlich besetzt 213 männliche und 1 weibliche, ein Minus von 10; an Bürgerschullehrerstellen waren systemisiert 635, thatsächlich besetzt 443 mit männlichen und 87 mit weiblichen und daher zusammen 530. (Rufe links: Unerhört!) Es ergibt sich hieraus ein Minus von 105 Stellen. An Volksschullehrerstellen waren systemisiert 1595, thatsächlich besetzt waren mit männlichen Lehrkräften 818, mit weiblichen 557, zusammen 1375. (Gem.-Rath Eigner: Verdächtigen, das können sie!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Aber ich bitte, Herr Gem.-Rath Eigner, solche Zwischenrufe zu unterlassen!

Gem.-Rath Tomola (fortfahrend): An Unterlehrerstellen waren 812 systemisiert; besetzt waren mit Unterlehrern mit Lehrbefähigungszeugnis 401 mit männlichen, 444 mit weiblichen, zusammen 845; es ergibt sich hier ein Plus von 33. Außerdem gibt es Unterlehrer mit Reifezeugnissen 216 männliche, 121 weibliche, so dass im ganzen sich ein Minus von 396 Unterlehrern gegenüber der systemisierten Zahl von 812 ergibt. Ich weiß nun sehr wohl, dass in dieser Zahl ja mehr als 250 Unterlehrer inbegriffen sind, welche als Personalkräfte den Oberlehrern zur Verfügung gestellt werden. Das weiß ich sehr wohl und erhebe diesfalls keinen Vorwurf; ich erhebe einen Vorwurf nur deswegen, weil es eine so große Anzahl besser bezahlter Stellen gibt, die wohl systemisiert, aber nicht besetzt sind. Ich weiß nicht, ob die Zahl von 340 vollständig richtig ist. Aber auf Grund des Hauptrechnungsabschlusses für das Jahr 1893 scheint die Zahl thatsächlich ziemlich groß zu sein, denn in dem Rechnungsabschlusse heißt es: „In Gemäßheit des § 81 Alinea 3 des n.-ö. Landesgesetzes vom 5. April 1870, L.-G.-Bl. Nr. 35, wurde seitens der Gemeinde Wien im Jahre 1893 der Betrag von 29.428 fl. 81 kr. an Intercalarien u. s. w. ausbezahlt."

Der Unterschied zwischen einer niederer und höher besoldeten Stelle beträgt im Gehalte 200 fl. Unterlehrer haben 600 fl., Volksschullehrer 800 fl., Bürgerschullehrer 1000 fl. Es ergibt sich somit schon aus diesen Ziffern, dass zum mindesten eine Zahl von 150 Lehrstellen in diesem Jahre unbesetzt ist. Diese Ziffer ist thatsächlich eine große; sie ist eine große, weil in Orten am flachen Lande, welche ungefähr die gleiche Einwohnerzahl aufweisen wie Wien, nur 19 besser bezahlte Stellen unbesetzt sind. Was am flachen Lande möglich ist, muss auch in Wien durchführbar sein. Ich will auch zur Entschuldigung des Stadtrathes oder vielmehr des Bezirksschulrathes noch anführen, dass über eine große Anzahl von Stellen die Recurse bezüglich der weiblichen Lehrkräfte beim Ministerium laufen. Sie haben aus alldem gesehen, dass in diesem Jahre infolge dieser Notizen, infolgedessen, dass ich die ganze Sache hier in die Öffentlichkeit gezogen habe, neue Stellen ausgeschrieben worden sind, die sonst nicht ausgeschrieben wurden.

Bürgermeister: Das geschieht alle Jahre.

Gem.-Rath Strobach: Aber keine Zwischenrufe! (Lebhafte Heiterkeit.)

Bürgermeister: Sehr witzig!

Gem.-Rath Tomola (fortfahrend): Wenn ich über das Schulwesen spreche, so erkenne ich gerne und mit Vergnügen an, dass die Gemeinde Wien in dieser Beziehung viel geleistet hat. Aber die Pflicht einer großen Gemeinde wie Wien erschöpft sich nicht darin, dass sie für die thatsächlich schulpflichtige Jugend zu sorgen hat. Denn wie hier schon ganz richtig hervorgehoben worden ist, kommen die Kinder schon verdorben mit sechs Jahren in die Schule. (Gem.-Rath Eigner: So ist es!) Die misslichen wirtschaftlichen Verhältnisse bringen es mit sich, dass die Kinder, sobald sie nur laufen gelernt haben, auf die Straße geworfen werden, während die Mutter dem Vater im Verdienen helfen muss. Von einem Fremden, von einem Berliner, welcher in Wien war, und mit dem ich Gelegenheit hatte, länger zu sprechen, hörte ich, dass ihm in Wien besonders die große Anzahl von auf der Straße lungernden Kindern und die vielen Leierkästen aufgefallen ist, und in der That, man wird kaum eine Stadt in Europa finden, ausgenommen die italienischen Städte, wo so viele Schulkinder auf der Straße herumlungern, wie in Wien. Das sind missliche, das sind traurige Verhältnisse, und hier muss Abhilfe geschaffen werden, selbst dann, wenn, wie in diesem Falle, das Gesetz diesbezüglich noch nichts vorschreibt.

Die Commune hat nur wenige Kindergärten, sie unterstützt sie und die Privatkindergärten, ich aber bin der Meinung, dass der Kindergarten eine Institution, eine Einrichtung ist, welche für die breite Masse des Volkes gar nicht passt; für die breite Masse des Volkes gehören Kinderbewahranstalten (Zustimmung), Kinderbewahranstalten, in welchen die Wärterin und Erzieherin die Kinder naturgemäß, wie es ihrem Triebe entspricht, beaufsichtigt, darauf acht gibt, dass sie nichts böses und schlechtes thun, sondern als nützliche Glieder der Gesellschaft Aussicht haben, mit sechs Jahren in die Schule einzutreten.

Es ist hier in Wien dringend nothwendig, dass in solchen Kinderbewahranstalten eine Küche in eigener Regie eingeführt wird. (Zustimmung.) Denn täuschen wir uns nicht, unter zehn Familien sind wenigstens sieben, wo die Mutter nicht zu Hause ist, wo die Kinder zu Mittag nichts warmes zu essen haben. Welche Erleichterung, welches Gefühl der Befriedigung würde es nun solchen Eltern gewähren, wenn sie in der Früh ihre Kinder zugleich, wenn sie in die Arbeit gehen, in eine solche Anstalt schicken und ihnen für ein geringes Entgelt, 5 oder 6 kr., ein warmes Essen verschaffen werden könnten? Das wäre für Wien als große Stadt eine dringende Nothwendigkeit. Sie werden dazu kommen, Sie werden durch die Verhältnisse genöthigt werden, an die Errichtung von Kinderbewahranstalten in sämmtlichen Bezirken Wiens zu denken.

Dass dies bald geschehe, ist mein Wunsch im Interesse der nothleidenden arbeitenden Bevölkerung. (Beifall.)

Noch auf eines möchte ich aufmerksam machen. Es ist vom Herrn Gem.-Rathe Silberer betont worden, dass das Turnen zum Theile, wie es betrieben wird, eher gesundheitsschädlich als gesundheitsnützlich ist. Schuld daran sind die staubigen Turnsäle. In den Vororten draußen sind noch unverbaute Bauplätze genug, und es wäre ein leichtes, Bauplätze zu erwerben, welche Raum bieten, Sommerturnplätze zu errichten. Ein Sommerturnplatz hat einen ungeheuren Wert, viel mehr Wert als der schönste Turnsaal, weil sich auf demselben die Jugend herumtummeln, austollen und austoben kann, von dem Staube nicht belästigt ist und die freie Gottesluft in sich aufnehmen kann.

Wenn ich zum Schlusse meiner Ausführungen schreite, so wende ich mich gegen den Collegen Silberer und ich muss bemerken, dass mich nichts in der ganzen Debatte so schmerzlich berührt hat, als wie er mit dem Finger auf unsere (linke) Seite gedeutet hat und sagte: „Jene Herren sind reactionär, aber sie bekennen dies wenigstens offen ein." Meine Herren, ich habe dies nie einbekannt und wenn ich das thäte, so würde ich die Unwahrheit sprechen. Ich selbst war in früheren, jungen Jahren ebenfalls Angehöriger der liberalen Partei; ich bin es deshalb nicht mehr, weil mir diese Partei zu reactionär in ihren Ansichten ist. Ich bin deswegen zur nationalen Partei übergegangen, weil ich die Erkenntnis gewonnen habe, dass das Linzer Programm, welches für jeden Menschen offen ist, so freisinnig, so fortschrittlich gehalten ist, wie gar kein Programm einer Partei in Österreich. (Gem.-Rath Herrdegen: Und das hat Dr. Friedjung gemacht! — Gem.-Rath Hawranek: Aber gehn S'! — Gem.-Rath Herrdegen: Jawohl! — Gem.-Rath Schuh: Wenn es gut ist, ist's ja recht! — Gem.-Rath Eigner: Wir nehmen ja das gute überall her! — Rufe rechts: So ist's recht!) Was die liberale Partei an Erfolgen in der Jetztzeit aufweisen kann, ist ja ausschließlich Verschärfung der Geschäftsordnung, die Neueinführung von Knebelungsparagraphen, Hinauswurfparagraphen, Unter-Polizeistellung der Presse und dergleichen mehr. Das ist nicht die Freiheit, für welche ich schwärme. Es gibt eine zweifache Freiheit, die Freiheit der Kuenringe und ihrer Gesellen, welche seinerzeit durch den Ahnherrn unseres Herrscherhauses, Rudolf von Habsburg, vernichtet worden sind. Aber dieser Freiheit gegenüber steht die Freiheit der großen Massen des Volkes und diese Freiheit vertreten wir! Für diese Freiheit wollen wir eintreten, für die Freiheit des Volkes und seine Erlösung von allen jenen, welche es heute ausbeuten.

Noch weiß ich nicht, wie es sein wird — wir haben den Versuch gewagt; ich betrachte unsere Partei als solche, welche den Versuch gewagt hat, die wirtschaftlichen Schäden unserer Zeit offen aufzudecken und die Mittel anzudeuten, auf welche Weise der leidenden Menschheit geholfen werden könnte. Ich weiß es nicht — und ich maße mir nicht an, zu behaupten, dass dieser Versuch der richtige ist, dass im Verlaufe der Geschichte unsere Partei es sein wird, welche das Volk auf eine bessere, glücklichere Grundlage stellen wird. Das eine aber weiß ich, dass die Geschichte jederzeit es anerkennen wird, dass wir als Vorposten einer socialen Reform gestanden sind. Es ist möglich, dass wir als Vorposten in diesem Kampfe fallen und nach uns vielleicht andere bessere Ideen haben, aber wir haben den wirtschaftlichen Umsturz, die wirtschaftliche Besserung vorbereitet, dieser Trost bleibt uns. Es wurde auch gesagt, unsere Bewegung sei die größte Schmach des Jahrhunderts. Ich muss auch das zurückweisen, denn an der Spitze unseres Programmes steht der Punkt Liebe und Treue dem eigenen Volksstamme. Es ist also etwas positives, das höchste, was man sich denken kann, das angestammte Volk, welches jahrhundertelang diesen Boden bearbeitet hat, zu lieben und für seinen wirtschaftlichen Fortschritt einzutreten und ihn zu fördern. (Beifall links.) Wenn wir dadurch zufällig auf Misstände kommen, so bekämpfen wir dieselben, wir können ja nichts dafür, wenn durch diesen Kampf sich einzelne mehr getroffen fühlen, als unsere eigenen Volksgenossen selbst. Der Herr Bürgermeister hat im Herbste vorigen Jahres in einer Versammlung gesagt, Wien kämpft um sein Renommee.

Ich acceptiere diese Worte des Herrn Bürgermeisters sehr gerne und sage: Jawohl, Wien kämpft um sein Renommee und in diesem Kampfe tragen wir ebenfalls eine Fahne voran, welche durch Jahrhunderte in Wien hoch und heilig gehalten worden ist. Es ist dies die Fahne, der Boden, auf dem Wien groß geworden, zu Ansehen gekommen ist und durch welche sie eine der ersten Städte in ganz Europa geworden ist. Das Renommee, um welches wir kämpfen, ist, dass Wien seiner historischen Entwicklung getreu bleibe, ein Hort und Schutzwall christlich-germanischen Deutschthums! (Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage die Wahl von Generalrednern. (Rufe links: Es ist ja noch gar nicht Schluss der Debatte beantragt. — Rufe rechts: O ja!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich bitte jene Herren, welche mit der Wahl von Generalrednern einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 31 Herren sind dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Mit Majorität angenommen.

Als Proredner sind gemeldet die Herren Gem.-Räthe Dr. Friedjung, Lang, Silberer, Geitler, Frauenberger, Stiaßny, Dr. Klotzberg, Dr. Nechansky, Rosenstingl, Scholz, Dr. Mittler, Tagleicht, Herrdegen, Kaspar und Gfrorner.

Contra sind gemeldet die Herren Gem.-Räthe Hipp, Bärtl, Purscht, Dr. Geßmann, Strobach, Schuh, Dr. Lueger, Brauneiß, Hawranek, Josef Grünbeck, Gregorig, Steiner und Gräf.

Ich bitte also die Herren, sich wegen der Wahl der Generalredner zu einigen. (Nach einer Pause:) Zum Generalredner pro ist gewählt Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky, zum Generalredner contra Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 9 Uhr abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **8. März 1895.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Witzelsberger, Wurm.
Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Mayer, Stiaßny,
Krank: St.-R. Baugoin, Dr. Vogler,
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Mayer und Stiaßny entschuldigen ihr Ausbleiben. (Zur Kenntnis.)

(1587.) **St.-R. Rückauf** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

Knechtel Stephan, Schuhmacher;
Borovicka Franz, Tischler;
Pospischek Johann, Tischler;
Hiebl Ignaz, Bindergehilfe;
Kwapil Franz, Eincassierer im Fleischhauergewerbe;
Kostelak Josef, Schuhmachergehilfe;
Pascher Jakob, Vorarbeiter bei der Wiener Telephon-Gesellschaft;
Piringer Matthäus, Kohlen- und Holzausträger. (XVI. Bezirk.)
(1656.) Bruckner Juliana, Sodawasser-Ausschenkerin;
Brebera Anton, Eisenbahnconducteur;
Wawrzina Katharina, Handarbeiterin;
Fohrwanger Josef, Gastwirt;
Braun Josef, Maschinenarbeiter;
Menzl Anton, Schmiedgehilfe;
Wünsch Josef, Placatanschläger;
Fidrmuc Vincenz, Tischlergehilfe;
Belehradek Karl, Wagnergehilfe;
Mach Martin, Brantwein-Großverschleißer;
Friedrich Wilhelm, Ring- und Kettenschmiedgehilfe;
Zbon Matthäus Rudolf, Lackierergehilfe;
Lobmayr Sebastian, Hausbesitzer und Gepäcksträger;
Soukup Wenzel, Schuhmacher;
Kupec Johann, Schuhmachergehilfe;
Welzel Matthäus, Drechsler;
Schindler Leopold, Hausbesorger;
Koci Franz, Tischler;
Tippl Peter, Maurergehilfe;
Patzak Julius Wenzel, Gemischtwaren-Verschleißer;
Hruska Josef, Spengler;
Klaudinger Franz, Schuhmacher;
Pfeffer Franz, Kaffeeschenker;
Ratz Johann, Brantweinschenker;
Ludwig Josef, Hausbesorger;
Kraucher Josef, Victualienhändler;
Lischka Johann, Schmiedgehilfe;
Zweřina Johann, Bildhauermeister;
Steinocher Johann, Tischlergehilfe;
Kratochwil Ferdinand, Tischler;
Rienerbauer Josef, Fiakereigenthümer;
Stanzl Aloisia, Näherin;
Göschl Michael, Hilfsarbeiter;
Nowak Matthias, Tischlergehilfe;
Eigner Karl, Gemischtwaren-Verschleißer;
Hradil Franz, Werkführer;
Gally Johann Nepomuk, Kanzleidiener;
Cadil Josef, Schneidergehilfe;
Teuchmann Johann, Drechslergehilfe;
Reckendorfer Paul, Weinhändler;
Konečny Josef, Fabriksarbeiter. (XIV. Bezirk.)

(1663.) b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband für:

Pichler Ferdinand Karl, Magazinsarbeiter;
Bugar Stephan, Hausierer. (XIV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(1553.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Licenzgebür per 169 fl. 26 kr. nach Marie Schindlauer und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1690.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem XVI. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung an:

Michalek Wenzel, Maschinenmonteur;
Mika Martin, Hufschmied;
Novak Josef, Schneider;
Petzl Gustav Hugo, Harmonikamachergehilfe;
Damianitsch Friedrich, Schuhmacher;
Kreid Franz, Drechslergehilfe;
Lukiewicz Alois, Polizeiagenten-Inspector;
Trillsam Matthias, Gemischtwaren-Verschleißer;
Tolzer Aloisia, Hausbesorgerin;
Miksch Franz, Hilfsarbeiter. (Angenommen.)

(528.) **St.-R. Müller** referiert über die Canalisierung in der Lorenz Mandlgasse, eventuell Einlösung des Hauses Nr. 195 Ottakringerstraße, und beantragt, die sämmtlichen Offerte wegen zu hoher Preisanforderungen abzuweisen.

Das Stadtbauamt ist zu beauftragen, eine Vorlage bezüglich einer provisorischen Canalführung in der bestehenden Kirchengasse zur Ableitung von Fäcalien aus dem dortigen Schulgebäude in den bestehenden Straßencanal in der Ottakringerstraße zu machen.

St.-R. v. Götz beantragt, dass in Hinkunft bei Ankauf von Schulbauplätzen die Frage der Canalisierung unter einem erwogen werde.

Referenten-Antrag und Antrag des St.-R. v. Götz angenommen.

(1642.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Matthäus und der Marie Much um Baubewilligung für Einl.-Z. 105 Penzing, Penzingerstraße 84, und beantragt im Sinne der Wiener Bauordnung die Zugestehung der Erleichterung durch Herstellung zweier Räume für

eine prähistorische Sammlung und eines Arbeitsraumes im Dachgeschosse und die Zustimmung, dass der zur Herstellung des Risalites und Portales erforderliche Straßengrund im Ausmaße von 0·872 m^2 von der schadlos zu haltenden Straßengrundfläche infolge Zurückrückung in die Baulinie gleichwertig in Abzug gebracht werde.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt die Compensation des Risalitgrundes mit einer doppeltgroßen Fläche des abzutretenden Straßengrundes.

Der Antrag des St.-R. Ritt. v. Neumann wird zurückgezogen, vom St.-R. Dr. v. Billing jedoch aufgenommen.

Der Antrag des Referenten mit der Modification des St.-R. Dr. v. Billing angenommen.

Weiters wird beschlossen, in Hinkunft hat je nach der Lage die Compensation des für die Risalitanlage erforderlichen Grundes mit einer doppelten bis dreifachen Fläche des abzutretenden Straßengrundes zu erfolgen.

(565.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Friedrich Baumann um Ermäßigung des Kaufschillings für den zu erwerbenden Theil der öffentlichen Gutsparcellen 15/7 und 20/5 Speising, XIII. Bezirk, und beantragt die Überlassung des obigen Grundes im Ausmaße von 63 m^2 um den Pauschalbetrag von 200 fl. unter den im Protokolle vom 5. März 1895 vereinbarten Modalitäten.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1363.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Seiler wegen eventueller Combination von Alarmapparaten und telephonischer Sprechapparate für Feuerwehrzwecke und beantragt, auf den Antrag des Gem.-Rathes Seiler nicht einzugehen, jedoch sei:

1. die Theilung der Telephonlinie Hietzing—Baumgarten und Herstellung von Umschaltstationen in Hacking und Hütteldorf mit einem Kostenbetrage von 144 fl. 50 kr.;

2. Verlängerung der Ruhestromlinie der Vororte-Feuerwehren von der Station Rudolfsheim zu den Stationen Unter-Meidling, Penzing und Hietzing mit einem Kostenbetrage von 400 fl.;

3. Ergänzung der Ruhestromlinie der Vororte-Feuerwehren durch Herstellung der Theilstrecke Neulerchenfeld—Ottakring und Einführung der Theilstrecke Ottakring—Währing in die Station Hernals mit einem Kostenaufwande von 130 fl.;

4. Ausschaltung der k. k. Telephonstationen der Polizeicommissariate Ottakring und Währing aus der Ruhestromlinie der Vororte-Feuerwehren und Herstellung telephonischer Verbindungen zwischen den genannten Commissariaten und den Wachstuben der freiwilligen Feuerwehren Ottakring und Währing mit einem Kostenerfordernisse von 219 fl. 50 kr.;

5. Herstellung telephonischer Verbindungen zwischen den k. k. Polizeicommissariaten des XIII. und XVII. Bezirkes und den Wachstuben der freiwilligen Feuerwehren Hietzing und Hernals mit einem Kostenaufwande von 215 fl. 50 kr.;

6. Verlängerung der Ruhestromlinie der Vororte-Feuerwehren zum neuen Rathhause und zur Feuerwehr-Centrale mit einem Kostenaufwande von 1111 fl. 50 kr., und

7. Auflassung der Telephonstationen im XIX. Bezirke: 1. Nussdorferstraße 127, Schule, 2. Nussdorferstraße 91, Sicherheitswachstube, 3. Wienerstraße 17, Sicherheitswachstube (bedeckt XX 7).

Diese Herstellungen haben durch das Telegraphenbaupersonale der städtischen Feuerwehr zu erfolgen. (Angenommen.)

(1661.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Theodor Scholz, Gerbergehilfen, um Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(1538.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über die Sicherstellung des Bettstrohes für das Waisenhaus in Klosterneuburg und beantragt, auch im Jahre 1895 das Bettstroh für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg im Handeinkaufe beizustellen. (Angenommen.)

(1399.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Baumgarten um Beistellung von Monturen und Ausrüstungsgegenständen und beantragt, für dieselbe Monturen und Ausrüstungsgegenstände (mit Ausnahme der Waffenröcke) mit dem Betrage von 864 fl. 3 kr. anzuschaffen, die Anschaffung hat in der vom Magistrate beantragten Weise zu erfolgen (bedeckt). (Angenommen.)

(1625.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Ober-Sievering um Subvention und Anschaffung eines Schlauchhaspels und beantragt durch das Commando der städtischen Feuerwehr einen neuen Schlauchhaspel sammt 10 Stück Schläuchen und sonstiger Ausrüstung im currenten Wege anzuschaffen und wird hiefür der Betrag von 670 fl. 88 kr. genehmigt. Zur Bestreitung kleinerer Auslagen pro 1895 wird dieser Feuerwehr eine Subvention per 100 fl. und zur Honorierung eines Feuerwehrdieners mit 15 fl. monatlich zusammen eine Barsubvention von 280 fl. gegen seinerzeitige Verrechnung bewilligt (bedeckt).

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1441.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Peter Rosine, Hausbesitzerin;
Narbeshuber Karl, Privatbeamter;
Reinecker Francisca, Näherin;
Franke Joh. Josef, Anstreichergehilfe;
Adler Richard Ferdinand Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Wallner Karl, Wäscheputzer;
Pantsch Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;
Kuß Johann Georg, Verkehrsbeamter;
Klusacek Johann, Drechsler;
(1440.) Gödrich Theresia, Näherin;
Wolleck Franz, Branzearbeitergehilfe;
Kneirek Franz, Tischlereiwerkführer;
Kraunar Wenzel, Schuhmachergehilfe;
Meindl Anton, Metalldrehergehilfe;
Brany Johann, Maurergehilfe;
Lasar Josef, Schuhmachergehilfe;
Rziha Wenzel, Zimmermann;
Schweter Franz Jennson, Metallausschneider (XVI. Bezirk);

(1664.) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband für:

Jasso Franz, Aushilfs-Kanzleidiener;
Faulhaber Augustin, Hausbesorger. (XV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(1710.) **St.-R. Schlechter** referiert über den neuerlichen Bericht wegen Verkauf der im XVII. Bezirke, Rötzergasse, deponierten Wasserleitungsröhren und von Bruchstücken und beantragt die Genehmigung des Offertes von A. Hermann Frankel & Söhne als Bestbieterin (per 100 kg ab Lagerplatz 4 fl. 19 kr.) (Angenommen.)

(1681.) **Derselbe** referiert über die Cassierung von sechs Auslaufbrunnen in dem Bezirkstheile Währing und Wiederaufstellung

derselben in dem Bezirkstheile Gersthof, XVIII. Bezirk, und beantragt, die Cassierung von sechs Auslaufbrunnen der Hochquellenleitung in der ehemaligen Vorortegemeinde Währing an den im vorgelegten Plane B bezeichneten Stellen und deren Wiederaufstellung in der ehemaligen Vorortegemeinde Gersthof an den Endpunkten der Niederdruckzone (mit dem sub Rubrik XXVI 1 c bedeckten beiläufigen Kostenbetrage von 1100 fl.) und deren Dotierung mit je 114 hl Wasser täglich zu bewilligen.

Der Magistrat wird beauftragt, wegen Auflassung von weiteren Auslaufbrunnen im Bezirke Währing entsprechende Anträge vorzulegen.
(Angenommen.)

(1486.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Gürtler- und Ciseleure um Subvention für die fachliche Fortbildungsschule und beantragt, derselben eine Subvention von 1000 fl. pro 1895 zu bewilligen.
(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1683.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Transportkosten für sichergestellte Effecten von Vermissten *x*c. nach 12 Parteien per 31 fl. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1492, 1493, 1494, 1658, 1657, 1544.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Reducierung, beziehungsweise Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebüren von Parteien aus dem II., V. und VI. Bezirke und beantragt, die diesfalls von den bezüglichen magistratischen Bezirksämtern gestellten Anträge auf Abschreibung beziehungsweise Reducierung zu genehmigen. (Angenommen.)

(1601.) **Derselbe** referiert über die Protokolle der Sitzungen der Bezirksausschüsse, und zwar des I. Bezirkes vom 30. Jänner und 13. Februar, des II. Bezirkes vom 30. Jänner, 6. Februar und 13. Februar, des III. Bezirkes vom 24. Jänner und 14. Februar, des IV. Bezirkes vom 4. Februar, des VI. Bezirkes vom 13. Februar, des VII. Bezirkes vom 13. Februar l. J., des VIII. Bezirkes vom 20. December und 28. December v. J., vom 24. Jänner l. J., des X. Bezirkes vom 16. Februar, des XI. Bezirkes vom 25. Jänner, 15. Februar, des XII. Bezirkes vom 15. Februar, des XIII. Bezirkes vom 22. Jänner, des XIV. Bezirkes vom 22. Jänner, des XV. Bezirkes vom 28. Jänner und 11. Februar l. J., des XVI. Bezirkes vom 22. December v. J., des XVII. Bezirkes vom 30. Jänner, 14. Februar, des XVIII. Bezirkes vom 25. Jänner, 15. Februar, des XIX. Bezirkes vom 25. Jänner, 15. Februar l. J. und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(820.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über den anlässlich der Budgetdebatte vom 22. Februar 1895 gefassten Gemeinderaths-Beschluss wegen Einholung eines Gutachtens von Sachverständigen über die Art der Desinfection am Central-Viehmarkte und beantragt:

1. Mit Rücksicht auf das Gutachten der Veterinär-Abtheilung des Marktamtes ist in Hinkunft bei Durchführung des Reinigungs- und Desinfectionsverfahrens am Wiener Central-Viehmarkte St. Marx das Hauptgewicht auf eine gründliche Abwaschung und Abspülung der betreffenden Stände, Plätze, Localitäten zu legen. Als Desinfectionsmittel sind in der Folge in erster Linie 2 Percent Lauge oder 6 Percent Sodalösung unter nachträglicher Anwendung von 3 Percent Lysollösung in Gebrauch zu nehmen.

2. Das Stadtbauamt wird angewiesen, über die Frage der Beschaffung warmen Wassers zum Zwecke der Reinigung und Desinfection am Central-Viehmarkte Anträge zu stellen. (Angenommen.)

(1072.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Offerte des Josef Hartmann und Theresia Plank auf Theile der Linienwallparcelle 260/3, 260/2, IV., Alleegasse 60, und beantragt:

1. Die Zurückziehung des Offertes der Theresia Plank auf käufliche Überlassung des an ihre Realität Nr. 60 Alleegasse angrenzenden Linienwallgrundes sei zur Kenntnis zu nehmen.

2. Das Offert des Josef Hartmann auf käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 260/3, Einl.-Z. 48, und eines Theiles der ehemaligen Linienamtsrealität Südbahn Cat.-Parc. 260/2, Einl.-Z. 48, IV. Bezirk, im Gesammtausmaße von circa 567 m² um den Pauschalbetrag von 18.000 fl. wird in Hinblick auf das zu geringe Preisanbot abgelehnt.

3. Die der Eleonore Kohler v. Dammwehr im städtischen Hause Nr. 60 Alleegasse, IV. Bezirk, vermieteten Localitäten sind im Mai pro Augusttermin zu kündigen, bei Wiedervermietung derselben ist nur mehr auf eine einmonatliche Kündigung einzugehen.
(Angenommen.)

(1521.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Hausinspection der Österr.-ungar. Bank um Gestattung der Vornahme der Canalräumung in dem neuerworbenen Hause I., Freyung 1, vom 1. Jänner 1895 in eigener Regie und beantragt, diesem Ansuchen Folge zu geben. (Angenommen.)

(9647.) **Derselbe** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für die Realität des Leopold Wöginger, Dornbach, Hauptstraße 117, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894 L.-G.- und V.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebür für obiges Haus vorläufig auf 197 fl. 40 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(1451.) **Derselbe** referiert über die Abschreibung von Canaleinmündungsgebüren nach Dungl für unverbaute Bauplätze an der Gersthoferstraße, Währing, und beantragt die Löschung dieser Vorschreibung vorbehaltlich der Einhebung der Canaleinmündungsgebür im Falle der seinerzeitigen Verbauung dieser Bauplätze in Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Jänner 1890, L.-G.-Bl. Nr. 9. (Angenommen.)

(1282.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 10. Jänner 1895, Z. 103063, puncto Project der Wiener Tramway-Gesellschaft für die Umwandlung des in der Matzleinsdorferstraße bestehenden Arbeitsgeleises in eine Betriebsstrecke und Verlegung der Kopfstation der Linie Matzleinsdorf und beantragt die Kenntnisnahme.
(Angenommen.)

(1276.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Fuschik um Abschreibung einer restlichen Canaleinmündungsgebür für das Haus XIV., Steinergasse 4, und beantragt die Abweisung.
(Angenommen.)

(1275.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Groß um Nachsicht der Zahlung der Canaleinmündungsgebüren für XIV., Märzstraße 74, Huglgasse 23, und beantragt die Abweisung.
(Angenommen.)

(433.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines „Machsike Thora" gegen baupolizeiliche Verfügungen bezüglich des israelitischen Bethauses V., Hofgasse 2, und beantragt die Abweisung.
(Angenommen.)

(1345.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes über die Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes vom 15. Februar 1895 bezüglich der Sistierung des vom Wiener Magistrate an die Wiener Tramway-Gesellschaft erlassenen Verbotes des Bestreuens des Pflasters zwischen den Schienen mit Sand und wegen Nichtaufnahme einer von der Gemeinde begehrten Bedingung in den Consens zur Anlage eines Wagenaufstellungsgeleises am Schottenring und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1050.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über den Ankauf des Hauses XVI., Ottakring, Langegasse Nr. 11, behufs Errichtung eines Volksbades im XVI. Bezirke, und beantragt den Ankauf dieses Hauses um den Betrag von 18.000 fl. unter den im Protokolle vom 21. Februar 1895 formulierten Bedingungen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Ad 1530.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Theodor und Georg Meichl, Brauereibesitzer in Simmering, um Baubewilligung XI., Hauptstraße Nr. 99, und beantragt, dem Ansuchen um Bewilligung eines Mittelrisalites mit einem Vorsprunge von 0·30 cm über die Baulinie in einer Länge von 13·80 m, ferner bei den zwei Seitenrisaliten je zwei Thorportallesenen mit einem Vorsprunge von 20 m und einer Länge von 0·65 m gegen dem zuzustimmen, dass die Zurückrückung hinter die Baulinie unentgeltlich erfolge, resp. dass der hiedurch hinter der Baulinie entstehende unverbaute Grund unentgeltlich abgetreten werde, und dass die Compensation des zur Risalitanlage erforderlichen Grundes mit einer doppeltgroßen Fläche des zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grundes erfolge.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1794.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 4. März 1895, betreffend das Project für den Umbau des C. Panady'schen Stiftungshauses I., Laurenzerberg 5, und beantragt, es mögen die Vertreter der Gemeinde zur Erklärung ermächtigt werden, dass im Hinblicke auf die genehmigte Baulinie die Gemeinde Wien gegen das Project keine Einwendung erhebt, und dass für den Fall der Durchführung des Riehl'schen Projectes es Sache des Unternehmers sein werde, sich wegen der Erwerbung des Panady'schen Stiftungshauses mit der Stiftung ins Einvernehmen zu setzen.

Gegen die projectierten Risalite werde kein Anstand erhoben, jedoch die Einlösung des hiefür erforderlichen Grundes um den Einheitspreis von 300 fl. per Quadratmeter gefordert, da die Schadloshaltung für die nach Competenz der einzubeziehenden gegen eine entsprechende Fläche der abzutretenden Grundfläche verbleibende Grundabtretung mit dem Pauschalbetrage von 10.000 fl. vereinbart worden ist.

Für die Lichteinfallsöffnungen wird ein jährlicher Platzzins von 2 fl. per Stück (unter der Voraussetzung, dass dieselben innerhalb des Sockels zu liegen kommen) verlangt.

Von einer grundbücherlichen Sicherstellung werde, mit Rücksicht auf die Unwahrscheinlichkeit des Eigenthumsüberganges an eine andere Person, abgesehen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(253.) **Derselbe** referiert über die Besetzung für zwei erledigte Accessistenstellen im Status des Marktamtes und beantragt:

Der Kanzleiaccessist Otto Haßenbauer ist dem Marktamte definitiv zuzuweisen und demselben die bisher nicht zur Besetzung gelangte Accessistenstelle der XI. Rangclasse mit dem Range nach dem Accessisten Franz Gubo zu verleihen.

Eine weitere in Erledigung gekommene Accessistenstelle im Marktamte in der XI. Rangclasse ist dem Kanzleipraktikanten Gustav Wächtler zu verleihen. (Angenommen.)

(1638.) **Derselbe** referiert über Besetzungen im Marktamte und beantragt, die erledigte Marktinspectorstelle der IX. Rangclasse dem Marktcommissär in der X. Rangclasse, 1. Kategorie Gustav Künstler, die erledigte Marktcommissärstelle X. Rangclasse 1. Kategorie dem Marktcommissär X. Rangclasse 2. Kategorie Franz Frohwent, die Marktcommissärstelle X. Rangclasse 2. Kategorie dem Marktaccessisten Johann Weinlich zu verleihen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(739.) **St.-R. Wurm** referiert über den Verkauf der dem Wiener allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen Häuser Nr. 33 und 35 Wipplingerstraße, I. Bezirk, und beantragt:

Die dem Wiener allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen Häuser I., Wipplingerstraße 33, Grundb.-Einl. 1433 und Wipplingerstraße 35, Grundb.-Einl. 1434, werden auf Grund der durchgeführten Offertverhandlung der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, und zwar ersteres um den offerierten Kaufpreis von 50.000 fl. und letzteres um den offerierten Kaufpreis von 222.310 fl., zusammen daher um 272.310 fl. zum Zwecke des Umbaues unter nachstehenden Modalitäten verkauft:

1. Die Gemeinde Wien begnügt sich mit einer Anzahlung von 50.000 fl., welche die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer binnen acht Tagen nach erfolgter Verständigung bei der städtischen Hauptcassa zu bezahlen hat.

2. Der sohin verbleibende Kaufschillingsrestbetrag von 222.310 fl. wird der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer gegen eine vierpercentige (4%) halbjährig im vorhinein zu erfolgende Verzinsung insolange unkündbar belassen, als die Gemeinde Wien in Gemäßheit des § 21, Abs. 4 des Gesetzes vom 29. Juni 1868, R.-G.-Bl. Nr. 85, verpflichtet erscheint, der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer die Räumlichkeiten auf ihre Kosten beizuschaffen.

3. Die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer verpflichtet sich, die nach den Baulinien einzubeziehenden Flächen nach Abzug der für Risalite in Anspruch genommenen Flächen mit dem Einheitspreise zu bezahlen, der sich aus dem Verkaufspreise von 272.310 fl. ergibt.

4. Die Gemeinde Wien ertheilt ihre Zustimmung, dass der oberwähnte Kaufschillingsbetrag auf der Bauarea der obbezeichneten Häuser am zweiten Platze nach dem von der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer aufzunehmenden und auf dieser Bauarea primo loco sicherzustellenden Hypothekardarlehen im Höchstbetrage von 270.000 fl. auf Kosten der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer zu Gunsten der Gemeinde Wien noe. des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes grundbücherlich sichergestellt werde.

5. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer für die von derselben in dem neuzuerbauenden Hause innezuhabenden Localitäten sammt Nebenräumen ein Mietzinspauschale in dem nicht erhöhbaren Betrage von 10.000 fl. für solange zu bezahlen, als die im § 21, Abs. 4 des Gesetzes vom 29. Juni 1868, R.-G.-Bl. Nr. 85, der Gemeinde auferlegte Verpflichtung aufrecht besteht.

Diese Leistung per 10.000 fl. jährlich beginnt mit November 1895.

6. Die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer verpflichtet sich, in dem neuzuerbauenden Hause für eine genügende Anzahl geeigneter und stets ausreichender Amtslocalitäten Vorsorge zu treffen, und verzichtet für alle Zukunft auf eine Erhöhung des Mietzinspauschales, Verfügungstellung von größeren Localitäten (§ 21, Abs. 4 des Gesetzes vom 29. Juni 1868) und auf jede Beitragsleistung der Gemeinde zu einer eventuellen Neueinrichtung.

7. Die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer verpflichtet sich, die Zinsen und die Amortisation der ersten Satzpost, welche in Annuitäten rückzahlbar aufzunehmen ist, pünktlich zu bezahlen.

8. Beim Aufhören der im § 21, Abs. 4 des Gesetzes vom 29. Juni 1868, R.-G.-Bl. Nr. 85, bezeichneten Verpflichtung der Gemeinde wird die Kaufschillingsrestforderung derselben binnen Jahresfrist ohne Kündigung fällig.

9. Die auf dem Hause Nr. 33 Wipplingerstraße bestehenden Satzschulden bestreitet die Gemeinde noe. des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes als Verkäuferin.

10. Die Kosten des Vertrages und die Übertragungsgebüren werden zu gleichen Theilen getragen.

11. Das Übereinkommen wird nur durch die Genehmigung der Regierung perfect; sollte die Genehmigung nicht innerhalb vier Wochen erfolgen, so werden diese Vereinbarungen hinfällig.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Offerte des Christian Mörzinger-Cabos, des Julius Ritter Leon v. Wernburg, des Emil Ritter v. Forster abzulehnen.

Referenten-Antrag sowie der Antrag des St.-R. Dr. Lueger angenommen; an den Gemeinderath.

(1725.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Christian Mörzinger-Cabos um Ausfolgung des Vadiums für den Ankauf der dem Wiener allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen Häuser Nr. 33 und 35 Wipplingerstraße, I. Bezirk, und beantragt die Ausfolgung des Vadiums. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

(Verwaltungsbericht pro 1889 bis 1893.) Der Bericht des Bürgermeisters Dr. Grübl über die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien in den Jahren 1889 bis 1893 ist gestern im Verlage des k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändlers Wilhelm Braumüller erschienen.

* * *

(Neu- und Ersatzwahlen für den Gemeinderath der Stadt Wien, sowie die Ergänzungswahlen für den Bezirksausschufs des X. Gemeindebezirkes.)

Behufs Durchführung der auf Grund des § 22 des Gemeindestatutes für Wien vorzunehmenden Neu- und Ersatzwahlen für den Gemeinderath wird folgendes bekanntgemacht.

Durch diese Wahlen wird die Ergänzung des Gemeinderathes sowohl für die nach § 22, Absatz 2, austretenden 46 Mitglieder, als auch gleichzeitig für jene Mitglieder bewirkt, welche vor Ablauf der Functionsdauer ausgeschieden sind.

Die ersteren 46 Mitglieder des Gemeinderathes werden im Wege der Neuwahl für eine sechsjährige, die letzteren hingegen durch Ersatzwahl für die unten bezeichnete Functionsdauer gewählt. Gleichzeitig werden hiemit die nach § 36 des Gemeindestatutes vorzunehmenden Ergänzungswahlen für den Bezirksausschuss des X. Gemeindebezirkes ausgeschrieben.

Für alle diese Wahlacte werden amtliche Stimmzettel ausgegeben und ist jeder andere nicht behördlich ausgegebene Stimmzettel ungiltig.

Die Stimmzettel sind in allen Rubriken vollständig auszufüllen und auf denselben so viele Candidaten namhaft zu machen, als auf den Wahlkörper des betreffenden Bezirkes entfallen.

Die Herren Wähler werden eingeladen, sich am unten angesetzten Tage an dem für jeden Wahlbezirk bestimmten Orte mit ihren Legitimationsurkunden persönlich einzufinden.

Für verloren gegangene oder unbrauchbar gewordene Legitimationsurkunden respective Stimmzettel werden jedem Wahlberechtigten über persönliches Verlangen im Steuer- und Wahlcataster, I., neues Rathhaus, Stiege 8, Hochparterre, und am Wahltage selbst durch den Vorsitzenden der Wahlcommission Duplicate ausgefolgt, wenn die Identität des Wählers zweifellos sichergestellt ist.

Die Abgabe der Stimmzettel beginnt an jedem Wahltage um 8 Uhr morgens und wird um 4 Uhr nachmittags beendet, daher auf Wähler, welche nach Schluss der Stimmenabgabe erscheinen, keine Rücksicht genommen werden kann. Genau um 4 Uhr nachmittags werden die Thüren des Wahllocales geschlossen und können von da an nur mehr diejenigen, welche sich zu dieser Zeit im Wahllocale befinden, ihre Stimmen abgeben.

Nach Schluss der Stimmenabgabe wird die Eröffnung der Stimmzettel und die Stimmenzählung in Gegenwart der sich etwa einfindenden Wähler vorgenommen.

Als gewählt sind diejenigen anzusehen, welche die absolute Mehrheit der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten haben.

Haben mehr Personen, als zu wählen waren, die absolute Mehrheit erhalten, so sind diejenigen als gewählt anzusehen, auf welche die größte Stimmenanzahl entfallen ist.

Konnte ein Ergebnis durch die erste Abstimmung nicht erzielt werden, so ist rücksichtlich der noch zu Wählenden zu der engeren Wahl zu schreiten.

Das Recht, sich an der engeren Wahl zu betheiligen, ist durch die Betheiligung an der ersten Wahlhandlung nicht bedingt.

Bei der engeren Wahl sind die Wähler an die Abgabe behördlich ausgefertigter Stimmzettel nicht gebunden.

Sie haben sich auf jene Personen zu beschränken, die bei der ersten Wahl nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten. Bei Stimmengleichheit wird durch das Los entschieden, wer in die engere Wahl einbezogen werden soll.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Mitglieder.

Jede Stimme, welche auf eine nicht die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

Als gewählt bei der engeren Wahl sind diejenigen anzusehen, welche die meisten der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten haben. Ergibt sich bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.

Einwendungen gegen die stattgefundenen Wahlen sind innerhalb der acht auf den Wahltag folgenden Tage bei dem Stadtrathe der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien einzubringen.

Die Wahlen finden an folgenden Tagen statt:

Für den III. Wahlkörper: am 28. März 1895, die eventuelle engere Wahl am 30. März 1895.

Für den II. Wahlkörper: am 1. April 1895, die eventuelle engere Wahl am 3. April 1895.

Für den I. Wahlkörper: am 4. April 1895, die eventuelle engere Wahl am 6. April 1895.

Ort und Anzahl der vorzunehmenden Wahlen.

I. Wahlbezirk: Innere Stadt.

Die Herren Wähler aus dem		Ort der Wahlen	Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper	I. Section A—H	Altes Rathhaus, I., Wipplingerstraße 8, Gemeinderaths-Sitzungssaal im 2. Stock	7 Neuwahlen
	II. Section I—Q	Altes Rathhaus, I., Wipplingerstraße 8, rother Saal im 2. Stock	
	III. Section R—Z	Amtslocale des Armeninstitutes, I., Am Hof 9, 1. Stock	
I. Wahlkörper	I. Section A—L	Altes Rathhaus, I., Wipplingerstraße 8, Gemeinderaths-Sitzungssaal im 2. Stock	1 Ersatzwahl mit 4jähriger Functionsdauer
	II. Section M—Z	Altes Rathhaus, I., Wipplingerstraße 8, rother Saal im 2. Stock	

II. Wahlbezirk: Leopoldstadt.

Die Herren Wähler aus dem		Ort der Wahlen	Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
III. Wahlkörper	I. Section A—E	Gemeindehaus, II., Kleine Sperlgasse 10, 2. Stock, großer Sitzungssaal	1 Ersatzwahl mit 2jähriger Functionsdauer
	II. Section F—H	Gemeindehaus, II., Kleine Sperlgasse 10, Armeninstitut, ebenerdiger Saal	
	III. Section I—L	Communal-Real-Obergymnasium, II., Kleine Sperlgasse 2, Turnsaal	
	IV. Section M—R	Städtische Volksschule, II., Kleine Sperlgasse 2, Turnsaal	
	V. Section S—Z	K. k. Unterrealschule, II., Glockengasse 2, Turnsaal	
II. Wahlkörper	I. Section A—L	Gemeindehaus, II., Kleine Sperlgasse 10, 2. Stock, großer Sitzungssaal	4 Neuwahlen
	II. Section M—Z	Gemeindehaus, II., Kleine Sperlgasse 10, Armeninstitut, ebenerdiger Saal	
I. Wahlkörper		Gemeindehaus, II., Kleine Sperlgasse 10, 2. Stock, großer Sitzungssaal	1 Ersatzwahl mit 4jähriger Functionsdauer

III. Wahlbezirk: Landstraße.

Die Herren Wähler aus dem		Ort der Wahlen	Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper	I. Section A—H	Gemeindehaus, III., Gemeindeplatz 3, Sitzungssaal im 1. Stock	3 Neuwahlen
	II. Section I—Q	Gemeindehaus, III., Gemeindeplatz 3, großer Sitzungssaal im 2. Stock	
	III. Section R—Z	Gemeindehaus, III., Gemeindeplatz 3, Armeninstitutslocal im Parterre	

IV. Wahlbezirk: Wieden.

Die Herren Wähler aus dem		Ort der Wahlen	Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper	I. Section A—L	Gemeindehaus, IV., Schäffergasse 3, Hauptstiege, Sitzungssaal	3 Neuwahlen
	II. Section M—Z	Gemeindehaus, IV., Schäffergasse 3, Hauptstiege, großer Saal	

V. Wahlbezirk: Margarethen.

Die Herren Wähler aus dem		Ort der Wahlen	Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper		Gemeindehaus, V., Hundsthurmerstraße 58, Sitzungssaal im 1. Stock	2 Neuwahlen

VI. Wahlbezirk: Mariahilf.

Die Herren Wähler aus dem		Ort der Wahlen	Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
III. Wahlkörper	I. Section A—H	VI., Amerlingstr. 6 (Eszterházypalais), Sitzungssaal, Parterre	1 Ersatzwahl mit 2jähriger Functionsdauer
	II. Section I—Q	VI., Chwallagasse 4, Armengelderauszahlungslocale	
	III. Section R—Z	VI., Amerlingstr. 11 (Bezirksamtsgebäude), ehem. Sitzungssaal des Bezirksausschusses	
II. Wahlkörper	I. Section A—L	VI., Amerlingstr. 6 (Eszterházypalais), Sitzungssaal, Parterre	2 Neuwahlen
	II. Section M—Z	VI., Chwallagasse 4, Armengelderauszahlungslocale	

VII. Wahlbezirk: Neubau.

Die Herren Wähler aus dem		Ort der Wahlen	Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper	I. Section A—L	Gemeindehaus, VII., Neubaugasse 25, Sitzungssaal im 1. Stock	3 Neuwahlen
	II. Section M—Z	Gemeindehaus, VII., Neubaugasse 25, Saal im 1. Stock (Volksbibliothek)	

VIII. Wahlbezirk: Josefstadt.

Die Herren Wähler aus dem		Ort der Wahlen	Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper	I. Section A—L	Gemeindehaus, VIII., Schmidgasse 18, Sitzungssaal	2 Neuwahlen
	II. Section M—Z	Turnsaal der städt. Volksschule, VIII., Piaristengasse 45	

IX. Wahlbezirk: Alsergrund.

Die Herren Wähler aus dem		Ort der Wahlen	Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper	I. Section A—H	Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Sitzungssaal im 1. Stock	3 Neuwahlen
	II. Section I—Q	Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Sitzungssaal im 2. Stock	
	III. Section R—Z	Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Armeninstitutslocal im Parterre	

X. Wahlbezirk: **Favoriten.**

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
III. Wahlkörper	I. Section A—L	Gemeindehaus, X., Keplerplatz 5, Sitzungssaal im 1. Stock	1 Ersatzwahl mit 2jähriger Functionsdauer für den Gemeinderath
	II. Section M—Z	Gemeindehaus, X., Simmeringerstraße 130, großer Saal im 1. Stock	1 Ersatzwahl mit 2jähriger Functionsdauer für den Bezirksausschufs
II. Wahlkörper		Gemeindehaus, X., Keplerplatz 5, Sitzungssaal im 1. Stock	2 Neuwahlen für den Gemeinderath 1 Ersatzwahl mit 2jähriger Functionsdauer für den Bezirksausschufs
I. Wahlkörper		Gemeindehaus, X., Keplerplatz 5, Sitzungssaal im 1. Stock	3 Ersatzwahlen mit 2jähriger Functionsdauer für den Bezirksausschufs

XI. Wahlbezirk: **Simmering.**

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
III. Wahlkörper		Turnsaal der städtischen Volks- und Bürgerschule, XI., Entplatz 4	1 Ersatzwahl mit 2jähriger Functionsdauer
II. Wahlkörper		Gemeindehaus, XI., Simmeringer Hauptstraße 76, Sitzungssaal im 1. Stock	1 Neuwahl

XII. Wahlbezirk: **Meidling.**

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper		Gemeindehaus, XII., Unter-Meidling, Hauptstraße 4, Sitzungssaal im 1. Stock	2 Neuwahlen

XIII. Wahlbezirk: **Hietzing.**

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
III. Wahlkörper		Amtshaus, XIII., Wattmanngasse 12, Sitzungssaal im 2. Stock	1 Ersatzwahl mit 2jähriger Functionsdauer
II. Wahlkörper		Amtshaus, XIII., Wattmanngasse 12, Sitzungssaal im 2. Stock	1 Neuwahl

XIV. Wahlbezirk: **Rudolfsheim.**

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper		Gemeindehaus, XIV., Dadlergasse 16, Gemeindekanzlei	2 Neuwahlen

XV. Wahlbezirk: **Fünfhaus.**

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper		Gemeindehaus, XV., Rosinagasse 4, Sitzungssaal im 1. Stock	2 Neuwahlen

XVI. Wahlbezirk: **Ottakring.**

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper		Gemeindehaus, XVI., Neulerchenfelderstraße 52, Sitzungssaal im 1. Stock	2 Neuwahlen
I. Wahlkörper		Gemeindehaus, XVI., Neulerchenfelderstraße 52, Sitzungssaal im 1. Stock	1 Ersatzwahl mit 4jähriger Functionsdauer

XVII. Wahlbezirk: **Hernals.**

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper		Amtshaus, XVII., Elterleinplatz 14, großer Sitzungssaal im 1. Stock	2 Neuwahlen

XVIII. Wahlbezirk: **Währing.**

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper	I. Section A—L	Amtshaus, XVIII., Martinsstraße 100, großer Sitzungssaal im 1. Stock	2 Neuwahlen
	II. Section M—Z	Amtshaus, XVIII., Martinsstraße 100, Sitzungssaal im Mezzanin	

XIX. Wahlbezirk: **Döbling.**

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
II. Wahlkörper		Amtshaus, XIX., Gatterburggasse 14, Sitzungssaal des Bezirksausschusses	1 Neuwahl

Schul-Angelegenheiten.

Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

(Sitzung vom 6. März 1895.)

Ein Antrag, bei der Ausfertigung von Remunerations-anweisungs-Decreten an die in Verwendung genommenen provisorischen Unterlehrer von einer Terminbestimmung, bis zu welchen sie in Verwendung genommen werden, Umgang zu nehmen, wird der I. Fachsection zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Ein Antrag, dass 1. der Director einer Volks- und Bürgerschule, wenn er die der Classenanzahl der Bürgerschule entsprechende Zahl von Unterrichtsstunden an der Bürgerschule ertheilt und an dieser Anstalt zur Supplierung herangezogen wird, nicht auch zur Supplierung an der Volksschule verpflichtet sei. 2. Bei Erkrankungen mehrerer Lehrkräfte an einer Volks- und

Bürgerschule, wenn der Personal-Unterlehrer nicht genügt, dem Director sofort die nothwendigen Aushilfslehrer zugewiesen werden, welche die Lehrkräfte an der Volksschule zu vertreten haben, wird der II. Fachsection zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Magistrat wird ersucht, den Schulbau in der Brigittenau seiner besonderen Dringlichkeit halber auf das thunlichste zu fördern und behufs Einrichtung von Bürgerschulclassen die Schulleiterwohnung II. Bezirk, Gerhardusgasse 7, zu Lehrzimmern adaptieren zu lassen.

Bezüglich des Ansuchens eines Bürgerschullehrers um Anrechnung einer in provisorischer Stellung im k. k. Taubstummen-Institute in Wien zugebrachten Dienstzeit für die Quinquennalzulagen wird im abweislichen Sinne an den k. k. n.-ö. Landesschulrath berichtet.

Einem Volksschullehrer wird die dritte Dienstalterszulage zuerkannt und der Magistrat ersucht, deren Flüssigmachung vom 1. Jänner 1892 an zu veranlassen.

Einem Bürgerschullehrer wird gegen Zustimmung des Wiener Stadtrathes und des k. k. n.-ö. Landesschulrathes für eine ohne ordnungsmäßige Bestellung geleistete Supplierung des französischen Sprachlehrers die auf die bezügliche Zeitdauer entfallende Quote der seinerzeit für die nicht geprüften französischen Lehrer systemisiert gewesenen Remuneration jährlich 30 fl. für eine wöchentliche Unterrichtsstunde bewilligt.

Einem Bürgerschullehrer wird die Verwendungsdauer als französischer Sprachlehrer vom 16. September 1884 an gerechnet und sonach vom 16. September 1894 an gegen Zustimmung des Wiener Stadtrathes und Genehmigung des k. k. n.-ö. Landesschulrathes die höhere Remuneration bewilligt.

Das Ansuchen der Leitung einer Knaben- und Mädchen-Bürgerschule um Zuerkennung der Remuneration für vier Überstunden für einen Bürgerschullehrer, welcher in Gegenständen der I. Gruppe durch 13, in Gegenständen der II. Gruppe durch 12 wöchentliche Stunden Unterricht ertheilt, wird bewilligt.

Auf Grund des amtlichen Nachweises, dass von den systemisierten 77 Director-, 216 Oberlehrer-, 611 Bürgerschullehrer-, 1493 Volksschullehrer- und (mit Ausschluss der provisorischen 194 sogenannten Personallehrer-) 560 Unterlehrerstellen gegenwärtig 65 Director-, 202 Oberlehrer-, 577 Bürgerschullehrer-, 1408 Volksschullehrer- und 462 Unterlehrerstellen besetzt sind, und bereits 11 Director-, 14 Oberlehrer-, 23 Bürgerschullehrer-, 57 Volksschullehrer- und 83 Unterlehrerstellen zur Ausschreibung gelangten, wird beschlossen, dass noch weiters an Knabenschulen 12 Lehrstellen und an Mädchenschulen 1 Schulleiterstelle und 40 sonstige Lehrstellen nachträglich zur Ausschreibung zu kommen haben.

Ferner wird beim k. k. n.-ö. Landesschulrathe beantragt, dass von diesen 41 Stellen an Mädchenschulen 1 für männliche, 29 für weibliche und 11 für beiderlei Bewerber auszuschreiben seien.

Ein Antrag, dass die derzeit provisorisch besetzten systemisierten Personallehrerstellen behufs Besetzung mit definitiven Unterlehrern ausgeschrieben werden, wird einem Comité zugewiesen.

Schließlich werden zwei Disciplinar-Angelegenheiten erledigt.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 10. März bis 16. März 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 270.689 kg (Davon aus Niederösterreich — 164.372; aus Ober-Österreich — 1710; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Mähren — 6356; aus Galizien — 71.142; aus Ungarn — 24.500; aus der Bukowina — 2609; aus Krain — —; aus Croatien —; aus Böhmen — — kg)

Kalbfleisch . . . 38.352 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 1124; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 320; aus Galizien — 35.283; aus Ungarn — 1555; aus der Bukowina — 70 kg)

Schaffleisch . . . 1834 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 81; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 7; aus Galizien — 394; aus Ungarn — 1342; aus Croatien — —; aus der Bukowina — 10 kg)

Schweinfleisch . . 54.539 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 22.307; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 436; aus Steiermark — —; aus Mähren — 1887; aus Galizien — 20.508; aus Ungarn — 9401; aus Croatien — —; aus der Bukowina — — kg)

Kälber . . . . 2.228 Stück (Davon aus Nieder-Österreich — 202; aus Ober-Österreich — 4; aus Salzburg — —; aus Mähren 42; aus Galizien — 1900; aus Ungarn — 72; aus der Bukowina — 8; aus Croatien — — St.)

Schafe . . . . 143 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 118; aus Ober-Österreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 3; aus der Bukowina — 3; aus Ungarn — 19; aus Croatien — — St.)

Schweine . . . 891 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 124; aus Mähren — 39; aus Galizien — 683; aus Böhmen — —; aus Ungarn — 45 St.)

Lämmer . . . . 795 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 406; aus Mähren — 41; aus Galizien — 4; aus Ungarn — 344 St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleich	von 30	bis 64	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ 50	„ 90	„	„	„
Kalbfleisch		„ 30	„ 76	„	„	„
Schaffleisch		„ 48	„ 56	„	„	„
Schweinfleisch		„ 46	„ 66	„	„	„
Kälber		„ 36	„ 58	„	„	„
Schafe		„ 36	„ 50	„	„	„
Schweine		„ 46	„ 60	„	„	„
Lämmer		„ 3	„ 6	fl.	per	Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war im allgemeinen der vorwöchentlichen gleich; der Geschäftsverkehr war besonders zu Ende der Woche ein sehr lebhafter und wurden für Kalbfleisch, Schweinfleisch und Schweine um 2 kr. bessere Preise erzielt; Kälber erlitten einen Preisrückgang von 6 kr. Die übrigen Fleischwaren blieben im Preise unverändert.

* * *

Pferdemarkt vom 15. März 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 478 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	120—380 fl.	per Stück.
„ Schlachtpferde	23— 51 „	„

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 18. März 1895.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3018, Weidevieh —, Beinlvieh 821.

Summa . 3839.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	2031
Galizische „	435
Deutsche „	1291
Büffel „	82

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3059
Stiere	349
Kühe	431

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht **mit** Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	51	bis	64	fl.
(extrem	„	65	„	66	„)
Galiz. Schlachtthiere	„	52	„	62	„
(extrem	„	—	„	63	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	53	„	67	„
(extrem	„	—	„	68	„)
Weidevieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 45%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt &c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt &c., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht **ohne** Percentabzug:

Ochsen	von	22	bis	33½	fl.
Stiere	„	23	„	36	„
Kühe	„	23	„	33	„
Büffel	„	18	„	26	„
Beinlvieh	„	17	„	21	„
Weidevieh	„	—	„	—	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 35 bis 85 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	10 Stück
Beinlvieh	21 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 843 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war ziemlich lebhaft, daher die Preise trotz des vermehrten Angebotes keinen Druck erlitten haben.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 16. März 1895.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht per 1 hl 77—82 kg)	von	7 fl.	10 kr.	bis	7 fl.	70 kr.
Roggen	(„ „ 1 „ 72—77 „)	„	6 „	— „	„	6 „	45 „
Gerste		„	5 „	— „	„	8 „	75 „
Mais		„	7 „	15 „	„	7 „	55 „
Hafer		„	6 „	40 „	„	7 „	35 „

b) Mahlproducte.

Grieß		von	11 fl.	— kr.	bis	12 fl.	50 kr.
Weizenmehl	neue Type	„	7 „	30 „	„	12 „	30 „
	alte „	„	5 „	40 „	„	12 „	50 „
Roggenmehl		„	6 „	75 „	„	11 „	25 „
Weizenkleie		„	4 „	40 „	„	4 „	70 „
Roggenkleie		„	4 „	60 „	„	4 „	70 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 7. März bis 14. März 1895.

Waren eingelagert	6.783	Meter-Centner
„ ausgelagert	20.559	„

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 4557 Meter-Centner.

Lagerstand vom 14. März 1895: 285.524 Meter-Centner, und zwar:

55.270	Meter-Centner	Weizen,	69.896	Meter-Centner	Roggen,
56.893	„	Gerste,	27.157	„	Hafer,
2.414	„	Mais,	24.449	„	Ölsaaten,
11.370	„	Mehl u. Kleie,	1.742	„	Wein,
6.291	„	Zucker,	—	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,737.470 fl. öst. Währ.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Maul- und Klauenseuche in Graz und Eggenberg.

Die k. k. steiermärkische Statthalterei hat unterm 21. Februar 1895, Z. 20494, nachstehendes kundgemacht:

Da die Maul- und Klauenseuche amtlichen Nachrichten zufolge in der jüngsten Zeit im städtischen Schlachthause zu Graz und in mehreren Höfen der Stadt Graz und in Eggenberg constatiert worden ist und des weiteren auch in Bregenz, beziehungsweise Tirol-Vorarlberg aus Graz eingebrachtes Schlachtvieh mit dieser Seuche behaftet befunden wurde, und da der Grad der Verbreitung dieser Seuche noch nicht sichergestellt ist, so finde ich auf Grund der §§ 26 und 36 des allgemeinen Thierseuchengesetzes R.-G.-Bl. Nr. 35 und der Ministerial-Verordnung vom 8. December 1886, R.-G.-Bl. Nr. 172, bis auf weiteres folgendes anzuordnen:

1. Der Auftrieb von Nutzvieh auf die Viehmärkte der Stadt Graz ist bis auf weiteres verboten und es dürfen auf diese Viehmärkte ausschließlich nur Schlachtvieh und Pferde aufgetrieben werden.

2. Das gesammte zum Auftriebe gelangende Schlachtvieh muss im städtischen Schlachthause der Schlachtung unterzogen werden und es darf ein Abtrieb vom Viehmarkte in der Regel nur behufs vorübergehender Einstellung der Thiere in die vom Stadtrathe, beziehungsweise Schlachthaus-Inspectorate anzuweisenden Stallungen gestattet werden.

3. Ausnahmsweise kann zum Zwecke der Approvisionierung größerer an der Eisenbahn gelegener Consumorte Steiermarks und des politischen Bezirkes Graz Umgebung auf Grund schriftlicher Bewilligung der betreffenden politischen Bezirksbehörde der Abtrieb der in dieser Bewilligung genau anzugebenden und zur sofortigen Schlachtung bestimmten Zahl von Schlachtthieren der betreffenden bezugsberechtigten Partei unter behördlicher Aufsicht gegen dem gestattet werden, dass diese Schlachtthiere, vorausgesetzt, dass sie bei der unmittelbar vor dem Abtriebe vom Viehmarkte vorzunehmenden thierärztlichen Untersuchung als gesund und un-

verdächtig sich erweisen, vom Südbahnhofe Graz mittels Eisenbahn direct nach dem Consumorte verladen, bei der Ausladung in der Bestimmungsstation einer genauen thierärztlichen Untersuchung, eventuell auf Kosten der Partei unterzogen, sonach unter behördlicher Aufsicht direct in die betreffende Schlachtlocalität überstellt — und sofort geschlachtet werden.

4. Die Reinigung und Desinfection der entladenen Viehwaggons, sämmtlicher Ein- und Ausladeplätze, Viehplätze, Triebwege, Treppen und Rampen ist im Sinne des Gesetzes vom 19. Juli und der Durchführungs-Verordnung hiezu vom 7. August 1879, R.-G.-Bl. Nr. 108 und 109, aufs genaueste vorzunehmen.

5. Übertretungen dieser Anordnungen werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882, R.-G.-Bl. Nr. 51, bestraft.

* * *

Verbot der Ausfuhr von Klauenthieren aus dem Wiener Stadtgebiete mit Einschluss des Wiener Central-Viehmarktes zu St. Marx.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 1. März 1895, Z. 21270, nachstehendes kundgemacht:

Da die Maul- und Klauenseuche in jüngster Zeit in Wien in den Schlachthäusern zu St. Marx und Gumpendorf nachgewiesen worden ist und diese Seuche schon seit längerer Zeit auch in den Stallungen mehrerer Milchmeier in Wien besteht, findet die k. k. Statthalterei zum Zwecke der Verhinderung der Verschleppung der mehrerwähnten Seuche bis auf weiteres die Ausfuhr beziehungsweise den Abtrieb von Klauenthieren, das ist von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen, und zwar sowohl von Schlacht- als auch von Nutzvieh dieser Thiergattungen aus dem ganzen Wiener Stadtgebiete einschließlich des Central-Viehmarktes zu St. Marx zu verbieten.

Durch die vorstehende Verfügung wird der Eisenbahn-Transit-Verkehr mit Klauenthieren über Wien, soferne derselbe ohne Aus- beziehungsweise Umladung der Thiere in Wien stattfindet, sowie die in der Eisenbahnstation Penzing stattfindende Aus- und Einladung der daselbst im directen Eisenbahnverkehre einlangenden, zum Export bestimmten Schafe nicht berührt.

Übertretungen dieser Anordnungen, welche am Tage der Verlautbarung derselben in der „Wiener Zeitung" in Wirksamkeit treten, werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51) bestraft.

* * *

Verbot der Einfuhr von Klauenthieren aus mehreren Comitaten und Städten Ungarns nach Niederösterreich.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 1. März 1895, Z. 20767 (M.-Z. 39719/XV), nachstehendes kundgemacht:

Anlässlich des Bestandes der Maul- und Klauenseuche in den Comitaten Békes, Bacs-Bodrog und Tolna, in der königl. Freistadt Kecskemet und in der Stadt Czegled des Comitates Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun sowie im Hinblicke darauf, dass bei Provenienzen aus diesen Comitaten, beziehungsweise Städten die Maul- und Klauenseuche constatiert worden ist, findet die k. k. Statthalterei zum Zwecke der Verhütung der Einschleppung der genannten Seuche bis auf weiteres die Einfuhr von Klauenthieren (Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen) aus den Comitaten Békes, Tolna und Bacs-Bodrogh einschließlich dem Gebiete der in dem letzterwähnten Comitate gelegenen königl. Freistädte Zombor, Neusatz (Ujvidek) und Maria Theresiopel (Szabadka) sowie aus den Gebieten der königl. Freistadt Kecskemet und der Stadt Czegled im Comitate Pest-Pilis-Solt-Kis-Kun nach Niederösterreich zu untersagen.

Übertretungen dieser Anordnung, welche am 3. d. M. in Wirksamkeit tritt, werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 Th.-S.-G. und der dazu erlassenen Durchführungsvorschriften (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft.

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate Februar 1895 betrug die Zahl der vom Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen . . . 320

dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen 50

Durchschüblinge 312

Gesammtzahl . 682

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 14. März bis 18. März 1895:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Wehligasse, Grundb.-Einl. 4312, von Emanuel Pendl, IV., Schaumburgergasse 10, Bauführer ? (1392).

III. Bezirk: Haus, Kölbl- und Kleistgasse, Grundb.-Einl. 2827, von Marcus Siebenschein, Bauführer Karl Krémen (1412).

IX. Bezirk: Haus, Eisengasse 9 a, von Albert Schuh, Bauführer J. Marek (1380).

„ „ Haus, Lazarethgasse, Grundb.-Einl. 1587, von Pauline Epstein, VI., Webgasse 2, Bauführer L. Waldmann, (1421).

„ „ Haus, Pfluggasse 8, 10, 12, von Johann Mayer, XVII., Karlsgasse 26, Bauführer J. Dolezal (1427).

X. Bezirk: Arbeiterwohnhaus, Einl.-Z. 149 Oberlaa, von der Wiener Baugesellschaft, Bauführer W. Laitl (11041).

XI. Bezirk: Pavillon, Simmering, Parc. 927, beim Central-Friedhof, von Salomon Friedländer, Hauptstraße 128, Bauführer Joh. Binder (4381).

XVIII. Bezirk: Haus sammt Stall und Remise, Währing, Gentzgasse 162, Cat.-Parc. 563/1 u. 563/2, von Max Flattof, Bauführer? (8612).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Hoftract, Innstraße 5, von Ludwig und Bertha Lehmann, Bauführer Johann Nowak (1456).

V. Bezirk: Fabrikszubau, Zentagasse 16, von Gebrüder Schiller, VI., Magdalenenstraße 23, Bauführer Dehm & Olbricht (1455).

VI. Bezirk: Hoftract, Ägydigasse 16, von Gustav Mehlhorn, VII., Kaiserstraße 21, Bauführer Ferd. Seif (1411).

VIII. Bezirk: Hoftracte, Tigergasse 22, von W. Reymann's Erben, Bauführer Johann Madl (1425).

XIV. Bezirk: Herstellung eines Hauscanales, Rudolfsheim, Sturzgasse 53, von Therese Friedl, ebenda, Bauführer Gottfried Alber (8188).

„ „ Erbauung eines Seitentractes, Rudolfsheim, Prinz Karlgasse 14, von Samuel Kobler, ebenda, Bauführer Karl Brunner (8243).

XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Taubergasse 48, von Franz und Barbara Seidl, ebenda, Bauführer Wenzel Gebauer (9876).

„ „ Haus, Hernals, Hauptstraße 17, von Alfred Wünsch, II., Praterstraße 49, Bauführer Josef Wögler (9958).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Schmerlingplatz 3, von Karl Diedek, Bauführer W. Lischka (1389).

„ „ Neuer Markt 8, von der Baugesellschaft des I. Allg. Beamtenvereines (1416).

III. Bezirk: Untere Viaductgasse 35—37, von Albert Milde & Comp., Bauführer C. Michna (1422).

„ „ Erdbergstraße 21, von N. Gutherz, Bauführer J. Frosch (1443).

VI. Bezirk: Webgasse 12, von Anton Adamek, Bauführer Rudolf Graf (1444).

VII. Bezirk: Kaiserstraße 23, von Moriz und Josef Sturany, Baumeister (1408).

IX. Bezirk: Währingerstraße 3, von Friedrich R. v. Stach, Bauführer Joh. Schuster (1432).

„ „ Fuchsthalergasse 10, von Wilhelmine Weinzinger, XIX., Gunoldstraße, Bauführer Adolf Micheroli (1439).

XII. Bezirk: Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 18, von J. Hueber, Bauführer Franz Prosser (8393).

„ „ Hetzendorf, Rosenhügelstraße 16, von Leopold Höfinger, Bauführer Franz Prosser (8394).

„ „ Meidling, Rothemühlgasse 25, von Josef Kuneschs Erben, Bauführer Franz Prosser (8395).

XVI. Bezirk: Ottakring, Seeböckgasse 19, von David Kriser, ebenda, Bauführer Franz Haslinger (14401).

XVII. Bezirk: Hernals, Dornbacherstraße 77, von H. & F. Glaser, Stadtbaumeister (9986).

„ „ Hernals, Horneckgasse 5, von Marie Genz, III., Strohg. 9, Bauführer Julius Mitschka (10278).

XVIII. Bezirk: Währing, Kreutzgasse 16, von Michael Selbach, ebenda, Bauführer ? (8662).

„ „ Währing, Schulgasse 66, von Adalbert Jezl, Maurermeister, Schulgasse 64 (8665).

„ „ Gersthof, Scheidlstraße 32, von Therese Sack, Bauführer Paul Oberst (8720).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Magazin, Große Sperlgasse 43, von O. M. Meißl, III., Erdbergstraße 82, Bauführer C. Stigler (1405).

„ „ Schupfe, Holzhauserstraße 3, von Pollitzer & Wertheim, Bauführer Joh. Wagner (1453).

IV. Bezirk: Magazin, Wiednerstraße 22, von Theodor Mandl, Bauführer Jos. Tischler (1397).

„ „ Schupfe, Taubstummengasse 4, von Johann Czelloth, IV., Alleegasse 24, Bauführer Jos. Tischler (1398).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

I. Bezirk: Bognergasse 5—7, von Franz und Josef Stiebitz, I., Bognergasse 5 (1377).

II. Bezirk: Wehlistraße, Grundb.-Einl. 4312, von Emanuel Pendl, IV., Schaumburgergasse 10 (1391).

V. Bezirk: Siebenbrunnengasse, Grund.-Einl. 2065 und 2053, von S. Steiner, Kohlgasse 19 (1381).

VII. Bezirk: Halbgasse 27, von Adolf Zwerina, Baumeister, nomine Georg und Josefine Granadia (1424).

XII. Bezirk: Einl.-Z. 88 Gaudenzdorf, Linienwallplatz 15, von Karl Mahr, ebenda (8368).

„ „ Einl.-Z. 79 Unter-Meidling, Meidlinger Hauptstraße 11, von H. C. Hoffmeister, ebenda (8665).

„ „ Einl.-Z. 789, Parc. 112/68 Unter-Meidling, Ecke der Aichholz- und Pohlgasse, von Josef und Klara Schneider (18725).

„ „ Unter-Meidling, Ignazgasse 28, von Lambert May (8766).

XVI. Bezirk: Parc. 2812/16, Einl.-Z. 2674, und Parc. 2812/12, Einl.-Z. 2674 Ottakring, Panikengasse, von Leopold und Kath. Brand, Koppstraße 61 (14209).

XVII. Bezirk: Haus, Dornbach, Alsgasse 12, von Josef Zuklin (10317).

Gewerbeanmeldungen vom 11. März 1895.

(Fortsetzung.)

Lindenbauer Anton — Schuhmacher — XIV., Arnsteingasse 11.

Turecek Anton — Verschleiß von Brot und Würsteln im Umherziehen — X., Laaerstraße 6.

Puntigam Josefa — Wäscherin — XIII., Baumgarten a. d. Wien 8.

Livan Victor — Zuckerbäcker — XII., Vivenotgasse 37.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 12. März 1895.

Dungl Karl — Bäcker — IX., Pichlergasse 2.

Hrusa Karl — Beinschneider — XIV., Stättermayergasse 7.

Aschner Helene — Cravattennäherin — XIV., Diefenbachgasse 12.

Täuber Friedrich — Drechsler — XII., Neuwallgasse 2.

Romuth Franz — Erzeugung von Stoff-Büchsendichtungen, Kali-Kesselsteinmitteln und Schmiermitteln für Dampfmaschinen — X., Himbergerstr. 35.

Slavicek Johann — Fassbinder — XVI., Liebhartsgasse 37.

Schneider Georg — Fiaker (Lic.-Nr. 202) — IX., Nussdorferstr. 63.

Titz Matthias — Friseur — IX., Fuchsthalergasse 12.

Rabel Rosa — Gastwirtin — IV., Kolschitzkygasse 13.

Czech Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Rokitanskyg. 45.

Frech Betti — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Hauptstraße 118.

Otto Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ganglbauergasse 22.

Markowitz Edmund — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Fleischmarkt 17.

Swoboda Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Kolonitzgasse 9.

Thiel Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Lerchenfeldergürtel 5.

Widermann Genofeva — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Redtenbachstraße 68.

Wurzer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Angeligasse 67.

Rösler Karl — Gold- und Juwelenarbeiter — V., Diehlgasse 50.

Böhlje Karl — Handelsagentie — V., Siebertgasse 18.

Widholz Laurenz — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Tischlerzeitung“ — V., Hundsthurmerstraße 37/39.

Kober Leopold — Kaffeeschank — V., Siebenbrunnengasse 41.

Geyer Josef — Kleidermacher — V., Mittersteig 21.

Smolik Franz — Herrenkleidermacher — X., Herndlgasse 23.

Zinn Isaak — Herrenkleidermacher — I., Singerstraße 11.

Dračka Florian — Kleinfuhrwerk — XVII., Wichtelgasse 57.

Willinger Julius — Kleinhandel mit Brennholz und Kohlen — XVI., Dettergasse 1.

Bruner Josefa — Küchengärtnergewerbe — XIII., Hackingerstraße 14.

Hipfinger Peter — Kunstblumen-Erzeuger — V., Wimmergasse 13.

Pombauer Leopoldine — Marktvictualienhandel — IV., Kärnthnerthormarkt.

Heinz Eva — Milch-Verschleiß — IV., Taubstummengasse 4.

Perlmann Eva — Modistin — IV., Hauptstraße 22.

Höß Anna, Kugler Josef, Kugler Johanna — Nichtbetrieb des auf dem Hause IX., Alserstraße 13, radicierten Wirtsgewerbes — IX., Alserstraße 13.

Jakl Marie — Pfaidlerin — XVI., Herbststraße 30.

Knappe Marie — Pfaidlergewerbe — XVI., Koppstraße 2.

Müllner Auguste — Pfaidlerin — IV., Schaumburgergasse 5.

Friedrich Johann — Schuhmacher — XII., Rosenhügelstraße 14.

Krausz Thomas — Schuhwaren-Verschleiß — I., Adlergasse 1.

Murhammer Leopold — Schuhmacher — III., Erdbergstraße 150.

Pomm Josef — Schuhmacher — V., Kettenbrückengasse 23.

Suckfüll Magdalena — Selchwaren-Verschleiß — IV., Alleegasse 56.

Hovadik Josef — Spengler — XVI., Brunnengasse 70.

Lehner Wilhelm — Tapezierer — IV., Rainergasse 16.

Töpl Ferdinand — Tapezierer — IV., Theresianumgasse 31.

Dockal Josef — Tischler — XVI., Wilhelminenstraße 31.

Hilbert Franz — Tröbler — IV., Mayerhofgasse 11.

Augeský Agnes — Verschleiß von Filz- und Strohhüten — XIV., Reindorfgasse 37.

Geist Johann — Verschleiß von Gebäck und Brot im Umherziehen von Haus zu Haus — XIII., Amalienstraße 27.

Ruhm Josef — Verschleiß von Perlmutterabfällen — XVI., Friedrich Kaiserstraße 100.

Rath Patrik — Verschleiß von Vervielfältigungs-Apparaten und deren Bestandtheilen — IV., Große Neugasse 44.

Herout Antonia Anna — Victualien-Verschleiß — XVI., Hasnerstr. 20.

Mika Theresia — Wäscheputzerei — IV., Freihaus.

Löwy Julius — Wein-Verschleiß — X., Himbergerstraße 83.

Barth Rudolf — Wirtsgewerbe (Pachtbetrieb) — XVII., Hernalser Hauptstraße 120.

Münthnich Ludwig — Zimmermaler — XVII., Lobenhauerngasse 4.

Puchinger Louise — Zimmermeistergewerbe — XIX., Halteraugasse 1.

Swoboda Marie — Zuckerwaren-Verschleiß — XVII., Taubergasse 27.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 13. März 1895.

Böninger Moriz Heinrich — Ausübung des ausschl. Privilegiums für Österreich vom 11. Juli 1894 auf Elektroden für elektrische Apparate — VI., Stumpergasse 39.

Haupt Max — Baumeister — XVIII., Schopenhauerstraße 19.

Janowitz Fanni — Ein- und Verkauf von altem Eisen — XVII., Hernals, Hauptstraße 125.

Taussig Marcus — Erzeugung von elektrischen Sicherheitslampen gegen Einbruch und Feuer — VI., Gumpendorferstraße 5.

Jelinek Karl — Erzeugung von Modebildern auf Glas mit Ausschluss jeder Vervielfältigung — XVI., Beyergasse 21.

Rückauf Marianne — Fiaker (Lic.-Nr. 707) — VI., Blümelgasse 1.

Brauneder Josef — Fleischhauer — XIX., Billrothstraße 86.

Steinhuber Georg — Galvaniseur — XVIII., Sternwartestraße 24.

Rzehořek Clara — Gast- und Schankgewerbe — XII., Radetzkygasse 18.

Schwach Johann — Gastwirt — XVII., Dornbacherstraße 39.

Bernfeld Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 60.

Blacziczek Heinrich Paul — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Elisabethstraße 2.

Handl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Spengergasse 50.
Held Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Florianigasse 32.
Lang Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Johann Nepomuk Voglplatz 3.
Schottenhaml Angela — Gemischtwarenhandel — XII., Breitenfurterstraße 64.
Schwarzmayer Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Theresiengasse 38.
Tau'sig Sophie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Döblinger Hauptstraße 31.
Beck Arnold — Halten und Betrieb von drei Schnellpressen behufs Herstellung von Mercantildrucksorten — VII., Schrankgasse 3.
Bruder Max — Handel mit Modistenzugehörartikeln — VI., Mariahilferstraße 71.
Janik Stephan — Handel mit Obst und Grünwaren im Umherziehen — XVIII., Schumanngasse 46.
Silberbauer Engelbert — Huf- und Wagenschmied — XI., Hauptstr. 122.
Riedl Marie — Kaffeeschenkerin — VIII., Josefstädterstraße 35.
Kaufmann Josef — Kamm- und Fächermacher — XIV., Goldschlagstraße 62.
Ruby Johann — Kammacher — XV., Zwölfergasse 25.
Eckert Josef — Herrenkleidermacher — VI., Magdalenenstraße 43.
Ertler Marcus — Herrenkleidermacher — III., Löwengasse 43.
Hampl Josef — Herrenkleidermacher — VII., Zollergasse 14.
Hatwich Anna — Damenkleidermacherin — XI., Molitorgasse 3.
Nowak Franz — Herrenkleidermacher — XV., Schönbrunnerstraße 25.
Pospišil Josef — Herrenkleidermacher — XVII., Rötzergasse 43.
Strnad Franz — Kleidermacher — V., Obere Bräuhausgasse 10.
Jolles Isidor, recte Israel — Knopflochnäherei — XVI., Yppenplatz 2.
Gürtler Mathilde — Cravatten-Erzeugung — VIII., Josefstädterstr. 56.
Grub Rosina — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Markt in der Brunnengasse.
Harrer Josef — Marktvictualienhandel — VII., Markthalle, Zelle 61/62.
Laufer Leopoldine — Marktvictualien-Verschleiß — XVIII., Markt in der Kutschkergasse.
Kalenberg Sara Heine — Marktvictualien-Verschleiß — X., Eugenplatz.
Eder Laurenz — Maschinenbau — VIII., Blindengasse 14.
Neustätter Anna — Mehl- und Grieß-Verschleiß — XVII., Ottakringerstraße 74.
Jasensky Karl — Milch-Verschleiß — XIV., Schellingergasse 23.
Stohp Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Leitermayergasse 24.
Tschada Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Blumeng. 45.
Sural Francisca — Modistin — VII., Seidengasse 16.
Schnabel Jakob — Musiker — VII., Schottenfeldgasse 61.
Schram Josef — Musiker — X., Quellengasse 36.
Toth Moriz — Musiker — VI., Anilingasse 1.
Stelzl Antonie — Pfaidlerin — VIII., Alserstraße 17.
Waas Cäcilie — Pfaidlerin — VIII., Skodagasse 8.
Wahle Marie — Pfaidlerei — XVIII., Gentzgasse 26.
Biela Martin — Schlosser — V., Kriehubergasse 15.
Schitka Franz Ferdinand — Schlosser — I., Kurrentgasse 5.
Wallisch Johann — Schlosser — IX., Garnisonsgasse 11.
Kotouč Franz — Schuhmacher — XVII., Nattergasse 4.
Lažnička Philipp — Schuhmacher — XVI., Brestlgasse 1.
Neu Hermann — Schuhmacher — VIII., Lerchenfelderstraße 95.
Menschl Josef — Stadtträger 673 — VI., Laimgrubengasse 2.
Vorwallner Ignaz — Tapezierer — VIII., Josefsgasse 10.
Kocourek Franz — Verabreichung von Sodawasser und Fruchtsäften mittels Handwagen und Verschleiß von Zuckerbäckerwaren — XIV., Schellingergasse 18.
Hornak Johann — Verschleiß von Bier in handelsüblich verschlossenen Flaschen und Gebinden — IX., Simondenkgasse 11.
Knollmayer Johann — Verschleiß von Kleidern, Wäsche und Leinwand — X., Eugengasse 35.
Pelinka Anna — Victualien-Verschleiß — XVIII., Hans Sachsgasse 5.
Schröder Barbara — Victualien-Verschleiß — X., Waldgasse 15.
Bednař Johann — Vogelhandel — X., Inzersdorferstraße 61.
Weiner Max — Watta-Erzeuger — I., Gonzagagasse 11.
Radspieler Anton — Wirt — VIII., Bennoplatz 2.
Pollak Johann — Wohnungsreinigung — VII., Neustiftgasse 17.
Leixner Ludmilla — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVIII., Währingergürtel 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 14. März 1895.

Jarmut Michael — Commissionsweiser Verschleiß von Tischlerlacken — I., Renngasse 8.
Bradengeiger Philipp — Gastwirt — III., Rudolfsgasse 42.
Geselligkeitsverein Ressource — Gast- und Schankgewerbe — I., Schottenring 9.
Fenzl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstraße 8.
Horowitz Regina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Semperstr. 38.
Pawlisch Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Staudgasse 20.
Richter Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Schützengasse 3.
Scholz Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Wurmsergasse 8.
Skalicky Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Sternwartestr. 9.
Mikulasch Siegmund — Handelsagentie in Textilwaren — I., Salvatorg. 8.
Jarmut Michael — Handelsagentie in Tischlerlacken — I., Renng. 8.
Breinesl Johann — Harmonikatischler — XV., Neubaugürtel 25.
Andraček recte Ondraschek Johann — Jalousientischler — XIV., Morizg. 4.
Matejka Josef — Herrenkleidermacher — XIV., Geibelgasse 3.
Wimmer Michael — Kleinfuhrmann — XI., Hauptstraße 97.
Leithner Marie — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — IX., Lazarethgasse 5.
Zawodsky Aloisia — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — XVIII., Staudgasse 47.
Habiger Karoline — Milch-Verschleiß — IX., Glasergasse 17.
Hirnschall Anna — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — XII., Ruckergasse 6.
Krebs Auguste — Privat-Clavierschule — IX., Währingerstraße 50.
Löw Wilhelm — Pfaidler — X., Himbergerstraße 59.
Lüftner Marie — Pfaidlerei — IX., Althanplatz 2.
Wantuch Camilla — Pfaidlerei — XVIII., Währinger Gürtel 118.
Raith Georg — Selchwaren-Verschleiß — X., Wielandgasse 17.
Jurcsa Anton — Tischler — III., Erdbergstraße 72.
Röcker Peter — Verschleiß von Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Flaschen und Gebinden — XVI., Gablenzgasse 38.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 15. März 1895.

Braunmüller Barbara — Brantweinschank — XII., Rosaliagasse 9.
Berghofer Anton Johann Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Hauptstraße 35.
Matzner Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Bergsteiggasse 52.
Rabe Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Rötzergasse 20.
Reinisch Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Schröttergasse 29.
Speckenhauser — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI, Hippgasse 9.
Mallestis Michael — Hafner — XVI., Heindlgasse 1 a.
Schedl Jakob Johann — Handel mit Schuhmacherzugehörartikeln — XIII., Penzingerstraße 58.
Mimra Franz — Herrenkleidermacher — XVII., Leitermayergasse 1.
Eckhart Oswald — Kleinfuhrwerk — X., Quellengasse 3.
Kühn Heinrich — Pferdehandel — III., Heumarkt 9.
Pawlu Peter — Schuhmacher — XVII., Jörgerstraße 49.
Fürst Leopold — Stadtlohnwagen — X., Himbergerstraße 149.
Kulhanek Wenzel — Tischler — XVIII., Schopenhauerstraße 7.
Lenz Gustav — Trödler — XVII., Ottakringerstraße 30.
Brat Aloisia — Wäschergewerbe — XV., Herklotzgasse 31.
Sturm Hermann — Ziergärtner — XVII., Promenadegasse 75.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 16. März 1895.

Friedländer Ignaz — Agentie in Kaffee und Colonialwaren — XIV., Pereiragasse 12.
Slavik Josef — Anstreicher — V., Wolfganggasse 32.
Trocker Franz — Auskocher — V., Siebenbrunnengasse 49.
Schönig Gustav — Ausübung des Privilegiums vom 25. Februar 1894 auf eine neuartige Mechanik für Saiten-Instrumente — IV., Klagbaumg. 15.
Reif Josef — Bäcker — X., Leibnitzgasse 4.
Bouchal Marie — Bestandwirtin — I., Wallnerstraße 2.
Klimpel Josef — Bügeleisen-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 14.
Spitzhütl Elisabeth — Erzeugung von Kunstblumen — II., Leopoldsg. 22.
Orgony Theresia — Feilbieten von Obst- und Grünwaren — XV., Geyschlägergasse 16.
Neuner Charlotte — Feinputzerei — II., Klosterneuburgerstraße 8.
Klapper Karl — Friseur — XII., Eichengasse 40.
Gilhofer Heinrich — Gast- und Schankgewerbe — XV., Robert Hamerlinggasse 1.
Bauernfreund Abraham Mayer — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 48.
Benedik Bertha — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kleine Sperlgasse 3.
Eisenhut Ludovica — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Kohlenhofg. 7.
Fröhlich Peter — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Hasnerstraße 64.
Hautz Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Aßmayergasse 28.
Höllrigl Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Schindlerg. 11.
Nawratil Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kaiser Josefstr. 21.
Spendlinger Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kleine Schiffgasse 26.
Swoboda Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wallensteinstr. 25.
Teibl Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Gartengasse 19.
Topf Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Springergasse 9.
Bastiani Sebastiano — Gipsfiguren-Erzeuger — V., Anzengruberg. 24.
Stochetti Augustino — Gipsfiguren-Erzeuger — V., Matzleinsdorferstr. 5.
Siwiec Hans — Häuser-Administration — I., Naglergasse 21.
Faith Felix — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Österreichische Rundschau für bildende und darstellende Kunst“, Organ für Musik, Theater, Kunst und Literatur — II., Rembrandtstraße 37.
Gollerstepper Simon — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Mittheilungen des demokratischen Vereines im II. Bezirke“ — II., Stefaniestr. 3.

Bayer Erwin — Handel mit Damenkleidern — IV., Hauptstraße 20.
Waldmann Esther — Handel mit fertigen Kleidern — II., Klosterneuburgerstraße 3.
Gruber Marie — Handel mit optischen Waren — IV., Favoritenstr. 25.
Grob Franz — Canalräumer — V., Fendigasse 6.
Damboritz Charlotte — Damenkleidermacherin — II., Volkertstraße 25.
Fila Johann — Kleidermacher — V., Grüngasse 27.
Grüllnberger Josef — Kleidermacher — V., Grüngasse 22.
Schenk Franz — Herrenkleidermacher — IV., Phorusgasse 9.
Svatoš Josef — Herrenkleidermacher — II., Glockengasse 21.
Syrawy Theresia — Kleidermacherin — XVIII., Witthauergasse 1.
Weißkirchner Pauline — Damenkleidermacherin — IV., Igelgasse 2.
Germ Ferdinand — Kleinfuhrmann — XIV., Grimmgasse 19.
Brusmann Elisabeth — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — II., Gerhardusgasse 28.
Füssel Eduard — Kohlenhandel im großen — II., Nordbahnhof, 4. Kohlenhof.
Pisk Bertha — Lederausschnitt — XVIII., Johann Nepomuk Voglplatz 3.
Malauschek Josefa — Marktfierantie — XVI., Hasnerstraße 18.
Erdelitsch Marie — Marktvictualienhandel — IV., Obstmarkt.
Kovar Marie — Marktvictualien-Verschleiß — II., Volkertplatz.
Fischer Kathi Malvine — Modistin — II., Komödiengasse 6.
Triebl Bertha — Modistin — II., Lilienbrunngasse 15.
Baitsinger Olga — Modistin — XIII., Linzerstraße 66.
Cohn Scheindel Ettel — Pfaidlergewerbe — II., Stephaniestraße 13.
Dworzak Ignaz — Pfaidler — XII., Wilhelmsstraße 22.
Stiglitz Josef — Pferdehandel — III., Kölblgasse 12.
Neumann Friedrich — Pränumerantensammler — XIII., Iheringgasse 22.
Rzepka Johann — Pränumerantensammler — XIII., Auschützgasse 12.
Popper Jeannette — Pretiosen-Verschleiß — XV., Schönbrunnerstr. 17.
Wagner Marie — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — VI., Eßterházygasse 18.
Kostiwal Johann — Rauchfangkehrer — V., Wildemanngasse 1 a.
Aiterwegmaier Wolfgang — Schlosser — II., Blumauergasse 10.
Balzarek Hieronymus — Schuhmacher — XV., Sperrgasse 14.
Nyiszky Michael — Schuhmacher — XVIII., Anastasius Grüngasse 2.
Grabowienski Cornel — Selchwaren-Verschleiß — II., Fugbachgasse 9.
Halm Otto Louis — Spengler — II., Rauscherstraße 16.
Frizzi Maximilian — Tapezierer — V., Reinprechtsdorferstraße 22.
Berger Katharina — Trödlerin — XV., Turnergasse 27.
Schnek Karoline — Trödlerin — XV., Neubaugürtel 21.
Stern Lissche — Verschleiß von neuen Damen- und Kinderkleidern, Muffen und Miedern — V., Margarethenstraße 54.
Eberl Johann — Verschleiß von Feigen- und Mahlkaffee — II., Klosterneuburgerstraße 44.
Nepp Josef — Verschleiß von Glassteinen und Ventilations-Apparaten — II., Rauscherstraße 16.
Hamburg Jakob — Verschleiß von Kurz-, Nürnberger- und Wirkwaren — II., Große Schiffgasse 1.
Berger Theresia — Verschleiß von Papier und Gratulationskarten — V., Fockygasse 27.
Kröll Gregor — Verschleiß von Vorhängen, Teppichen, Spitzen, Kleiderstoffen, Leinen- und Wirkwaren — IV., Alleegasse 50.
Mašek Johann — Victualien-Verschleiß — XVIII., Staudgasse 69.
Wertheimer Regine — Wäscheputzerin — II., Praterstraße 47.
Tauber Ignaz — Wein-Verschleiß — II., Praterstraße 33.
Bizo Alexander — „Zeitschrift für Diener" — V., Griesgasse 18/20.
Steindl Cäcilie — Zeitungs-Verschleiß — II., Streffleurgasse 1.

Inhalt:

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Nadler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.